

## MITTWOCH, 21. OKTOBER 2009

**VORSITZ: Jerzy Buzek**

*Der Präsident*

### 1. Eröffnung der Sitzung

*(Die Sitzung wird um 9.05 Uhr eröffnet.)*

### 2. Vorbereitung des Europäischen Rates (29.-30. Oktober 2009) (Aussprache)

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Vorbereitung des Europäischen Rates.

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Herr Präsident, nächste Woche haben wir eine Sitzung des Europäischen Rates. Wir haben eine umfangreiche Tagesordnung mit vielen Punkten, die unser aller Wohl anbelangt. Wir werden die Punkte Kampf gegen den Klimawandel, Möglichkeiten, die EU aus der Finanz- und Wirtschaftskrise zu steuern, die Förderung der Sicherheit der Energieversorgung und den Umgang mit dem Problem der illegalen Migration besprechen.

Die Europäische Union wird am besten auf die Bewältigung all dieser Probleme vorbereitet sein, wenn wir Klarheit in Bezug auf die Vertragsangelegenheit haben. Der Vertrag von Lissabon muss schnellstmöglich in Kraft treten, damit wir u. a. die Arbeit der Ernennung der neuen Kommission fortsetzen können. Deshalb wird der Europäische Rat sich auch mit diesen Angelegenheiten beschäftigen.

Ich beginne mit den Angelegenheiten, von denen ich weiß, dass im Europäischen Parlament ein großes Interesse an diesen besteht. Ende nächster Woche werden die Staats- und Regierungsoberhäupter versuchen, Klarheit bezüglich der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon zu erhalten und darüber, wie der Prozess fortgeführt werden wird. Das überwältigende „Ja“ der Abstimmung in Irland und die Unterschrift des polnischen Präsidenten haben der Arbeit neue Antriebskraft verliehen, der Vertrag kann jedoch, wie Sie alle wissen, erst in Kraft treten, wenn ihn alle Mitgliedstaaten ratifiziert haben - 26 von 27 haben dies bereits getan, wir warten jedoch noch auf die Tschechische Republik. Das Unterhaus des Landes und der Senat haben den Vertrag anerkannt, dann aber haben 17 Senatoren dem tschechischen Verfassungsgericht eine Petition vorgelegt, dass geprüft werden solle, ob der Vertrag von Lissabon mit der tschechischen Verfassung vereinbar ist.

Natürlich müssen wir den demokratischen Prozess in der Tschechischen Republik achten. Am 27. Oktober - mit anderen Worten nächste Woche - hält das Verfassungsgericht des Landes eine öffentliche Anhörung in dieser Angelegenheit ab. Wir sind der Ansicht, dass das Gericht seinen Beschluss kurz danach verkünden wird, wir haben jedoch dafür noch kein genaues Datum. Wie Sie wissen hat Präsident Klaus die Unterzeichnung des Vertrages zudem an bestimmte Bedingungen geknüpft. Wir warten ab und versuchen herauszufinden, wie diese Voraussetzungen und Bedingungen genau aussehen werden. Die Debatte im Europäischen Rat hängt somit stark von dem Geschehen in der Tschechischen Republik ab. Die Erklärung des tschechischen Verfassungsgerichts und das nachfolgende Verfahren sind ausschlaggebend für die Ermittlung des Zeitpunkts, wann der Vertrag von Lissabon in Kraft treten kann.

Wir werden im Europäischen Rat zudem auch über die bisherigen Vorbereitungen diskutieren, um sicherzustellen, dass das Inkrafttreten des Vertrages so reibungslos wie möglich vonstatten geht. In diesem Zusammenhang wird der Vorsitz einen Bericht vorlegen, der den aktuellen Status bezüglich all dieser Angelegenheiten erläutert. In diesem Bericht werden wir die Ansichten der Mitgliedstaaten zu bestimmten Angelegenheiten präsentieren, beispielsweise zum Europäischen Auswärtigen Dienst - eine Angelegenheit, über die wir heute Nachmittag hier diskutieren werden - den Umfang dieses Dienstes, seine rechtliche Position, die Mitarbeiter und die Finanzierung. Ich habe den Bericht von Herrn Brok, der am Montag im Ausschuss für konstitutionelle Fragen angenommen wurde, gelesen. Wie gesagt, wir werden dies heute Nachmittag detaillierter diskutieren.

Ich kann bereits für die Sitzung nächste Woche sagen, dass dieser Bericht die Überlegungen des Hohen Vertreters leiten wird, sodass er bzw. sie nach Inkrafttreten des Vertrages schnell in der Lage sein wird, einen formellen Antrag zu stellen, wie der Europäische Auswärtige Dienst funktionieren soll. Der Rat sollte in der

Lage sein, diesen Antrag sehr schnell anzunehmen, hoffentlich irgendwann während der nächsten paar Monate. Wir haben viele dieser Angelegenheiten mit dem Europäischen Parlament besprochen und hoffen, dass sich dies in den kommenden Wochen fortsetzen wird.

Das Hauptthema bei der Sitzung des Europäischen Rates wird der Klimawandel sein. Unser Ziel ist es, dass der Rat die entsprechenden Beschlüsse fasst, einschließlich zum Thema Finanzierung, sodass die EU weiterhin die erforderliche führende Rolle spielen und dabei zu einem erfolgreichen Ergebnis in Kopenhagen beitragen kann.

Gestern auf der Ecofin-Sitzung gab es eine lange und engagierte Diskussion über den Finanzierungsaspekt. Der Vorsitz tat sein Möglichstes, um zu einer Einigung zu kommen, entschied jedoch schlussendlich, dass diese Angelegenheit vom Europäischen Rat entschieden werden müsse. In einigen Mitgliedstaaten sind weitere Debatten erforderlich, damit wir diesbezüglich Fortschritte machen können. Es ist äußerst wichtig, dass wir uns alle einig sind, sodass dieser Prozess nicht ins Wanken gerät. In dieser Phase der internationalen Verhandlungen sind wir uns der Schwierigkeiten, denen wir uns gegenübersehen, deutlich bewusst. Daher kann uns die EU mit einer Einigung in Bezug auf den Finanzierungsaspekt in den Verhandlungen einen guten Schritt weiterbringen.

Die Sitzung des Europäischen Rates kommt zu einem günstigen Zeitpunkt, kurz vor der Verhandlungssitzung des Zwischenstaatlichen Sachverständigenausschuss für Klimaänderungen (IPCC) in Barcelona und dem Treffen der G20-Finanzminister in St. Andrews. Wir werden nur dann eine Einigung in Kopenhagen erzielen, wenn alle Parteien aktiv werden. In diesem Moment treffen sich die EU-Umweltminister zu einer Besprechung der Ergebnisse zum Klimawandel. Das Ziel ist es, ein umfassendes Bild des Standpunkts der EU in den derzeit verhandelten Angelegenheiten zu vermitteln.

Ein wichtiger Teil der Ergebnisse des Umweltrates wird die Klärung der EU-Strategie in punkto langfristiger Emissionsverringerung sein und der Versuch, eine Einigung zu erzielen, die möglicherweise unseren Beschluss, unser Emissionsreduktionsziel im Vergleich zu den Pegeln von 1990 von 20 auf 30 % anzuheben, vereinfacht. Die Ergebnisse des Europäischen Rates beschäftigen sich auch mit der Frage einer Entscheidung bezüglich des Antrags der EU in den Verhandlungen zur Emissionsreduktion für den internationalen Luft- und Seetransport, der Entwicklung der EU-Strategie für Maßnahmen in Entwicklungsländern in Bezug auf die Messung, Berichterstattung und Verifizierung von Investitionen und der Rolle von sektoralen Mechanismen, und sie werden die EU-Strategie zur Bekämpfung der Entwaldung und der Waldschädigung weiterentwickeln, um die Verhandlungen zu beschleunigen.

Der Europäische Rat wird zudem den Fortschritt bei der Erstellung einer neuen Rahmenkonstruktion für die Überwachung der Finanzmärkte durch die EU evaluieren. Wie Sie wissen, sind die Regierungs- und Staatsoberhäupter im Juni zu einer äußerst ehrgeizigen Einigung gekommen, die die Einrichtung eines speziellen Gremiums für die Makroüberwachung der EU-Finanzmärkte umfasst, sowie drei europäische Kontrollbehörden für die Banken-, Versicherungs- und Wertpapiermärkte. Ende September hat die Kommission ihr Paket der legislativen Anträge auf den Tisch gelegt. Dies ist eine der absoluten Prioritäten des Vorsitzes und wir haben einen eng gesteckten Zeitplan ausgearbeitet. Unser Ziel ist es, bis Jahresende eine Vereinbarung zum gesamten Paket erzielt zu haben.

Ich bin daher sehr erfreut, dass der Ecofin-Rat gestern einen großen Schritt nach vorn machen und eine breite politische Einigung zur Einrichtung des neuen Makroüberwachungsgremiums erzielen konnte, ohne dabei der Debatte in den nationalen Parlamenten zuvorkommen. Der schwedische Ratsvorsitz wurde von den Finanzministern zudem gebeten, den Dialog mit dem Europäischen Parlament fortzusetzen. Wir haben sehr gute Erfahrungen mit diesem Dialog gemacht und unserer Ansicht nach klappt er gut.

Wir müssen nun die Gelegenheit ergreifen, die Arbeit schnellstmöglich weiter voranzubringen. Wir müssen zeigen, dass wir alles in unserer Macht Stehende tun, um weitere Krisen zu vermeiden und dass wir unsere gemeinsame Verantwortung übernehmen, indem wir sicherstellen, dass Verbraucher und Investoren ihr Vertrauen in das Finanzsystem zurückgewinnen.

Ich möchte auch einige Worte über die Arbeitslosigkeit in Europa verlieren - eine Angelegenheit, von der ich weiß, dass sie vom Europäischen Rat diskutiert werden wird. In letzter Zeit konnten wir erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Genesung beobachten. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschlimmert und wir benötigen weiterhin stimulierende und fördernde Maßnahmen.

Eine Angelegenheit, die der Europäische Rat jetzt hervorheben muss, ist, wie wir mit den Folgen der Krise umgehen sollen, während wir gleichzeitig unser langfristiges Ziel, das Arbeitskräfteangebot zu steigern,

erfüllen. Ein hohes Beschäftigungsniveau ist für nachhaltige öffentliche Finanzen erforderlich. Ein hohes Beschäftigungsniveau ist zudem erforderlich für Wirtschaftswachstum, das Wohlergehen der Menschen und für ein sozial stärker kohäsives Europa.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie auch an das erinnern, was wir zu Ausstiegsstrategien gesagt haben. Die Finanzminister bestätigten, dass die Erholung real ist, jedoch noch sehr schwach. Daher müssen wir die expansive Finanzpolitik fortsetzen. Gespräche bei der Ratssitzung haben zu der Vereinbarung geführt, Strategien basierend auf den von den Finanzministern bei ihrem informellen Treffen in Göteborg besprochenen Grundsätzen zu formulieren.

Ich möchte auch gern einige Worte zur Sicherheit der Energieversorgung sagen. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen vom Juni 2009 wird der Europäische Rat nächste Woche die Leistungen hinsichtlich der Energieinfrastruktur (Verbundlösungen) und der Krisenmechanismen beurteilen. Wir haben einen Bericht zu den seit Januar gemachten Fortschritten erstellt. Der Europäische Rat wird diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Der Europäische Rat wird zudem die EU-Strategie für die Ostsee-Region annehmen. Wir hatten darüber eine äußerst lohnenswerte Debatte während der Plenarsitzung des Parlaments im September. Die Staats- und Regierungsoberhäupter werden die Beschlüsse des Vorsitzes, die vom Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen am Montag angenommen werden sollen, genehmigen. Diese Strategie bildet einen integrierten Rahmen für den Umgang mit den Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen, und trägt zur ökonomischen, sozialen und territorialen Kohäsion innerhalb der EU bei. Ich bin überzeugt, dass diese Strategie als Inspiration für andere Makroregionen innerhalb der EU dienen und damit die europäische Integration stärken kann. Die EU-Strategie für den Donaauraum nimmt bereits Form an und kann rechtzeitig für den ungarischen Ratsvorsitz 2010 vorgestellt werden.

Mit großer Befriedigung kann der schwedische Ratsvorsitz nun das Ergebnis dieser Initiative präsentieren, die natürlich hier im Europäischen Parlament ihren Anfang nahm. Wir hoffen, dass der Europäische Rat alle relevanten Akteure dazu auffordern kann, mit der Implementierung der Strategie sehr schnell zu beginnen. Dies ist unabdingbar, wenn wir damit beginnen wollen, die schwerwiegenden Umweltprobleme in Angriff zu nehmen, und wenn wir die Ziele der Strategie erreichen wollen.

Der Europäische Rat wird zudem die Fortschritte bei der Implementierung der Beschlüsse hinsichtlich der Migrationssituation im Mittelmeerraum evaluieren. Der Rat wird die Maßnahmen, die innerhalb dieser kurzen Zeit durchgeführt wurden – wie beispielsweise der Start des Pilotprojekts in Malta – sowie die Fortschritte, die bei der Einrichtung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen erzielt wurden, begrüßen. Es ist auch zu bemerken, dass die EU und die Türkei die Gespräche über Migration wieder aufgenommen haben.

Wir erwarten, dass der Europäische Rat zu weiteren Maßnahmen für die Bewältigung der aktuellen Situation im Mittelmeerraum aufrufen wird und dazu, die Arbeit hinsichtlich langfristiger Lösungen, die auf Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten basieren, fortzusetzen. Wir erwarten auch, dass der Rat den Bedarf an verstärkten Bemühungen zur Implementierung des globalen Ansatzes der EU in punkto Migration nachdrücklich hervorhebt. Der Rat wird dringend aufgefordert werden, Frontex zu stärken und gemeinsame Regeln für Frontex-Operationen auf See einzuführen.

Und schließlich findet auch eine Debatte zu auswärtigen Beziehungen statt. Im Juni wurden die Institutionen vom Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen zu einer Prüfung, wie sich die EU in Afghanistan und Pakistan weiter einbringen kann, aufgefordert. Ein erster Entwurf wurde im September bei dem informellen Treffen in Gymnich diskutiert, und die Mitgliedstaaten diskutieren derzeit einen detaillierten Antrag in den Arbeitsgruppen. Beim Treffen der Außenminister in der kommenden Woche wird die EU einen Plan zur Stärkung unseres Engagements in Afghanistan und Pakistan annehmen. Der Plan konzentriert sich auf die Stärkung der staatlichen Kapazität und der Institutionen in beiden Ländern. Dies ist äußerst wichtig, damit die sofortige Implementierung dieses Plans möglich wird.

Umfassende internationale Maßnahmen sind erforderlich, wenn wir den Entwicklungen in Afghanistan und Pakistan eine andere Richtung geben wollen. Militärische Lösungen allein können nie zu einer nachhaltigen Lösung führen. Ohne Sicherheit und Kontrolle geht der wirtschaftliche Fortschritt verloren. Wir müssen darüber hinaus in die Errichtung demokratischer Institutionen und in die Stärkung der Zivilgesellschaft investieren. Die EU muss diesbezüglich in beiden Ländern eine äußerst wichtige Rolle spielen. Es gibt gemeinsame Probleme sowie regionale Aspekte und natürlich unterscheidet sich die Herangehensweise bei den beiden Ländern. Wir diskutieren dies nächste Woche im Europäischen Rat, und ich stehe natürlich zur Verfügung, um mir alle Anmerkungen und Fragen der Mitglieder dieses Hauses anzuhören.

(Beifall)

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Herr Präsident, ich stimme weitestgehend mit den Aussagen von Cecilia Malmström im Namen des Europäischen Rates überein. Lassen Sie mich zwei Hauptpunkte hervorheben: Den Vertrag von Lissabon und alle institutionellen Angelegenheiten einerseits und den Kampf gegen den Klimawandel und die Aussichten für Kopenhagen andererseits.

Zunächst einmal denke ich, dass dieser Europäische Rat in der Lage sein sollte, die endgültigen Entscheidungen zu treffen, damit der Vertrag von Lissabon endlich in Kraft treten kann. Seit vielen Jahren schon wissen wir, dass die Ratifizierung eines neuen Vertrages keine einfache Sache ist. Wir mussten viele Rückschläge und einige Enttäuschungen hinnehmen, aber jedes Mal hat die vorrangige Sache für den Vertrag gewonnen – die zwingende Sache für ein demokratisches und effektives Europa. Ich bin zuversichtlich, dass dies auch bei der Überwindung dieser letzten Hürde für ein Inkrafttreten des Vertrages der Fall sein wird, nach der starken Unterstützung, die dem Vertrag von Lissabon durch das irische Volk zuteil wurde.

Nach Abschluss des Ratifizierungsprozesses in Polen können wir nun sagen, dass alle Mitgliedstaaten den Vertrag von Lissabon demokratisch angenommen haben. Wir müssen noch auf den Abschluss des Verfahrens in der Tschechischen Republik warten. Natürlich müssen die derzeitigen verfassungsmäßigen Verfahren in der Tschechischen Republik geachtet werden, aber dies trifft auch auf die Notwendigkeit zu, dem demokratischen Willen, dass der Vertrag in Kraft treten möge, gerecht zu werden. Dieser demokratische Wille wurde vom Parlament der Tschechischen Republik deutlich gezeigt, daher hoffe ich, dass vor der vollständigen Ratifizierung keine künstlichen Hindernisse und keine künstlichen Verzögerungen weitere Probleme verursachen werden.

Ich habe diesem Parlament bereits die große Bedeutung, Verzögerungen bei der Ernennung der Europäischen Kommission zu minimieren, erläutert. Wir müssen jedoch alles in unserer Macht Stehende für eine Vertrag von Lissabon-Kommission tun, da dies bedenkliche Zeiten für Europa sind. Wir müssen mit einer Agenda vordringen, die dieses Parlament unterstützt hat, als es mich für eine weitere Wahlperiode zum Präsidenten ernannte. Um dies zu erreichen und damit die Institutionen ordnungsgemäß arbeiten können, brauchen wir die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon, wenn wir eine starke, kohärente und effektive Europäische Union wollen. Daher mache ich erneut meinen Standpunkt klar, dass der Europäische Rat seiner Verantwortung gerecht werden muss, dass die Dringlichkeit dieser Angelegenheit anerkannt werden muss und dass ferner realisiert werden muss, dass europäische Institutionen, die nicht ordnungsgemäß arbeiten können, reale Kosten für Europa verursachen.

Gleichzeitig ist es jedoch richtig, die Arbeit für die Implementierung jetzt voranzutreiben und für das Inkrafttreten des Vertrages bereit zu sein. Ich weiß, dass sich dieses Parlament ganz dieser Arbeit verschrieben hat. Ich freue mich, mit Ihnen zusammenzuarbeiten und sicherzustellen, dass die Vorteile des Vertrages schnellstmöglich zum Tragen kommen. Es gibt viele Bereiche, in denen dieses Parlament seine Arbeit bereits aufgenommen und einen wesentlichen Beitrag geleistet hat, wobei es Konzepte in Bereichen wie der Europäischen Bürgerinitiative herausarbeitet. Ich weiß, dass Sie heute Nachmittag über Elmar Broks Bericht über den Europäischen Auswärtigen Dienst debattieren werden. Dieser Bericht beginnt auf genau der richtigen Grundlage, um zu gewährleisten, dass der Dienst, wie auch die restlichen Innovationen des Vertrages, unser Gemeinschaftssystem noch stärker und leistungsfähiger machen.

Ich weiß, dass es von Anfang an Bedenken gegeben hat, dass der EAS eine Art zwischenstaatliches Gremium sein wird, das außerhalb des Systems der Europäischen Union schwebt, aber der Dienst sollte fest im System der Europäischen Union verankert werden. Er sollte zwangsläufig sehr eng mit allen Institutionen zusammenarbeiten, vor allem mit der Kommission. Die Beschlüsse, die er vorbereitet, werden von der Kommission gefasst - oder in GASP-Angelegenheiten vom Rat. Tatsächlich bin ich überzeugt, dass sein Erfolg davon abhängt, sicherzustellen, dass das außenpolitische Handeln der Europäischen Union mehr ist als die Summe seiner institutionellen Teile. Wenn dieser Dienst mit der demokratischen Untermauerung dieses Parlaments, der Verbindung des Rates zu nationalen Administrationen und dem Fachwissen der Kommission sowie der europäischen Vision arbeiten kann, kann er für die Europäische Union zu einem wahrhaft leistungsfähigen Instrument für die Erreichung ihrer Ziele auf globaler Ebene werden. Ein *gemeinschaftlicher* Europäischer Auswärtiger Dienst - ein Dienst, der auf der Gemeinschaftsmethode basiert - ist ein starker Dienst für Europa und ein starkes Instrument für ein vereinigtes Europa, das seinen Einfluss in die Welt projiziert.

Gleichzeitig muss der Europäische Rat eine aktive politische Agenda vorantreiben. Er muss die Triebkraft unserer Arbeit beibehalten, um so die Wirtschaftskrise anzugehen, vor allem ihre Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit. Wir müssen die Arbeit, die wir auf dem G20-Gipfel beschlossen haben, vorantreiben. Wir

müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um dafür zu sorgen, dass die von der Europäischen Kommission gestellten Anträge zur Finanzüberwachung schnellstmöglich in Kraft treten. Wir müssen unser Programm zur Gewährleistung der Sicherheit der Energieversorgung voranbringen.

Die wichtigste Angelegenheit bezüglich der Politik im Rat wird Kopenhagen sein. Ein erfolgreiches Ergebnis in Kopenhagen bleibt den Europäern weiterhin ein Hauptanliegen und eine wichtige Aufgabe für die globale Gemeinschaft. Bis Kopenhagen bleiben uns weniger als 50 Tage. Die Verhandlungen machen nur langsame Fortschritte. Es fällt erneut auf die Europäische Union zurück, Führungsqualitäten zu beweisen und die Triebkraft zu wahren. Die Ziele, die wir auf den Tisch gebracht haben, sind eine Inspiration für andere zu mehr Handlung gewesen, aber wir alle wissen, dass wir zur Galvanisierung einer echten globalen Aktion noch einen Schritt weitergehen müssen. Wir müssen den Entwicklungsländern mit konkreten Finanzideen helfen, wie dies die Europäische Kommission im letzten Monat vorgeschlagen hat. Wir schätzen, dass die Entwicklungsländer bis 2010 ca. weitere 100 Mrd. EUR benötigen werden. Das nationale Finanzwesen, im Wesentlichen das der großen aufstrebenden Wirtschaften - Wirtschaften der Entwicklungsländer, jedoch der aufstrebenden Entwicklungsländer - sowie der Kohlenstoffmarkt sollten einen Großteil davon abdecken, aber die großen internationalen Staatsfinanzen sollten ebenfalls ihren Anteil leisten, wobei die Europäische Union ihren gerechten Anteil zahlt.

Bei der Agenda von Kopenhagen geht es nicht nur um Klimawandel. Dieser ist natürlich das Hauptthema, aber beim Klima geht es auch um die Entwicklung, und wir sollten diese äußerst wichtige Dimension nicht vergessen. Dies wird eine große Verpflichtung sein, besonders zu einer Zeit, in der die öffentlichen Etats bereits unter Druck stehen, aber wir wissen alle, je länger wir warten, desto höher werden die Kosten sein. Die Aufgabe für den Europäischen Rat besteht wieder einmal darin, kreative Lösungen zu finden, um zu zeigen, dass die Europäische Union vereint hinter der Notwendigkeit zur Bekämpfung des Klimawandels steht.

Kopenhagen muss zunächst einmal zeigen, dass der Antrieb zur Verringerung der Emissionen vorhanden ist; dann muss es zeigen, dass wir darauf eingerichtet sind, denen zu helfen, die bereit sind, diesen Schritt zu wagen. Dies ist die beste Methode, eine Bresche für die Art von aktivem Europa zu schlagen, die der Vertrag von Lissabon bewirken wird - das Vorantreiben einer Agenda, die zeigt, dass die Europäische Union konkrete Vorteile für ihre Bürgerinnen und Bürger bringt.

Für eine ehrgeizige Agenda müssen wir einen effektiven institutionellen Rahmen haben, und damit komme ich wieder zu meinem ersten Punkt. Der Vertrag von Lissabon ist der erste Vertrag des erweiterten Europas. Diese Generation, insbesondere unsere Freunde in Mittel- und Osteuropa, erinnert sich noch gut an die Zeit, als Europa geteilt war, aber wir werden nicht für immer hier sein. Institutionen werden überdauern, daher brauchen wir Institutionen für das erweiterte Europa. Der Vertrag von Lissabon ist der Vertrag für das Europa des 21. Jahrhunderts, mit starken Institutionen, die in dem Europa mit 27 und künftig noch mehr Mitgliedern konkrete Resultate vorweisen können. Institutionen allein reichen jedoch nicht. Wir brauchen einen starken politischen Willen zur Erreichung unserer Ziele und ich hoffe, dass der Europäische Rat Ende dieses Monats diesen Willen für ein starkes und ehrgeiziges Ergebnis in Kopenhagen unter Beweis stellen wird.

(Beifall)

**Joseph Daul**, im Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) erwartet vom nächsten Europäischen Rat, dass er der überlangen Phase der Unsicherheit für die europäischen Institutionen ein Ende bereitet und die nötige Triebkraft liefert, die neue Kommission einrichtet sowie den stabilen Ratsvorsitz und den Hohen Vertreter bereitstellt, die im Vertrag von Lissabon vorgesehen sind.

Vor allem muss der Rat die erforderlichen Maßnahmen zur Förderung der Wachstumsregeneration ergreifen, sowie um Europa in die bestmöglichen Position zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu bringen, da die Krise so lange anhalten wird, wie die soziale Kohäsion nicht wieder hergestellt ist.

Erstens, zu den Institutionen möchte ich alle daran erinnern, dass die Entscheidung des polnischen Vorsitzes, den Vertrag zu unterzeichnen, bedeutet, dass alle Länder bis auf eines dem Weg freigeräumt haben, damit Europa endlich und ohne Zeitverschwendung vorankommen kann.

Am 27. Oktober - zwei Tage vor dem Europäischen Rat - wird das tschechische Verfassungsgericht prüfen, ob der Vertrag mit der Verfassung des Landes vereinbar ist. Natürlich werden wir diese Entscheidung, wie sie auch ausfallen mag, respektieren.

Andererseits missbilligt meine Fraktion die Tatsache, dass der tschechische Ratsvorsitz, obgleich sein Parlament als solches den Vertrag von Lissabon angenommen hat, einen neuen Vorwand zur Verzögerung der Unterzeichnung vorgebracht hat, da ein jeder weiß, dass es sich nur um einen Vorwand handelt. Ich finde es bedauernd, dass andere Länder seinem Beispiel folgen und ihrerseits Versicherungen zu diesem oder jenem Aspekt des Vertrages verlangen. Wir dürfen uns nicht der Versuchung ergeben, die Büchse der Pandora zu öffnen, und ich beglückwünsche den Vorsitz dazu, dies deutlich zum Ausdruck gebracht zu haben.

Die EVP-Fraktion erwartet, dass der Europäische Rat deutlich zu verstehen gibt, dass die Europäische Union keine Hinhaltetaktiken akzeptiert. Jeder in Europa hat, sei es direkt oder indirekt, den Vertrag unterstützt und wir müssen nun vorankommen. Jeder von uns weiß, dass die echten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen so lange nicht mit der gebührenden Schnelligkeit und Ernsthaftigkeit angegangen werden, wie die europäische öffentliche Debatte von der institutionellen Streitfrage monopolisiert wird, und so lange Europa nicht über die erforderlichen Instrumente verfügt, um Entscheidungen sowohl demokratisch als auch effektiv zu treffen. Es ist klar zu sehen, dass wir derzeit schachmatt sind.

Das Parlament muss in der Lage sein, schnellstmöglich mit den Anhörungen künftiger Kommissare fortzufahren, und es muss die Ernennungen für alle in der Kommission und im Rat zu besetzenden Stellen nach Möglichkeit noch vor Jahresende beschließen können.

Die EVP-Fraktion erwartet vom Europäischen Rat zudem eine klare wirtschaftspolitische Führung, angesichts der Ergebnisse des G20-Gipfels in Pittsburgh, der gemischte Resultate lieferte, und in der Presse wird er bereits so abgehandelt, als sei nichts geschehen.

Europa muss alles in seiner Macht Stehende tun, damit seine Unternehmen zu einem ausreichenden Maß an Handlungsfähigkeit zurückkehren können, um so einerseits zu rekrutieren als auch andererseits in die Forschung zu investieren. Europa muss zudem alles in seiner Macht Stehende tun, um eine faire Wirtschaftsumgebung zu schaffen.

Und schließlich zum Klimaaspekt erwarte ich, dass der Europäische Rat eine Strategie vorlegt, die der Situation angemessen ist. Dies ist bisher die Schwäche bei den Verpflichtungen unserer Partner und das weniger als zwei Monate vor Kopenhagen. Ich stelle diese klare Frage: Welchen Druck werden wir auf die Vereinigten Staaten, auf China und alle Entwicklungsländer ausüben? Moderaten und höflichen Druck oder maximalen Druck? So sehr ich mich auch beglückwünsche, dass Europa in dieser Hinsicht eine Vorreiterrolle einnimmt, Europa kann nicht die einzige Partei sein, die die zur Bekämpfung der globalen Erwärmung erforderlichen Anstrengungen unternimmt.

Der Gipfel von Kopenhagen findet in nur 50 Tagen statt – 50 Tage sind nicht viel, aber genug, wenn wir wissen, wie wir überzeugen können – und daher fordere ich Sie, Herr Ratspräsident und Herr Kommissionspräsident, auf, uns mitzuteilen, wie Sie diese 50 Tage nutzen werden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Oktobersitzung des Europäischen Rates wird ein wichtiger Zeitpunkt sein, und sie wird zeigen, ob Europa sich der dringenden Notwendigkeit bewusst ist, im Hinblick auf die Wirtschaft und im Hinblick auf die sozialen Fragen handeln zu müssen und institutionelle Dispute zu überwinden. Meine Fraktion, die EVP, appelliert an den Sinn für Verantwortlichkeit eines jeden der 27 Mitgliedstaaten der EU.

(Beifall)

**Hannes Swoboda**, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Ratspräsidentin, Herr Kommissionspräsident! Bevor ich auf die institutionellen Fragen eingehe, möchte ich eine kurze Bemerkung zu Kopenhagen machen.

Sie haben völlig Recht, Frau Ratspräsidentin, und der Herr Kommissionspräsident hat unterstrichen, dass eine der wesentlichen Entscheidungen, die wir jetzt zu treffen haben, Kopenhagen betrifft. Wir brauchen verbindliche Ziele, keine allgemeine Erklärungen. Das wird nicht leicht sein, weil die Amerikaner ihren Gesetzgebungsprozess noch nicht abgeschlossen haben. Man wird auch nach Kopenhagen im nächsten Jahr noch einiges entscheiden müssen. Aber am Ende dieses Prozesses müssen verbindliche Ziele stehen. Das ist absolut notwendig.

Zweitens: Was die Finanzmärkte und die wirtschaftliche Situation betrifft, ist es geradezu skandalös und provokant, was an Bonuszahlungen derzeit wieder gezahlt wird. Insbesondere in Amerika, aber das kommt ja dann auch noch in Europa. Das ist nicht das zentrale Problem, aber es zeigt, wie viele Manager nach wie vor nicht verstehen, worum es bei der Neuregelung der Finanzmärkte geht, und auch bei der Verantwortung,

die sie gegenüber der Bevölkerung haben. Frau Ratspräsidentin, ich gebe Ihnen Recht, dass insbesondere die Frage der Beschäftigungspolitik nun im Vordergrund stehen muss. Es geht nicht nur darum, die Stimuli beizubehalten, die wir im Zusammenhang mit dem *Recovery Program* haben, sondern es geht auch darum, wirklich neue Stimuli und neue Elemente einzuführen, um die Beschäftigung zu fördern.

Der Kommissionspräsident hat gestern auch positiv auf das geantwortet, was Stephen Hughes verlangt hat. Ich bin sehr froh, dass sich wenigstens hier ein Konsens abzeichnet, dass Beschäftigungspolitik in den nächsten Jahren im Mittelpunkt unserer Aktivitäten stehen muss.

Lassen Sie mich jetzt zu Lissabon etwas sagen. Zuerst noch zu der fehlenden Unterschrift von Václav Klaus: Ich gehe davon aus, dass es eine positive Entscheidung des Verfassungsgerichts geben wird. Ich halte es für inakzeptabel, dass jetzt die Beneš-Dekrete herangezogen werden, um sie vielleicht noch einmal aufzurollen und mit der Unterschrift zu warten. Ich erinnere die Kolleginnen und Kollegen aus der Tschechischen Republik: Vor dem Beitritt haben wir – Frau Ratspräsidentin, Sie erinnern sich, Sie waren ja damals eine der Unsrigen – ein Gutachten zu den Beneš-Dekreten in Auftrag gegeben, in dem untersucht werden sollte, ob die Beneš-Dekrete ein Hindernis für den Beitritt der Tschechischen Republik darstellen. Wir sind damals mehrheitlich zu der Meinung gelangt: Nein. Die Dekrete haben keine neue Wirkung, sondern sie hatten eine Wirkung zu dem Zeitpunkt, als sie verfasst wurden. Wenn wir sagen, dass die Beneš-Dekrete kein Hindernis für den Beitritt der Tschechischen Republik waren, so ist es jetzt inakzeptabel, dieselben Dekrete heranzuziehen, um eventuell eine Unterschrift unter den Lissabon-Vertrag zu verweigern. Daher müssen wir hier eine klare Sprache sprechen.

Der Lissabon-Vertrag hat vor allem zwei Zielsetzungen: Zum einen mehr Demokratie in Europa, d. h. auch mehr parlamentarische Demokratie, gerade auch im Europäischen Parlament,

(Zuruf)

– ja Sie wollen das nicht, weil Sie nicht für mehr Demokratie sind – und zum anderen mehr Effizienz. Frau Ratspräsidentin, es ist jetzt für Sie eine sehr wichtige Aufgabe, in den kommenden Wochen auch dafür zu sorgen, dass die institutionellen Fragen und auch die personellen Fragen dem nicht entgegenstehen. Kommissionspräsident Barroso hat gestern zu Recht gesagt, dass wir einen Ratspräsidenten brauchen, auf den wir keinen Einfluss haben, der aber mit der Kommission – und ich füge hinzu mit dem Parlament – gut zusammenarbeitet und der auch die Gemeinschaftsmethode als den Mittelpunkt des Entscheidungsprozesses sieht. Das ist ganz wichtig. Wir brauchen keinen Ratspräsidenten, der Pfauenräder schlägt, der schillert und der der Welt etwas vormacht. Wir brauchen einen Ratspräsidenten, der gut mit uns zusammenarbeitet.

Wir brauchen natürlich einen Auswärtigen Dienst, nicht nur aus den Überlegungen heraus, die der Kommissionspräsident genannt hat und die effiziente Regelungen, die Einheitlichkeit und die gemeinsame Außenpolitik betreffen, sondern auch aus Gründen parlamentarischer Kontrolle. Es kann doch nicht angehen, dass jetzt plötzlich aus dem Lissabon-Vertrag, der eigentlich mehr parlamentarische Kontrolle bringen sollte, etwas herausdestilliert wird, so dass wir letztendlich weniger parlamentarische Kontrolle hätten, wenn der Auswärtige Dienst irgendwo frei schwebend wäre.

Ich weiß, dass man einen Kompromiss finden muss. Aber Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir – jedenfalls gemeinsam mit dem Kollegen Brok als Berichterstatter – hier mit dem Kommissionspräsidenten darin völlig übereinstimmen, dass wir eine klare Struktur brauchen. Aber das Entscheidende ist für uns noch einmal die parlamentarische Kontrolle, auch über den Auswärtigen Dienst und über die Außenpolitik durch den Hohen Vertreter, natürlich auch in Anerkennung der Rolle des Rates. Da Sie ja einmal eine der Unsrigen waren und damals im Auswärtigen Ausschuss dafür gekämpft haben, sehen wir in Ihnen eine Mitstreiterin in dieser Angelegenheit. Ich hoffe, dass wir den Lissabon-Vertrag wirklich so umsetzen werden, wie er gedacht war: Mehr Demokratie, mehr parlamentarische Kontrolle und mehr Effizienz in der Außenpolitik!

(Beifall)

**Zoltán Balczó (NI).** – (HU) Herr Swoboda, Sie erwähnten, dass der Tschechischen Republik zum Zeitpunkt ihrer Aufnahme versichert wurde, dass kein Anlass zur Besorgnis wegen der Beneš-Dekrete bestünde, da diese nicht gültig seien. Sind Ihnen die schwerwiegenden Konsequenzen bewusst, wenn diese Urteile noch immer gültig sind? Daher, wenn wir hier Rechtsstaatlichkeit haben, und unserer Auffassung nach wird ganz Europa gemäß dieser Rechtsstaatlichkeit regiert, dann hat die Tschechische Republik noch immer mit den Sudetendeutschen und den Ungarn ein Hühnchen zu rupfen.

**Der Präsident.** – Herr Swoboda, würden Sie das kommentieren?

**Hannes Swoboda**, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich habe mich sehr damit beschäftigt, weil auch sehr viele Sudetendeutsche in Österreich leben und ich ihre Rechte, Nöte und Sorgen anerkenne. Aber wir müssen die Geister der Vergangenheit endlich einmal hinter uns lassen. Wir müssen in die Zukunft blicken! Und die Zukunft ist nicht die Zukunft der Beneš-Dekrete, sondern des freien Europas mit freien Bürgern, die Rechte haben aufgrund der Charta der Grundrechte. Das ist meine Vision von Europa.

**Guy Verhofstadt**, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, „der Zug ist bereits so lange und so weit abgefahren, dass er meiner Ansicht nach wohl nicht mehr aufgehalten oder umgelenkt werden kann“. Dies ist ein Zitat von Präsident Klaus und es ist vermutlich das einzige Mal, dass ich ihm zustimme, dass der Zug bereits so lange und so weit abgefahren ist, dass er wohl nicht mehr aufgehalten oder umgelenkt werden kann.

Es ist ein wichtiges Zitat von Präsident Klaus, da er sich anscheinend mit der Tatsache abgefunden hat, dass nichts den Vertrag von Lissabon noch abwenden kann. Ich denke, es ist normal, dass, wenn ihn 27 Mitgliedstaaten ratifiziert und angenommen haben, wir nun auch seine Unterschrift bekommen.

Ich denke, dass sich seine Haltungsänderung nur durch unsere und Ihre Entschlossenheit erklären lässt, mit dem gesamten Prozess, wie im Vertrag von Lissabon vorgesehen, fortzufahren, und wir müssen dies in den kommenden Tagen und Wochen fortsetzen. Ich hoffe, es sind Tage, nicht Wochen. Mit anderen Worten, die beste Möglichkeit, sich die Unterschrift von Präsident Klaus und die endgültige Ratifizierung des Vertrages zu sichern, ist meiner Ansicht nach, Frau Malmström, einfach mit dem gesamten Prozess und mit der Implementierung fortzufahren. Er sagt, der Zug sei schon so weit gefahren, dass er unmöglich aufzuhalten sei, daher müssen Sie mit dem Zug fortfahren.

Diesbezüglich ist es absolut erforderlich, dass der Rat das Verfahren zur Nominierung der neuen Kommission beschleunigt und das Paket für den Präsidenten des Rates und den Hohen Vertreter so weit wie möglich vorantreibt. Ich wiederhole, dies ist die beste Methode, Präsident Klaus zu zeigen, dass er Recht hat, dass der Zug jeden Tag schneller wird, und dass es für ihn keine andere Möglichkeit gibt, als den Vertrag zu unterzeichnen. Wenn Sie abwarten, wartet er auch. Wenn Sie fortfahren, wird er unterzeichnen. Das ist meine Meinung.

Mein zweiter Punkt bezieht sich auf den Auswärtigen Dienst. Ich hoffe, dass der Rat diesbezüglich zu einer Einigung kommen kann, jedoch nicht zu einer x-beliebigen Einigung. Wir sollten eine Duplizierung vermeiden. Ich fürchte, dass wir derzeit zwei parallele Strukturen erschaffen: Eine sind die Delegationen der Kommission und der Union, wie in dem neuen Vertrag verankert, die heute bereits über 6 000 Mitarbeiter - lokale Mitarbeiter inbegriffen - ausmachen, die für die Kommission und den Präsidenten der Kommission arbeiten. Die andere ist ein neuer Auswärtiger Dienst, mit mehreren tausend Mitarbeitern, die für den Hohen Vertreter tätig sind.

Am Ende dieses gesamten Prozesses, das ist absolut klar und notwendig, darf nur eine Struktur für auswärtige Angelegenheiten übrig bleiben, und nicht diese parallele Struktur der Kommissionsdelegationen einerseits und des Auswärtigen Dienstes andererseits. Ich hoffe, dass wir im Rat diesbezüglich eine Einigung erzielen, aber ich hoffe auch, dass es eine Einigung sein wird, bei der klar ist, dass es innerhalb der Kommissionsstrukturen keine Duplizierung mit den Kommissionsdelegationen auf der einen Seite und dem Auswärtigen Dienst auf der anderen Seite geben darf.

**Rebecca Harms**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Verehrte Vertreter von Rat und Kommission! Ich möchte zunächst einmal zu Tschechien sagen, dass ich es schon als eine Art von besonderer politischer Zumutung empfinde, wie schlecht Herr Klaus als Verlierer agiert. Ich möchte Sie sehr, sehr dringend bitten, einem schlechten Verlierer, der außerdem offensichtlich noch nicht einmal tschechisches Recht respektiert, weil er die Verfassungsmehrheit, mit der in Tschechien für den Vertrag gestimmt worden ist, nicht respektiert, der Gesetze in Tschechien missachtet, nicht entgegenzukommen, wenn er jetzt ein Opt-out für Tschechien verlangt, was die Gültigkeit der *Charter for Human Rights* angeht. Das wäre meiner Meinung nach ein Schritt zuviel in Richtung dieses tschechischen *troublemakers*, und dass die Bürgerinnen und Bürger von Tschechien, die so viel getan haben für die Wiedervereinigung Europas, als die Deutschen sich dorthin geflüchtet haben, etwas Besseres verdient haben. Das zu Präsident Klaus.

(Beifall)

Zum Klima: Herr Präsident Barroso, Sie haben selten von mir so viel Zustimmung bekommen, wie Sie das heute erleben werden. Ich bin sehr, sehr, sehr begeistert davon, dass Sie hier nochmals gesagt haben, wie wichtig das ist, dass die Europäer sich verpflichten mit einer klaren Summe für diesen internationalen Fonds



für Klimaschutzmaßnahmen für die Entwicklungsländer. Ich habe mich gestern geschämt zu lesen, dass der deutsche Finanzstaatssekretär, der in Luxemburg verhandelt hat, die Verhandlungen mit einem Pokerspiel verglichen hat. Er hat gesagt, wenn man Poker spielt, dann sagt man auch nicht, was man auf der Hand hat. Es geht aber bei der Vorbereitung von Kopenhagen überhaupt nicht um ein Pokerspiel. Es geht um die größte Herausforderung, wie Frau Merkel und andere führende Politiker in der Europäischen Union das immer wieder gesagt haben. Es geht um die wichtigste Herausforderung für die Gemeinschaft, die auf diesem Globus zusammenlebt. Ich finde, dass man da jetzt mal ernst werden muss.

100 Milliarden Euro sollen ab 2020 verfügbar sein, um den Entwicklungsländern zu helfen, ihre Verpflichtungen im Klimaschutz, die sie dann übernehmen müssen, und ihre Anpassungsmaßnahmen zu erfüllen. Für ein Land wie Deutschland wären das ab 2020 circa 3 Milliarden Euro. Im Vergleich zu dem, was wir heute in Konjunkturpaketen oder zur Rettung des Finanzsektors zur Verfügung stellen, sind das *peanuts*. Und ich schäme mich dafür, dass das Scheitern in Kopenhagen mit diesem entsetzlichen und peinlichen Pokerspiel in Kauf genommen wird. Die Europäische Union, so wie sie gestern in Luxemburg verhandelt hat, ist nicht die Lokomotive, sie übernimmt keine Führungsrolle beim internationalen Klimaschutz, sondern sie gehört zu den ganz großen Blockierern. Glauben Sie nicht, dass das alles nicht rund um den Globus verfolgt wird, was heute in Luxemburg und nächste Woche in Brüssel verhandelt wird.

Ich kann hier noch einmal nur inständig appellieren: Herr Barroso, bleiben Sie bei dem Kurs der Kommission, die Finanzierung muss jetzt transparent für diesen internationalen Fonds vorbereitet werden, darum geht es seit zwei Jahren, seit Bali. Frau Malmström, ich finde, dass die Schweden da richtig verhandeln, bleiben Sie konsequent und respektieren Sie auch das Votum des Umweltausschusses des Parlaments. Es geht um ein Ziel von eigentlich 30 % CO<sub>2</sub>-Reduktion bis 2020, wenn wir weniger auf uns nehmen, dann werden wir das 2 Grad-Ziel niemals erreichen.

Ich habe ein großes Problem mit der Glaubwürdigkeit der schwedischen Ratspräsidentschaft. Ich finde, Sie sollten Ihr Staatsunternehmen Vattenfall endlich dazu bringen, nicht überall in Europa konsequent und ungebremst auf Kohle zu setzen und sogar jetzt in erster Linie da zu investieren, wo man keine Zertifikate kaufen muss. Diese Strategie Ihres Staatsunternehmens Vattenfall konterkariert Ihre gute Reputation bei der Vorbereitung der Weltklimaverhandlungen. Bitte sorgen Sie auch dafür, dass die Klage des Unternehmens Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen der Auflage, Umweltrecht in Deutschland für Kohlekraftwerke von Vattenfall umzusetzen, zurückgezogen wird. Ich glaube, Sie haben da leider einen kleinen schwarzen Fleck, der größer wird auf Ihrer guten weißen Weste. Und sorgen Sie für Ordnung, bevor Sie nach Kopenhagen gehen

**Der Präsident.** – Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte halten Sie die zugewiesene Zeit ein. Ihre Reden sind äußerst wichtig, aber ich habe dennoch eine weitere Anfrage für eine Blue-Card-Frage. Ich werde nicht jede Blue Card akzeptieren, da wir mit unserer Diskussion vorankommen müssen. In einigen Minuten wird es eine weitere Anfrage geben; wenn es sich dabei um eine Anfrage gemäß Artikel 149 Absatz 8 handelt, werde ich sie berücksichtigen.

**Timothy Kirkhope, im Namen der ECR-Fraktion.** – Herr Präsident, darf ich zunächst der schwedischen Regierung zu ihrem Vorsitz im Allgemeinen und insbesondere zu der Art, in der sie versucht hat, diese äußerst wichtigen Angelegenheiten des Klimawandels und der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, denen wir uns gegenübersehen, voranzutreiben. Ich denke, Herr Reinfeldt und seine Regierung verdienen unseren Dank für die Art, in der sie dies getan haben, aber, wie bei vielen Vorsitzen, mussten sie auch eine Vielzahl interner institutioneller Störungen bewältigen - in diesem Fall in Bezug auf den Vertrag von Lissabon.

Institutionelle Theologie ist nicht die oberste Priorität der Bürger Europas. Wir brauchen natürlich die Agenda von Lissabon, nicht den Vertrag von Lissabon.

Die Agenda von Lissabon hat ein nobles Ziel: Das Ziel, bis 2010 den dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu schaffen, der zu nachhaltigem ökonomischen Wachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen, einer größeren sozialen Kohäsion und einer Achtung der Umwelt in der Lage ist.

Das hätte die Leben von Millionen von Menschen wirklich verändert und eine feste Grundlage für unsere wirtschaftliche Zukunft geboten, und doch, wie Herr Reinfeldt selber sagte, war die Agenda von Lissabon ein Misserfolg.

Warum können wir nie Ergebnisse erzielen, die für unsere Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung sind? Die lobenswerten Ziele der Erklärung von Laeken wurden damals nicht umgesetzt, und nun sieht sich die Agenda von Lissabon demselben Mangel an Zielgerichtetheit und an Errungenschaften ausgesetzt.

So nah, Herr Präsident, und doch so weit - und wieder müssen Initiativen in Bezug auf die Wirtschaftssysteme der Mitgliedstaaten den normalen Menschen erst verständlich gemacht werden. Bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sollte es nicht darum gehen, Arbeitsplätze für ehemalige Premierminister zu schaffen, damit diese Präsident des Rates werden, oder für Liebhaber von Weltreisen, die dann Hohe Vertreter für auswärtige Angelegenheiten werden.

Diese beiden Arbeitsplätze helfen wohl kaum den gebeutelten kleinen und mittelgroßen Betrieben in irgendeinem unserer Länder. Sie lindern nicht die Krise, für die gerade Millionen Familien zahlen.

Und institutionelle Änderungen helfen auch nicht beim Klimawandel. Die größten Bedrohungen unserer Welt müssen bewältigt werden, und es müssen praktikable und umsetzbare Lösungen gefunden werden. Tausende Textseiten, die meisten davon zu kompliziert, als dass sie von unseren Bürgern je verstanden werden, sind genau aus den Bäumen hergestellt worden, die wir schützen müssen.

Setzen wir die Weltgemeinschaft unter Druck, zusammenzukommen und zu helfen, den Planeten für kommende Generationen zu bewahren, und nicht diejenigen, die die Begeisterung einiger Menschen für die europäischen Institutionen nicht gänzlich teilen.

Trotz alledem hoffe ich, dass der schwedische Ratsvorsitz in der verbleibenden Zeit und natürlich auf dem Gipfel in der Lage ist, die Aufmerksamkeit aller europäischer Staatsoberhäupter auf die wesentlichen Probleme der Menschen zu lenken - die Probleme, auf die sie sich zu Beginn des Vorsitzes konzentriert haben - in Bezug auf die Wirtschaft, Europa und in der Tat in Bezug auf den Klimawandel. Ich wünsche ihnen für die verbleibende Zeit alles Gute und bedanke mich für die bisher geleistete Arbeit.

**Lothar Bisky**, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Ratspräsidentin, Herr Kommissionspräsident! Seit einem Vierteljahr wird viel über Personalfragen spekuliert und über das mögliche Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, den meine Fraktion aus drei guten Gründen abgelehnt hat.

Wir wollen – holzschnittartig formuliert – Erstens den Vorrang des Sozialen in Europa statt radikale Marktorientierung, Zweitens Abrüstung statt Entwicklung militärischer Fähigkeiten und Drittens mehr direkte Demokratie statt ein Europa der Eliten.

Es sollte endlich um konkrete inhaltliche Fragen gehen. Während hier um Namen und Posten gestritten wird, sind immer mehr Menschen arbeitslos. Die Banken werden natürlich gerettet. Gleichzeitig fordert Kommissionspräsident Barroso den baldigen Ausstieg aus den Konjunkturprogrammen, gestern auf 2011 festgelegt, und den schnellen Abbau der Haushaltsdefizite der Mitgliedstaaten. Das bedeutet dann: Löhne und Renten werden gesenkt, öffentliche Dienstleistungen und soziale Sicherheit werden zurückgefahren, höhere Mehrwertsteuern werden folgen, Tarifverträge werden Mangelware. Ein aktuelles Beispiel dafür ist in der deutschen Gebäudereinigungsbranche, die seit drei Tagen streikt, zu studieren.

Das sind die Probleme, die die Menschen in Europa haben, und damit sollte sich der Rat beschäftigen. Stattdessen wird vor allem über Zusatzklauseln zum Lissabon-Vertrag nachgedacht, die den tschechischen Präsidenten zur Unterschrift bewegen sollen. Wenn das so einfach ist, wie es praktiziert wird, gut, dann, sehr geehrte Regierungschefinnen und Regierungschefs, denken Sie doch bitte intensiver über eine soziale Fortschrittsklausel im Vertrag von Lissabon nach. Das wäre wesentlich angemessener!

Zu Beginn der Legislaturperiode gab es eine Reihe von guten Vorschlägen für eine sozialere EU-Politik. Das war nicht allein die soziale Fortschrittsklausel. Es ging auch um ein neues Konjunkturprogramm für Europa, für die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, es ging um höhere Investitionen und um nachhaltiges ökologisches Wachstum.

Ein Europäischer Beschäftigungspakt für mehr und bessere Arbeitsplätze, für Lohngleichheit, für die Stärkung von Arbeitnehmern und verbesserte Arbeitsbedingungen wurde gefordert. Es war von stärkerer Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten die Rede, die Nachhaltigkeit der Sozial- und Pensionssysteme sollte sichergestellt werden.

Noch kann ich weder in der Politik der Mitgliedstaaten noch in der Politik der Kommission irgendeine Strategie hin zu diesen Zielen erkennen. Natürlich muss der Rat nun über die Besetzung der neuen Kommission und über die möglichen Veränderungen nach dem Lissabon Vertrag beraten. Dabei müssen aber die

angesprochenen Probleme und ihre Lösungen im Vordergrund stehen. Meine Fraktion wird jedenfalls ihr Votum über das Kommissionskollegium davon abhängig machen.

**Nigel Farage, im Namen der EFD-Fraktion.** – Herr Präsident, Herr Barroso sagte heute Morgen, dass alle Mitgliedstaaten diesen Vertrag demokratisch ratifiziert hätten. Das stimmt nicht. Das britische Volk durfte in dieser Angelegenheit nicht mitreden, obgleich es ihm versprochen wurde, und bis wir diesbezüglich einen Volksentscheid durchführen dürfen, weigere ich mich, die Legitimität dieses Vertrages anzuerkennen.

(Proteste)

Nicht alle Augen sind auf Präsident Klaus und das, was er in der nächsten Woche tun oder lassen mag, gerichtet, und das ist interessant. Ich weiß, dass Sie alle Präsident Klaus hassen, weil er an nationale Demokratie glaubt.

(Proteste)

Aber was er hier tut, ist, sich zu erheben und für die tschechischen nationalen Interessen zu kämpfen. Er fürchtet die Ansprüche der Deutschen in Bezug auf das Sudetenland, und nachdem ich deutsche Politiker zu diesem Thema habe reden hören, denke ich, dass er absolut Recht hat, sich zu fürchten.

Also weiter so, Präsident Klaus; Wenn Sie Ihnen nicht geben, was Sie wollen, unterzeichnen Sie das Ding nicht. Wenn Sie Ihnen geben, was Sie wollen, muss es in 25 Mitgliedstaaten neu ratifiziert werden, was bedeutet, dass die Briten ihren Volksentscheid bekommen und ich bin mir sicher, dass Sie als Demokraten alle einen britischen Volksentscheid zu diesem Vertrag wollen. Ich auf jeden Fall.

Und ich frage mich, ob wir am Ende dieses Gipfels wirklich einen neuen europäischen Kaiser haben werden? Wird es Tony Blair mit seiner Kaiserin Cherie werden? Nun, ich bin zu der Entscheidung gekommen, dass ich Tony Blair will. Bitte ernennen Sie Tony Blair, den Mann der 2 Mrd. GBP der britischen Rückzahlung verschenkte; der Mann, der uns einen Volksentscheid zur Verfassung versprach, und sich weigerte, sein Versprechen einzuhalten.

Es ist vollkommen klar, dass der Preis für nationalen Verrat in dieser Europäischen Union in der Tat hoch ist. Also bitte ernennen Sie Tony Blair. Dies wird dem britischen Volk klarmachen, dass es nicht die gewählten Vertreter sind, die in dieser Europäischen Union zählen und die die Spitzenjobs bekommen, sondern es sind die Menschen, die die nationale Demokratie zugunsten der Europäischen Union aufgeben. Bitte, bitte, geben Sie uns Tony Blair als ersten Präsidenten von Europa.

**Diane Dodds (NI).** – Herr Präsident, es ist enttäuschend - aber es kommt nicht unerwartet - dass der Rat und die Kommission entschlossen sind, den Vertrag von Lissabon durchzudrücken. Ich weiß, dass es in diesem Haus möglicherweise keine beliebte Ansicht ist, aber ich glaube wirklich, dass es in Großbritannien einen Volksentscheid über den Vertrag geben sollte. Ich verstehe nicht, warum sowohl die Konservativen als auch die Labour-Partei einen solchen nicht wollen.

Heute Morgen möchte ich Ihre Aufmerksamkeit, Minister, jedoch insbesondere auf die Finanzkrise richten, die Europa weiterhin in fest in den Klauen hat. Gestern Nacht gab Herr Mervyn King, der Präsident der Bank von England, an, dass Großbritannien den Banken nahezu 1 Billion GBP leiht. Er erklärte, nie zuvor hätten so wenige so vielen Menschen so viel geschuldet, und das mit einer so geringen wirklichen Reform. Herr King hat weiter angegeben, dass die Regulierung der Banken nicht ausreicht, sondern dass dieser Bankkrise ein moralisches Dilemma zugrunde liegt, da die Finanz- und Bankinstitutionen wussten, dass sie zu groß waren, um zu scheitern, und dass der Steuerzahler, sei es in Großbritannien oder in einer der anderen Regionen Europas, ihnen stets aushelfen würde, ganz egal wie die Krise aussähe. Dies ist eine sehr schwere Anklage, Minister, und sie kommt von einem der eigenen Führungsmitglieder aus der Bankenwelt. Auf den Sitzungen des Rates muss der Wille bestehen, dieses moralische Dilemma anzugehen, und dieses Parlament wäre interessiert daran, zu erfahren, wie dieser Wille aussieht und wie dieses Dilemma bewältigt wird.

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Herr Präsident, vielen Dank, dass Sie mir die Gelegenheit geben, an dieser Stelle einige Kommentare abzugeben, obgleich ich natürlich bis zum Ende der Aussprache hier bleiben werde.

Zunächst möchte ich das Wort an Herrn Verhofstadt richten. Nein, auch ich denke nicht, dass sich der Zug noch aufhalten lässt. Ich hoffe, dass der Zug schon sehr, sehr bald in den Bahnhof einfährt. Ich kann sowohl Herrn Verhofstadt als auch den Damen und Herren Abgeordneten versichern, dass der schwedische Ratsvorsitz in sehr engem Kontakt zur Tschechischen Republik steht und wir hoffen, in Kürze eine genauere und

endgültige Antwort auf die Frage geben zu können, was mit dem Vertrag geschieht und wann. Wie Sie sind wir sehr daran interessiert, dass alles schnellstmöglich erledigt wird, sowohl in Bezug auf die beiden Stellen, die zu besetzen sind, als auch in Bezug auf die Liste der Kommissare, die dem Europäischen Parlament für die Anhörung vorzulegen ist, die Sie abhalten werden. Während des Gipfels werden wir alle erforderlichen Entscheidungen treffen, die getroffen werden können. Wir werden umfassend vorbereitet sein, wenn der Vertrag von Lissabon in Kürze, wenn alle Ratifizierungen vorliegen, in Kraft tritt.

Ich möchte mich zudem für die große Unterstützung bedanken, die Mitglieder aller Fraktionen für die absolut höchste Priorität des Vorsitzes gezeigt haben, nämlich, in Kopenhagen eine Einigung zu erreichen. Dies ist äußerst wichtig. Auf den Schultern Europas ruht eine riesige Verantwortung, das Problem der Finanzierung zu lösen, sodass wir zeigen können, dass wir unseren Anteil an der globalen Verantwortung übernehmen und somit angemessene Signale aussenden können.

Herr Daul, wir haben einen sehr intensiven Kontakt zu anderen Akteuren. In nur wenigen Wochen wird der Gipfel mit Russland und China sowie mit den USA stattfinden und Klima- und Energiefragen haben natürlich Priorität in den Diskussionen mit all diesen Ländern. Wir haben zudem Arbeitsgruppentreffen und den Barcelona-Gipfel in zehn Tagen. Darüber hinaus treffen sich die Finanzminister in St. Andrews, es gibt also viele Gelegenheiten, darüber zu reden. Ich bin mit den bisherigen Ergebnissen nicht zufrieden, aber ich bleibe vollkommen optimistisch, dass wir weiterhin in der Lage sein werden, in Kopenhagen zu einer Einigung zu kommen. Die Menschen auf der ganzen Welt erwarten dies von uns.

Ich glaube weiter, dass es gut wäre, wenn die EU Ergebnisse in Bezug auf den Umgang mit der Finanzkrise vorweisen könnte. Auch wenn wir nun einige positive Anzeichen sehen, dürfen wir weiterhin nicht vergessen, dass wir die neuen Überwachungsorgane installieren müssen, um so besser gerüstet zu sein, damit wir ähnliche Krisen künftig vermeiden können und um in der Lage zu sein, diese rechtzeitig zu erkennen. Daher hoffe ich, dass schnellstmöglich Überwachungssysteme und das Makro-Überwachungsorgan etabliert werden können.

Institutionelle Angelegenheiten sind äußerst wichtig. Es ist wichtig für die Europäische Union in der Lage zu sein, Entscheidungen zu treffen, und dies auf demokratische und effektive Weise zu tun. Diesbezüglich ist der Vertrag von Lissabon ein wichtiges Instrument. Gleichzeitig wird die Europäische Union nie das Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger gewinnen, wenn wir in bestimmten Fragen keine Ergebnisse vorweisen können. Der Umgang mit der Wirtschaftskrise und Umweltfragen, darüber sind die Menschen überall auf der Welt und nicht zuletzt innerhalb der Europäischen Union besorgt. Wenn wir Fortschritte machen und auf dem Gipfel und später im Herbst Ergebnisse erzielen können, dann denke ich, wird dies eine sehr gute Grundlage für mehr Legitimität von und Vertrauen in die europäischen Institutionen schaffen.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – (FR) Herr Präsident, ich denke, dass der Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), Joseph Daul, und Frau Harms einige sehr wichtige Fragen gestellt haben.

Wie können wir den Erfolg in Kopenhagen gewährleisten, insbesondere, wenn andere Partner sich nicht dieselbe Mühe machen? Es bestehen in der Tat Schwierigkeiten, da es einen klaren Mangel an Ehrgeiz auf Seiten einiger Industrieländer gibt, was eine konkrete Verpflichtung zur Emissionsreduzierung anbelangt. Die größten Wirtschaftsräume der Industrieländer sind zudem nicht bereit, ihre nationalen Pläne für eine Linderung in die globale Vereinbarung zu integrieren und derzeit gibt es keinen glaubwürdigen Finanzplan.

Was also tun wir in diesem Fall?

Zunächst einmal glaube ich, dass dies nicht die Zeit für Europa ist, seine Ambitionen zu zügeln. Dies würde nur eine Entschuldigung bieten, warum sich die negativen Elemente nicht anstrengen müssen. Somit fällt es uns zu, weiterhin Ambitionen und Führungsqualitäten zu zeigen, gleichzeitig jedoch muss ich sagen - und hier antworte ich ganz konkret auf Joseph Daul, indem ich sage - dass unser Angebot, insbesondere unser Finanzangebot, an bestimmte Bedingungen geknüpft ist. Wir sind bereit, den Ländern zu helfen, die sich wahrhaft anstrengen, ihre Emissionen zu reduzieren. Es ist daher wichtig, in finanzieller Hinsicht ein mit Bedingungen verknüpftes Angebot zu machen, aber es wäre ein Fehler, unsere Ambitionen zu zügeln.

Ich halte einen Erfolg in Kopenhagen weiter für möglich. Es gibt auch positive Aspekte. Die Vereinigten Staaten haben die Verhandlungen wieder aufgenommen. Man möge sich erinnern, dass die Vereinigten Staaten vor einigen Jahren nicht wirklich an dem Prozess teilnahmen, aber jetzt sind sie sehr engagiert an den Verhandlungen teil. Man möge sich auch erinnern, dass Australien und Japan ehrgeizige Ziele verkündet haben - noch nicht verbindlich, natürlich nicht, aber auf politischer Ebene. Sogar China, Mexiko, Brasilien

und Südkorea haben ehrgeizige nationale Pläne bekannt gegeben, sich jedoch bisher nicht einverstanden erklärt, diese in eine globale Vereinbarung zu implementieren.

Lassen Sie uns daher diese positiven Aspekte unterstreichen und diese Dynamik schaffen und ich hoffe, dass der Europäische Rat Ende des Monats nicht den Skeptikern und Kassandras, die bereits sagen, wir bräuchten einen Plan B, Munition liefert. Ich habe bereits gesagt, dass es keinen Plan B gibt, weil es keinen Planeten B gibt. Wir müssen uns konzentrieren und dürfen diese historische Gelegenheit, die Kopenhagen uns bietet, nicht verpassen.

*Präsident der Kommission* – Mit meinem letzten Punkt möchte ich meine Überraschung kundtun. Ich hätte nie erwartet, dass ein britisches Mitglied dieses Parlaments diese großartige Institution - das Britische Parlament - in Frage stellt. Einer der größten Beiträge Großbritanniens zur Zivilisation war - und ist - das Britische Parlament.

*(Beifall)*

Wir wollen eines klarstellen. Die britische Regierung hat den Vertrag ausgehandelt. Die britische Regierung hat den Vertrag unterzeichnet. Das Parlament der Briten - das britische Unterhaus und das britische Oberhaus - hat den Vertrag angenommen. Ihre Majestät die Königin hat den Vertrag ratifiziert. Die Instrumente der Ratifizierung durch Großbritannien sind in Rom hinterlegt.

Somit hat Großbritannien den Vertrag von Lissabon ratifiziert und ich hoffe, dass alle - insbesondere die britischen Abgeordneten - das britische demokratische System achten.

*(Beifall)*

**Othmar Karas (PPE).** - Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Farage geht jetzt hinaus. Ich hoffe nur, dass in diesem Saal niemand ist, der hasst, was er uns unterstellt hat. Hass widerspricht der europäischen Gesinnung, und Egoismus, Protektionismus und Nationalismus sind die größten Feinde des Gemeinschaftsprojekts der Europäischen Union.

Zum Zweiten: Es gibt hoffentlich in diesem Saal niemanden, der die parlamentarische Demokratie gegen die Bürger ausspielt und eine Trennlinie zwischen uns und unserer Aufgabe als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger zieht, wie er uns das unterstellt hat.

Wir spüren alle das Knistern vor dem Gipfel. Wir hoffen auf den entscheidenden, befreienden Pass des Verfassungsgerichtshofs. Wir erwarten, dass der Rat seiner Verantwortung für Europa gerecht wird, sich nicht in Geiselhaft von einer Person nehmen lässt und die nötigen Entscheidungen personell, institutionell, zeitlich, inhaltlich und finanziell trifft.

Ich appelliere aber auch an die Regierungen, bei der Auswahl der Kommissare und der Nominierung nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner zu suchen, sondern die beste Lösung für die Gemeinschaft, deren Teil wir sind. Ich appelliere an die Regierungen, nicht die bekannten parteipolitischen Spielchen bei der Auswahl der Kommissare zu spielen, sondern die gemeinsame europäische Verantwortung in das Zentrum der Personalauswahl zu stellen. Ich fordere vom Kommissionspräsident, ein ehrgeiziges Anforderungsprofil an die Kommissare und an die Mitgliedstaaten zu richten.

Mein zweiter Punkt ist die Finanzmarktaufsicht. Ja, ich begrüße die Makroaufsicht, aber damit ist es ja noch lange nicht getan. Wir brauchen auch die Mikroaufsicht, und der Vorschlag der Kommission ist meiner Ansicht nach der kleinste gemeinsame Nenner, das Mindestmaß. Wir müssen weiter gehen, wir müssen zu einer europäischen Finanzmarktaufsicht mit Weisungsrecht kommen, analog zur Europäischen Zentralbank.

*(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort)*

**Jo Leinen (S&D).** - Herr Präsident! Die Forderung von Václav Klaus nach einem Zusatz zur Grundrechte-Charta ist ebenso willkürlich wie überflüssig. Ihr ist aber insofern auch leicht zu begegnen, weil die Charta sich nur auf Akte der EU bezieht und nur für die Zukunft gilt. Also wenn es daran hängen sollte, soll der Rat eine politische Erklärung abgeben. Wir bekommen dann hoffentlich in einigen Wochen die Ratifizierung des Vertrags, auf den wir neun Jahre lang gewartet haben.

Der Europäische Rat muss die Vorbereitungen treffen, darf aber keine voreiligen Schlüsse ziehen. Das gilt für den Europäischen Auswärtigen Dienst. Es ist der Hohe Vertreter, der ein Konzept für diesen Dienst vorschlagen soll, und nicht die Bürokratie des Rates. Ich bitte daher die Ratspräsidentschaft, darauf zu achten,

dass der Dienst nicht einseitig positioniert wird, sondern sich in das Gemeinschaftssystem einfügen kann, so wie es Präsident Barroso gesagt hat.

Nun, dieser Vertrag bringt uns die Rechtsgrundlage für eine gemeinsame Energiepolitik und für einen gemeinsamen Klimaschutz. Ich kann nur hoffen, dass sich die Nebelwand bis Kopenhagen auflöst. Wir dürfen die Fragen nicht bis zur Konferenz offen lassen. Und der Umweltausschuss hat ja auch zur Finanzierung klare Vorgabe gemacht. Ich hoffe, der Gipfel kann sich nächste Woche einigen auf ein Finanzierungskonzept. Ferner brauchen wir eine interne Lastenverteilung in der EU. Deutschland und andere Länder müssen da nachgeben, wir brauchen einen fairen Deal sowohl innerhalb der EU als auch zwischen der EU und den Entwicklungsländern in der ganzen Welt.

**Marielle De Sarnez (ALDE).** – (FR) Herr Präsident, ich möchte drei Fragen stellen.

Zunächst ist da die Angelegenheit des Klimawandels. Jeder kann sehen, dass die Europäische Union eine besondere Pflicht hat, die Nationen der Welt in Kopenhagen anzuführen. Dazu müssen wir fordernd und ehrgeizig sein, was die Ziele anbelangt, wir müssen aber auch die Schuld anerkennen, die wir gegenüber den Entwicklungsländern haben. Jedes Land muss sich einverstanden erklären, Finanzmittel in angemessener Höhe bereitzustellen. Wenn wir keine Solidarität demonstrieren können, wird dies nicht funktionieren.

Mein zweiter Punkt betrifft das Problem der Migration. Es ist natürlich gut, die Operationen von Frontex zu verbessern, wenn wir jedoch den Ländern in Südeuropa wirklich helfen wollen, müssen wir das Asylrecht harmonisieren, das Dubliner Übereinkommen prüfen und vor allem endlich eine echte Immigrationspolitik entwickeln. Ich halte dies für die einzige Art einer ruhigen und verantwortungsbewussten Herangehensweise an dieses Problem.

Meine dritte Angelegenheit betrifft schließlich die Außenpolitik. Der Rat wird die Angelegenheit des Auswärtigen Dienstes weiter verfolgen. Umso besser! Wahrscheinlich werden wir einen Hohen Vertreter bekommen. Umso besser! Noch besser wäre es allerdings, wenn wir alle mit einer Stimme sprechen würden, wenigstens bei den Konflikten, die die Welt erschüttern. Ich denke dabei insbesondere an Afghanistan, wobei ich bemerken möchte, dass die Anzahl der europäischen Soldaten, die dorthin entsendet wurden, fast der Anzahl der US-Soldaten entspricht.

Am 3. November findet ein EU-US-Gipfel statt, und die Europäer haben eine besondere Verantwortung. Sie müssen eine Strategie vorschlagen, die nicht ausschließlich militärischer Natur ist. Wenn wir dies nicht tun, wird es niemand tun.

**Gerald Häfner (Verts/ALE).** - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Vertrag von Lissabon ist auf der Zielgeraden, und jetzt ist es Zeit, den Blick nach vorne zu richten. Wir müssen Europa sozialer machen, wir müssen Europa ökologischer machen, und wir müssen Europa demokratischer machen. Da vor allem haben wir großen Nachholbedarf.

Ich möchte ein Europa, in dem sich die Bürger nicht nur als Zuschauer, nicht nur als Objekt, sondern in dem sie sich als Subjekt dieser Europäischen Gemeinschaft verstehen. Ich möchte ein Europadas die Menschen als ein Europa der Bürger erleben – und dafür ist noch sehr viel zu tun.

Ich sagte, der Vertrag von Lissabon sei auf der Zielgeraden. Doch gerade auf der Zielgeraden häufen sich die Unsportlichkeiten.

Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass wir jetzt kurz vor Abschluss der Ratifizierung zunehmend krasse Verstöße gegen den europäischen Geist und gegen europäisches Recht beobachten müssen. Was wir beobachten müssen, ist, dass ein Einzelner unter den europäischen Präsidenten versucht, sein Volk, sein Land und ganz Europa in Geiselschaft zu nehmen. Er erklärt nun plötzlich, dass die Grundrechte-Charta in seinem Land nicht gelten soll. Und wenn es stimmt, was ich gestern erfahren habe, dann wurden ihm sogar schon entsprechende Zusicherungen gemacht. Das wäre tatsächlich ein unerhörter Vorgang, und ich wäre froh, wenn dies hier richtig gestellt werden könnte und wenn deutlich erklärt werden könnte, dass es solche Zusicherungen nicht geben kann. Es wäre ansonsten ein Rückfall in das Mittelalter, in dem unter absoluter Fürstenwillkür in einem Land jeweils nur die Rechte galten, die der Landesherr zuließ. Wir sind aber nicht im Mittelalter, wir sind Europa – und Europa ist eine Rechtsgemeinschaft, eine Demokratie.

Das tschechische Parlament und der Senat haben diesem Vertrag ja bereits zugestimmt, ohne dass solche Forderungen gestellt wurden. Aus guten Gründen natürlich, denn sie wollen ja, dass die Grundrechte-Charta in Tschechien gilt. Sie ist das Herzstück dieses Vertrages! Und wir sollten dem Vertrag nicht ohne Not das Herz herausreißen lassen.

Gerade die Grundrechte sind doch unveräußerliche Rechte aller Bürger, die nicht für Einige zur Disposition stehen dürfen. Europa ist eine Rechtsgemeinschaft, eine Demokratie. Europa ist kein Basar. Das heißt, dass wir die Grundrechte-Charta vor solchen makabren Deals schützen und keinesfalls zulassen sollten, dass sie relativiert oder in Frage gestellt wird. Wir sollten nicht einreißen lassen, dass derlei Dinge verhandelbar werden und Europa zum Basar wird.

Der Vorgang ist ein Beleg dafür, wie wichtig es ist, die Demokratie in Europa zu stärken.

*(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort).*

**Oldřich Vlasák (ECR).** – (CS) Herr Präsident, Minister, Kommissar, meine Damen und Herren, ich möchte auf die vorherige Rede antworten. Es ist absolut klar, dass auf der nächsten Sitzung des Europäischen Rates institutionelle Fragen und der Prozess der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon vorherrschen werden. In den Debatten zur künftigen Richtung der EU sollten wir uns meiner Ansicht nach den anderen gegenüber mit einem angemessenen Sinn für Demut verhalten, und gleichzeitig sollten wir den souveränen Entscheidungsmechanismus der verschiedenen Mitgliedstaaten und ihrer verfassungsmäßigen Akteure gelassen respektieren.

Ich möchte nun zu meinem eigenen Thema zurückkehren. Ich persönlich halte die makro-regionale Strategie für einen nicht weniger wichtigen Punkt auf der Diskussionsstagesordnung des Rates. Herr Präsident, meine Damen und Herren, es wurde bereits im letzten Parlament beschlossen, dass der Ostseeraum für ein Pilotprojekt geeignet ist, das auf die Umsetzung einer internen EU-Strategie für die Makroregion abzielt, und ich bin somit hocherfreut, dass dieser spezielle Beschluss des Rates wahrscheinlich ratifiziert werden wird.

Gleichzeitig denke ich, dass nun der Zeitpunkt gekommen ist, an dem begonnen werden muss, über das Problem der Replizierung dieser Pilotstrategie nachzudenken. Wenn wir uns die Karte von Europa in diesem Kontext ansehen, sehen wir, dass die größten Unterschiede, ganz gleich ob wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Natur, weiterhin entlang der Grenzen zwischen dem ehemaligen sozialistischen Block und den kapitalistischen Staaten Westeuropas bestehen. Diese Unterschiede sind auch hier im Parlament offensichtlich. Zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer reden wir noch immer über alte und neue Mitgliedstaaten. Zwanzig Jahre nach der Samtenen Revolution machen wir bei der Freizügigkeit von Menschen noch immer von Ausnahmeregelungen Gebrauch, wenn wir die Übergangsphasen für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer anwenden. Dies sind absolut eindeutige Barrieren, die systematisch abgebaut werden sollten ...

*(Der Präsident unterbricht den Redner)*

**Georgios Toussas (GUE/NGL).** – (EL) Herr Präsident, die Aussagen des Rates und der Kommission zum kommenden europäischen Ratsgipfel signalisieren eine Eskalation in der volksfeindlichen Politik der Europäischen Union und der Regierungen ihrer Mitgliedstaaten mit einem erneuten Angriff auf die Arbeiterklasse. Das primäre Ziel der Europäischen Union und der Regierungen ihrer Mitgliedstaaten, ungeachtet dessen, ob sie der linken Mitte oder der rechten Mitte angehören, ist die Sicherung der kontinuierlichen Rentabilität der Monopole durch die Verschiebung der Last der kapitalistischen Wirtschaftskrise auf die Arbeiterklasse in der gesamten Europäischen Union.

Während die Europäische Union die Monopolgiganten mit einem Paket von Hunderten Milliarden Euro finanziert hat - und eine erneute Finanzierungsrunde dieser Giganten nicht ausgeschlossen werden kann - werden in dieser neuen Phase die schnellere Förderung der kapitalistischen Neustrukturierungen, die innerhalb der Rahmenkonstruktion des Vertrages von Lissabon geplant sind, favorisiert. Im Epizentrum des arbeitnehmerfeindlichen Angriffs steht die Abschaffung des Acht-Stunden-Tages und der Tarifverträge sowie die verallgemeinerte Anwendung von Flexicurity und befristeten, flexiblen und schlecht bezahlten Arbeitsplätzen durch die Stärkung der Einrichtung von lokalen Arbeitsverträgen und Praktika. Soziale Sicherheit, Gesundheit, Gemeinwohl- und Bildungssysteme werden in ein Prokrustesbett gelegt, zum Nachteil der Arbeitnehmer werden drastische Veränderungen durchgeführt, und der Weg wird weiter bereitet für das Eindringen von Monopolgruppen in diesen Reichtum produzierenden Kapitalismussektoren. Gleichzeitig haben Massenentlassungen - über fünfeinhalb Millionen im letzten Jahr - Arbeitgeberterrorismus und Arbeitsintensivierung zu mittelalterlichen Bedingungen am Arbeitsplatz geführt. Ein typisches Beispiel ist das langjährige Verbrechen, das an den Arbeitnehmern der France Telecom begangen wurde, wo 25 Arbeitnehmer durch inakzeptable Arbeitsbedingungen und die Intensivierung der Sklaverei in den Selbstmord getrieben wurden.

**William (The Earl of) Dartmouth (EFD).** – Herr Präsident, das große Problem für die Mitgliedstaaten ist, wie Herr Bisky bereits zuvor ausführte, die Arbeitsmarktkrise. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 24 % in Frankreich, 25 % in Italien und 39 % in Spanien.

Dennoch können wir sicher sein, dass die Sitzung des Europäischen Rates nur so vor kolossalem Triumphalismus bezüglich der Massenarbeitslosigkeit triefen wird. Dieser Triumphalismus ist unangemessen und geschmacklos und wird vorherrschen, weil die Elite davon ausgeht, sie hätten ihren Vertrag von Lissabon bereits in der Tasche.

Alle bisherigen Aktionen in Richtung Ihres europäischen Superstaates sind entweder im Geheimen oder durch Manipulation erfolgt und im Fall des Vertrages von Lissabon war die Manipulation so schamlos und so offen, dass es dem Vertrag an demokratischer Legitimität fehlt. Und dies wird Konsequenzen haben. Ich zitiere: „Sie läuten die Glocken nun; sehr bald schon werden sie die Hände ringen.“

**Csanád Szegedi (NI).** – (HU) Herr Präsident, Frau Malmström, meine Damen und Herren, jede Debatte über die Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon ist überflüssig, bis wir untereinander geklärt haben, was unsere grundlegendsten Werte sind. Lassen Sie mich Ihnen einige Beispiele in Bezug auf die größte entrechtete Minorität in Europa geben, der ungarischen Gemeinde, die außerhalb des Karpathenbeckens lebt. Ist Ihnen beispielsweise bewusst, dass die territoriale Selbstbestimmung für die zwei Millionen Menschen zählende ungarische Gemeinde in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union bis heute nicht auf der Tagesordnung steht, obgleich wir alle wissen, dass territoriale Autonomie eine europäische Rechtsinstitution ist?

Ist Ihnen bewusst, dass in demselben Land, in Rumänien, mehrere Zehntausende von Csango-Ungarn auch heute noch nicht in ihrer Muttersprache beten und unterrichtet werden dürfen? Wir haben außerdem einen Staat, der jünger ist als ich, die Slowakei, mit seinem slowakischen Sprachgesetz, das, wie wir zu Recht sagen können, Schande über Europa bringt. Und darüber hinaus gibt es noch verachtungswürdige Politiker, die die unmenschlichen Beneš-Dekrete als Verhandlungsgrundlage heranziehen. In welcher Art von diktatorischem, rassistischem Europa leben wir, in dem die Beneš-Dekrete als Verhandlungsgrundlage angesehen werden können? Wir haben genug von Diktaturen, die uns aufgezwungen werden, und das stets unter dem Mantel der Demokratie.

Wir, die Jobbik-Abgeordneten, möchten in einem Europa ohne Beneš-Dekrete, ohne slowakische Sprachgesetze und ohne einen Vertrag von Lissabon leben, in dem nicht ein einziger Ungar auf Grund seiner ethnischen Herkunft und seiner Muttersprache verfolgt wird. Ich möchte Herrn Swoboda gern die folgende Frage stellen: Wenn er sagt, die Beneš-Dekrete seien ungültig, wann wurden die Opfer entschädigt?

**Marian-Jean Marinescu (PPE).** – (RO) Es gibt bestimmte Redner im Parlament, die, ungeachtet des diskutierten Themas, ständig über dasselbe Thema reden, und dies nicht immer in angemessener Weise.

Die erste Priorität bei einer Sitzung des Europäischen Rates muss ganz offensichtlich das Finden einer Lösung sein, sodass die Tschechische Republik die Verfahren zur Ratifizierung des Vertrages von Lissabon abschließen kann. Diese Lösung muss jedoch fair gegenüber allen anderen Mitgliedstaaten sein.

Gleichzeitig dürfen wir die aktuelle Wirtschaftskrise nicht vergessen, in der wir uns noch immer befinden, und für die wir ebenfalls sofortige Lösungen finden müssen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, zusammen mit den im letzten Jahr ergriffenen speziellen Finanzmaßnahmen, haben das öffentliche Finanzwesen eines Großteils der Mitgliedstaaten der Europäischen Union destabilisiert. Bisher hat die Kommission 17 der 27 Mitgliedstaaten auf dem Plan, die ein übermäßiges Defizit vorzuweisen haben, wobei die Schätzungen zeigen, dass sich weitere drei Mitgliedstaaten in Kürze in derselben Lage befinden werden.

Ungeachtet ihrer Wirtschaftsmacht haben die Mitgliedstaaten die Werte überschritten, denen sie sich verpflichtet haben, da die Krise einen starken Abfall der Haushaltseinnahmen und des Wachstums weit über die geplanten öffentlichen Ausgaben hinaus bewirkt hat. Es gibt in der Tat eindeutige Konditionen für eine wirtschaftliche Genesung in naher Zukunft, daher können wir die Diskussionen auf die Verringerung der finanziellen Anreize in bestimmten Bereichen beschränken.

Dennoch müssen wir die spezielle Situation eines jeden Mitgliedstaates einzeln berücksichtigen und die europäischen Institutionen müssen anerkennen, dass wir noch nicht an dem Punkt angelangt sind, an dem die öffentliche Unterstützung für alle Wirtschaftssektoren vollständig entfallen kann. Die Mitgliedstaaten müssen sich auf die Fortsetzung der Genesungsstrategie und auf geeignete Instrumente zu deren Unterstützung



einigen, darunter fällt auch die Beschleunigung von strukturellen Reformen, die das Finanzdefizit mittelfristig verringern und auf natürliche Weise zur Wirtschaftsgenesung beitragen können.

Wenn die Post-Genesungsphase von den Mitgliedstaaten nicht ordnungsgemäß geregelt wird, kann dies den Binnenmarkt der Europäischen Union destabilisieren. Daher muss die Entscheidung zugunsten und die Genehmigung zur Fortsetzung der öffentlichen Unterstützung auf der Grundlage der speziellen Bedingungen der jeweiligen Staaten gefällt bzw. erteilt werden.

**Liisa Jaakonsaari (S&D).** – (FI) Herr Präsident, ich stimme Herrn Marinescu zu, dass der kommende Rat eine Lösung für zwei Probleme finden sollte. Eines ist der Abschluss der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon, das andere sind neue Gegenmaßnahmen für die Wirtschafts- und Finanzkrise. Derzeit durchleben wir die schlimmste Krise in der europäischen Wirtschaftsgeschichte. Die Krise bedeutet eine drastische Veränderung der Chancen, Einkommen, Renten und Arbeitsplätze der Menschen, und wir müssen uns dessen bewusst sein.

Die Europäische Union hat ihre Genesung sehr gut begonnen. Wir sollten der Kommission dafür danken. Die Kommission und die europäische Zentralbank haben sogar so schnell reagiert, dass die Vereinigten Staaten von Amerika dem Beispiel von Europa gefolgt sind. Dann erfolgte seltsamerweise eine Stagnation und die Menschen dachten, die Krise sei vorbei. Die Krise kommt jedoch in Wirklichkeit erst noch, da über der Europäischen Union eine vierschneidige Guillotine schwebt, in Form von wachsender Arbeitslosigkeit, verschuldeten nationalen Wirtschaften, einer alternden Bevölkerung und der gewaltigen strukturellen Veränderung, die in der Forstwirtschaft, der Automobilindustrie usw. stattfinden wird.

Das einzig Gute an dieser Wirtschaftskrise ist in der Tat, dass die Politik die Probleme nun lösen muss. Was die neue Finanzarchitektur anbelangt, geht die Kommission dabei recht anspruchslos ans Werk. Hoffentlich wird die Finanzkrisen-Arbeitsgruppe, die das Parlament ins Leben gerufen hat, zu einer neuen Orientierungshilfe. Das Ziel muss die Regulierung der Finanzmärkte sein. Eine Überregulierung, die Wachstum und Arbeitsplätze verhindert, darf jedoch nicht zugelassen werden.

**Silvana Koch-Mehrin (ALDE).** – Herr Präsident! Frau Ratspräsidentin! Frau Kommissionspräsidentin! Frau Vizepräsidentin der Kommission! Frau Ratspräsidentin! Sie hätten vermutlich lieber zwei Wochen als zwei Tage für Ihren Gipfel in der kommenden Woche, so viele Themen haben Sie zu besprechen. Es sind ja Themen, die wirklich wichtig sind für Europas Bürger, sei es die Wirtschaftskrise, wie man sie überwinden kann, Perspektiven für mehr Beschäftigung aufzuzeigen, Klimawandel, und eben auch Afghanistan. Die Themen sind nicht neu, neu ist aber, dass es diesmal möglich ist, das alles mit der Perspektive zu diskutieren, dass die EU tatsächlich arbeitsfähiger wird, dass wir einen neuen Vertrag bekommen.

Das ist eine erfreuliche Perspektive, und deshalb sollten Sie jetzt auch schnell Nägel mit Köpfen machen, was die gemeinsame Aufsichtsstruktur für die europäischen Finanzmärkte angeht, was eine gemeinsame Außenpolitik angeht, aber auch was die Vorbereitung des Gipfels in Kopenhagen angeht. Auch was die zukünftige Führungsstruktur der EU angeht, sollten Sie schnell Klarheit schaffen, auch da sollte die Selbstbeschäftigung aufhören. Was wir brauchen, ist weniger Nabelschau, sondern Erfolgsmeldungen für die Europäische Union. Deswegen wünsche ich Ihnen alles Gute, viel Glück und Durchsetzungsvermögen!

**Oriol Junqueras Vies (Verts/ALE).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte anmerken, dass ich meine Rede nicht auf Katalanisch halten kann, da es sich dabei noch um keine offizielle Sprache handelt, obgleich es die Sprache von über 10 Millionen europäischen Bürgern ist. Aus diesem Grund halte ich meine Rede heute auf Italienisch.

Die finnische Regierung hat kürzlich das Recht aller Bürger auf einen Breitband-Internetanschluss als Universaldienst anerkannt. Dieser Dienst ist eigentlich ein Element der wirtschaftlichen Entwicklung, der sozialen Gerechtigkeit und des territorialen Gleichgewichts, da er den Zugang zu Informationen sichert und somit eine digitale Kluft vermeidet. Gleichermäßen ist ein erschwinglicher Breitbandzugang ausschlaggebend, wenn es um den Aufbau der wissensbasierten Wirtschaft geht, die in den Zielen von Lissabon festgehalten ist.

Wird der nächste Europäische Rat Maßnahmen ergreifen, um zu gewährleisten, dass die Europäische Union als Ganzes der Welt auch auf diesem Gebiet mit gutem Beispiel vorangeht?

**Martin Callanan (ECR).** – Herr Präsident, im Europäischen Rat werden viele wichtige Angelegenheiten diskutiert, aber von meinem Standpunkt aus ist eine der wichtigsten die Zukunft des Vertrages von Lissabon.

Viele Redner haben - ganz ohne Ironie - davon gesprochen, dass der Vertrag von Lissabon für mehr Demokratie und eine größere Rechenschaftspflicht der EU-Institutionen Sorge und haben dabei ganz vergessen, dass sie absichtlich die Haltung einnahmen, dass es im Prozess dieses Vertrages an sich keine Demokratie oder Rechenschaftspflicht geben sollte. Es gab eine aktive Absprache der Regierungsoberhäupter zur Vermeidung von Volksentscheidungen zum Vertrag, sofern die Menschen nicht so unbequem waren zu sagen, dass sie ihn nicht wollten.

Ich habe den Kommentaren von Herrn Barroso vorhin mit großem Interesse zugehört. Lasen Sie mich ihm erklären, warum die Menschen in Großbritannien darüber so erbost sind. Bei den britischen Parlamentswahlen von 2005 haben sich alle drei politischen Hauptparteien in ihren Wahlprogrammen einem Volksentscheid zur europäischen Verfassung, wie sie damals hieß, verpflichtet. Sie wurde dann zum Vertrag von Lissabon, es handelt sich aber effektiv um dasselbe Dokument. Bei der Abstimmung im britischen Unterhaus haben zwei der Parteien dieses Versprechen dann gelehnt und den Menschen einen Volksentscheid vorenthalten; es handelt sich also um eine Angelegenheit von Grundvertrauen und Rechenschaftspflicht in der Politik. Die Menschen wollen den Volksentscheid, der ihnen zugesagt wurde. Wenn er ihnen nicht zugesagt worden wäre, wären die Kommentare von Herrn Barroso korrekt und es hätte den normalen parlamentarischen Ratifizierungsprozess in Großbritannien gegeben.

Ich habe Herrn Barroso bei seiner Wiederwahl unterstützt, aber wir brauchen von ihm keine Vorträge über Vertrauen und Rechenschaftspflicht in der Politik, wenn er gleichzeitig diejenigen unterstützt, die dem Volk ihren Volksentscheid vorenthalten. Dies ist also kurz gesagt der Grund, warum die Menschen in Großbritannien diesen Volksentscheid so sehr wollen. Sie sehen über das Meer nach Irland und sehen, dass das irische Volk zwei Mal gebeten wurde, über das Dokument abzustimmen, wohingegen wir sogar der Möglichkeit beraubt wurden, auch nur ein Mal darüber abzustimmen. Sie können nicht einerseits argumentieren, dass der Vertrag für mehr Demokratie und Rechenschaftspflicht innerhalb der EU sorgen werde, während Sie der Wählerschaft in der EU jedes Mitspracherecht bei diesem Dokument verwehren.

**Mario Borghezio (EFD).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, auch ich möchte einige Punkte erwähnen, die angesichts des möglichen Inkrafttretens des Vertrages von Lissabon noch Entwicklungswürdig sind und auch, so würde ich sagen, vor allem im Licht der sehr signifikanten Auswirkungen des kürzlich ausgesprochenen Urteils des deutschen Verfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon.

Ich möchte mich insbesondere auf das Problem des Mangels an demokratischer Legitimität infolge zweier Aspekte konzentrieren: Die unzulängliche Repräsentierung von Ländern mit der größten Bevölkerungszahl im Europäischen Parlament und auch in verschiedenen europäischen Institutionen sowie die mangelnde Berücksichtigung, die den nationalen Parlamenten in Bezug auf die Ausübung der Hoheitsrechte auf der Ebene der Europäischen Union zuteil wird.

Ich möchte noch ein weiteres, in meinen Augen signifikantes Defizit des Vertrages von Lissabon erwähnen, und zwar, dass die Rolle der Regionalparlamente im Wesentlichen ignoriert wird. Werden die nationalen Parlamente schon nur wenig berücksichtigt, dann wurde meiner Ansicht nach dem Prinzip der Subsidiarität vom Vertrag von Lissabon in seiner heutigen Fassung eine Art Todesstoß zuteil.

Das Urteil des deutschen Verfassungsgerichts hätte eben wegen seiner Autorität und Stärke zu einer umfassenden rechtlichen und politischen Debatte in diesem Haus führen sollen - und sollte noch immer dazu führen - die insbesondere die Gefahren behandelt, die Risiken, die infolge des von diesem Vertrag eingeführten Föderalisierungsprozesses der Europäischen Union entstehen können.

Ich möchte zudem die Rechte von staatenlosen Nationen, von Padanien bis zur Bretagne, von Korsika bis zum Aostatal, verweisen. Es gibt dutzende staatenloser Nationen, die hier Erwähnung finden müssten, wenn man berücksichtigt, dass die Gründerväter ein Europa der Nationen, und nicht ein föderalistisches Europa oder ein Europa der größten Interessen, schaffen wollten.

**VORSITZ: Gianni PITTELLA**

*Vizepräsident*

**Franz Obermayr (NI).** - Herr Präsident! Im Hinblick auf das Thema illegale Einwanderung in der Europäischen Union weise ich darauf hin, dass diese im vergangenen Jahr eine erhebliche, äußerst bedenkliche Zunahme erfahren hat. Laut Kommission ist die Zahl der registrierten illegalen Einwanderer um rund 63% gestiegen.

Die Datenbank EURODAK verzeichnete 2008 62 000 Fingerabdrucksätze von illegal Aufgegriffenen, ganz zu schweigen von der Dunkelziffer der nicht Aufgegriffenen.

Mein Heimatland Österreich ist durch seine geographische Situation ein besonders beliebtes Ziel, was verheerende Folgen hat. So tauchten kürzlich 58 der 64 aufgegriffenen Kurden im Erstaufnahmezentrum unter, stellten sofort Asylanträge, was wieder lange Verfahren mit sich bringen wird.

Die Belastungen durch die stetig steigende Zahl illegaler – ich betone illegaler – Einwanderer, sind auf Dauer für die EU-Bürger untragbar. Und wenn wir dieses Problem nicht rasch lösen, brauchen wir uns über eine wachsende EU-Skepsis und Resignation unserer Bürger nicht zu wundern. Ich ersuche daher den Europäischen Rat, am 29. und 30. dieses Thema auch dementsprechend zu berücksichtigen.

**Elmar Brok (PPE).** - Herr Präsident! Frau Vizepräsidentin der Kommission! Frau Ratspräsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Der Vertrag von Lissabon muss jetzt schnell in Kraft treten und implementiert werden. Über zehn Jahre institutionelle Debatten sind genug. Wir brauchen endlich diese Instrumente, um für den Bürger etwas zu tun. Gerade in dieser Wirtschaftskrise müssen wir etwas für die Bürger tun im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und ähnlichen Fragen. Deswegen sollten wir schnell Schluss mit diesen Debatten machen.

Deswegen auch meine Bitte an Präsident Klaus, hier den Weg freizumachen, nachdem in allen 27 Ländern ratifiziert wurde und auch in der Tschechischen Republik der Verfassungsgerichtshof schon zweimal Ja gesagt hat, er wird es dann auch ein drittes Mal tun. Es ist auch völlig klar, dass die Charta der Grundrechte nur auf europäisches Recht anwendbar ist. Die Bodenordnung fällt ausschließlich in die nationale Zuständigkeit. Vorgemeinschaftsrecht wird nicht durch Gemeinschaftsrecht außer Kraft gesetzt. Das sind drei *safeguards*, so dass er sich keine Sorgen machen muss. Wenn das nochmals in einer Erklärung des Europäischen Rates festgeschrieben werden muss, dann soll es so sein.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine Bemerkung machen: Dieser Vertrag muss seiner Umsetzung auch die drei Prinzipien des Verfassungsentwurfs und des Verfassungskonvents widerspiegeln – Effizienz, Transparenz und Demokratie. Und hier möchte ich insbesondere – das werden wir heute Nachmittag ja nochmals debattieren – auf den Auswärtigen Dienst zu sprechen kommen. Der Effizienz-Gedanke darf nicht auf Kosten der Transparenz und der Demokratie gehen, und er darf insbesondere nicht auf Kosten des Gemeinschaftsprinzips gehen. Hier müssen die entsprechenden Sicherungen vorhanden sein. Wir sagen: Teil der Kommission mit dem *sui generis*-Charakter – man kann ja über manches reden. Ich möchte aus diesem Grunde, Frau Ratspräsidentin, sehr herzlich bitten, die Pläne, die es in Ihrer Regierung gibt, aufzugeben und nicht bereits bei dem Treffen des Europäischen Rats in der nächsten Woche zu diesem Auswärtigen Dienst *Guidelines* zu beschließen, die dann die Verhandlungsspielräume einengen, sondern stattdessen bei diesem Thema zu endgültigen Entscheidungen mit dem neuen Hohen Beauftragten zu kommen, damit wir eine gemeinsame faire Verhandlungsbasis haben.

**William (The Earl of) Dartmouth (EFD).** – Herr Brok! Sie haben die zehnjährige Diskussion um den Vertrag von Lissabon erwähnt. Ist Ihnen aufgefallen, dass Sie es in den zehn Jahren der Diskussion zusammen mit Ihren Kollegen einfach nicht geschafft haben, genügend Menschen zu überzeugen, und dass dies der Grund ist, warum Sie und Ihre Kollegen auf diese offenkundige Manipulation zurückgreifen mussten, auf die ich mich vorher bezog, um den Vertrag durchzukriegen?

**Elmar Brok (PPE).** - Herr Kollege, die institutionellen Änderungen von Nizza über den Verfassungsvertrag bis zum Vertrag von Lissabon hatten immer die breite Unterstützung der europäischen Bevölkerung und die breite Unterstützung der Mehrheit der europäischen Staaten. Es waren immer einzelne Staaten, die zum Teil aus innenpolitischen Zwecken anders entschieden haben. Nun haben 27 Staaten parlamentarisch – Parlament ist nicht Demokratie zweiter Klasse – oder im Volksentscheid entschieden wie in Irland. Damit hat der Vertrag von Lissabon die übergroße Mehrheit, einschließlich der Mehrheit Ihres eigenen Landes.

**Libor Rouček (S&D).** – (CS) Ich möchte gern vor der Sitzung des Europäischen Rates ein paar Kommentare zu der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon in meinem eigenen Land, der Tschechischen Republik, abgeben. Die Tschechen haben durch ihre gewählten Vertreter in beiden Kammern des Parlaments ein klares „Ja“ zu dem Vertrag von Lissabon abgegeben. Alle öffentlichen Meinungsumfragen zeigen, dass sie wollen, dass Präsident Klaus den Vertrag schnell unterzeichnet. Die Tschechen wollen außerdem, dass ihnen dieselben Menschen-, Bürger- und sozialen Rechte garantiert werden wie anderen Europäern. Aus diesem Grunde haben sie auch zur Charta der Grundrechte mit „Ja“ abgestimmt. Präsident Klaus ist für seinen langjährigen Widerstand gegen die Charta bekannt und insbesondere gegen deren soziale Abschnitte. Jetzt bemüht er sich unter dem Vorwand der sogenannten Sudetenbedrohung unter Zeitdruck darum, eine Rücktrittsklausel für die Tschechische Republik auszuhandeln.

Die Europäische Union darf dieses entehrende Spiel nicht mitspielen. Eine Mehrheit der Tschechen möchte die Charta in ihrer Gesamtheit, einschließlich ihrer sozialen Abschnitte. Es ist traurig, bedauerlich und

erniedrigend für die Rolle des tschechischen Präsidenten, die Sudetendeutschen 65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in dieses Spiel hineinzuziehen. Sowohl die Tschechen als auch die Sudetendeutschen haben durch Krieg und Vertreibung mehr als genug Schrecken und Leiden erlebt. Ich glaube fest daran, dass sowohl die Tschechen als auch die Sudetendeutschen aus dieser tragischen Erfahrung gelernt haben, und dass die Tschechen, Deutschen und Sudetendeutschen zusammenleben und gemeinsam in Frieden und Zusammenarbeit ein neues vereintes Europa aufbauen wollen.

**Fiona Hall (ALDE).** – Herr Präsident! Der schwedische Ratsvorsitz und die Kommission beziehen sich beide auf die Bedeutung einer EU-Vereinbarung zur Finanzierung der Maßnahmen zum Klimawandel für Entwicklungsländer. Ich stimme dem zu. Aber das vorliegende Angebot der Kommission ist ein Vorschlag aus Schall und Rauch, den die Entwicklungsländer völlig zu Recht in Frage stellen.

Herr Barroso hat gerade gesagt, dass der Kohlenstoffmarkt einen Großteil der 100 Mrd. EUR pro Jahr ausmachen wird, die für die Abschwächung der Folgen des und die Anpassung an den Klimawandel veranschlagt wurden.

Aber es gibt keine Sicherheit, dass der internationale Kohlenstoffhandel 38 Mrd. EUR pro Jahr in die Entwicklungsländer fließen lassen wird. Wir haben gesehen, wie instabil die Kohlenstoffpreise im EU-ETS sind und wie lange es dauert, bis ein richtiger Kohlenstoffmarkt entsteht.

Ein weiterer großer Fehler ist die Annahme, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer glücklich sein werden, ihre eigenen Energieeffizienzmaßnahmen zu finanzieren. Das ist absurd. Was die Energieeffizienz in unseren Mitgliedstaaten verhindert, ist der Mangel an Vorausfinanzierungsmechanismen und dennoch gehen wir davon aus, dass die Entwicklungsländer selbst Geld finden werden. Wir benötigen zusätzliche Finanzierung.

**Andreas Mölzer (NI).** – Herr Präsident! Erlauben Sie mir drei Bemerkungen zur künftigen Ratstagung. Zum Ersten: Das irische Ja ist meines Erachtens in erster Linie auf die Finanzkrise zurückzuführen, und vor einem Jahr wurden ja Banken mit Steuermitteln saniert. Jetzt aber erwarten die Bankiers wieder Rekordgehälter. Die EU wird sicher daran gemessen werden, inwieweit sie der Vernichtung von Steuermilliarden in diesem Bereich Einhalt gebieten kann.

Das Zweite: Dank Lissabon-Vertrag werden ja jetzt neue EU-Spitzenpositionen besetzt. Die fachliche Qualifizierung ist dabei offenbar zweitrangig, handelt es sich bei den Kandidaten doch zumeist um in ihren Heimatländern demokratisch gescheiterte Altpolitiker, die abgewählt wurden. Und wer soll jetzt die EU repräsentieren? Der Ratspräsident, der Hohe Vertreter oder doch der Kommissionspräsident? Da erwartet uns Chaos.

Und die dritte Bemerkung, Herr Präsident: Wenn jetzt der Lissabon-Vertrag auch in Tschechien vom Staatspräsidenten Václav Klaus unterschrieben wird, unter der Bedingung, dass er eine Fußnote erhält, wonach die Beneš-Dekrete in Kraft bleiben, Dekrete die völker- und menschenrechtswidrig sind, dann gäbe es zweierlei Grundrechte: für Deutsche, für Sudetendeutsche und für die anderen. Das darf nicht sein!

**Jacek Saryusz-Wolski (PPE).** – Herr Präsident! Mit dem Näherrücken des Vertrages von Lissabon erwarten wir, dass der Europäische Rat im Oktober Fortschritte bei einer der wichtigsten Fragen erzielt: dem Europäischen Auswärtigen Dienst. Das Europäische Parlament ruft ständig zur Schaffung einer echten, gemeinsamen europäischen Diplomatie auf. Der EAD hat das Potenzial zur Gewährleistung der Einheit und Konsistenz unserer externen Handlungen, was sehr notwendig ist, wenn die Union mit einer Stimme handeln und externe Herausforderungen wie die Energiesicherheit effizient lösen soll.

Um die Gelegenheit zu ergreifen, die durch die Einrichtung des EAD geboten wird, erwarten wir, dass der Rat den Standpunkt in Betracht zieht, den das Europäische Parlament diese Woche im Ausschuss für konstitutionelle Fragen eingenommen hat, insbesondere die folgenden Punkte: Um eine starke Außenpolitik zu erreichen, müssen wir den neuen Leiter für europäische Diplomatie mit geeigneten Instrumenten ausstatten, um ihn oder sie in die Lage zu versetzen, unsere Außenpolitik zu stärken. Der EAD sollte auf der Gemeinschaftsmethode basieren und eindeutig in die Kommission und das Europäische Parlament eingebunden sein. Das Aufgabengebiet des HV muss weitgefasst sein und die Politik umfassen, die mit GASP in Zusammenhang steht, wie Erweiterung, Nachbarschaft, Handel und Entwicklung.

Die Voraussetzung für eine starke, zusammenhängende Außenpolitik ist demokratische Legitimität, die nur durch eine starke Beteiligung des Europäischen Parlaments gewährleistet werden kann. Diese Beteiligung sollte auf zwei Stufen in Betracht gezogen werden: Vorabberatung des Parlaments während der Einrichtung

des Dienstes und Vorabberatung des Parlaments bei der Aufstellung von Zielen für die Außenpolitik. Sobald der Hohe Vertreter und der Dienst eingerichtet worden sind, sollte das Europäische Parlament über ein starkes Mandat verfügen, um eine aktive Rolle bei der Überwachung der Außenpolitik der EU und des Dienstes zu spielen.

In der Umsetzungsphase sollten wir nicht erlauben, dass die außenpolitischen Bestimmungen des Vertrages von Lissabon verwässert werden. Die demokratische Legitimität des neuen Dienstes hängt auch von dessen Zusammensetzung ab. Die geografische Ausgewogenheit der Union sollte dabei in Betracht gezogen werden. Eine faire Vertretung der Mitgliedstaaten in den Gemeinschaftsorganen ist ein Kernprinzip und der EAD sollte da keine Ausnahme bilden.

**Pervenche Berès (S&D).** – (FR) Herr Präsident, Frau Ratspräsidentin! Mehr als vier Monate nach der Wahl dieses Europäischen Parlaments werden Sie zu einer Zeit der Unentschlossenheit in der Europäischen Union mit einer Kommission, die immer noch nicht bereit ist, sich mit den Alltagsthemen zu beschäftigen, einen Europäischen Rat einberufen.

Wenn wir nicht wollen, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger vollständig verzweifeln, scheint mir, dass dieser Europäische Rat zwei Botschaften aussenden sollte. Die erste ist, dass Sie ein Jahr nach der Solidaritätsbekundung aller europäischer Staaten für die Banken eine europäische Diskussion über die Besteuerung von Finanztransaktionen oder über den Beitrag in Gang setzen müssen, den die Banken für die Haushalte der Mitgliedstaaten leisten müssen, um die Solidarität rückwirkend sicherzustellen.

Frau Malmström, im Namen der Europäischen Kommission hat der Präsident der Kommission uns gestern erzählt, dass er den heute aufgestellten Haushaltsplan unterstützt und dass ein Jahr nach dem Konjunkturprogramm nichts Neues aufgenommen würde. Im letzten Jahr haben sich die Umstände bei der Arbeitslosigkeit und der Verschuldung jedoch deutlich verschlechtert. Der heute vorgeschlagene Haushaltsplan ist ein Haushaltsplan, der nicht einmal den zweiten Teil des Konjunkturprogramms finanziert, das Sie vor einem Jahr ausgearbeitet haben. Also ist dies der Rat, den der Europäische Rat befolgen muss: Besteuerung von Finanztransaktionen, Solidarität der Banken hinsichtlich der Haushaltspläne der Mitgliedstaaten und ein echtes Konjunkturprogramm, wie es vor einem Jahr eingeleitet wurde, auch wenn wir es damals kritisiert haben, weil es nicht weit genug ging.

**Marian Harkin (ALDE).** – Herr Präsident! Als erstes möchte ich meine Freude darüber ausdrücken, meine frühere Kollegin Cecilia Malmström hier zu sehen, insbesondere wegen des überzeugenden „Ja“ zu Lissabon aus Irland sowie der darauf folgenden Unterschrift des demokratisch gewählten polnischen Präsidenten. Ich denke, dass diese zwei weiteren Bestätigungen es hoffentlich dem schwedischen Ratesvorsitz einfacher machen werden, der vollständigen Ratifizierung des Vertrages von Lissabon vorzustehen.

Die meisten europäischen Bürgerinnen und Bürger sind jedoch weit mehr darüber besorgt, was die EU tun wird, um auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu reagieren, anstatt über die Einzelheiten von Lissabon. Also sage ich zu meinen euroskeptischen Freunden: „Akzeptieren Sie es.“ Vor der irischen Stimmabgabe mit „Ja“ hatten 27 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger mit „Ja“ und 24 Millionen mit „Nein“ gestimmt. Das ist eine demokratische Legitimation.

Also wollen wir uns mit der realen Welt beschäftigen. In diesem Zusammenhang möchte ich über das PROGRESS-Mikrofinanzierungsinstrument sprechen, das Arbeitslosen eine Chance für einen Neustart und den Weg in die Existenzgründung gibt. Dieses Instrument bietet 100 Mio. EUR und könnte weitere 500 Mio. EUR in Mikrokrediten bereitstellen. Aber zu der Kommission und zum Rat sage ich: Das reicht bei Weitem nicht. Das ist eine echte Gelegenheit für die EU, sich um die wahren Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger zu kümmern, aber wir brauchen größere Investitionen.

**Wim van de Camp (PPE).** – (NL) Herr Präsident! Es ist gut, dass die Europäische Union den Erfolg des irischen Referendums ein Weilchen genießt. Wir sollten auch dankbar sein, dass damit ein wichtiger Schritt in Richtung des Vertrages von Lissabon getan wurde. Natürlich sorgen wir uns alle um die Tschechische Republik. Wir werden respektvoll auf das Gerichtsurteil warten, aber seien Sie bitte geduldig und vernünftig in ihrem Umgang mit Herrn Klaus. Wenn wir über ihn herziehen, könnte das recht kontraproduktiv sein.

Kopenhagen und der Erfolg dieser Konferenz sind eine Quelle der Hoffnung, nicht nur für Europa, sondern auch für die ganze Welt. Nachhaltigkeit ist eine Quelle der technischen Entwicklung. Wichtige technische Entwicklungen in Europa, zum Beispiel die CO<sub>2</sub>-Speicherung, können auch dazu beitragen, die Wirtschaftskrise zu überwinden.

Das bringt mich zu meinem dritten Punkt: Die Wirtschaftskrise. Wir wollen ein Europa der Bürger. Der Arbeitslosigkeit sollte mehr Beachtung geschenkt werden und die Pläne des Rates sind in dieser Hinsicht gut. Diese Pläne sind trotzdem noch vielen Bürgern fremd, da sie den meisten unbekannt sind. Die Finanzüberwachung der Bankinstitute ist auch sehr wichtig und ich hoffe, dass Sie auch dabei in der nächsten Woche Fortschritte erzielen werden.

Und schließlich der Ansatz bei der Asylfrage. Ich befürworte die Absichten des schwedischen Ratsvorsitzes deutlich, aber es sind keine greifbaren Ergebnisse herausgekommen, auch nicht bei den Beratungen im Rat. Letzte Woche wurde in der Sitzung des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres die Beschwerde vorgetragen, dass die Kommission, der Rat und das Parlament immer noch zu wenige greifbare Ergebnisse hervorbringen.

**Gianluca Susta (S&D).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, dass die Zeit gekommen ist, dass dieses Haus mit der endlosen Diskussion zum Vertrag von Lissabon aufhört, die auch heute noch fortgesetzt wurde.

Ich glaube, dass wir die Wünsche dieses Parlaments, der großen europäischen Staaten, der 27 und der 26, die diesen Vertrag in verschiedenen Formen und dennoch demokratisch ratifiziert haben, respektieren müssen, und daher müssen auch die Angriffe gegen den Vertrag und seinen demokratischen Inhalt abgelehnt werden. Außerdem glaube ich, dass die Ratssitzung am Monatsende eine wichtige Gelegenheit sein wird, um die Notwendigkeit zur Wiederbelebung der Idee eines Europas jenseits von Lissabon und die Wiederbelebung der Wirtschaft erneut zu bekräftigen, ebenso um sicherzustellen, dass Europa nicht bei dem großen Problem des Klimawandels einen Rückzieher macht. Aus dieser Perspektive glaube ich, dass das, was wir kürzlich von der amtierenden Präsidentin des Rates gehört haben, aber auch das, was wir heute gehört haben, nicht genügt.

Jenseits von Lissabon schafft es Europa nicht, den klaren Inhalt des neuen Vertrages zu interpretieren und hält sich nicht an die Bedingungen der Agenda von Lissabon. Daher bitte ich die Kommission, wenn wir 500 Millionen Europäer die größte Wirtschaftsmacht der Welt bleiben wollen, eine Macht, die sich darauf vorbereitet, auf der internationalen Bühne zu einem wichtigen politischen Faktor zu werden, dringend, ihr Mandat zur Vorlegung europäischer Rechtsvorschriften zu den größten Wirtschaftsproblemen, dem Konjunkturaufschwung und dem Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt vollständig zu erfüllen. Außerdem bitte ich den Rat dringend darum, eine lange Liste von Überschriften in tatsächliche Politik zu verwandeln, um bei der Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu helfen.

Das ist meiner Meinung nach das, was uns fehlt. Uns fehlt ein großes Konjunkturprogramm, wir haben Rückstände in wichtigen Bereichen wie der Wiederbelebung der Infrastrukturpolitik mit Eurobonds, und uns fehlt ein europäischer Ansatz mit Profil. Das ist es, was wir vom Europäischen Rat Ende des Monats erwarten.

**Johannes Cornelis van Baalen (ALDE).** – Herr Präsident! Es ist äußerst wichtig, die Wirtschaftskrise zu bekämpfen, und das bedeutet auch, den Klein- und Mittelbetrieben zu helfen. Wir müssen uns den Ergebnissen des Stoiber-Ausschusses verpflichten, und ich möchte sowohl von der Kommission als auch vom Rat hören, ob sie sich für diesen Prozess engagieren, und was wir tun werden, weil wir die Bürokratie einschränken müssen.

Ein weiterer Punkt, den ich diskutieren möchte, ist das Ankara-Protokoll. Der türkische Minister für Auswärtige Angelegenheiten sagte in einem öffentlichen Interview in Den Haag, dass die Türkei das Ankara-Protokoll nicht ratifizieren oder umsetzen wird. Das ist eine Erklärung in einem autorisierten Interview in *de Volkskrant* vom 7. Oktober 2009. Was werden wir tun? Wir können nicht, wie Kommissar Rehn im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten sagte, einfach noch einmal höflich nachfragen. Der Termin ist der 1. November. Welche Maßnahmen werden wir ergreifen?

**Gunnar Hökmark (PPE).** – (SV) Herr Präsident, Frau Ministerin, Frau Kommissarin! Ich freue mich, Sie hier zu sehen. Ich möchte vor dem Gipfel des Europäischen Rates zwei Sachen erwähnen. Das erste, was ich ansprechen möchte, betrifft das Klima. Ich denke, dass es wichtig ist, mit dem Ziel in die Verhandlungen zu gehen, dass die beste Lösung des Problems eine Lösung ist, die alle in einer gemeinsamen Anstrengung vereint. Ich sage dies, weil wir in dieser Debatte manchmal reden, als ginge es darum, die beste Lösung in Europa oder einem bestimmten Land zu formulieren. Das ist jedoch nicht ausreichend, wenn wir nicht in der Lage sind, China, Indien und eine ganze Reihe weiterer Länder, die gegenwärtig nicht an gemeinsamen Klimabemühungen beteiligt sind, an Bord zu holen. Das bedeutet, dass Pragmatismus und Ergebnisse Vorrang haben müssen. Diese Art Lösung muss auch auf allen Ländern basieren, die bereit sind, sich zu engagieren.

Es darf nicht sein, dass die Verpflichtungen und Strategien in anderen Teilen der Welt auf beständigen Investitionen in Europa basieren. Sie müssen stattdessen auf einer stabilen Wirtschaft, stabilem Wachstum und einer stabilen Entwicklung neuer Möglichkeiten beruhen – mit der Hilfe von Europa und anderen reichen Ländern.

Mein zweiter Punkt betrifft die Finanzmärkte. Ich denke, dass es wichtig ist, zu betonen, dass die Stabilität der Finanzmärkte mehr als alles andere das erfordert, was wir als stabile Makrowirtschaft bezeichnen, in anderen Worten stabile öffentliche Finanzen. Das bedeutet, dass die Diskussion über die Überwindung der großen Haushaltsdefizite viel wichtiger ist als die Gestaltung einzelner Finanzmarktvorschriften. Es ist jedoch auch Tatsache, dass stabile Finanzmärkte erfordern, dass es ein stabiles Wachstum, stabile Investitionen und neue Arbeitsplätze gibt. Das bedeutet, dass bei der Schaffung von Rechtsvorschriften für die Finanzmärkte diese Rechtsvorschriften eine bessere Überwachung, grenzübergreifende Maßnahmen sowie Transparenz umfassen müssen, aber nicht so viele Rechtsvorschriften, dass die Investitionen und das Wachstum in anderen Ländern stattfinden. Das würde die Stabilität unserer eigenen Wirtschaft und unserer eigenen Finanzmärkte bedrohen.

**Juan Fernando López Aguilar (S&D).** – (ES) Herr Präsident! Das positive Ergebnis des irischen Referendums führt dazu, dass das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon glaubhafter wird und näher bevorsteht als je zuvor. Das sind gute Nachrichten, da es bedeutet, dass uns endlich Institutionen zur Verfügung stehen werden, die Maßnahmen ergreifen können. Erstens werden sie uns dabei helfen können, die Krise zu überwinden und uns mit deren sozialen Auswirkungen zu beschäftigen, insbesondere mit der Schaffung von Arbeitsplätzen. Zusätzlich dazu sollten jedoch auch der Klimawandel, die Energie und die Regeln eines fairen Handels auf der Tagesordnung stehen.

Der Gipfel bietet auch eine Gelegenheit, um für das erste entscheidende Moment zu sorgen, das nötig ist, um die Mitgliedschaft in der neuen Kommission zu bestimmen, und wir haben bereits gehört, wie Präsident Barroso Vorhersagen zu den Auswahlkriterien abgegeben hat.

Ich möchte die Bedeutung von zwei Sachen hervorheben. Erstens denke ich als Mitglied der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament, dass die Mitgliedschaft in der Kommission ausgeglichen sein sollte. Die S&D-Fraktion hat erwähnt, wie wichtig es wäre, dass der Hohe Vertreter ein Mitglied dieser politischen Familie ist, aber es ist zweifellos auch wichtig für eine Ausgeglichenheit der Geschlechter zu sorgen.

Andererseits hat die Fraktion auch die Verteilung von Ressorts erwähnt und auf eines hingewiesen, das für mich als Anwalt, der sich der Freiheit verpflichtet fühlt, sowie als Vorsitzender des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres wichtig ist, und das sich auf die Unterteilung der Generaldirektion für Justiz und Inneres in eine GD, die sich mit Fragen von Justiz und Grundrechten und eine andere, die sich mit Sicherheitsfragen beschäftigt, bezieht.

Ich denke, dass dies nicht die richtige Lösung ist. Die richtige Lösung bedeutet nicht, die Justiz der Sicherheit unterzuordnen oder die beiden Bereiche gegeneinander auszuspielen, sondern, dass ein Generaldirektorat für Justiz und Grundrechte geschaffen wird, ein zweites Generaldirektorat für Inneres und ein drittes, das nicht die Sicherheit mit der Einwanderung verbindet, sondern sie voneinander trennt, und damit ein Generaldirektorat für Sicherheit und eins für Einwanderung, Asyl und Flüchtlinge, das den Bereich Grundrechte umfasst, geschaffen werden.

**Brian Crowley (ALDE).** – Herr Präsident! In unseren Diskussionen über diese Gipfel werden Sie, wenn Sie 10 Jahre zurückschauen, feststellen, dass viele Ideen, viele ähnliche Pläne oder Vorschläge von Abgeordneten in diesem Haus, von Mitgliedern des Rates und auch von Kommissaren vorgebracht wurden, und wenn das letzte Jahr mir überhaupt etwas gezeigt hat, dann dass die Union, wenn sie bei großen Plänen und Ambitionen zusammenarbeitet, die Welt verändern kann. Vielleicht ist jetzt die Zeit für größere Pläne und größere Ambitionen gekommen, hinsichtlich der Frage, wie wir vorangehen.

Viele haben über die Geißel der Arbeitslosigkeit gesprochen, die in den letzten Monaten so viele Menschen getroffen hat. Sie haben gesagt, dass jetzt die Zeit ist, um ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen, um das Totholz der Regelungen auszuräumen und das Totholz der Behinderungen von Unternehmen sowie der Unternehmer, die diese gründen, loszuwerden.

Ich würde gern sagen, dass es bei der Unterhaltung über die Solidarität nicht um Groß gegen Klein geht und eine Sorge, die ich habe, ist, dass sich der neue G20-Gipfel negativ auf die kleinen und mittelgroßen Länder auswirken könnte, die auf diesen neuen Märkten entstehen.

Und zum Schluss noch ein Wort an die amtierende Ratspräsidentin: Sie könnten auch das Thema der Verlängerung des Urheberrechtsschutzes auf die Tagesordnung des Rates unter dem schwedischen Ratsvorsitz setzen.

**Tunne Kelam (PPE).** – Herr Präsident! Dies ist jetzt, wo der Vertrag von Lissabon bald in Kraft tritt, ein historischer Moment, an dem wir uns zuallererst auf die gemeinsame Zukunft und das gemeinsame Wohl Europas konzentrieren sollten. Ich befürchte, dass dies nicht die beste Gelegenheit ist, diese letzten Momente zur Förderung der nationalen Interessen zu nutzen und dabei den anderen Partnern auf die Nerven zu gehen.

Die globalen Herausforderungen für Europa können nicht ohne wirksame gemeinsame Institutionen und gemeinsame Strategien gelöst werden. Das heutige Europa benötigt jedoch mehr Weitsichtigkeit als je zuvor, eine moralische Verpflichtung und die Wahrnehmung gemeinsamer europäischer Werte, die unsere Gründerväter dazu gebracht haben, den Teufelskreis der Geschichte und des nationalen Egoismus zu durchbrechen. Daher brauchen wir für den Fortschritt Europas und die Glaubwürdigkeit in der Welt nicht unbedingt gute Veranstaltungsleiter, sondern echte Staatsmänner, starke demokratische Führungskräfte mit einer Vision und der Autorität, einen Wandel in Europa zu bewirken.

Daher benötigen wir ein eindeutiges Engagement für die gemeinsamen europäischen Institutionen sowie deren praktische Umsetzung. Wir brauchen nicht nur eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit einem Auswärtigen Dienst, sondern auch eine gemeinsame Energiepolitik. Der Europäische Rat wird auch die Ostsee-Strategie genehmigen. Ich möchte auch noch einmal der Kommission und dem schwedischen Ratsvorsitz dafür danken, dass sie das Thema angenommen haben. Jetzt ist es die Aufgabe des Rates, für die Umsetzung zu sorgen, ohne Zeit zu verlieren. Ich hoffe, dass die Ostsee-Strategie die Beachtung erfährt, die sie verdient, auch von dem spanischen und belgischen Ratsvorsitz. Ich unterstütze die Idee von Ministerin Malmström, dass die Ostseestrategie als Modellpilotprojekt für andere Makrogebiete in Europa angesehen werden kann. Dennoch wird keine EU-Strategie ernst genommen, wenn sie nicht über genügend Ressourcen zu ihrer Umsetzung verfügt. Der bestehende Haushaltsplan braucht etwas Geld und etwas Glaubwürdigkeit.

**Edite Estrela (S&D).** – (PT) Ich möchte kurz zwei Sachen erwähnen. Bei der ersten geht es um den Vertrag von Lissabon: Nach der Stimmabgabe mit „Ja“ in Irland und der Unterzeichnung durch den Präsidenten von Polen wird erwartet, dass das Verfassungsgericht der Tschechischen Republik seine Meinung abgibt und Präsident Klaus tun wird, was er tun muss, nämlich den Vertrag unterzeichnen. Der Rat kann sich nicht der Erpressung des Präsidenten der Tschechischen Republik beugen. Der Vertrag von Lissabon ist grundlegend für eine bessere Funktion der europäischen Institutionen und bietet außerdem weitere Vorteile wie die Stärkung der Macht des Europäischen Parlaments und der Bürgerrechte. Das ist der Grund, warum es unbedingt erforderlich ist, dass der Vertrag von Lissabon bald in Kraft tritt. Der Rat und die Kommission sollten Präsident Klaus einen Termin setzen, bis zu dem er anfangen muss, sich wie der Präsident eines demokratischen Landes, das Mitglied in der Europäischen Union ist, zu verhalten. Wir können uns nicht einen Moment lang der Vorstellung hingeben, dass die Laune eines Staatsführers sich gegen den Willen der Mehrheit durchsetzt.

Bei meinem zweiten Punkt geht es um die Konferenz von Kopenhagen. Meine Damen und Herren! Die Welt braucht eine globale Vereinbarung zum Kampf gegen den Klimawandel; Sowohl die Industrie- als auch die Entwicklungsländer müssen den Planeten vor der Überhitzung schützen, und daher müssen sie ihre Bemühungen bündeln und eine mutige Entscheidung treffen. Wie die Wissenschaftler sagen, ist Kopenhagen unsere große Gelegenheit, eine Katastrophe zu verhindern. Die Finanzkrise als Grund für die Verzögerung oder Kürzung der Pläne für Kopenhagen heraufzubeschwören, ergibt kein sinnvolles Argument und solche Versuche sind nicht ernst zu nehmen. Wir brauchen Ehrgeiz, wenn wir den Planet retten wollen.

**Gay Mitchell (PPE).** – Herr Präsident! Innerhalb einer Generation wird die Bevölkerung der Europäischen Union ungefähr 6 % der Weltbevölkerung ausmachen. Wir sind bereits jetzt nicht weit davon entfernt. Deshalb können wir einfach nicht weiterhin den Vorsitz im Rat der Europäischen Union alle sechs Monate weiterreichen und bis zu fünf Personen zu den auswärtigen Angelegenheiten der Union sprechen lassen. Aber innerhalb dieser Generation wird die Bevölkerung der Welt auch um ungefähr 2 Milliarden Menschen zugenommen haben. Neunzig Prozent dieser Zunahme wird in dem Teil der Welt stattfinden, wo jetzt die Entwicklungsländer sind, wo bis zu 11 Millionen Kinder jedes Jahr sterben, ungefähr fünf Millionen davon wegen mangelnder medizinischer Versorgung, die ihnen zur Verfügung stehen würde, wenn sie in dem Teil der Welt leben würden, den wir seit über dreißig Jahren als den Westen bezeichnen.



In diesem Zusammenhang ist es nicht nur wichtig, dass wir Europa intern gut organisiert führen; sondern es ist ebenso wichtig, dass wir dafür vorbereitet sind, mit solchen Situationen in den Entwicklungsländern klarzukommen, und deshalb möchte ich einen starken, unabhängigen, separaten Kommissar für Entwicklungshilfe befürworten, der seinen eigenen eindeutigen Haushaltsplan und Aufgabenbereich hat, und der über unseren Entwicklungsausschuss diesem Plenarsaal rechenschaftspflichtig ist.

Es ist von grundlegender Bedeutung, dass der Hohe Vertreter, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten oder wie auch immer Sie diese Person bezeichnen wollen, viel um die Ohren haben wird, viel zu tun haben wird, aber es gibt eine einzelne Aufgabe, die unsere besondere Aufmerksamkeit verdient und zwar zu Recht. Ich möchte deutlich befürworten, dass wir nicht nur das Büro des Kommissars für Entwicklung beibehalten, sondern dass sein Aufgabenbereich jemandem übergeben wird, der dieser Aufgabe gewachsen und entschlossen ist, sicherzustellen, dass diese unsere Nachbarn, die nicht weit weg von der Europäischen Union leben, mit Respekt behandelt werden, und zwar aus eigennützigen ebenso wie aus uneigennützigen Gründen.

**Monika Flašíková Beňová (S&D).** – (SK) Der wichtigste Punkt bei der kommenden Ratssitzung wird sein, die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon abzuschließen und den Vertrag zum Leben zu erwecken.

Der Prozess, der durch den Vertrag von Lissabon eingeleitet wurde, wird die Union sowohl intern als auch in einem globalen Zusammenhang stärken. Die Stärkung der Union ist eng verbunden mit der Stärkung der Zusammenarbeit im Bereich der derzeitigen dritten Säule. Die Union wird offener, effektiver und demokratischer sein. Die größte Herausforderung und Priorität liegt in der Sicherung der Grundrechte und Freiheiten sowie der Integrität und Sicherheit in Europa. Der Weg zur Erreichung dieser Ziele führt über volle Unterstützung, effektive Umsetzung und ausreichende Respektierung der bestehenden Gesetze und Instrumente bezüglich des Schutzes der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten.

Das Stockholmer Programm betont die Durchsetzung dieser Rechte, insbesondere in den Bereichen Gerichtswesen und Sicherheit. Wir müssen den Mechanismen Vorrang geben, die den Zugang der Bürger zu den Gerichten vereinfachen, sodass ihre Rechte und rechtmäßigen Interessen in der ganzen Union durchgesetzt werden können. Außerdem muss es unsere Strategie sein, die Polizeikoooperation sowie die Durchsetzung von Rechten zu stärken und die Sicherheit in Europa zu verbessern. Die interne Sicherheitsstrategie muss im Hinblick auf den Kampf gegen den zunehmenden Extremismus in den Mitgliedstaaten entwickelt werden, die Spannungen, die durch unverantwortliche Politiker aufgebaut wurden, müssen abgebaut und durch konkrete Lösungen bei so sensiblen Themen wie zum Beispiel der Einwanderung, der Asylpolitik oder der Frage der Roma und der nationalen Minderheiten in so einer Weise gelöst werden, dass diese Themen nicht von Rechtsextremisten ausgenutzt werden.

Ordentlich organisierte Wanderungsbewegungen können allen betroffenen Parteien nützen. Europa wird eine flexible Einwanderungspolitik benötigen, die auf die Erfordernisse der Gesellschaft und des Arbeitsmarktes in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten reagieren kann.

Im Zusammenhang mit der Sicherstellung einer glaubwürdigen Migrations- und Asylpolitik, die langfristig nachhaltig wirkt, müssen wir jedoch das Problem der illegalen Migration genau beachten, was unseren Bürgern ernste Sorgen bereitet.

**Mario Mauro (PPE).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seien Sie mutig! Seien Sie mutig! Seien Sie mutig! Das ist die Empfehlung, die ich vor der Sitzung des Rates gern geben würde, und aus diesem Grunde ist bei der Diskussion der Nominierungen für die neuen Kommissare, den neuen Minister der Europäischen Union für Auswärtige Angelegenheiten und den Präsidenten des Europäischen Rates, also der Menschen, die zusammen mit Präsident Barroso und den anderen Kommissaren die europäische Politik in naher Zukunft überwachen müssen, die einzig mögliche Methode zur Entscheidungsfindung die Erwägung der besten Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger.

Daher sollten die auszuwählenden Personen diejenigen sein, die sowohl als Politiker als auch als Menschen Tiefe zeigen, deren nationale und europäische politische Bemühungen sich durch eine Sorge um das Allgemeinwohl auszeichnen. Das müssen die Grundlagen sein, auf denen wir uns weiterhin um die großen Probleme wie den Klimawandel kümmern, und vielleicht die Bedingungen der einzelnen Volkswirtschaften und die Wirtschaftskrise untersuchen und dabei mutige Initiativen wie Eurobonds, die auch bei der nächsten Sitzung des Rates auf die Tagesordnung gesetzt werden sollten, zu Hilfe nehmen.

Abschließend möchte ich die kürzlich von Papst Benedikt XVI geäußerten Worte zitieren, die ich sehr gern auch im nächsten Europäischen Rat aufrechterhalten sehen würde, da es Worte sind, die uns rechtzeitig an die Verantwortung erinnern, die alle Bürger und alle politischen Vertreter teilen, nämlich den Wunsch zu

erfüllen, nach dem wir einheitlich und auf der Suche nach der Wahrheit suchen, dieser kritische Anreiz, dass wir etwas Wichtiges für uns selbst und für zukünftige Generationen aufbauen müssen.

Fortschritt und Zivilisation entstehen aus Einheit, und Europa war groß, als es diese grundlegenden Werte vertrat, die sich aus dem christlichen Glauben ableiten lassen und die es in das kulturelle Erbe und die kulturelle Identität der Nationen verwandelte. Aus diesem Grunde glaube ich, dass es klar ist, welchen Weg wir einschlagen müssen, um die kritische Herausforderung der Wiederbelebung Europas als Weltmacht zu meistern.

**Zuzana Roithová (PPE).** – (CS) Herr Präsident! Der Vertrag von Lissabon ist ein Schlüsselthema. Die Rechtsprechung des tschechischen Verfassungsgerichts ist konsistent, und ich glaube nicht, dass das Gericht nächste Woche festgestellt hätte, dass der Vertrag der tschechischen Verfassung widerspricht. Ich zweifle jedoch, dass der Präsident seine Blockade aufgeben wird. Die tschechische Republik hat jedoch kein Präsidialsystem, und die Regierung kann eine Klage gegen so einen Präsidenten wegen Überschreitung seiner Befugnisse erlassen. Es ist eine Tatsache, dass Václav Klaus sich jahrelang geweigert hat, einen bestimmten Anwalt zum Richter zu ernennen aus dem einfachen Grunde, dass er vor Gericht einen Streit mit ihm verloren hat. Auch respektiert er die Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichts nicht. Zusammen mit diesem Anwalt sind 500 Millionen europäischer Bürgerinnen und Bürger die Geiseln der Launen unseres Präsidenten geworden. Der Schaden ist nicht unbedeutend. In Zeiten der Krise wird die Ernennung einer neuen Kommission verzögert, das Parlament hat nicht die Kraft, den Haushaltsplan zu beschließen, die Nationalparlamente können derweil keine gelben oder roten Karten verteilen, und wir nutzen nicht die neuen Befugnisse zum Kampf gegen Epidemien, Energiekrisen, Terrorismus, organisiertes Verbrechen oder die neuen Prinzipien bei der Zivilverteidigung und humanitären Hilfe.

Es ist möglich, dass die Charta allein wegen der nicht mehr existierenden Beneš-Dekrete abgelehnt wird. Das ist einfach absurd, und zwar nicht nur wegen der zeitlichen Einordnung, sondern auch, weil es keine rechtliche Begründung dafür gibt. Artikel 345 des Vertrages von Lissabon gibt sogar ausdrücklich an, dass er nicht bei Eigentumsfragen in den Mitgliedstaaten gilt. Die Charta schafft keine neuen rechtlichen Möglichkeiten, die über die hinausgehen, die für Eigentumsstreitigkeiten in der Tschechischen Republik bereits bestehen. Außerdem betrifft Regel 44 zur Anerkennung von Urteilen Eigentumsfragen, die mehr als 50 Jahre zurück liegen, nicht. Die tschechischen Medien brodeln dennoch vor Zweifeln. Was geht wirklich in der Tschechischen Republik vor sich? Es ist klar, dass die nächste Präsidentschaftswahl in der Tschechischen Republik schwer umkämpft sein wird, und dass sich Václav Klaus mit diesem Theaterstück darum bemüht, das Bild eines mächtigen Anführers zu kultivieren, der es allein mit der gesamten EU aufnehmen und das Eigentum der Tschechen gegen Ausländer verteidigen kann. Ich schätze die Tatsache, dass die EU keinen Druck auf die Tschechische Republik ausübt, und ich möchte zur Geduld aufrufen, bis das Demokratiedefizit, das von unserem Präsidenten verursacht wurde, lange vor den Wahlen im Vereinigten Königreich bei uns zuhause gelöst wurde. Abschließend möchte ich den Rat erneut dazu aufrufen, der Tschechischen Republik in ihrem Widerstand gegen die einseitige Einführung einer Visumpflicht durch Kanada gegenüber tschechischen Bürgern beizustehen und eine Entscheidung zu gemeinsamen Sanktionen zu treffen.

**Georgios Papastamkos (PPE).** – (EL) Herr Präsident! In meiner Rede werde ich mich auf drei Punkte konzentrieren. Der erste Punkt: Die Wirtschaftskrise. Die Krise hat unterschiedslos alle Wirtschaftsordnungen getroffen, sowohl die starken als auch die weniger starken. Wenn wir zehn Jahre Erfahrung mit der WWU im Lichte der Wirtschaftskrise interpretieren, ist es klar, dass die Wirtschaftspolitik stärker europäisiert werden muss. Es ist auch klar, dass das Wirtschaftsrisiko europäisiert werden muss. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Der zweite Punkt: Der Klimawandel. Die Europäische Union steht zu Recht an der Spitze der weltweiten ökologischen Diplomatie. Ich stimme dem Präsident der Kommission, Herrn Barroso, völlig dabei zu, dass es bei der Vorbereitung des Kopenhagen-Gipfels keinen Plan B gibt. Die ökologischen Schulden treffen ohne Ausnahme jeden. Ich unterstütze die Idee der Schaffung einer globalen Klimabank, der Mittel aus der Emissionsbank zur Verfügung stehen, um Bemühungen von Entwicklungsländern zu finanzieren, umweltfreundliche Entwicklungsstandards zu schaffen.

Der dritte Punkt: Die Einwanderung. Offensichtlich müssen wir bei der Annahme einer gemeinsamen Einwanderungspolitik schneller vorangehen. Es gibt bei der Einwanderung jedoch auch außenpolitische Aspekte. Wir müssen so schnell wie möglich voranschreiten bei der Einrichtung effektiver außenpolitischer Beziehungen mit Drittstaaten, weil einige Staaten, insbesondere in Südeuropa, einem großen Druck ausgesetzt sind. Ich möchte ganz klar sagen, dass die Haltung der Türkei provokativ ist. Es hat mich gefreut, dass der schwedische Ratsvorsitz dies hervorgehoben hat. Die Botschaft der Europäischen Union an die Türkei – und

andere Staaten – muss laut, klar und effektiv sein. Dieses System stellt einen Teil des Besitzstandes der Gemeinschaft dar und jeder muss es respektieren.

**Peter Liese (PPE).** – Herr Präsident! Cecilia Malmström und José Manuel Barroso haben das Thema Klimawandel und die Vorbereitung von Kopenhagen angesprochen. Ich stimme allen zu, die sagen, dass der Rat ambitionierte Schlussfolgerungen annehmen muss. Ich warne aber davor, dass wir sowohl bei der Finanzierung als auch bei der Frage, wer die Reduktion zu Wege bringt, immer nur die Industrie sehen, die seit 2005 im Emissionshandel erfasst ist.

Wir brauchen dringend mehr Schultern. Über 50% der Emissionen sind bisher vom Emissionshandel nicht erfasst. Wir brauchen also mehr Schultern, um die Ziele zu erreichen und um die Finanzierung zu gewährleisten. Ich spreche die Bereiche Luft- und Seeverkehr an, und da war ich bisher von Rat und Kommission enttäuscht. Bei der Vorbereitung von Pittsburgh hat das Thema bei den Schlussfolgerungen des Rates keine Rolle gespielt.

Wenn wir in Kopenhagen einen Erfolg wollen, dann müssen wir jetzt dringend Gas geben. Der Umweltausschuss hat das am Montag getan. Ich bitte Rat und Kommission, sich das genau anzusehen.

Ein zweiter Punkt: Ich weiß, dass das nur in einem sehr informellen Rahmen geschieht, aber beim Rat wird ja sicher auch über die Zusammensetzung der neuen Kommission diskutiert. Ich möchte in aller Bescheidenheit eine Anregung geben: Wir haben aus historischen Gründen den Bereich des Arzneimittelrechts in der Generaldirektion Industrie und beim Industriekommissar angesiedelt. Natürlich ist Arzneimittelrecht eine Frage der Industrie, aber es ist auch eine Frage der Gesundheit, und in allen Mitgliedstaaten und im Europäischen Parlament, selbst in den USA, wird dieser Bereich von der Gesundheitspolitik verwaltet. Deswegen wäre jetzt vielleicht der Zeitpunkt, hier eine Änderung zu prüfen. Geben Sie das bitte an den Kommissionspräsidenten weiter, sich dieser Frage einmal anzunehmen.

**Vytautas Landsbergis (PPE).** – Herr Präsident! Präsident Barroso hat hier gestern in seiner netten Antwort zu Herrn Farage erwähnt, dass es für uns in der EU notwendig ist, dass der Präsident des Rates ein wahrer Europäer ist. Ich bin mir sicher, dass Sie und viele hier diese Ansicht teilen. Brauchen wir in dieser Position auch jemanden, der ein wahrer „Gazpromer“ ist wie Gerhard Schröder, Paavo Lipponen, usw.? Oder vielleicht denken Sie auch, dass diese Qualitäten sich gut vereinbaren ließen, sodass ein guter „Gazpromer“, insbesondere wenn er für freundliche und bestechende Beziehungen stimmte, der beste Europäer wäre. Auf diese Weise könnten wir die gegenwärtige Entwicklung der EU in Richtung der „GU“ – der „Gazprom-Union“ – beschleunigen und damit die Situation vermeiden, in der Russland die EU völlig ignoriert und ausschließlich darauf hinarbeitet, sie zu spalten. Was ist Ihre Meinung zu „Gazpromern“ für die Präsidentschaft?

**Mirosław Piotrowski (ECR).** – (PL) Herr Präsident! Der Vertrag von Lissabon ist noch nicht ratifiziert worden und ist immer noch nur der Entwurf eines politischen Dokuments. Das bedeutet, dass wir in der Europäischen Union weiterhin an den Grundsatz der Einstimmigkeit gebunden sind. Jedes Land hat das Recht, Vorbehalte zu äußern. Der Präsident der Tschechischen Republik, Václav Klaus, handelt im Rahmen der festgelegten Regeln. Wenn Druck auf den Präsidenten ausgeübt wird, betrifft das nicht nur ihn persönlich, sondern auch die Millionen Bürger der Länder in Europa, die ernste Vorbehalte gegen dieses Dokument ausgedrückt haben. Bei dem nächsten Europäischen Rat sollten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ernsthaft über die Ratsamkeit und die Konsequenzen einer bewussten Umgehung des Willens der Bürger, die sie vertreten, nachdenken.

**Silvia-Adriana Țicău (S&D).** – (RO) Der Europäische Rat wird dazu aufgerufen werden, eine Strategie für die Ostseeregion anzunehmen. Ich glaube, dass dies ein gutes Modell für die zukünftige Strategie der Europäischen Union für die Donauregion darstellt.

Die Donauregion umfasst 10 Staaten, von denen sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind, mit einer Bevölkerung von 200 Millionen. Diese Zahl umfasst 75 Millionen Menschen, die in Gebieten leben, die an die Donau angrenzen. Daher denke ich, dass es wichtig ist, dass dieses Modell auch für die Donaustrategie verwendet wird, die einen Aktionsplan und ein Aktionsprogramm für die nächsten Jahre benötigt.

Noch zu dem Thema des Programms des Europäischen Rates denke ich auch, dass es von größter Bedeutung ist, dass wir auf europäischer Ebene die Finanzinstrumente annehmen, die für die Entwicklung einer „ökoeffizienten“ Wirtschaft erforderlich sind. Ich spreche in diesem Fall insbesondere über die Energieeffizienz in Gebäuden und nachhaltigen Transport.

**Jean-Pierre Audy (PPE).** – (FR) Herr Präsident, Frau Ministerin, Frau Vizepräsidentin der Europäischen Kommission! Meine Frage betrifft die Anwendung des Vertrages von Lissabon, insbesondere das Versprechen an das irische Volk, dass es einen Kommissar je Land geben wird.

Im Dezember 2008 wurde vereinbart, dass der Europäische Rat geeignete rechtliche Maßnahmen ergreifen würde, um sicherzustellen, dass wir einen Kommissar je Land haben werden. Frau Malmström, worin bestehen diese rechtlichen Maßnahmen? Informationen werden verbreitet, dass es mit dem Beitrittsvertrag von Kroatien eine Änderung des Vertrages von Lissabon geben würde, oder gibt es andere geeignete rechtliche Vereinbarungen? Könnten Sie uns Informationen geben? Wie sehen Sie außerdem die um 18 steigende Anzahl der Abgeordneten, da es 18 zusätzliche Abgeordnete gibt, die mit dem nächsten Vertrag von Lissabon das nächste Europäische Parlament bilden sollen?

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL).** – (PT) Herr Präsident! Der nächste Rat sollte der Änderung der liberalen Strategien, die zu schweren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen geführt haben, absolute Priorität einräumen. Das sollte die Zeit sein, um die Armut zu bekämpfen, die 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, einschließlich mehr als 30 Millionen Arbeitnehmer, deren Löhne so niedrig sind, dass es für sie und ihre Familien gerade so zum Überleben reicht, und die nicht aus dieser Armut entfliehen können, erleben. Das sollte die Zeit sein, um sich für den Kampf gegen die verbreitete Arbeitslosigkeit einzusetzen, die weiter zunimmt und innerhalb des nächsten Jahres 30 Millionen Menschen betreffen könnte, wenn wir nicht sofort geeignete Maßnahmen ergreifen.

Die größte Herausforderung für den Rat ist es daher, mit der neoliberalen Politik der Strategie von Lissabon und des Stabilitätspakts zu brechen. Diese sollten durch ein echtes Programm für Fortschritt und soziale Entwicklung ersetzt werden, das hochwertige öffentliche Dienste sowie die Produktion und kleinste, kleine und mittelgroße Unternehmen fördert, diejenigen schätzt, die arbeiten, und mehr Arbeitsplätze mit Rechten schafft einschließlich Arbeitsplätzen für Frauen und junge Menschen.

**Enikő Győri (PPE).** – (HU) Meine Damen und Herren! Laut einigen Gerüchten, die ich gehört habe, steht eine Idee im Raum, wie man den tschechischen Präsidenten Klaus an Bord holen könnte, nämlich indem die Beneš-Dekrete irgendwie nachträglich in den Vertrag von Lissabon aufgenommen werden. Ich möchte uns gern aus drei Gründen vor dieser Art von rechtlichem faulen Zauber und Nonsens bewahren. Erstens glaube ich, dass wir einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen würden, der Verfassungsrechtlern das Gefühl geben würde, dass sie einen Vertrag nachträglich beeinflussen könnten und, wie wir sehen können, ist dies gefährlich, weil die slowakische Regierung bereits erklärt hat, dass sie, wenn Klaus dies tun kann, dies auch tun möchten. Daher denke ich, dass dies ein gefährlicher Präzedenzfall wäre.

Zweitens ist es falsch, die Iren als Beispiel zu nennen. Das, worum die Iren baten, war ursprünglich auch im Vertrag von Lissabon enthalten, und sie lehnten nichts ab, was nicht darin enthalten war. Daher traf ihre Bitte nicht auf juristische Hindernisse. Drittens entrechtete der Inhalt von 13 der 143 Beneš-Dekrete Ungarn und Deutsche. Ich glaube, dass es die Europäische Union nicht zulassen kann, dass auf solche Dokumente verwiesen wird.

**Rachida Dati (PPE).** – (FR) Herr Präsident! Ich möchte das Argument aus meiner Rede gestern zu den Vorbereitungen des Kopenhagen-Gipfels fortsetzen und die gestrige Ecofin-Sitzung erwähnen, die nicht sonderlich erfolgreich war.

Ich fragte Sie nach der Verantwortung, die wir als Industrieländer haben, uns so zu verhalten, dass die Entwicklungsländer uns in unseren Bemühungen im Kampf gegen den Klimawandel folgen können.

In Kopenhagen können wir nicht so tun, als hätten wir alle dieselben Fähigkeiten. Das würde bedeuten, dass wir alle vom selben Anfangspunkt ausgehen würden, um am Ende nirgendwo anzukommen. Daher müssen wir, um unsere Entwicklungspartner von einer Beteiligung zu überzeugen, uns ganz offensichtlich um die Frage der Hilfe kümmern, die geleistet werden sollte, und nicht auf die Ergebnisse des Kopenhagen-Gipfels warten.

Beim nächsten Europäischen Rat und in dem wichtigen Zusammenhang mit dem Klimawandel müssen sich die 27 Mitgliedstaaten unbedingt darüber einigen, wie die Europäische Union über die Hilfe für Entwicklungsländer denkt.

Gestern haben, wie ich bereits sagte, der Ecofin-Rat und die Minister es nicht geschafft, zu einem gemeinsamen Standpunkt zu diesem Problemgebiet zu finden. Wir wissen jedoch, dass dieses Thema von zentraler Bedeutung ist. Die Europäische Kommission hat bereits ihre Vorschläge gemacht und ich hoffe sehr stark, dass wir die

Initiative ergreifen und unsere Partner mitziehen können, damit wir die globale Solidarität erreichen, die erforderlich ist, um die Probleme des Klimawandels zu überwinden.

**Charles Goerens (ALDE).** – (FR) Herr Präsident! Meine Frage wendet sich an die amtierende Ratspräsidentin. Sie wissen, dass die zentrale Frage bezüglich des zukünftigen Vorsitzes der Europäischen Union darin besteht, zu wissen, ob die jeweilige Person es vorzieht, die Gemeinschaft unter allen Umständen zu vertreten. Denken Sie, dass dieses Kriterium als Voraussetzung zur Ernennung des amtierenden Ratspräsidenten festgelegt werden sollte?

In letzter Zeit haben wir gelegentlich festgestellt, wie es zu einer Verlagerung von Entscheidungsgewalt auf die Regierungsebene kam. Ich denke, es ist an der Zeit, diese Phase zu beenden und zum Anfang des europäischen Integrationsprozesses zurückzukehren und dem Erbe von Robert Schuman und Jean Monnet treu zu bleiben.

**Angelika Werthmann (NI).** - Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen immer nur – und dies wirklich in Anführungszeichen – über eine "Wirtschafts- und Finanzkrise". Warum sprechen wir nicht von einer Strukturkrise? Denn begonnen hat es mit einer veritablen Bankenkrise, u.a. und auch bei den Investmentbanken, einer Branche also, und die gesamte Weltwirtschaft wurde in Mitleidenschaft gezogen.

**Romana Jordan Cizelj (PPE).** – (SL) Meine Damen und Herren! Die Konferenz in Kopenhagen wird bald stattfinden und trotzdem sind wir seit der Konferenz letztes Jahr nur einen kleinen Schritt vorangekommen. Wir hätten viel mehr erreichen und entschiedener handeln sollen. Wir stellen fest, dass wir uns nicht nur mit der Finanzierung schwer tun, sondern auch mit den Verpflichtungen von einzelnen Staaten bezüglich der Ziele zur Verringerung der Emissionen.

Die Industriestaaten müssen in diesem Bereich eine sichtbarere Rolle spielen, und wir müssen den Vereinigten Staaten von Amerika eine eindeutige Botschaft senden. Die besondere Schwierigkeit, der wir bei den Vereinigten Staaten gegenüberstehen, ist, dass wir wissen, dass sie bis Dezember nicht einmal die notwendigen nationalen Rechtsvorschriften erlassen haben werden. Ich denke, dass wir unsere Erwartungen, dass Präsident Obama eines seiner äußerst wichtigen Wahlversprechen einhält, nämlich dass Amerika eine proaktive Rolle im Kampf gegen den Klimawandel spielen würde, deutlich zum Ausdruck bringen sollten. Ebenso sollten wir unsere Erwartungen äußern, dass Präsident Obama seine persönliche Anwesenheit ausnutzt, um für einen erfolgreichen Abschluss der Konferenz zu sorgen.

**Jaromír Kohlíček (GUE/NGL).** – (CS) Frau Ratspräsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Der Europäische Rat ist zweifellos ein wichtiges Organ, und er sollte daher wichtige Probleme lösen. Das wichtigste Problem ist die Bereitstellung von Arbeit, mit der sich ein annehmbarer Lebensstandard gewährleisten lässt. Ich bin überrascht über die Anzahl bedeutungsloser Reden, die einen Mangel an Wissen verraten und törichterweise einen bizarren Gulasch revanchistischer Forderungen und äußerst liberaler Methoden zusammenmischen. Der Europäische Rat sollte diese Stimmen ohne weiteres ablehnen und gleichzeitig ein klares Signal setzen, dass sein primäres Ziel darin besteht, die Industrie wieder in Gang zu setzen und die kritische Situation in der Landwirtschaft zu beheben. Wenn er stattdessen Einschnitten im sozialen Bereich zusammen mit Erleichterungen für Banken und die Reichsten zustimmt, dann kann man keinen positiven Impuls erwarten, insbesondere, wenn auf abstrakten Kriterien für die finanzielle Stabilität beharrt wird. Abschließend möchte ich all denen sagen, die sich verzweifelt der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon durch ein Referendum widersetzt haben: Bringen Sie Ihr eigenes Haus in Ordnung, und wenn Sie nicht in der Lage sind, Ihren eigenen Bürgern zu erklären, was das Gute an diesem Vertrag ist, dann halten Sie anderen keine Vorträge.

**Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE).** – (ES) Herr Präsident! Ich möchte gern die Herausforderungen erwähnen, denen wir im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gegenüberstehen und die wir überwinden müssen, nämlich die Einrichtung einer geeigneten, gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik; die effektive Kontrolle unserer Außengrenzen; eine effektive Integrations- und Rückführungspolitik, ein glaubwürdiges und vertrauenswürdiges Eurojust; ein Europol, das unter der Kontrolle des Europäischen Parlaments der Gemeinschaft dient; Fortschritt bei der Harmonisierung im Bereich Zivil- und Strafrecht; effektive transatlantische Beziehungen, insbesondere mit den Vereinigten Staaten, die auf Vertrauen und Gleichberechtigung beruhen; eine gerechte Lösung bei dem Problem der SWIFT-Daten; eine wirksame Datenschutzpolitik; ein besserer Schutz des Euros gegen Fälschung und eine aktive Förderung der Charta der Grundrechte.

**Robert Goebbels (S&D).** – (FR) Herr Präsident! Meine Frage ist sehr einfach. Wir haben einen neu ernannten Präsidenten der neuen Kommission. Aber wann wird es diese neue Kommission geben? In diesen schwierigen Zeiten ist es unmöglich, mit einer Kommission zu arbeiten, von der die Hälfte der Mitglieder bereits ihre Koffer packt. Wir brauchen neuen Schwung in Europa – wir brauchen diese neue Kommission bald.

**Seán Kelly (PPE).** – Herr Präsident! Eine der Lektionen, die man aus dem jüngsten Referendum in Irland lernen kann, ist, dass gute Öffentlichkeitsarbeit viel bewirken kann. Im Juni 2008 haben die Iren gegen den Vertrag von Lissabon gestimmt. Etwas mehr als ein Jahr später haben sie mit einer Zweidrittelmehrheit dafür gestimmt. Hat die Europäische Union in der Zwischenzeit einen wesentlich größeren Einfluss auf ihr Leben gehabt? Nein. Aber die Botschaft der Europäischen Union wurde in der zweiten Wahlkampagne von der „Ja“-Seite wesentlich besser verkauft.

Besonders jetzt, wo der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, denke ich, dass es wichtig ist, dass mit den neuen Befugnissen viel Gutes getan wird. Die Kommission muss sich jedoch auch für eine geeignete Strategie für Öffentlichkeitsarbeit entscheiden, um diese gute Arbeit den Bürgern nahe zu bringen. Daher möchte ich die Kommission fragen, welche Pläne sie in diesem Zusammenhang hat, damit zukünftige Referenden viel einfacher durchkommen als in der Vergangenheit.

**Petru Constantin Luhan (PPE).** – (RO) Herr Präsident! Mein Name ist Luhan, nicht Luman. Ich begrüße herzlich die Tatsache, dass die politischen Fraktionen für eine Förderung des Ratifizierungsprozesses sind. Um sicherzustellen, dass die Europäische Union effizient arbeiten kann, benötigen wir den Vertrag von Lissabon und er muss so schnell wie möglich in Kraft treten.

Im Moment ist die Tschechische Republik der einzige Mitgliedstaat, der den Vertrag noch immer nicht ratifiziert hat. Wie die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) bereits gesagt hat, rufen wir Präsident Klaus auf, eine verantwortungsvolle Haltung einzunehmen und den Vertrag bis zum Zeitpunkt des Europäischen Rates Ende Oktober zu ratifizieren. Andernfalls bleiben wir in dieser institutionellen Debatte gefangen und werden nicht in der Lage sein, uns auf die echten Probleme zu konzentrieren, denen die gewöhnlichen Bürger gegenüberstehen, wie die Wirtschafts- und Finanzkrise, Arbeitslosigkeit und soziale Eingliederung. Auch werden wir dann nicht in der Lage sein, das Bild der Europäischen Union als echter globaler Akteur wieder zu stärken.

Ich glaube, dass wir die Vorteile des Vertrages so ausgiebig diskutiert haben, dass es nicht sinnvoll wäre, diese Diskussion wiederzubeleben. Woran wir jetzt interessiert sind, ist, dass wir bei dem nächsten Europäischen Rat bestätigen können, dass der Ratifizierungsprozess in allen Mitgliedstaaten abgeschlossen wurde, damit wir zur nächsten Stufe bei der Einrichtung des Kommissionskollegiums voranschreiten können.

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank für Ihre Fragen und Kommentare. Wir sprechen oft über ein Europa der Bürger, das Europa der Menschen, und dann interpretieren wir dies so, dass es zu unseren eigenen politischen Zielen passt. Das ist ja nichts schlimmes, aber wenn wir die Bürger fragen: „Was wollen Sie von Europa?“, dann sagen die Bürger in allen europäischen Staaten: „Wir wollen Kooperation in Europa, die auf einer Reihe von Werten basiert und unsere gemeinsamen Probleme löst – die Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit, die Klimaprobleme, das internationale Verbrechen, das Migrationsproblem und so weiter“.

Deswegen sind wir hier. Viele dieser Themen werden auf dem Gipfel in zehn Tagen diskutiert werden. Natürlich werden wir sie nicht alle lösen können, aber hoffentlich werden wir einige wichtige Schritte in die richtige Richtung unternehmen und damit ein besseres ‚Europa der Bürger‘ schaffen. Wir müssen diese Entscheidung auf eine demokratische, offene Weise treffen, die Transparenz erlaubt.

Wir können alle unterschiedliche Ansichten zum Vertrag von Lissabon haben. Die Ansicht des schwedischen Ratsvorsitzes und des Rates und, wie ich glaube, der Mehrheit in diesem Plenarsaal ist, dass der Vertrag von Lissabon Europa näher zu den Bürgern bringen wird. Wir werden Entscheidungen effizienter und demokratischer treffen, und wir werden der Europäischen Union in ihren globalen Beziehungen mehr Stärke und Gewicht verleihen. Daher ist es wichtig, dass der Vertrag abgeschlossen wird, und ich kann garantieren, dass wir unser Bestes tun werden, um sicherzustellen, dass dies so schnell wie möglich geschieht.

Es gibt immer noch keine Lösung im Zusammenhang mit dem tschechischen Präsidenten. Ich habe gehört, dass es da Spekulationen gibt, aber trotzdem gibt es immer noch keine Lösung. Wir stehen in intensiven Gesprächen mit unseren Freunden in Prag und hoffen, sehr sehr bald in der Lage zu sein, einen Vorschlag zur Lösung des Problems vorstellen zu können. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir natürlich das Urteil des tschechischen Verfassungsgerichts abwarten müssen, bevor wir fortfahren können.

In der Zwischenzeit gehen die Vorbereitung hinsichtlich des Mitentscheidungsverfahrens mit dem Parlament und des Europäischen Auswärtigen Dienstes weiter, die wir heute Nachmittag diskutieren werden. Ich werde auf viele Ansichten, die geäußert wurden, und andere Fragen zu dem Vertrag von Lissabon eingehen. Wir hatten eine sehr konstruktive Zusammenarbeit mit Ihrem Präsidenten, Herrn Buzek, und seinen Kollegen dahingehend, wie das Parlament, der Rat und die Kommission zusammenarbeiten können, sobald die neuen Artikel gelten.

Einige Fragen zu Afghanistan wurden gestellt. Ja, Frau de Sarnez, wir hoffen, in der Lage zu sein, bei den Diskussionen über eine stärkere Einigkeit in Europa hinsichtlich Afghanistans sowohl in Bezug auf die militärische Präsenz der Europäischen Union dort als auch in Bezug auf eine stärkere Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Prozesse zur Bildung eines demokratischen Staates Fortschritte zu erzielen. Gerade werden intensive Diskussionen geführt, wie wir die Wahl, die am 7. November stattfinden wird, unterstützen können. Das ist sehr bald. Es ist schwierig, in so kurzer Zeit europäische Wahlbeobachter vor Ort zu schicken, aber wir werden natürlich unser Bestes tun, um das zu erreichen.

Das langfristige Ziel der Europäischen Union, das wir unterstützen, ist eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik. Wir werden das nicht bis Ende des Jahres erreichen, teilweise, weil es dazu erforderlich ist, dass erst der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt. Ich stimme Ihnen jedoch zu, dass das wichtig ist. In der Zwischenzeit arbeiten wir an dem Stockholmer Programm, und eines der Themen, die wir in diesem Zusammenhang diskutieren, sind Fragen, die mit Wanderungsbewegungen zusammenhängen. Das sind natürlich sehr komplizierte Probleme, die die Zusammenarbeit mit Drittstaaten, den Handel, Hilfen und die Möglichkeit der Einführung eines Systems betreffen, mit dem wir auch legale Einwanderung nach Europa haben können. Außerdem betreffen sie die Solidaritäts- und Auffangsysteme. Die Kommission wird einen Bericht zum Fortschritt in diesem Zusammenhang erstellen. Wir werden dann im Dezember weitere Entscheidungen treffen.

Herr van Baalen, die Frage des Ankara-Protokolls ist wichtig. Wir sagen unseren türkischen Freunden oft, dass sie das Ankara-Protokoll ratifizieren und umsetzen müssen. Dieses Thema wird auf diesem Gipfel nicht diskutiert werden, aber wir werden die Erweiterung später im Herbst diskutieren und eventuell im Dezember Entscheidungen treffen. Daher werde ich mit Sicherheit wieder auf dieses Thema zurückkommen.

Im Hinblick auf die Anzahl der Kommissare hat der Europäische Rat natürlich entschieden, dass jeder Staat einen Kommissar haben soll. Nach dem gegenwärtigen Vertrag wäre es möglich, dies 2014 zu ändern. Sobald der Vertrag in Kraft ist, haben wir Zeit, rechtliche Anpassungen zu überprüfen, die erforderlich sein können, um zu garantieren, dass jeder Staat seinen Kommissar beibehalten kann, und das werden wir tun. Wir befinden uns in Gesprächen mit verschiedenen Rechtsorganen, inwieweit weitere Änderungen des Vertrages notwendig sind, oder ob es ausreicht, dass der Europäische Rat dies einstimmig entscheidet.

Dasselbe gilt für die 18 zusätzlichen Abgeordneten. Sobald der Vertrag gilt, werden wir die Vorbereitungen dafür treffen. Eine Reihe von Staaten hat bereits Vorbereitungen getroffen, um in der Lage zu sein, die betreffenden Abgeordneten schnell hierher zu schicken. Herr Audy, das nationale Abstimmungssystem ist in einigen Staaten etwas komplizierter. Daher kann es etwas Zeit in Anspruch nehmen. Ich hoffe, dass die Vorbereitungen so schnell wie möglich begonnen werden. Ich bin sehr erfreut darüber, dass das Europäische Parlament diesen Abgeordneten erlaubt hat, als Beobachter anwesend zu sein, während sie darauf warten, offiziell Abgeordnete des Europäischen Parlaments zu werden. Zusammen mit dem in Kürze beginnenden spanischen Ratsvorsitz werden wir unser Bestes tun, um sicherzustellen, dass dies so schnell und reibungslos wie möglich geschieht.

Schließlich möchte ich meinen Dank aussprechen, nicht nur für diese Diskussion, sondern auch für die äußerst starke Unterstützung, die dieses Haus dem Ratsvorsitz in Hinblick auf die Klimafrage bietet. Wir werden unser Bestes tun, um zu ermöglichen, dass bei der Sitzung des Europäischen Rates Entscheidungen zur europäischen Finanzierung getroffen werden, die auf dem europäischen Beitrag und auf unserem Beitrag für die Entwicklungsländer beruhen, wodurch es uns ermöglicht wird, ein starkes Signal auszusenden und den internationalen Verhandlungen Auftrieb zu geben, damit sie in Kopenhagen so erfolgreich wie nur möglich werden. Es ist die äußerst ernste und wichtige Aufgabe, der unsere Generation gegenübersteht, geeignete, konkrete Schritte zu unternehmen, um die globale Erwärmung zu bekämpfen und globale Vorschriften zu erlassen. Ich bin dankbar für die Unterstützung und das Engagement, das das Europäische Parlament in diesem Zusammenhang zeigt.

**Margot Wallström, Vizepräsidentin der Kommission.** – Herr Präsident! Zuerst möchte ich mich bei Ihnen vielmals für diese lebendige und interessante Diskussion bedanken. Es ist ganz klar, dass ein Gefühl der Dringlichkeit bezüglich der Umsetzung des Vertrages von Lissabon in diesem Haus und in dieser Diskussion

spürbar ist. Wie sie verstehen werden, erwartet die Kommission ebenso wie das Parlament gespannt das Inkrafttreten dieses neuen Vertrages.

Wir alle wissen, dass der politische Prozess der Genehmigung jetzt in allen Mitgliedstaaten abgeschlossen ist. Es liegt natürlich an jedem Mitgliedstaat, den Ratifizierungsprozess abzuschließen und dabei die jeweiligen internen Verfahrensweisen zu beachten. Aber ist ebenso klar, dass kein einzelner Mitgliedstaat in einem Vakuum agiert. Ihre Entscheidungen oder Verzögerungen haben Auswirkungen auf alle.

Wir hoffen natürlich, dass die Tschechische Republik sehr bald soweit ist, den Vertrag zu ratifizieren. Ich möchte ebenso jeden hier an die loyale Zusammenarbeit erinnern, die einer der Grundsätze und eine der Haupteigenschaften der Europäischen Union ist. Ich denke, es ist von höchster Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten einander bei den eingegangenen Verpflichtungen vertrauen können.

Ich möchte auch einen Kommentar zu der Tatsache abgeben, dass viele Abgeordnete des Parlaments hier einen Unterschied oder eine Trennung zwischen der Realität – mit Arbeitslosigkeit und einer Wirtschaftskrise – einerseits und dem Text des Vertrages von Lissabon andererseits gemacht haben, aber natürlich ist die Idee die, dass der Text des Vertrages von Lissabon dazu da ist, mit dem Kontext umzugehen, und dass wir besser in der Lage sein werden, wirksame Entscheidungen zur Einwanderungs- oder Asylpolitik, zur Energiesicherheit, usw. zu treffen. Das ist die Idee, und wir müssen sie verbinden anstatt sie zu trennen, aber wir hoffen, dass wir sehr bald zum Ende dieser ewigen Diskussion um institutionelle Fragen kommen werden und in der Lage sein werden, diese neuen effektiven Instrumente zu nutzen.

Die Kommission arbeitet jetzt aktiv daran, die Umsetzung des Vertrages bei Inkrafttreten vorzubereiten. Ich weiß, dass Sie an diesem Nachmittag dem Europäischen Auswärtigen Dienst eine eigene Diskussion widmen werden. Daher ist dies jetzt nicht die Zeit, mit einer vollen Diskussion zu diesem Thema zu beginnen. Aber ich würde sagen, dass dies eine echte Herausforderung für uns sein wird.

Es ist eine Herausforderung, die einzelnen Beteiligten im Bereich der auswärtigen Beziehungen zusammenzubringen und das allgemeine Ziel muss es sein, eine diplomatische Synergie zu erzielen. Eine bestimmte Menge kreativer Gedanken ist notwendig, und gleichzeitig muss die interinstitutionelle Balance gewahrt werden.

Außerdem ist es notwendig, dass der Dienst diesem Haus – dem Europäischen Parlament – voll rechenschaftspflichtig ist. Ich glaube fest daran, dass die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes ein Erfolg werden kann, wenn der Rat, das Parlament und die Kommission eng zusammenarbeiten. Wir müssen außerdem die Tatsache respektieren, dass es dem Hohen Vertreter und dem Vizepräsidenten der Kommission obliegt, in Übereinstimmung mit der Kommission einen Vorschlag zu machen.

Bei einem anderen wichtigen Thema, der europäischen Bürgerinitiative, beabsichtigt die Kommission, Mitte November ein Grünbuch herauszugeben. Wir planen, eine breit angelegte Beratung mit Bürgern, der Zivilgesellschaft und allen Interessenvertretern abzuhalten, um die Gesetzgebungsvorschläge möglichst bald nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon herauszugeben.

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise werden weit oben auf der Tagesordnung des Rates stehen. Wir haben gehört, dass dieses Thema während dieser Diskussion oft angesprochen wurde. Ich stimme denjenigen zu, die sagten, dass es keinen Anlass zu Selbstzufriedenheit gibt. Es stimmt, dass diese Strategien als Reaktion auf die Krise langsam Früchte tragen – die Finanzmärkte beginnen sich zu konsolidieren und das Vertrauen wächst – aber wir sind noch weit von einer vollständigen Erholung entfernt, und die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit sind sehr ernst und werden das auch bleiben. Die politischen Bemühungen müssen die aktive Arbeitsmarktpolitik weiterhin unterstützen.

Die Kommission steht natürlich – und das sage ich als Antwort auf einige der Fragen, die während dieser Debatte aufgeworfen wurden – zu ihrem Haushaltsplanvorschlag. Wir hoffen, dass das Parlament mit seiner Stimmabgabe auch unsere Bemühungen bestätigen wird. Wie Präsident Barroso gestern in der Fragestunde sagte, genügt das, was bisher getan wurde, nicht.

Die Arbeitslosigkeitssituation ist so, dass wir alle auf europäischer, wie auch auf nationaler Ebene, mehr tun müssen. Die Arbeitslosigkeit ist heute unsere erste Sorge, und ich hoffe, dass wir auf das Europäische Parlament zählen können, dass es weiter daran arbeiten wird und Druck auf den Rat und auch auf nationaler Ebene ausüben wird, damit der Vorschlag zur vereinfachten Verwaltung von Strukturfonds genehmigt wird, weil das auf jeden Fall helfen würde.



Eine weitere aufgeworfene Frage betraf den Verwaltungsaufwand. Diesen Donnerstag wird die Kommission eine sehr weitreichende Bekanntmachung zur Verringerung des Verwaltungsaufwandes annehmen. Diese Bekanntmachung wird aufführen, was bisher erreicht wurde und was noch zu tun ist. Sie beruht außerdem auf der wichtigen Arbeit der Stoiber-Gruppe. Gemäß diesem Bericht ist das Bild sehr positiv, und der Vorschlag, wie wir mit der Verringerung des Verwaltungsaufwandes umgehen sollen, liegt uns vor. Leider hat der Rat über die Mehrheit dieser Vorschläge noch nicht entschieden, also hoffen wir auch hier, dass das Europäische Parlament uns helfen wird, Druck auf die Mitgliedstaaten auszuüben, bei diesen Themen tatsächlich voranzugehen.

Ich möchte auch noch etwas zur Überwachung der Finanzmärkte sagen, die natürlich in den letzten Monaten regelmäßig auf der Tagesordnung der Kommission stand. Eine vollständig neue Überwachungsstruktur muss auf EU-Ebene eingerichtet werden, und wir sind erfreut, dass etwas Fortschritt erzielt wurde. Es gibt breite Zustimmung im Rat zu dem Vorschlag der Kommission zu dem Ausschuss für Systemrisiken für die Finanzaufsicht auf Makroebene. Wir hoffen, dass das Parlament dies unterstützt. Viele weitere Anstrengungen sind nötig in Bezug auf die Überwachungsbehörden für Finanzaufsicht auf Mikroebene, und auch hier zählen wir auf die Bereitschaft sowohl des Rates als auch des Parlaments, sobald wie möglich eine ehrgeizige und effiziente Lösung zu erzielen.

Da es nur noch wenige Wochen bis zur Kopenhagen-Konferenz sind, lassen Sie mich abschließend noch etwas zu dem Thema sagen, das auch ganz oben auf der Tagesordnung des schwedischen Ratsvorsitzes gestanden hat, nämlich zum Klimawandel. Ich denke, dass einige von Ihnen erwähnt haben, was die Kernfrage sein wird, die über Erfolg oder Misserfolg entscheiden wird. Ich würde es als Klimagerechtigkeit bezeichnen, denn es geht dabei um die Beziehung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und den Willen zur Vorstellung eines glaubwürdigen Vorschlags zur Finanzierung sowohl von Linderungs- als auch von Anpassungsmaßnahmen und die Art und Weise, wie wir auch unsere Bereitschaft zum Vorangehen zeigen.

Die Kommission hat als einzige Institution einen Vorschlag zur Finanzierung unterbreitet. Dieser wurde von vielen als nicht ausreichend kritisiert. Ich bin mir sicher, dass er nicht ausreichend sein wird, aber er ist der erste Schritt, der hoffentlich andere dazu bringen wird, ihre eigenen Bemühungen vorzustellen und etwas einzureichen, das wir in Kopenhagen diskutieren können. Wir werden natürlich weiter ganz aktiv sein und unsere Anstrengungen nicht verringern, sondern stattdessen alle anderen Parteien und Partner – einschließlich erstmalig auch der Vereinigten Staaten – ermutigen, aktiv teilzunehmen und sich mit an den Tisch zu setzen, damit wir auf alle Sorgen der Bürger reagieren können.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir nicht die Absicht haben, unseren Ehrgeiz zu verringern, sondern stattdessen sicherstellen werden, dass wir in Kopenhagen proaktiv auf eine gute Übereinkunft hinarbeiten werden.

**Der Präsident.** – Die Aussprache wird geschlossen.

#### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)**

**Gerard Batten (EFD), schriftlich.** – Es gibt fieberhafte Spekulationen, dass Tony Blair als erster Präsident der Europäischen Union unter dem Vertrag von Lissabon/der Europäischen Verfassung ernannt werden könnte. Fast achtunddreißigtausend Menschen haben eine europaweite Petition gegen seine Präsidentschaft unterzeichnet. Der Grund dafür ist leicht zu verstehen. Als Premierminister von Großbritannien hat Herr Blair sich als Lügner und Fantast herausgestellt. Er hat es auf mysteriöse Weise geschafft, mit einem relativ bescheidenen Premierministergehalt zu einem Multimillionär zu werden. In dem Skandal zu den Spesen der Abgeordneten, der jetzt das Unterhaus verschlingt, sind nur von einem Abgeordneten die Spesenberichte unerklärlicherweise verschwunden. Die von Herrn Blair. Ich teile die Abscheu derjenigen, die gegen die Präsidentschaft von Herrn Blair sind. Aber wer würde denn einen besseren Präsidentschaftskandidaten abgeben für diese Union als Herr Blair, wo diese doch auf Betrug, Lügen und Korruption gegründet ist? Herr Blair hat Großbritannien an den Rand des Ruins getrieben. Er könnte dasselbe mit der EU machen. Die EU und Tony Blair verdienen einander.

**Ivo Belet (PPE), schriftlich.** – (NL) Herr Präsident! Wir gehen davon aus, dass die Tagesordnung des in Kürze stattfindenden Europäischen Rates auch die Wirtschaftskrise umfassen wird, insbesondere die Situation bei Opel. Die Übernahme von Opel und die massiven nationalen staatlichen Beihilfen sind mehr als ein Testfall für Europa; es geht dabei um die Glaubwürdigkeit der Europäischen Kommission, die sicherstellen muss, dass keine ungesetzlichen staatlichen Beihilfen gewährt werden. Es ist nicht akzeptabel, dass stabile, profitable Werke geschlossen werden, weil die Mitgliedstaaten, in denen sie sich befinden, nicht in der Lage sind, so viel staatliche Beihilfen zu zahlen, wie andere größere und mächtigere Mitgliedstaaten.

Wir müssen also aus der Opel-Affäre lernen: Es ist noch nicht zu spät, eine koordinierte europäische Strategie für den Automobilsektor zu starten. CARS 21 war ein lobenswerter Plan und ist das auch immer noch, aber er ist bei weitem nicht ausreichend. Europa muss einen energischen Plan für die Zukunft erstellen, der die Entwicklung des nachhaltigen Elektroautos drastisch beschleunigt. Um dies zu tun, müssen wir die europäischen Autohersteller gemeinsam an den Tisch holen und die Ressourcen des Siebten Rahmenprogramms darauf konzentrieren. Es ist an der Zeit, aus der Defensivstellung herauszukriechen und allen Arbeiternehmern in der größten Branche Europas ein positives Signal zu senden.

**Maria Da Graça Carvalho (PPE)**, *schriftlich*. – (PT) Eines der Hauptziele des nächsten Europäischen Rates wird es sein, den Erfolg der UN-Konferenz zum Klimawandel, die im Dezember in Kopenhagen stattfinden wird, sicherzustellen.

Die Schlussfolgerungen des Rates zum Standpunkt der EU bei der Kopenhagen-Konferenz sind grundlegend, um sicherzustellen, dass die EU mit einer Stimme spricht. Es ist wichtig, dass wir eine ehrgeizige Verhandlungsposition bewahren. Die EU sollte zeigen, dass sie geeint ist und ein Beispiel für Führerschaft setzen, insbesondere indem sie den Entwicklungsländern hilft, die ab 2020 Kosten von ungefähr 100 Mrd. EUR pro Jahr haben werden, um sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen und ihre Emissionen zu verringern.

Die Errichtung einer Struktur für ein Finanzierungssystem für die Entwicklungsländer, insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder, ist von größter Bedeutung, genauso wie die Festlegung von Quellen und Beträgen für diese Finanzierung, um eine Vereinbarung in Kopenhagen zu gewährleisten.

Diese Vereinbarung wird es ermöglichen, dass ein Protokoll in Kraft tritt, das ab 1. Januar 2013 das Kyoto-Protokoll ablöst und eine wirksame Reduzierung der Treibhausgasemissionen sicherstellt und es der europäischen Industrie gleichzeitig ermöglicht, auf den globalen Märkten wettbewerbsfähig zu bleiben.

**András Gyürk (PPE)**, *schriftlich*. – (HU) Wir hoffen, dass spätestens bis zu der letzten Sitzung des Europäischen Rates im Oktober die letzten Hindernisse, die verhindern, dass der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, beseitigt sind. Diese Vereinbarung kann die Europäische Union in vielerlei Hinsicht dazu inspirieren, zu einem effizienteren Entscheidungsfindungsprozess zu gelangen. Ich möchte ein Beispiel hervorheben: Die Energiesicherheit. Ein Zeichen von Fortschritt ist, dass der Energiepolitik in dem EG-Vertrag anders als bisher ein eigener Abschnitt zugeteilt wurde. Aufgrund der Ereignisse der letzten Jahre denke ich, dass das neue Kapitel die Leitlinien der Energiepolitik der EU enthalten wird. Zu den unterstützenswerten Zielen gehört die Entwicklung der Energieeffizienz, die Unterstützung der Verwendung erneuerbarer Quellen und die Zusammenschaltung der Netze. Als Abgeordneter eines neuen Mitgliedstaates bin ich besonders darüber erfreut, dass das Konzept der Solidarität auch in dem neuen Energiekapitel enthalten ist. Der Vertrag von Lissabon liefert uns jedoch keine vorgefertigte Lösung, zumindest nicht im Hinblick auf die Energiepolitik. Die Aufnahme des neuen Kapitels ist dagegen mehr eine Warnung: Europa muss dringend Schritte unternehmen, um seine Abhängigkeit zu verringern, und Werbung für seine Ansichten zur Umwelt machen.

Der Vertrag von Lissabon selbst bietet absolut keine Garantie, nur eine Gelegenheit. Das ist eine Gelegenheit für die Mitgliedstaaten, die Grundlagen für eine gemeinsame EU-Energiepolitik zu konsolidieren, und sich dabei ihrer eigenen Interessen bewusst zu sein. Die Entwicklung alternativer Versorgungswege, die Zusammenschaltung der Netze oder sogar die Gewährleistung eines Schutzes gegen externen Einkauf kann man sich in der Zukunft nicht vorstellen ohne ein geeignetes Maß politischer Entschlossenheit und Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten.

**Iosif Matula (PPE)**, *schriftlich*. – (RO) Die Auswirkungen der Genehmigung des Vertrages von Lissabon durch Irland sind auf dem ganzen europäischen Kontinent zu spüren. Der Zweck dieses Vertrages ist es offensichtlich, den Entscheidungsfindungsprozess nach der EU-Erweiterung nach Osten zu vereinfachen. Vor diesem Hintergrund liegt die Botschaft, die unsere Partner in Irland aussenden, in der Unterstützung der Solidarität zwischen den Bürgern Europas. Wir sprechen auch von einem der letzten Europäischen Räte, der mit dem System des wechselnden Ratsvorsitzes der EU abgehalten wird. Diese Tatsache ist umso bedeutender, als die Auswahl von denjenigen vorgenommen werden muss, die in den kommenden Jahren die wichtigsten Posten innehaben werden. Das ist eine Frage, die zu lebendigen Diskussionen geführt hat, wobei unzählige politische Empfindlichkeiten berührt wurden. Meiner Meinung nach ist es unsere Aufgabe, uns mit einem Thema zu beschäftigen, bei dem klare Prinzipien Vorrang vor momentanen stolzen Gefühlen haben müssen. Es ist unsere Pflicht, der Europäischen Union Konsistenz, Effizienz und eine langfristige Zukunft sowie eine ausgewogene Entwicklung für alle Regionen zu bieten, damit sie den Herausforderungen auf der globalen politischen Bühne begegnen kann, egal ob wir dabei von der Wirtschaftskrise, dem Klimawandel, unserer

gemeinsamen Identität oder anderem sprechen. Tatsächlich wird die Europäische Union nur dann die Stärke erreichen, die ihr zusteht, wenn wir alle global auf derselben Wellenlänge liegen, und wenn wir uns als eine Einheit begreifen, die gemeinsame Maßnahmen ergreift.

*(Die Sitzung wird einige Minuten unterbrochen)*

**VORSITZ: Alejo VIDAL-QUADRAS**

*Vizepräsident*

### **3. Abstimmungsstunde**

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt folgt die Abstimmung.

*(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll)*

#### **3.1. Informationsfreiheit in Italien und in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Abstimmung)**

*– Vor der Abstimmung:*

**Edite Estrela (S&D).** – *(PT)* Herr Präsident! Ich möchte gemäß Artikel 157 Absatz 1 der Geschäftsordnung um das Wort bitten, um über den zweiten Änderungsantrag zu sprechen, der von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) bezüglich des gemeinsamen Entschließungsantrags im Hinblick auf die Informationsfreiheit in Italien sowie in anderen Mitgliedstaaten vorgelegt wurde.

Dieser Änderungsvorschlag ist eine Schande für das Europäische Parlament und sollte im Namen der Wahrheit nicht besprochen werden und noch weniger sollte darüber abgestimmt werden. Die Voraussetzungen dieses Vorschlags sind falsch und basieren lediglich auf einem Trugschluss, der von den politischen Parteien Portugals während des Wahlkampfes erfunden wurde. Die portugiesischen Wähler haben richtig darauf reagiert.

Es ist jedoch eine unbestreitbare Wahrheit (und ich habe die Beweise dafür), dass der Abgeordnete, der diesen Änderungsantrag gestellt hat, seine Intoleranz und seine inquisitorische Einstellung gestern auf seiner Website dargelegt hat, indem er forderte, dass der Schriftsteller José Saramago, der den Nobelpreis für Literatur erhalten hat, auf seine portugiesische Staatsbürgerschaft verzichten sollte. Es ist relativ eindeutig, wer die Meinungsfreiheit angreift.

*– Vor der Abstimmung über den gemeinsamen Entschließungsantrag RC-B7-0090/2009:*

**David-Maria Sassoli, im Namen der S&D-Fraktion.** – *(IT)* Herr Präsident! Ich möchte Sie gemäß Artikel 147 der Geschäftsordnung daran erinnern, dass dieses Haus im Rahmen der Aussprache über Menschenrechte weltweit 2007 nicht auf den Vorschlag der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) einging, sich auf Menschen zu beziehen, die hohe zivile oder religiöse Einrichtungen zum Zwecke der Stärkung politischer Argumente vertreten.

Wir bitten Sie daher, bezüglich der Änderungsanträge zu unserer, von der PPE-Fraktion vorgelegten Entschließung, in denen explizit auf den Präsidenten der italienischen Republik, Giorgio Napolitano, Bezug genommen wird, gleichermaßen zu reagieren.

**Der Präsident.** – Herr Sassoli, Sie haben im Rahmen des Artikels 147 der Geschäftsordnung auf den Punkt der Unzulässigkeit hingewiesen. Der Vorsitz, nämlich Präsident Buzek, hat sich daraufhin, wie Sie sich vorstellen können, eingehend mit dieser Angelegenheit befasst. Er basierte seine Analyse auf folgenden Grundsätzen: Zunächst einmal beziehen sich die Änderungsanträge auf die Sie Bezug nehmen, nämlich 7, 8 und 9, direkt auf den Text, der mittels dieser geändert werden soll. Zweitens zielen sie nicht darauf ab, den gesamten Text zu löschen oder zu ersetzen. Darüber hinaus werden verschiedene Absätze im Text dadurch nicht geändert und es kann nicht behauptet werden, dass nicht alle Sprachversionen davon betroffen sind.

Daher ist der Präsident, bei strenger Einhaltung der Bestimmungen des Artikels 147 der Meinung, dass sie alle relevanten Zulässigkeitskriterien erfüllen. Somit hat der Präsident entschieden, dass sie zulässig sind.

Hinsichtlich der Bezugnahme auf Präsident Napolitano, bei dem es sich um einen früheren, sehr beliebten Kollegen handelt, gibt es einen Präzedenzfall, der es uns erlaubt, die Namen von Personen, von Politikern, in unsere Texte mit einzubeziehen.

Herr Sassoli, falls Sie mit Ihrem Gesuch fortfahren möchten, stehen Ihnen, im Rahmen der Geschäftsordnung, natürlich andere Vorgehensweisen, wie z. B. ein mündlicher Änderungsantrag oder selbstverständlich auch eine Abstimmung gegen oben erwähnte Textänderungen offen.

**Mario Mauro**, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident! Ich stimme der Auslegung des Vorsitzes im Hinblick auf die Änderungsanträge uneingeschränkt zu. Ich habe einen mündlichen Änderungsantrag. Daher werden wir alle Änderungsanträge beibehalten und schlagen vor, einfach den Vor- und Nachnamen des Präsidenten der italienischen Republik zu streichen.

Daher wäre es, gemäß unserem Standardverfahren, mein Vorschlag, keinen Bezug auf einzelne Personen zu nehmen und „Giorgio Napolitano“ zu streichen und die Änderungsanträge sowie die Möglichkeit, über diese abzustimmen, beizubehalten. Ich denke, dass wir auf diese Art und Weise den Respekt vermitteln können, den wir dem Präsidenten der italienischen Republik entgegenbringen, der eindeutig gesagt hat was er gesagt hat und auf den in der Aussprache von den Sprechern aller politischen Fraktionen Bezug genommen wurde.

**Niccolò Rinaldi**, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident! Ich habe die Entscheidung des Vorsitzes im Hinblick auf die Zulässigkeit dieser Änderungsanträge zur Kenntnis genommen und möchte die Verfasser dieser Änderungsanträge einfach darum bitten, diese zugunsten der politischen Zweckmäßigkeit zurückzuziehen.

Ich denke nicht, dass die Nichterwähnung des Vor- und Nachnamens des Präsidenten der italienischen Republik einen großen Unterschied machen wird, da der Präsident der italienischen Republik schließlich Gegenstand dieser Änderungsanträge ist. Ich denke, dass dies eine Art Ritual im Hinblick auf unsere Arbeit ist. Ich habe es noch nie erlebt, dass Abgeordnete anderer Länder in unseren Entschlüssen aus ausbeuterisch zu erscheinenden Gründen auf die englische Königin oder den deutschen Präsidenten verweisen. Deshalb möchte ich einfach nur darum bitten, dass die Änderungsvorschläge 7, 8 und 9 zurückgezogen werden.

**Der Präsident.** – Herr Sassoli, möchten Sie angesichts der Tatsache, dass Sie diese Anfrage gestellt haben und Herr Mauro als Antwort auf den Ihrigen selbst einen Vorschlag eingebracht hat, das Wort ergreifen, um dazu Stellung zu nehmen?

**David-Maria Sassoli**, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident! Wir sind für die Streichung des Vor- und Nachnamens unseres italienischen Präsidenten. Wir werden natürlich gegen diese Änderungsanträge stimmen.

**Der Präsident.** – In diesem Fall werden wir den Vor- und Nachnamen des italienischen Staatsoberhauptes streichen.

– *Vor der Abstimmung über Absatz 3:*

**Nuno Melo (PPE).** – (PT) Herr Präsident! Mein mündlicher Änderungsantrag lautet folgendermaßen: Bedauert und verurteilt den von der portugiesischen sozialistischen Regierung ausgeübten Einfluss, der zur Entscheidung der Beendigung des Programms *Jornal Nacional* im portugiesischen Fernsehsender TV1 geführt hat, und merkt an, dass diese Entscheidung nun von der portugiesischen Regulierungsbehörde untersucht wird.

*(Der mündliche Änderungsantrag wird nicht angenommen)*

– *Nach der Abstimmung über Erwägung D:*

**József Szájer (PPE).** – Herr Präsident! Ich möchte das Haus daran erinnern, dass das Europäische Parlament keinerlei Entschlüssen annehmen sollte, bei denen eine Doppelmoral angewandt wird. Deshalb führe ich ein Beispiel aus meinem Land, Ungarn, an, in dem der Finanzminister ein Strafverfahren gegen einen Journalisten in die Wege leitete, weil es ihm nicht gefiel, was dieser über ihn schrieb.

Deshalb bin ich der Meinung, dass bei Erwähnung des italienischen Premierministers und der Anstrengung von Prozessen gegen italienische und andere europäische Zeitungen, ohne diesen Fall zu erwähnen - ich denke, dass das was in Ungarn passiert ist, gravierender ist - eine Doppelmoral angewandt wird. Deshalb möchte ich an unsere Kollegen der Linken hier appellieren, nicht gegen diesen Änderungsantrag zu stimmen, da dies lediglich beweisen und verdeutlichen würde, dass Ihre Aktivitäten lediglich der Zurschaustellung

dienen - eine Zurschaustellung, bei der der Premierminister eines Landes gemobbt wird, in dem es keine Linke gibt.

*(Beifall)*

Die Regierung gehört nicht zu Ihrer Familie, jedoch tolerieren Sie bei sozialistischen Regierungen nicht die gleichen Standards. Deshalb weist der Änderungsantrag in die richtige Richtung.

*(Beifall)*

„In Erwägung nachstehender Gründe sollte das Europäische Parlament keinerlei Doppelmoral tolerieren. Indessen und um politischen Druck auf Journalisten auszuüben, die Korruptionsfälle aufdecken, die in Verbindung mit hochrangigen Beamten und regierenden Politikern der Partei stehen, hat die ungarische Staatsverwaltung vor Kurzem Schritte eingeleitet, um Strafverfahren gegen derartige Vertreter der Medien anzustrengen - nämlich gegen Herrn Tamás Pindroch, den Journalisten von *Magyar Hírlap* - , wobei insbesondere berücksichtigt werden muss, dass ein Strafverfahren gegen jenen Journalisten eingeleitet wurde, der Nachforschungen über Skandale anstellte, die mit hochrangigen früheren Mitgliedern der Regierung sowie mit einem der Kandidaten für das Amt eines Europäischen Kommissars im Zusammenhang standen. Die Erwägung nachstehender Gründe hat zu einer Atmosphäre geführt, aufgrund derer die Presse in Ungarn unter politischem Druck steht.“

Ich bitte Sie darum, diesen Änderungsantrag zu unterstützen, um Ihre Glaubwürdigkeit beizubehalten. Dies könnte verdeutlichen, dass Sie nicht eine bestimmte Person schikanieren, die Sie nicht mögen und die Ihre politischen Ansichten nicht teilt, sondern dass Sie tatsächlich die Pressefreiheit in Europa unterstützen.

*(Der mündliche Änderungsantrag wird nicht angenommen)*

**Der Präsident.** – Damit ist die Abstimmung beendet.

\*\*\*

**Mario Mauro (PPE).** – *(IT)* Herr Präsident! Ich habe das Wort ergriffen, um Sie über einen äußerst ernsthaften Vorfall in Kenntnis zu setzen, der nichts mit dieser Abstimmung zu tun hat und aufgrund dessen ich den Vorsitz des Parlaments ersuche, schnellstmöglich Informationen einzuholen, damit wir handeln und unsere Vorrechte und Immunitäten verteidigen können.

Heute Morgen haben italienische Polizeibeamte sich Zutritt zum Privatwohnsitz eines Mitglieds unserer Delegation verschafft, während dieses hier in Straßburg war. Er musste Straßburg daraufhin umgehend verlassen, um auf Befehl eines italienischen Gerichts, das aufgrund einer eindeutigen Verletzung der grundlegenden Aspekte unserer Vorrechte und Immunitäten, die Durchsuchung eines Abgeordneten, d.h. des Privatwohnsitzes eines Abgeordneten, angeordnet hatte, an seinen Wohnsitz zurückzukehren.

Ich möchte das Parlament und den Vorsitz lediglich darum bitten, zu überprüfen, ob die im Falle von Herrn Mastella von den Gerichten und der italienischen Polizei ergriffenen Maßnahmen respektlos sind und eine schwerwiegende Verletzung der Bedingungen unserer Immunität darstellen.

**Der Präsident.** – Der Vorsitz wird sich mit dieser Angelegenheit befassen, um unsere Privilegien und unsere Immunität unmissverständlich zu verteidigen.

**Vytautas Landsbergis (PPE).** – Herr Präsident! Ich hoffe, dass eine vorangegangene Abstimmung über ein litauisches Gesetz, das noch nicht in Kraft getreten ist, und die ein sehr ungünstiges Ergebnis zur Folge hatte, vielen Kolleginnen und Kollegen die Gefahr aufgezeigt hat, die es zu vermeiden gilt, nämlich, dass die Europäische Union sich in die Sowjetunion verwandelt.

#### 4. Stimmerklärungen

*Mündliche Erklärungen zur Abstimmung*

##### **- Informationsfreiheit in Italien und in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union**

**Antonio Masip Hidalgo (S&D).** – *(ES)* Herr Präsident! Ich hoffe, dass Herr Berlusconi von den Justizbehörden für die von ihm verübten Verbrechen zur Rechenschaft gezogen wird, und dass seine Pressevorherrschaft ein Ende hat. Bestimmte Abgeordnete, die nicht für die Verurteilung gestimmt haben, sollten nicht länger

wegsehen, da das was hinsichtlich der Freiheit in Italien passiert, eine sehr ernste Angelegenheit ist. Sie betrifft alle Europäer und wirkt sich, unabhängig vom Ausgang der heutigen Abstimmung, auf diese aus.

**Vilija Blinkevičiūtė (S&D).** – (LT) Ich habe für den in Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen erarbeiteten Entschließungsentwurf der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten gestimmt, da die Informationsfreiheit, die Freiheit der Meinungsäußerung sowie die Meinungsvielfalt in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gewährleistet werden muss. Informationsfreiheit ist die Basis einer freien demokratischen Gesellschaft und in der Charta der Grundrechte ist festgelegt, dass jeder das Recht auf freie Meinungsäußerung hat. Dieses Recht umfasst auch das Recht darauf, seine eigenen Überzeugungen haben und Informationen und Ideen ohne die Einmischung von Regierungseinrichtungen erlangen und weiterverbreiten zu dürfen. Deshalb müssen wir, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die Entwicklung unabhängiger Medien sowie eines fairen Wettbewerbs auf nationaler Ebene unterstützen. Um eine effektive Pressefreiheit zu gewährleisten, müssen Regierungseinrichtungen dazu bereit sein, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen und dessen Entwicklung zu fördern, da dies das wichtigste Mittel ist, um die Grundwerte und -rechte der Europäischen Union zu sichern.

**Crescenzo Rivellini (PPE).** – (IT) Herr Präsident! „Das was eine Raupe als das Ende der Welt bezeichnet, wird vom Rest der Welt Schmetterling genannt“. Dieser Gedanke eines chinesischen Philosophen ist im Rahmen dieser Aussprache von Bedeutung, wenn wir bedenken, dass Präsident Obama trotz seiner Beschwerden über die feindselige Fernsehberichterstattung, mit der er sich konfrontiert sah, den Friedensnobelpreis gewonnen hat, und wir diskutieren hier nun über Anschuldigungen bezüglich fehlender Freiheiten, die nur von einer Sache motiviert sind: Der Hasskultur gegenüber Herrn Berlusconi.

Die Hasskultur, die mittels dieser Fotomontage veranschaulicht wird, die den Premierminister auf der Straßendemonstration für die Pressefreiheit hinter Gittern zeigt, bei welcher rote Flaggen und Beleidigungen aller Art die Oberhand hatten. Die Hasskultur, für die dieses Parlament die Verantwortung übernehmen muss, wenn es die schmachvollen, anti-demokratischen Angriffe einer jakobinischen Linken verhindern möchte.

Es könnte sein, dass Europa, das seit jeher Probleme hat, ein starkes und entscheidungsfreudiges Italien zu tolerieren, vorgibt, von all dem nichts zu wissen, um die Macht Italiens zu schmälern. Die Italiener werden dies nicht zulassen. Sie werden nicht zulassen, dass sich auf Abwegen befindende europäische Mächte versuchen, Italien aufgrund der Hasskultur jener in Italien zu rationalisieren, die lediglich eine demokratisch gewählte Mitte-Rechts-Regierung stürzen möchten.

Von den Zeitungen mit der höchsten Leserschaft in Italien sind 18 gegen die oder nicht im Einklang mit der Regierung und lediglich fünf können der rechten Mitte zugeordnet werden und uns kommen allerlei Beleidigungen zu Ohren. Dies entspricht der Wahrheit und im Interesse der Demokratie ist es an der Zeit, dass dieses Haus über eine italienische Linke spricht, die anti-demokratisch und der Hasskultur verfallen ist.

**Krisztina Morvai (NI).** – (HU) Lassen Sie uns eine Botschaft an jene Lügner in Ungarn senden, die behaupten, dass Jobbik keinen Platz im Europäischen Parlament hat und haben wird, die sagen, dass die Stimmen der drei Mitglieder umfassenden ungarischen Jobbik-Delegation darüber entschieden haben, dass Italien heute nicht von den hier anwesenden ungerechten und diskriminierenden Kräften verurteilt werden konnte. Das ist das erste was ich sagen möchte. Zweitens haben wir dies nicht basierend auf einer politischen Fraktionsdisziplin sondern gemäß des Maßstabs der Gerechtigkeit getan. Wir haben darüber hinaus zuallererst auch berücksichtigt, dass sie versucht hätten, eine Doppelmoral anzuwenden. Ich habe mich gestern bei Herrn Barroso beklagt, dass die sozialistisch-liberale Regierung in Ungarn die Meinungsfreiheit verletzt hat, und zwar nicht durch die Ballung von Presse oder Medien, sondern indem sie Menschen in die Augen schießt, indem sie diese ins Gefängnis steckt, sie dort foltert und eine Reihe von fingierten Prozessen führt. Herr Barroso erwiderte darauf, dass es sich hierbei um eine interne Angelegenheit handeln würde. Wie kann es sich hierbei um eine interne Angelegenheit handeln, wenn der Fall in Italien keine interne Angelegenheit ist? Jobbik wird nicht zulassen, dass eine derartige Doppelmoral im Parlament angewandt wird.

**Licia Ronzulli (PPE).** – (IT) Herr Präsident! Europa hat ebenfalls festgestellt, dass die italienische Opposition sich im Delirium befindet und Dinge erfindet, die nicht existieren.

Natürlich können wir uns nicht darüber freuen, da wir lieber ins Parlament gekommen wären, um über die wirklichen Probleme zu sprechen, für die die Bürgerinnen und Bürger uns um Lösungen bitten, aber wir können uns damit trösten, dass Europa ein Urteil gefällt hat, das nicht einmal Antonio Di Pietro in Frage stellen kann. Dies hat sich freilich bereits 2004 zugetragen, wobei Herr Di Pietro, unterstützt von den anderen

Mitgliedern, abermals die zentrale Rolle spielte, und nun hat er die anderen hierhergeschickt, um dasselbe zu tun, jedoch hat sich keiner über diese Entwicklung gefreut.

Darüber hinaus wollte die italienische Wählerschaft die Kommunisten aus dem Parlament verbannen und diese sitzen nun nicht mehr auf diesen Bänken. Der Ruf nach Pressefreiheit ist in Italien nichts anderes als ein Versuch von Verlegern, Richtern und Politikern, dem Premierminister und seiner Regierung die Legitimität zu entziehen. Dies führt jedoch zu einer Situation, in der auf Verbrecherjagd gegangen wird und in der nur ein Mann übermäßig im Visier steht, sowie zu einem Bürgerkrieg, der von einem bestimmten linken Element angeheizt zu ernsthaften Konsequenzen führen könnte.

**Siiri Oviir (ALDE).** – (ET) Es gibt mehrere Wege, den Medienpluralismus zu zerstören und die Bevölkerung mit durch Vorurteile behaftete Informationen zu versorgen und die Meinungsvielfalt zu unterbinden. Eine dieser Möglichkeiten ist es, die Medien wirtschaftlich mittels Eigentümerschaft zu monopolisieren, jedoch ist dies nicht die einzige Art und Weise. Ein Informationsmonopol kann erreicht werden, wenn z. B. Posten bei führenden öffentlichen Medienanstalten durch Mitglieder einer einzigen Partei besetzt werden, d.h. mit Mitgliedern der regierenden Partei, und andere Meinungen nicht gehört werden. Es gibt auch noch andere Beispiele, und wir hier im Plenarsaal haben im Laufe der Diskussion dieses Themas schon davon gehört. Dies waren wahrscheinlich Fakten.

All dies zeigt die Tatsache auf, dass Europa, wenn es demokratisch sein möchte, Regeln und Richtlinien braucht, um den Medienpluralismus zu verwirklichen. Aus diesem Grund unterstütze ich die von der ALDE, den Sozialisten und den Grünen eingebrachte Entschließung, deren Inhalt Vorschläge genau dieser Art sind.

**Carlo Casini (PPE).** – (IT) Herr Präsident! Zunächst einmal möchte ich meine Erst- und meine Zweitstimme korrigieren - ich wollte mich enthalten, habe jedoch, da ich in Eile war, einen Fehler gemacht und den falschen Knopf gedrückt. Meine ersten beiden Stimmen sind Enthaltungen von den Abstimmungen des gesamten Tages.

Ich möchte folgende Erklärung abgeben: Der Vorschlag ist mit einer schweren, grundsätzlichen Sünde behaftet, die zu der heutigen Debatte geführt hat, und dies ist eine Sünde, auf die der Präsident der italienischen Republik bereits hingewiesen hat. Zu dieser Sünde kommt der Opportunismus hinzu, das gerichtliche Vorgehen des italienischen Premierministers gegen bestimmte Zeitungen - eine Vorgehensweise, die ganz klar mit dem Gesetz in Einklang steht - als Mittel zu verwenden, um ihn anzugreifen.

Deshalb haben wir nicht für den Vorschlag der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, usw. gestimmt, wir haben jedoch auch nicht für den Antrag der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) gestimmt, da dieser, obwohl ihm insofern Anerkennung gebührt, dass er Italiens Würde schützt, völlig über das Problem des Gleichgewichts zwischen den Medien und den anderen staatlichen Mächten, das in Europa existiert und auch in Italien ein großes Problem ist, hinwegsieht. Dies betrifft nicht nur den Interessenkonflikt des italienischen Premierministers auf diesem Gebiet. Es betrifft auch andere Probleme.

Auf nationaler Ebene fordert meine Partei, die UDC, diesbezüglich jedoch fortwährend die Mehrheit heraus. Ich bin der Meinung, dass wir auch eine unterstützende Botschaft aussenden sollten, indem wir uns enthalten.

**Carlo Fidanza (PPE).** – (IT) Herr Präsident! Diese Aussprache hat uns gezeigt, dass die italienische Linke sich immer weiter von den von unseren Bürgern geteilten Meinungen entfernt. Die Italiener haben sich nicht aufgelehnt. Es kam zu einem politischen Manöver der richterlichen, verlegerischen und politischen Elite, um einem Urteil den Boden zu entziehen, das vom Volk vor ein paar Monaten legitim gefällt worden war.

Meine Damen und Herren, jene die in diesem Haus in den letzten paar Tagen gesagt haben, dass die Italiener sich um die Gefährdung der Pressefreiheit durch Herrn Berlusconi Sorgen machen, lügen, und sie wissen es. Alle ehrlichen Italiener wissen, dass es in Italien Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen gibt, die frei agieren. Viele dieser Zeitungen verfolgen redaktionelle Grundsätze, die im Gegensatz zu jenen des italienischen Premierministers stehen. Und falls es an Pluralismus mangelt, ist dies nur innerhalb der einzigen - und ich betone hier noch einmal, der einzigen, meine Damen und Herren - Gewerkschaft der Fall, die von italienischen Journalisten anerkannt wird und die auf unverschämte Art und Weise linksorientiert ist. Darüber hinaus finden Programmgestalter, Kommentatoren und Comedians, deren Ansichten mit jenen des italienischen Premierministers im Konflikt stehen, leicht Arbeit bei staatlichen Fernsehsendern oder bei Fernsehsendern, die Eigentum des italienischen Premierministers sind, ohne dass ihre Freiheiten dadurch bedroht sind.

Wenn die Italiener sich Sorgen machen, dann wie alle anderen Europäer auch, Herr Präsident, über die Krise, illegale Einwanderung, Arbeitsplätze und Renten, sicherlich jedoch nicht über die Informationsfreiheit, die zu keinem Zeitpunkt gefährdet war und die, ganz im Gegenteil, täglich von der Parteilichkeit der Linken angegriffen wird.

**Lena Ek (ALDE).** – Herr Präsident! Ich möchte John Stuart Mill zitieren und werde anschließend in Schwedisch fortfahren. „Wenn die gesamte Menschheit, außer einer Person, der gleichen Meinung wäre, hätte die Menschheit nicht mehr Recht, diese eine Person zum Schweigen zu bringen, als diese eine Person, wenn sie die Macht hätte, das Recht hätte, die Menschheit zum Schweigen zu bringen.“

(SV) Italien ist Teil der europäischen Wiege der Demokratie. Daher ist es bedauerlich, dass die italienischen Medien sich in der Situation befinden, in der sie momentan sind. Respekt gegenüber grundlegenden Menschenrechten in allen europäischen Ländern steht im Mittelpunkt der Zusammenarbeit in der EU. Es ist völlig falsch, wie die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) zu behaupten, dass dies nicht der Fall ist. Die PPE-Fraktion versteckt sich hinter diesen Argumenten und unterstützt so Silvio Berlusconi.

Medienvielfalt ergibt sich aus dem Zusammenspiel einer Vielzahl verschiedener Akteure, die die Möglichkeit haben, ohne die Einmischung des Staates in deren Arbeit zu fungieren. Damit wir einen lebendigen, demokratischen Diskurs in Europa führen können, brauchen wir in allen Mitgliedstaaten unabhängige Medien. Wie dies erreicht wird, geht die EU nichts an. Die Sicherstellung der Pressefreiheit ist jedoch wiederum eine Angelegenheit, die auf EU-Ebene behandelt werden sollte. Deshalb bedauere ich das Ergebnis der heutigen Abstimmung über die Entschließung bezüglich der Medienfreiheit in Italien.

**Peter van Dalen (ECR).** – (NL) Herr Präsident! Herrn Berlusconis politischer und moralischer Führungsstil gefällt mir nicht, und leider steht Italien damit im Hinblick auf die Pressefreiheit der einzelnen Länder nicht an der Spitze. Jedoch betrifft das Problem der Informations- und Pressefreiheit hauptsächlich Italien selbst. Die Italiener müssen diesbezüglich selbst die Initiative ergreifen. Erfreulicherweise tun sie dies tatsächlich, indem sie z. B. die Immunität des italienischen Premierministers aufheben. Darüber hinaus ist durch die vor kurzem ins Leben gerufene Zeitung *Il Fatto Quotidiano* deutlich geworden, dass es in Italien kritische Pressestimmen und Spielraum dafür gibt.

Deshalb appelliere ich an die Italiener selbst, wachsam gegenüber Angriffen auf die Pressefreiheit in ihrem Land zu bleiben. Ich hoffe, dass es nicht nötig sein wird, dass der Beamtenapparat in Brüssel in dieser Angelegenheit eingreift. Schließlich möchten wir nicht noch „mehr Europa“, sondern ein Europa, das sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Nur so kann Europa das Vertrauen der Wählerschaft gewinnen.

**Hannu Takkula (ALDE).** – (FI) Herr Präsident! Informationsfreiheit ist etwas sehr Wichtiges und ich habe dafür gestimmt. Wir müssen jedoch im Hinterkopf behalten, dass Freiheit auch Verantwortung mit sich bringt, und dass wir in Europa eine kritische und transparente Kommunikation brauchen. Wir müssen sicherstellen, dass dies auch in Zukunft der Fall ist. Die europäische Geschichte zeigt, welche Schrecken sich daraus ergeben haben, wenn die Medien ausgeschlossen worden sind und Informationen sich nicht frei verbreiten konnten.

Ich bin der Meinung, dass wir hier im Europäischen Parlament in dieser Angelegenheit ganz Europa betrachten müssen, und nicht nur einen einzelnen Mitgliedstaat. Deshalb müssen wir die Sache ausweiten und Prinzipien etablieren, an die wir uns halten, egal ob eine sozialistische, eine liberale oder eine rechte Regierung an der Macht ist. Es müssen für alle und in allen Fällen die gleichen Regeln gelten, wir müssen handeln, um sicherzustellen, dass die Informationsfreiheit erhalten bleibt. Sie ist eine der Grundfreiheiten, von denen ich hoffe, dass die Europäische Union diese auch in den kommenden Jahren wahren wird. Des Weiteren hoffe ich, dass jeder gleich behandelt werden wird.

**Chris Davies (ALDE).** – Herr Präsident! Die Europäische Union behauptet, den Prinzipien von Freiheit und Demokratie gerecht zu werden, und diese werden im Vertrag von Lissabon alle nochmals angeführt und bekräftigt, jedoch drücken wir gegenüber eklatanten Verstößen im einen oder anderen Mitgliedstaat immer wieder ein Auge zu. Wir zeigen nicht mit dem Finger auf jene, die die Prinzipien, auf denen die Europäische Union basiert, nicht einhalten. Wir wollen nicht für Aufruhr sorgen, aber heute hatten wir die Chance, Stellung zu beziehen und darauf aufmerksam zu machen, dass die Kontrolle der Presse durch den italienischen Premierminister eindeutig einen Missbrauch darstellt.

Auch in anderen Mitgliedstaaten gibt es Probleme, jedoch ist es in Italien am schlimmsten. Dank der Stimmen der UK Independence Party und der britischen Konservativen haben wir heute um eine Stimme verloren: Es



fehlte eine Stimme. Die Konservativen in Großbritannien sagen, dass sie die Sozial- und Beschäftigungspolitik von der Europäischen Union zurückholen möchten. Sie sagen nicht, dass sie die Europäische Union auch daran hindern möchten, auch nur die geringste Rolle dabei zu spielen, für die grundlegenden Freiheiten einzutreten, die die Demokratie in ganz Europa unterstützen.

**Philip Claeys (NI).** – (NL) Herr Präsident! Ich bin ebenfalls sehr erfreut darüber, dass die Entschließung überstimmt wurde, da es inakzeptabel ist, dass dieses Haus dazu missbraucht wird, eine politische Hexenjagd auf einen bestimmten Politiker zu veranstalten. Es ist des Weiteren inakzeptabel, dass dieses Haus sich bezüglich dieser Angelegenheit selbst in eine Art europäischen Big Brother verwandelt, in einen Generalinquisiteur, der sich direkt in eine Angelegenheit einmischt, die ganz schlicht und einfach eine Angelegenheit des jeweiligen, einzelnen Mitgliedstaates ist.

Jene, die hier zum Schlag gegen eine vermeintliche Bedrohung der Informationsfreiheit in Italien ausholen, eine absolut fingierte Bedrohung, sind die ersten, die sich für Maulkorbgesetze aussprechen, die schlicht und einfach nur auf die politische Eliminierung von Dissidenten abzielen. Diese linksgerichtete Heuchelei ist verabscheuungswürdig. Wenn es in Belgien nur halb so viel Informationsfreiheit geben würde wie in Italien, hätten wir bereits beträchtliche Fortschritte gemacht.

**Daniel Hannan (ECR).** – Herr Präsident! Es wirft kein gutes Licht auf dieses Haus, dass unsere gesamte heutige Tagesordnung, unsere gesamte Stimmabgabe, von einer Angelegenheit in Anspruch genommen wurde, die überhaupt nicht erst angesprochen hätte werden sollen. Sie liegt außerhalb des Zuständigkeitsbereichs dieses Parlaments und innerhalb des Prärogativs eines unserer Mitgliedstaaten.

Ich mag Silvio Berlusconi nicht besonders. Ich freue mich sehr darüber, dass die britischen Konservativen nicht mehr mit seiner Partei in der Europäischen Volkspartei zusammengeschlossen sind, aber es ist wohl nicht möglich, dass ich der Einzige hier bin, der von der pharisäischen Selbstgerechtigkeit abgeschreckt worden ist, mit der wir im Laufe dieser Aussprache von der anderen Seite konfrontiert worden sind. Sie haben sich darüber beschwert, dass Herr Berlusconi nicht strafrechtlich verfolgt werden kann, ohne zu erwähnen, dass sie als Abgeordnete eine ähnliche Immunität genießen. Sie beschwerten sich über seine Beherrschung der Medien, ohne die Zehntausende Millionen Euro öffentlicher Gelder zu erwähnen, die dieses Parlament für seine eigene Werbung ausgibt.

Diese Entschließung und die Tatsache, dass sie uns heute allen vorgelegt wurde, wirft auf niemanden ein gutes Licht - weder auf die Italiener, die einen Streitfall in diesen Plenarsaal gebracht haben, den sie in ihrem eigenen Nationalstaat verloren hatten, noch auf den Rest von uns, die wir uns erdreistet haben, uns einzumischen. Derartige Angelegenheiten sollten mittels des nationalen demokratischen Mechanismus und der Verfahrensweisen der italienischen Republik geregelt werden. Lassen Sie mich meine Forderung nach einer Abstimmung über den Vertrag von Lissabon wiederholen. *Pactio Olisipiensis censenda est!*

**Syed Kamall (ECR).** – Herr Präsident! Ich denke, dass wir uns hier in diesem Plenarsaal alle Gedanken über den Medienpluralismus machen. Wir alle würden in der gesamten EU gerne einen größeren Medienpluralismus sehen. Ich mache mir über den Medienpluralismus in einer Reihe von Mitgliedstaaten Sorgen. Ich mache mir über den Medienpluralismus in einer Reihe von Ländern außerhalb der EU Sorgen, über die die Sozialisten jedoch oftmals nicht einmal sprechen, wie z. B. Kuba und Nordkorea. Die Sozialisten halten sich über den Medienpluralismus in diesen Ländern äußerst bedeckt.

Es gibt hier jedoch ein sehr wichtiges Prinzip. Die Rolling Stones sangen einst, „Man bekommt nicht immer was man möchte“, und wenn man nicht das bekommt was man möchte, verlässt man sich auf den demokratischen Prozess in seinem Land, um die Leute davon zu überzeugen, jener Regierung ein Ende zu bereiten, die man nicht unterstützt. Man entscheidet sich nicht dafür, ins Europäische Parlament zu gehen und zu versuchen, hier demokratische Entscheidungen zum Kippen zu bringen. Dies ist ein Prinzip, dem die Konservativen einen hohen Stellenwert einräumen und deshalb bin ich stolz darauf, dass die Fraktion der Europäischen Konservativen und der Reformisten ihren Teil zur Überstimung dieser verabscheuungswürdigen Entschließung beigetragen haben.

**Sergio Paolo Francesco Silvestris (PPE).** – (IT) Herr Präsident! Ich bin der Auffassung, dass die demokratische Abstimmung dieses Parlaments auf unbestreitbare Art und Weise etwas veranschaulicht hat, von dem alle wissen, dass es der Wahrheit entspricht, nämlich, dass in Italien Informationsfreiheit herrscht.

Was die Linke also versuchte, war, Themen zu suchen, gegen die sie Einwände vorbringen kann - warum? Weil sie, wie ich in Brüssel bereits gesagt hatte, in Italien so viele Zeitungen haben, aber nicht wissen, über was sie schreiben sollen. Daher war das einzige, was sie sagen konnten, - und damit die Arbeit dieses Parlaments

einen Monat lang hinauszögern - dass sie der Auffassung sind, dass in Italien keine Informationsfreiheit herrscht.

In ihren zahlreichen Zeitungen können sie nicht schreiben, dass eine Regierung in Italien die Erdbebenopfer von Aquila in einem Zeitraum von vier Monaten aus den Zeltstädten in richtige Häuser zurück übersiedelt hat. In ihren Zeitungen können sie nicht schreiben, dass eine neue italienische Regierung unter Berlusconi in drei Monaten den Müll aus den Straßen Neapels abtransportiert hat, der sich dort über Jahre hinweg angesammelt hatte. Sie können nicht sagen, dass Italien, gemäß der OECD, trotz der Wirtschaftskrise das Land mit den wenigsten Arbeitsplatzverlusten ist. Sie können in ihren Zeitungen nicht darüber berichten, dass in Italien, trotz der Wirtschaftskrise, keine Banken zusammengebrochen sind und kein Sparer sein Geld verloren hat. Sie können all das nicht sagen, keiner liest diese Zeitungen und keiner glaubt ihnen und deshalb schieben sie die Schuld auf die angeblich nicht vorhandene Informationsfreiheit.

Wissen Sie, was wir in Italien sagen? Wir sagen, dass sie wie jene sind, die die Stierkampfarena geöffnet und die Stiere herausgelassen haben und nun nach den Hörnern Ausschau halten. Die Stiere, die Stimmen, sind ihnen in Italien entkommen. Sie haben versucht - und damit möchte ich zum Ende kommen, Herr Präsident - diese in Europa, wo sie auch eine Mehrheit hatten, wieder einzufangen, wo sie diese Mehrheit jedoch auch verloren haben.

Bei allem Respekt gegenüber jenen in Europa, die das Gegenteil beweisen wollten, die Demokratie hat uns wieder einmal gezeigt, dass die Informationsfreiheit in Italien wohlauf ist.

**Seán Kelly (PPE).** – Herr Präsident! Ich bin sehr erfreut über das Ergebnis der heutigen Entschließung, da Italien ein Mitgliedstaat der Europäischen Union ist und einen individuellen Antrag an uns zu stellen, wäre etwas überflüssig. Ich hoffe jedoch, dass wir künftig Gelegenheit haben werden, über die Informationsfreiheit, die Pressefreiheit und die Freiheit einzelner Journalisten ihre Meinungen innerhalb der Organe für die sie arbeiten, zum Ausdruck zu bringen, zu diskutieren. Und wir sollten sicherstellen, dass dies auf die gesamte Europäische Union zutrifft, da wir nicht nur über ein bestimmtes Land sprechen sollten. Das heute erzielte Ergebnis markiert einen guten Tag für die Europäische Union und einen guten Tag für die Demokratie.

**Aldo Patriciello (PPE).** – (IT) Herr Präsident! Wie üblich diskutieren wir hier im Europäischen Parlament Angelegenheiten, die ausschließlich auf nationaler Ebene interessant und relevant sind und stimmen über diese ab. Dies sollte jedoch im italienischen Abgeordnetenhaus oder im italienischen Senat stattfinden.

Erneut wurde, nach den in diesem Haus von den sich in der Opposition befindenden Personen gegen die italienische Regierung gerichteten Anschuldigungen im Hinblick auf Einwanderungsangelegenheiten, ein opportunistischer, lächerlicher und egoistischer Versuch gestartet, die Realität der Situation in Italien zu verzerren. Diese Personen befinden sich nicht aufgrund einer seltsamen Verschwörung in der Opposition, als deren Opfer sie sich sehen, sondern aufgrund des ausdrücklichen Wunsches der Bürgerinnen und Bürger, und diese Anschuldigungen zielen lediglich darauf ab, die Regierung und unser Land mittels der Person unseres Premierministers, Herrn Berlusconi, zu verunglimpfen.

Minderheitenparteien haben mittels einer einseitigen, zur Kompensation der in ihren politischen Programmen fehlenden Ideologien und Inhalte veranstalteten Publicity-Kampagne versucht, bei den Wahlen die Oberhand zu gewinnen, mit einer Kampagne, die auf die systematische Schädigung unseres Landes innerhalb Europas ausgelegt war. Jene Abgeordnete, die die italienische Opposition unterstützt haben, sollten sich auf Angelegenheiten konzentrieren, die nur ihre eigenen Länder betreffen, ohne die Situation in Italien mit den getäuschten und täuschenden Augen meiner Landsleute zu betrachten. Sie gehören einer Partei an, die sich im Laufe der Jahre aufgrund einer Politik profiliert hat, die lediglich eins zum Ziel hat: Die systematische und gezielte Beschimpfung des italienischen Premierministers, des Vorsitzenden einer Koalition, die von 17 Millionen Italienern demokratisch gewählt wurde.

*Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung*

#### **- Informationsfreiheit in Italien und anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union**

**Luís Paulo Alves (S&D), schriftlich – (PT)** Ich habe für die Entschließung der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament über die Informationsfreiheit gestimmt, da ich der Meinung bin, dass Pressefreiheit eine der Säulen der freien und demokratischen Gesellschaft ist, die ich unterstütze, und wir müssen immer dann, wenn sie, wie momentan in Italien, in Gefahr ist, zu ihrem Schutz bereit sein. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit sind in Italien eindeutig und ernsthaft in Gefahr.

Die Tatsache, dass der Premierminister, ob direkt oder indirekt, ein riesiges Imperium von Verlagshäusern, Tages- und Wochenzeitungen und drei Fernsehsender kontrolliert, ist eindeutig nicht mit dem politischen Amt vereinbar, das Herr Berlusconi bekleidet, und auch nicht mit den Anforderungen an einen demokratischen Staat und ein Mitglied der EU. Hinzu kommen noch die Versuche, den öffentlichen Fernsehsender unter Druck zu setzen und zu manipulieren. Wir sollten nicht vergessen, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise die Medien weiter geschwächt hat und sie so empfänglicher für den von Werbeunternehmen oder öffentlichen Einrichtungen ausgeübten Druck macht. Es ist zwingend notwendig, dass die Europäische Kommission endlich einen Richtlinienvorschlag zum Pluralismus und zur Konzentration der Medien macht, der die in allen Mitgliedstaaten im Hinblick auf diese für die Demokratie so wichtige Angelegenheit zu befolgenden Vorschriften klarstellt.

**Jean-Pierre Audy (PPE)**, *schriftlich* – (FR) Ich habe, der Erklärung der Europäischen Kommission vom 8. Oktober 2009, das Wort „Italien“ zu streichen folgend, dafür gestimmt, den Titel des Entschließungsentwurfs über die Informationsfreiheit in Italien zu ändern. Selbst wenn die Situation in Italien aufgrund eines andauernden Interessenkonflikts zwischen der Eigentümerschaft und/oder Kontrolle der öffentlichen oder privaten Medien und einiger politischer Machthaber äußerst beunruhigend ist, teile ich die Meinung zahlreicher Kollegen, dass das Europäische Parlament nicht mit dem Finger auf den einen oder anderen Mitgliedstaat zeigen sollte.

**Liam Aylward, Brian Crowley und Pat the Cope Gallagher (ALDE)**, *schriftlich*. – Wir haben heute über eine Reihe von Entschlüssen und Änderungsanträgen abgestimmt. Im Wesentlichen wurden uns Vorschläge vorgelegt, die die Art der Bereitstellung von Mediendienstleistungen in Deutschland, Portugal, Ungarn und Italien verurteilten.

Als Mitglieder der in Irland regierenden Partei haben wir immer wieder vom Europäischen Parlament eingebrachte Vorschläge abgelehnt, die die internen Aktivitäten einzelner Regierungen und einzelner Länder innerhalb der Europäischen Union verurteilen.

Seit unserem Beitritt zur Europäischen Union haben wir immer wieder politische Strategien abgelehnt, wobei das Europäische Parlament gebeten wird, Urteile bezüglich politischer Spaltungen und Streitigkeiten zu fällen, die sich innerhalb einzelner Länder der Europäischen Union zutragen.

Dies war und ist unsere politische Einstellung. Wir waren immer konsequent.

Wir werden das Recht auf freie Meinungsäußerung, ein Grundrecht aller Bürgerinnen und Bürger Europas, immer wahren.

**Ivo Belet (PPE)**, *schriftlich*. – (NL) Das überraschende Ergebnis dieser Abstimmung wird hoffentlich Spielraum für eine richtige Aussprache schaffen, eine Aussprache über die Ursachen der Probleme, die den Medienpluralismus in Europa bedrohen. Wir unterstützen solch eine Aussprache voll und ganz. Wir wissen alle, dass die Medienfreiheit in einigen Mitgliedstaaten unter Druck steht. (Siehe den von Reporter ohne Grenzen gestern veröffentlichten Pressefreiheitsindex-Bericht)

Es ist jedoch entscheidend, dass wir die Basis dieser Probleme angehen und ein Mittel schaffen, um die Situation in der ganzen EU zu verbessern, damit Journalisten in der Lage sind, ihrer Arbeit nachzugehen, ohne dabei von privaten oder politischen Interessenvertretern unter Druck gesetzt zu werden. Einige Mitglieder dieses Hauses zogen es vor, einen nationalen Kurs zu fahren und ihre Rechnungen im eigenen Land zu begleichen, aber es ist gut, dass diese Strategie fehlschlug, da dadurch das Risiko bestanden hätte, die Aussprache im Keim zu ersticken. Wir müssen uns nun ein für allemal von diesen nationalen Spielen verabschieden und unsere Energie in konstruktive Lösungen zu einem Problem investieren, das langfristig gesehen eine ernsthafte Bedrohung für unsere Rechtsstaatlichkeit und für die Demokratie in Europa darstellt.

**David Casa (PPE)**, *schriftlich*. – Die Auffassung, dass das Recht auf Informationen in Italien auf irgendeine Art und Weise verletzt wird, ist falsch. Zunächst einmal ist es nicht der Fall, dass das Europäische Parlament als Forum genutzt werden sollte, um Angelegenheiten zu diskutieren, die im Zuständigkeitsbereich der Gerichte der Länder sowie der Parlamente der Mitgliedstaaten verbleiben sollten. Darüber hinaus ist es eindeutig, dass die jüngst an Italien geübte Kritik nur in der Bemühung initiiert wurde, den italienischen Premier Silvio Berlusconi anzugreifen. Daher habe ich gegen die Entschließung gestimmt.

**Carlos Coelho (PPE)**, *schriftlich* – (PT) Das Verhältnis zwischen politischer Macht und dem Journalismus ist eine komplexe und heikle Angelegenheit, aber ich bin ganz klar der Meinung, dass niemand das Recht haben sollte, anderen seine/ihre eigene „Wahrheit“ aufzuzwingen, Ideen zu zensieren, Journalisten zu verfolgen

oder das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Informationsfreiheit einzuschränken. Die Informationsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung gehören zu den Grundlagen, die die Europäische Union untermauern und sind in jeder Demokratie unerlässlich. Das bedeutet auch, dass wir diese Aussprache nicht trivialisieren oder zum Zwecke des Ausbaus politischer Macht benutzen sollten.

Die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament verwechselt bei der Vorlage einer Entschließung über die Informationsfreiheit in Italien das Europäische Parlament mit dem italienischen Parlament. Wenn sie den Vorschlag ablehnen, Fälle aus anderen Ländern, wie z. B. Deutschland, Ungarn oder Portugal, wo die ungerechtfertigte Beendigung von *Jornal Nacional* auf TV1 erwähnt worden war, mit einzubeziehen, legen sie eine Doppelmoral an den Tag. Sie sind nicht an der Informationsfreiheit in Europa, sondern nur an der in Italien interessiert. Interessanterweise haben wir gerade an diesem Tag aus dem von Reporter ohne Grenzen veröffentlichten Ranking der Pressefreiheit erfahren, dass Portugal um 14 Punkte abgerutscht ist.

**Vasilica Viorica Dăncilă (S&D)**, *schriftlich* – (RO) Pressefreiheit ist in einer demokratischen Gesellschaft unerlässlich. Folglich bin ich der Meinung, dass die Notwendigkeit für eine ausgeglichene Medienlandschaft von allen Mitgliedstaaten unterstützt werden muss, die sich sowohl im Einzelnen als auch gemeinsam engagieren müssen, um den europäischen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, die möglichst genaue Informationen einholen zu können. Ich bin der Auffassung, dass es eine absolute Notwendigkeit für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger ist, deren Rechten und Pflichten aktiv nachzugehen, damit sie richtig informiert sind, jedoch müssen sie auch die Möglichkeit haben, die Art und Weise zu verstehen und zu kritisieren, auf die sie von den europäischen Institutionen sowie von den einzelnen Mitgliedstaaten informiert werden.

**Anne Delvaux (PPE)**, *schriftlich*. – (FR) Als ehemalige Journalistin habe ich mich bei allen an diesem Mittwoch zur Abstimmung gebrachten Vorschlägen und Änderungsanträgen enthalten. Ich möchte damit meine ausgeprägte Kritik bezüglich der Nutzung einer Aussprache für parteipolitische Zwecke zum Ausdruck bringen, die sich mit solch grundlegenden Dingen wie Pressefreiheit befasst, einem Grundrecht, das im Wesentlichen unter keinerlei Umständen Thema eines politischen Kuhhandels sowie von Auseinandersetzungen zwischen der Linken und der Rechten sein sollte.

Italien sieht sich Angriffen auf die Pressefreiheit gegenüber und dies ist absolut inakzeptabel. Haben wir jedoch etwas von bulgarischen, rumänischen oder französischen Journalisten gehört? Haben wir einen genauen Blick auf die politische oder wirtschaftliche Einmischung geworfen, die in anderen Ländern der EU existiert? Wie können wir uns sicher sein, dass die Politik sich in unseren eigenen Ländern nicht in die redaktionelle Kontrolle und in die Inhalte einmischt? Wenn wir unsere Studie durch einen neuen Bericht ausgeweitet hätten, hätten wir unsere Entschließungen stützen können, sodass sie, auf die angemessenste Art und Weise, ihr wahres Ziel erreichen: Pressefreiheit in der Europäischen Union! Ich bin der Meinung, dass dieses Grundrecht mehr als den aus diesen Texten hervorgegangenen, unternommenen Aufwand verdient - Texte, die alle ihr Ziel verfehlt haben.

**Proinsias De Rossa (S&D)**, *schriftlich*. – Ich habe für diese Entschließung gestimmt, die nach einer Richtlinie bezüglich der Medienkonzentration und des Schutzes des Medienpluralismus verlangt. Leider ist der Gesetzgebungsrahmen der EU im Hinblick auf Medienpluralismus und Medienkonzentration nach wie vor unzureichend. Die Europäische Union garantiert in Artikel 11 der Grundrechtecharta und in Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie auf Informationsfreiheit. In Artikel 11 der Charta heißt es, dass „die Freiheit und der Pluralismus der Medien respektiert werden müssen“. Medienfreiheit und -pluralismus sind für eine freie, gesunde und demokratische Gesellschaft unerlässlich. Aufgrund der zunehmenden Konzentration der Medien in den Händen reicher Sponsoren werden offene Aussprachen ganz klar unterdrückt. Wir müssen den Interessen reicher Geschäftsleute im Hinblick auf die Kontrolle des Informationsflusses sowie auf das Vorantreiben marktorientierter, Anti-Regulierungs- und oftmals Anti-Gewerkschafts-Pläne sehr misstrauisch gegenüberstehen. Gleichermaßen und aus denselben Gründen, nämlich der Gewährleistung der Objektivität, sollten Mediendienstleister unabhängig und keinerlei Einmischungen durch Regierungsbehörden ausgesetzt sein.

**Frank Engel (PPE)**, *schriftlich* – (FR) Das Europäische Parlament ist erneut aufgefordert, seine Meinung bezüglich einer nationalen Angelegenheit darzulegen, nämlich bezüglich der Bedrohung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in Italien. Die Luxemburger Mitglieder der PPE-Fraktion sind der Meinung, dass das Europäische Parlament sich prinzipiell nicht in einen Interessenkonflikt eines Mitgliedstaates einmischen sollte, egal ob dieser nun ernsthaft ist oder nicht. Das Parlament sollte nicht jedes Mal, wenn ein politischer

oder rechtlicher Streitpunkt nicht zur Zufriedenheit aller davon betroffenen Parteien eines bestimmten Mitgliedstaates gelöst werden kann, nach europäischen legislativen Maßnahmen verlangen. Deshalb haben wir gegen jegliche Bestrebungen gestimmt, das Problem eines Interessenkonflikts in einem bestimmten Mitgliedstaat auf europäischer Ebene gesetzlich zu regeln.

Aufgrund dessen sind wir für eine wirklich europäische Aussprache bezüglich der Presse und der problematischen Zusammenschlüsse, die auf diesem Gebiet bestehen können. Diese Aussprache sollte sich nicht auf einen bestimmten Mitgliedstaat konzentrieren, sondern sich auf objektive und gleichbleibende, auf die gesamte EU anwendbare Art und Weise mit der Angelegenheit befassen, damit die Lösungen für diese Probleme auf in der Gemeinschaft bereits bestehenden Gesetzen basieren können.

**Edite Estrela (S&D), schriftlich – (PT)** Die portugiesische sozialistische Delegation im Europäischen Parlament verurteilt und missbilligt die Handlungen bestimmter portugiesischer Abgeordneter von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), die versucht haben, den Ruf Portugals und des portugiesischen Premierministers mittels gegenstandsloser Anschuldigungen der Einmischung in die Medien zu schädigen. Dies geschah als Teil einer Kampagne zur Schönfärbung der Angriffe von Silvio Berlusconi italienischer Regierung auf das Recht der freien Meinungsäußerung und die Medienfreiheit. Die sozialistische Delegation kann nur bedauern, dass bestimmte portugiesische Abgeordnete diese Aussprache, die von bestimmten Parteien während des jüngsten Wahlkampfs initiiert wurde, in die Länge ziehen, eine Aussprache, mittels der die portugiesische Wählerschaft eine deutliche Antwort auf die internationale Bühne schickte.

Im Gegensatz zu jenen, die hinter dieser Kampagne stehen, verlangen die Sozialisten von keinem portugiesischen Bürger, dass er auf seine Staatsangehörigkeit verzichtet, jedoch verurteilen wir jene, die den guten Ruf Portugals angreifen, um möglicherweise Verpflichtungen gegenüber Silvio Berlusconi nachzukommen.

**Diogo Feio (PPE), schriftlich – (PT)** Kommissarin Viviane Reding hat an den Plenarsaal appelliert und uns darum gebeten, dass wir, wenn diese Angelegenheit diskutiert wird, nicht auf die europäischen Institutionen zurückgreifen, um Probleme zu lösen, die, wie in unseren Verträgen festgelegt, auf nationaler Ebene gelöst werden sollten. Dem könnte ich nicht mehr zustimmen und ich missbillige die Anwendung solcher Taktiken durch die europäische Linke und insbesondere durch die Sozialisten. Ich erinnere mich daran, dass die spanischen Sozialisten während der vergangenen Sitzungsperiode versucht haben, das Europäische Parlament hinsichtlich einer katastrophalen Anti-Terrorismus-Richtlinie durch das Erlangen von Unterstützung von außen zu manipulieren - wobei die Unterstützung in ihrem eigenen Land mangelhaft war. Dieses bedauernde Verhaltensmuster besteht fort. Wie der Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) moniert hat, sind diese Verhaltensweisen voller böser Absichten und tragen nichts dazu bei, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die europäischen Institutionen zu stärken.

Ich frage mich, ob die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament genauso darauf erpicht wäre, eine ähnliche Aussprache über Portugal und die wiederholte Einmischung der portugiesischen Regierung in die Medien abzuhalten, die innerhalb weniger Monate dazu führte, dass der Chefredakteur einer bekannten Zeitung (*O Público*) abgelöst und eine Nachrichtensendung im Fernsehen (TV1), die bereits früher von den Regulierungsbehörden für die Medien entschieden verurteilt worden war, plötzlich abgesetzt wurde.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich – (PT)** Wir haben für die Entschliebung zur Verteidigung der Informationsfreiheit gestimmt, da wir an die Verteidigung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, sowie an den Pluralismus statt an die Konzentration in den Medien glauben. Trotzdem sind wir mit bestimmten Aspekten dieser Entschliebung nicht einverstanden, die an eine Einmischung in das demokratische Leben der einzelnen Länder grenzen, und wir haben große Zweifel an einer möglichen Richtlinie bezüglich dieser Angelegenheit, insbesondere aufgrund der gegenwärtigen Zusammensetzung des Europäischen Parlaments.

Unser Kampf gilt der Informationsfreiheit und dem Recht auf freie Meinungsäußerung, den Rechten von Journalisten und anderen in der Medienbranche tätigen Personen, dem uneingeschränkten Zugang zu Informationen und dem garantierten Pluralismus in den Medien. All dies kann nicht dazu benutzt werden, Pläne politischer Parteien zu decken, deren Hauptziel die Einmischung des Europäischen Parlaments in die internen Angelegenheiten der Länder ist. Dazu wird, je nachdem, welche politische Gruppierung ein Interesse an einer bestimmten Sache hat, eine Doppelmoral angewandt.

Deshalb haben wir uns auch bei der Abstimmung über die Vorschläge der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) im Hinblick auf Angelegenheiten bezüglich TV1 in Portugal enthalten,

obwohl die Kommunistische Partei Portugals dafür bekannt ist, dieser Situation in Portugal kritisch gegenüberzustehen.

**Mathieu Grosch (PPE)**, *schriftlich*. – (FR) Ich betrachte die Aussprache über die Pressefreiheit als sehr wichtig. Die Situation in Italien ist besorgniserregend, jedoch ist es die Aufgabe dieses Europäischen Parlaments das Thema im Allgemeinen oder für alle Länder zu besprechen, in denen es auf diesem Gebiet Probleme gibt.

Nur Italien zu erwähnen, während bekannt ist, dass es auch in anderen Ländern, wie z. B. Rumänien, Bulgarien, Portugal und Ungarn, Probleme gibt, sorgt für Diskussionen politischer Parteien, die nicht zum Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Pressefreiheit beitragen.

**Sylvie Guillaume (S&D)**, *schriftlich* – (FR) Ich habe heute sowohl gegen die gemeinsam von der EVP, der EKR und der EFD vorgeschlagene Entschließung über die Informationsfreiheit in Italien und in anderen Mitgliedstaaten als auch gegen die von diesen Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge zu der von der Linken und der Vereinigten Mitte gemeinsam vorgeschlagenen Entschließung gestimmt, da diese im Wesentlichen darauf abzielten, den italienischen Premierminister von seiner Verantwortung, dem Prinzip des Pluralismus, einem grundlegenden Wert unserer Demokratien, nachzukommen, zu entbinden. Sie griffen darüber hinaus den Präsidenten der italienischen Republik, Giorgio Napolitano, auf skandalöse Art und Weise an. Ich habe die von meiner Fraktion mitunterzeichnete gemeinsame Entschließung stark unterstützt, da ich das Recht auf freie Meinungsäußerung grundsätzlich unterstütze und für eine europäische Gesetzgebung bezüglich Medienzusammenschlüssen bin, trotz der Opposition der Rechten, die sich bereits mehrmals gezeigt hat. Wir sollten uns der aus Italien kommenden Ängste, nach dem kürzlich von Silvio Berlusconi sowohl auf die italienischen und europäischen Zeitungen als auch auf das Recht der freien Meinungsäußerung der Europäischen Kommission bezüglich der von den italienischen Behörden unter Verletzung des Prinzips der Nichtzurückweisung in die Wege geleiteten Abschiebung von Migranten auf See nach Libyen ausgeübten Druck, bewusst sein.

**Filip Kaczmarek (PPE)**, *schriftlich* – (PL) Ich habe gegen den Entschließungsentwurf gestimmt, da er nachteilig ist und die europäischen Normen nicht erfüllt. Im Namen bestimmter Interessen hat die Linke u.a. gegen das Prinzip der Anwendung einheitlicher, für alle Mitgliedstaaten geltender Normen verstoßen. Die Verhinderung einer Abstimmung über die mündliche Änderung durch Herrn Szájer ist ausreichend Beweis dafür, dass die Entschließung nicht wirklich darauf abzielte, Besorgnis über die Medienfreiheit zum Ausdruck zu bringen. Die tatsächliche Zielsetzung der Entschließung war der Wunsch danach, einzig und allein die italienische Regierung anzugreifen. Dies ist der Fall, weil die Linke diese Regierung nicht mag. Es steht der Linken frei, die italienische Regierung nicht zu mögen. Ich sehe jedoch keinen Grund dafür, sich dem Versuch, das Europäische Parlament als Werkzeug zu behandeln, anzuschließen und mit diesem Versuch unser Parlament in einen laufenden politischen Kampf innerhalb eines Mitgliedstaates zu verwickeln.

Die Medienfreiheit ist auch dann universell und wichtig, wenn sie von linksgerichteten Regierungen bedroht wird. Ich bin sehr froh darüber, dass wir den Entwurf abgelehnt haben, der lediglich auf der Tagesordnung stand, damit die Linke ihre politischen Gegner in Italien angreifen konnte.

**Eija-Riitta Korhola (PPE)**, *schriftlich*. – (FI) Herr Präsident! Das Recht auf freie Meinungsäußerung und unabhängige Medien sind Eckpfeiler der Demokratie und müssen hoch geschätzt und geschützt werden. Wie viele andere hier auch mache ich mir Sorgen über die Entwicklungen, die wir in einigen Mitgliedstaaten, wie z. B. Italien und Ungarn, beobachtet haben. Wenn diese Entschließung sich mit Kommunikation und den damit zusammenhängenden Problemen in der gesamten EU befasst hätte, hätte ich sie ebenfalls voll und ganz unterstützt. Dieses Mal konnte ich das nicht tun. Ich unterstütze das von unserer Fraktion, der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), zum Ausdruck gebrachte Prinzip, dass die EU sich nicht in nationale Angelegenheiten einmischen sollte, für die sie keine gesetzliche Befugnis hat. Daher bin ich mit dem Ergebnis der Abstimmung über die Informationsfreiheit in Italien zufrieden und damit, dass alle neun Entschließungsanträge heute im Plenum abgelehnt wurden. Ich teile die Besorgnis meiner Fraktion, dass das Parlament mit seiner Forderung nach einer europaweiten Gesetzgebung für Medienpluralismus und Eigentümerschaft mehr zur Zerstörung der Pressefreiheit beitragen würde, als diese zu etablieren. Jeder Mitgliedstaat der EU hat seine eigenen Institutionen, um Lösungen für grundlegende Probleme zu finden, und auch dieses Problem Italiens muss auf nationaler Ebene gelöst werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir die Existenz dieses Problems ganz verleugnen sollten.

Ich habe, außer in einem Punkt, gemäß dem Standpunkt meiner Fraktion zum gemeinsamen Entschließungsantrag der Sozialisten, Liberalen und Grünen gestimmt. Der Änderungsantrag 10 unserer Fraktion schätzt das Problem der Informationsfreiheit in Italien geringer ein, lehnt es genau genommen ab,

daher konnte ich ihn nicht unterstützen. Die Logik hielt mich auch davon ab, den Entschließungsantrag unserer eigenen Fraktion zu unterstützen, da dieser ebenfalls dazu verlockte, sich mit einer Situation in nur einem Mitgliedstaat zu befassen und er versuchte, die Probleme durch das Finden eines Mittelwegs herunterzuspielen.

**Jean-Marie Le Pen (NI)**, *schriftlich* – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Leitet das Staatsoberhaupt in Italien bei Ausübung der geringsten Kritik gerichtliche Schritte ein und mischt sich persönlich in einen Gerichtsprozess ein, um einen politischen Gegner auszuschalten? Behandelt die machthabende Partei in Italien die geringste, nicht-kriecherische Information als „Gemeinheit“, als eine „noch nie dagewesene Kampagne der Gewalt“, als einen vorsätzlichen Versuch, dem Staatsoberhaupt „ein Bein zu stellen“? Wird die Presse in Italien kritisiert, wenn sie darüber berichtet, dass das Kind des Staatsoberhauptes von der Vetternwirtschaft profitiert? Haben die Machthaber nur in Italien spezielle Verbindungen zu den Managern der großen privaten Fernsehsender und ernennen die Chefs der öffentlichen Kanäle? Werden die für audiovisuelle Werbung geltenden Gesetze in Italien zugunsten unserer Freunde geändert?

Wird ein Minister in Italien zu einer großen Nachrichtensendung im Fernsehen eingeladen, um dort zu gestehen, dass er als Sextourist unterwegs war, ein strafbares Verbrechen, außer im Falle dieses Ministers? Nein! All dies geschieht in Frankreich! Es verwundert mich, dass die französischen Sozialisten, Kommunisten und Grünen hier im Plenarsaal nicht der Meinung sind, dass es sich lohnen würde, diese Aussprache dazu zu benutzen, die dubiosen Praktiken „Sarkozias“ anzuprangern!

**Petru Constantin Luhan (PPE)**, *schriftlich*. – Ich habe gegen die Entschließung über die Informationsfreiheit in Italien und in anderen Mitgliedstaaten der EU gestimmt, hauptsächlich aufgrund des Absatzes D, in dem die, einen Freedom House-Bericht zitierend, „kritische Situation in Rumänien und Bulgarien“ erwähnt wird. Ich habe diesen Bericht sorgfältig gelesen, insbesondere den Abschnitt, der sich mit meinem Land befasst und daher kann ich sagen, dass dieser Satz nicht stimmt. In dem zitierten Bericht heißt es, dass „die rumänische Verfassung die Pressefreiheit schützt und die Regierung diese Rechte zunehmend respektiert“.

Hinsichtlich des rumänischen Präsidenten, Herrn Traian Băsescu, heisst es in dem Bericht, dass „er die Medien nachgewiesenermaßen weniger stark kontrolliert und manipuliert, als seine Vorgänger dies getan haben“. Ein weiteres stichhaltiges Argument zum Nachweis unseres Rechts auf freie Meinungsäußerung ist, dass „Rumänien auf dem Gebiet der Hochgeschwindigkeits-Breitbandverbindungen als regional führend betrachtet wird“. Mittels des Internets können alle Journalisten ihre Meinung frei zum Ausdruck bringen und mit der Öffentlichkeit in Kontakt treten. Deshalb bin ich der Meinung, dass auf Rumänien und Bulgarien verwiesen wurde, ohne den gesamten Kontext in Betracht zu ziehen.

**David Martin (S&D)**, *schriftlich*. – Ich habe für die Entschließung gestimmt und unterstütze den Ruf nach der Verhinderung von Medienmonopolen in Europa. Die Informationsfreiheit ist eine sehr wichtige Angelegenheit und angesichts der Intensität der Gefühle und der knappen Abstimmung hoffe ich, dass wir auf diese Angelegenheit zurückkommen werden. Ich war enttäuscht, dass wir die abschließende Entschließung nicht verabschieden konnten, nachdem die Änderungsanträge abgelehnt worden waren.

**Willy Meyer (GUE/NGL)**, *schriftlich* – (ES) Ich habe gegen die von der Rechten vorgelegte Entschließung RC7 0088/2009 und für die vom Rest der Fraktionen im Haus vorgelegte, gemeinsame Entschließung RC7 0090/2009 gestimmt, da ich sowohl das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Informationsfreiheit als auch den Medienpluralismus verteidige, und da ich mir Sorgen über die Situation in Italien mache, wo es sowohl einen Interessenkonflikt zwischen den politischen, den wirtschaftlichen sowie den Machthabern der Medien, als auch eine, sowohl die öffentlichen als auch die privaten Medien betreffende, besorgniserregende Medienkonzentration gibt. Die Situation in Italien stellt einen ernsthaften Angriff auf den Medienpluralismus dar und diesbezüglich sind die Handlungen der rechtsgerichteten Regierung unter Führung von Herrn Berlusconi inakzeptabel. Ich bin der Auffassung, dass es richtig ist, diese regelwidrige Situation, die erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Europäische Union haben könnte, zu beheben und Schritte einzuleiten, um die Unabhängigkeit der öffentlichen Medienkanäle sicherzustellen und sie vor jeglicher Art der Einmischung durch die Regierung zu schützen. Ich wollte, dass meine Stimme mein Missfallen gegenüber den italienischen Behörden, die Druck auf europäische nationale Zeitungen ausüben oder diese einschüchtern, ganz klar zum Ausdruck bringt.

**Andreas Mölzer (NI)**, *schriftlich*. – Die heutigen Abstimmungen über die Entschließungsanträge beruhen auf einer Debatte, die an politischer Einseitigkeit kaum zu überbieten ist. Die Vereinigte Linke hat zum Angriff und zur Abrechnung mit Berlusconi geblasen. Dabei wird die zugegebenermaßen hohe Medienkonzentration

in Italien zu einer Bedrohung von Meinungsfreiheit und Demokratie hochstilisiert. Alles was nicht links ist, muss demnach offenbar bekämpft werden.

Im Gemeinsamen Entschließungsantrag der Grünen, Sozialdemokraten, Kommunisten und Liberalen wird darüber hinaus auch eine Kompetenz der EU zur Überwachung der Medienvielfalt, wie man das geschönt nennt, gefordert. Dies lehne ich vehement ab, da die Kompetenz hier ausschließlich bei den Mitgliedstaaten liegt. Gerade weil die Medien- und Meinungsfreiheit für die FPÖ und meine Person eines der höchsten Güter in der Demokratie sind, die es zu verteidigen gilt, musste ich mich gegen diese parteipolitischen Einmischungsversuche aussprechen und gegen den Gemeinsamen Entschließungsantrag der Linken stimmen.

**Rareș-Lucian Niculescu (PPE)**, *schriftlich* – (RO) Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist einer der Werte, die die Basis der Demokratie bilden. Die Institutionen der Europäischen Union müssen das Recht auf freie Meinungsäußerung durch ihre Handlungen schützen und diesbezüglich auch ein Quelle der Inspiration für den Rest der Welt sein. Das Europäische Parlament kann jedoch nicht als Schlichter oder Hebel bei politischen Auseinandersetzungen in den einzelnen Mitgliedstaaten fungieren, wie dies im Hinblick auf diese Entschließung und die Entschließung bezüglich der „Situation“ in Litauen der Fall ist, über die während der vorangegangenen Sitzung abgestimmt wurde. Angesichts dieser Betrachtungen habe ich gegen den Entschließungsantrag gestimmt.

**Franz Obermayr (NI)**, *schriftlich*. – Zweifellos bestehen erhebliche Defizite der Informationsfreiheit in Italien, zumal der italienische Ministerpräsident Berlusconi durch seine politische Position und sein zusätzliches Medienimperium den Großteil der Fernsehsender direkt oder indirekt in seinem Wirkungsbereich konzentriert. Dennoch liegt hier kein italienspezifisches Problem vor: So wurde etwa in Frankreich durch eine Verfassungsreform die Bestimmung geschaffen, derzufolge der Präsident der Republik den Vorsitzenden der öffentlichen Fernsehsender (Groupe France Télévision: France 2-5) ernannt, was innerhalb Frankreichs zu erheblichen Kontroversen geführt hat. (Darüber hinaus war der Vorstand des größten privaten Fernsehsenders TF1 Sarkozys Trauzeuge und steht daher mit diesem in einer sehr engen Nahebeziehung.) Der gegenständliche Fall könnte seitens der Europäischen Union daher mehr parteipolitisch motiviert und gegen Herrn Berlusconi gerichtet sein, als eine echte Auseinandersetzung mit der Freiheit der Medien und der Information. Aus diesem Grunde stimme ich gegen den vorliegenden Entschließungsantrag.

**Daciana Octavia Sârbu (S&D)**, *schriftlich* – (RO) Wenn ich bedenke, dass drei Mitgliedstaaten der Europäischen Union (inklusive Rumänien) von der Organisation Freedom House als „teilweise freie“ Medien aufweisend eingestuft wurden, bin ich der Auffassung, dass eine Intervention auf europäischer Ebene dringend notwendig ist, um sicherzustellen, dass eines der wichtigsten Prinzipien der Demokratie, nämlich die Medienfreiheit, respektiert wird.

Ich bin der Meinung, dass wir an die Kommission appellieren müssen, um den Medienpluralismus durch die Einführung allgemeingültiger Normen auf EU-Ebene sicherzustellen. Ich habe für die Entschließung der Europäischen Union gestimmt und möchte an dieser Stelle erneut die Notwendigkeit betonen, eine Richtlinie bezüglich der Informationsfreiheit zu verabschieden.

**Judith Sargentini (Verts/ALE)**, *schriftlich*. – Die Fraktion Grüne/EFA hat zusammen mit der S&D-Fraktion, ALDE und GUE einen Text vorgelegt. Bis zum letzten Moment haben all diese Fraktionen ihre Bereitschaft gezeigt, andere politische Fraktionen in diesem Haus, einschließlich Vorschlägen der EVP, mit ins Boot zu nehmen, um ihre Besorgnis über die Pressefreiheit in anderen Mitgliedstaaten zum Ausdruck zu bringen. Es hat sich gezeigt, dass diese Vorschläge keine ernstzunehmenden Versuche waren, einen Konsens zu finden. Der Preis, den wir für solch eine Vereinbarung zahlen mussten, war die Streichung aller Bezugnahmen auf Italien, sowie unseres Appells an die Kommission, eine Richtlinie über Medienkonzentration und -pluralismus in der EU zu verabschieden, Punkte, die das Wesentliche unserer Entschließung darstellen.

Die von der EVP vorgelegten Änderungsanträge zielten lediglich auf die Abschwächung des Textes ab und stellten einen Versuch dar, die Befürworter des Textes zu entzweien. Deshalb mussten die Grünen dagegen stimmen, obwohl wir im Laufe der Verhandlungen in einigen Punkten zu einer Übereinkunft hätten kommen können. Dies ist keine konstruktive Art und Weise der Zusammenarbeit seitens der EVP. Wir bedauern, dass die rechtsgerichteten Fraktionen es abermals abgelehnt haben, eine europäische Antwort auf ein europäisches Problem zu verlangen.

**Catherine Soullie (PPE)**, *schriftlich* – (FR) Pressefreiheit ist eine absolute Notwendigkeit. Eine demokratische, gesetzgebende Institution wie das Europäische Parlament darf diesen Vorteil nicht in Frage stellen. Der Schutz und die Verteidigung der Informationsfreiheit muss unter allen Umständen gewährleistet sein. Trotz alledem ist das Europäische Parlament nicht verpflichtet, als supranationaler Gerichtshof zu fungieren. Der Pluralismus



und die Freiheit aller Medien müssen in der Europäischen Union sichergestellt werden, es ist für uns als Abgeordnete jedoch nicht nötig, ein Urteil über ein Land und dessen Regierende bezüglich der Art des Verhältnisses zwischen der Presse und der politischen Welt zu fällen.

Eine Einmischung des Europäischen Parlaments auf diesem Gebiet ist inakzeptabel. Welches Recht haben wir, auf irgendeine Art und Weise zur Lage der italienischen Medien Stellung zu nehmen? Hierbei handelt es sich um eine interne politische Angelegenheit eines Mitgliedstaates, eine Angelegenheit, die innerhalb der Grenzen des betroffenen Staates besprochen und gelöst werden muss. Die Ablehnung des Änderungsantrages, der auf die Änderung der Benennung dieser Entschließung abzielte, um sie gemeinschaftlicher orientiert erscheinen zu lassen, zeigt den zielorientierten und rein politischen Charakter dieser Diskussion. Wir müssen darauf achten, unsere Versammlung nicht in ein Gericht zu verwandeln.

**Georgios Toussas (GUE/NGL), schriftlich – (EL)** Wir haben uns geweigert an der Schlussabstimmung über einen Entschließungsantrag teilzunehmen, die unter dem Vorwand Berlusconi in den italienischen Medien zu kontrollieren die allgemeineren Interessen der Plutokratie vorantreibt, um die Medien auf nationaler und europäischer Ebene zu konzentrieren. Sie verlangt nach der Annahme von Richtlinien, die in Wirklichkeit das Recht auf Information und die freie Meinungsäußerung im Hinblick auf Binnenmarkt- und Wettbewerbsangelegenheiten verändern werden, indem sie die Informationsmanipulationen großer Unternehmen durchsetzen und öffentliche Dienstleistungen an die Kriterien des privaten Sektors und die Regeln des freien Marktes anpassen. Die Mitte-Rechts und Mitte-Links-Befürworter der europäischen Einbahnstraße empfehlen eine vollständige Intervention der EU bei den internen Angelegenheiten der EU der Mitgliedstaaten und sind begierig darauf, unterstützen die Oberherrschaft großer Unternehmen auf dem Gebiet der Informationsverbreitung und drängen, mit widerwärtigen Konfrontationen und verdeckten Absichten, um festzustellen, wer die Gunst der Plutokratie erlangt, um deren Interessen am besten nachzukommen. Die großen Medienunternehmen versuchen auf geschmacklose Art und Weise das Gewissen der Arbeitnehmer zu manipulieren, um ihnen die Anti-Basispolitik des Kapitals aufzuzwingen, die von den Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Regierungen angewandt wird. Die Bürgerinnen und Bürger lassen sich von den Hahnenkämpfen im Europäischen Parlament und den Anstrengungen, es auf die Ebene des Zensors zu erheben, der darüber hinaus die grundlegende Unterstützung für die Interessen des Kapitals darstellt, nicht täuschen.

**Kyriacos Triantaphyllides (GUE/NGL), schriftlich – (EL)** Wir unterstützen den gemeinsamen Entschließungsantrag, möchten jedoch nicht mit Referenzen zu einem Vorschlag für eine Richtlinie der Kommission über die Konzentration in den Medien und den Schutz des Pluralismus in Verbindung gebracht werden, da wir der Meinung sind, dass im Hinblick auf eine derart ernsthafte und notwendige Angelegenheit die Mitgliedstaaten zuständig sein sollten.

**Derek Vaughan (S&D), schriftlich.** – Ich bin der Auffassung, dass ich meine Unterstützung für die Medienfreiheit in Italien, aufgrund der Tatsache, dass ich für die von S&D, ALDE, den Grünen und GUE gemeinsam vorgelegte Entschließung gestimmt habe, zum Ausdruck gebracht habe. Als gewählter Vertreter halte ich es für meine Aufgabe, Bewegungen zu unterstützen, die darauf abzielen, eine zu stark kontrollierende Medienpräsenz nicht nur in Italien, sondern in allen Mitgliedstaaten der EU zu unterbinden. Ich denke, dass eine Monopolisierung der Medien gefährlich ist und bin der Meinung, dass es nötig ist, auf mehr Freiheiten für die Medien in Europa zu drängen. Die Bürgerinnen und Bürger Europas sollten keinerlei Medienzensur oder selektiver Berichterstattung ausgesetzt sein.

**Iva Zanicchi (PPE), schriftlich – (IT)** Herr Präsident! Vor etwas mehr als einem Jahr nahm ich zum ersten Mal auf diesen Bänken Platz, und ich war äußerst gerührt, da ich großen Respekt vor den europäischen Institutionen und insbesondere vor diesem Parlament habe. Ich bedaure zutiefst, dass dieses Haus dadurch geschwächt wird, dass es gezwungen ist, Zeit für zielgerichtete Angriffe durch politische Parteien zu verschwenden, die es für deren eigene nationale und regionale Interessen nutzen und missbrauchen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es sind genau jene Vorkommnisse, die auf der untersten, provinziellen Ebene in Italien stattfinden, die die Presse- und Informationsfreiheit am besten aufzeigen: Denken Sie an all die Lokalzeitungen, die Zeitungen in großen und kleinen Städten, die die Leute jeden Tag lesen um zu sehen, worüber gesprochen wird! Denken Sie an Zeitungen wie *La Repubblica* und an die gesamte linksgerichtete Presse. Das Europäische Parlament hat es heute wieder einmal versäumt, eine ernsthafte Aussprache über die Freiheit der Medien in Europa in Angriff zu nehmen, die von jenen als Geisel gehalten wird, die dieses Haus dazu nutzen, um den italienischen Premierminister anzugreifen.

### - Entschließungsantrag: RC-B7-0090/2009

**Françoise Castex (S&D)**, *schriftlich* – (FR) Ich habe für diese Entschließung gestimmt, die die sich verschlechternde Situation der Presse in Europa und insbesondere in Italien anprangert und somit nach einer Gesetzgebung für Medienfusionen verlangt. Deshalb finde ich es absolut skandalös, dass die europäische Rechte - darunter auch Abgeordnete der UMP - sich gegen den Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung ausgesprochen hat und somit den Standpunkt der extremen Rechten und europhober Abgeordneter vertritt. Durch diese Abstimmung hat die europäische Rechte gezeigt, dass ihre Reflexhandlung in der Inschutznahme des italienischen Premierministers Silvio Berlusconi lag, einem Mitglied der PPE und Kopf eines für eine politische Persönlichkeit beispiellosen Medienimperiums. Herr Berlusconi bedroht regelmäßig Journalisten und gewählte Abgeordnete, die sich gegen seine Handlungen aussprechen. Es ist keine Einmischung zu sagen, dass die Tatsache, dass das Oberhaupt der italienischen Regierung die transalpinen Medien kontrolliert, eine Beleidigung für die Freiheit der europäischen Presse ist. Die italienische Demokratie verdient sicherlich Respekt, wie alle EU-Demokratien. Ihr Vertreter hat sich dessen jedoch heute nicht würdig gezeigt. Im Namen unseres Respekts vor den italienischen Bürgern, sind wir heute dazu verpflichtet, ihn zu zensieren.

**Nessa Childers (S&D)**, *schriftlich*. – Aufgrund meiner großen Besorgnis über die Konzentration der Medieneigentümerschaft in Italien und in ganz Europa habe ich für diesen gemeinsamen Antrag gestimmt. Bei uns in Irland entwickelt sich eine ähnliche Situation, und ich hoffe, dass das Europäische Parlament dieser Angelegenheit erneut nachgehen wird. Diese Fragen müssen vollständig geklärt werden, und das Parlament sollte bezüglich dieser Entwicklungen und Trends im Hinblick auf die Medieneigentümerschaft in Irland und in der gesamten EU Beobachtungsnotizen machen. Ich möchte des Weiteren meine Enttäuschung zum Ausdruck bringen, dass Abgeordnete von Fianna Fáil gegen diesen maßvollen Antrag bezüglich der Medieneigentümerschaft in Italien gestimmt haben.

**Alan Kelly (S&D)**, *schriftlich*. – Die Angelegenheit, über die abgestimmt wurde, beschäftigt sich mit der Regulierung der Medieneigentümerschaft. Viele Leute beziehen sich auf das Demokratiedefizit der EU, jedoch stellen die Medienmogule weltweit, aufgrund der Konzentration der Medieneigentümerschaft in ganz Europa, die größte Bedrohung für eine wirkliche Demokratie dar. Wenn Sie der Ansicht sind, dass Eigentümer ihre Zeitungen nicht beeinflussen, dann sollten Sie nochmal genauer nachdenken. Rupert Murdoch besitzt weltweit nahezu 200 Nachrichtenstationen. Nur ein geringer Anteil davon war gegen den Krieg im Irak. Demokratie ist darauf angewiesen, dass die Leute informiert werden. Eine Konzentration der Medieneigentümerschaft bedeutet, dass die Verbesserung der Geschäftsinteressen einer elitären Minderheit als unabhängiges Editieren getarnt werden kann. Die Bürgerinnen und Bürger müssen im Hinblick auf die Nachrichtenverbreitung immer wählen können. In Irland haben wir unsere eigenen Probleme im Hinblick auf die Medieneigentümerschaft, die wir regulieren müssen. Dieses Haus muss die Redefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung in den Medien unterstützen. Es ist zu bedauern, dass Kollegen der Rechten anderer Meinung sind.

**Catherine Soullie (PPE)**, *schriftlich* – (FR) Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) ist nach der Abstimmung über die gemeinsame Entschließung bezüglich der Informationsfreiheit in Italien und der Europäischen Union als Ganzes sehr zufrieden. Es war unsere Aufgabe, die Rolle des Europäischen Parlaments klar zu definieren: Wir sind eine gesetzgebende Versammlung und kein Tribunal für die internen Angelegenheiten der Mitgliedstaaten. Es wäre nicht angebracht gewesen, wenn dieser getarnte persönliche Angriff vom Parlament unterstützt worden wäre. Ich bin mit dem Ergebnis der Abstimmung sehr zufrieden. Obwohl es sehr knapp war, etabliert es den Wert des Subsidiaritätsprinzips innerhalb der Europäischen Union und ihrer Institutionen neu.

## 5. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird von 13.05 Uhr bis 15.00 Uhr unterbrochen.)

**VORSITZ: Libor ROUČEK**

*Vizepräsident*

## 6. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

## 7. Begrüßung

**Der Präsident.** – Ich freue mich Ihnen mitteilen zu können, dass die Delegation des Parlaments der Republik Südafrika ihre Sitze auf der Ehrentribüne eingenommen hat. Ich möchte die südafrikanische Delegation herzlich willkommen heißen. Sie ist heute hier, um am 14. interparlamentarischen Treffen zwischen dem Europäischen und dem südafrikanischen Parlament teilzunehmen. Die Leiterin der afrikanischen Delegation, Frau Joanmariae Louise Fubbs, Vorsitzende des Handels- und Industriausschusses der Nationalversammlung der Republik Südafrika wird durch den Vorsitzenden des Ausschusses für internationale Beziehungen und fünf weitere Kollegen des südafrikanischen Parlaments begleitet.

Wie Sie wissen, teilen Europa und Afrika die gleichen Werte im Hinblick auf Demokratie, Menschenrechte und multilaterale Zusammenarbeit. Die Republik Südafrika ist nicht nur eine regionale, sondern auch eine aufstrebende globale Macht und ein wertvoller Partner, der uns dabei unterstützen wird, den Herausforderungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu begegnen. Wir glauben fest daran, dass wir unseren Dialog vertiefen und eine immer engere Beziehung sowie Zusammenarbeit entwickeln müssen. Unsere beiden Regionen sollten gemeinsam handeln. Und zwar nicht nur im Hinblick auf gemeinsame Anstrengungen beim Auffinden von Wegen aus der aktuellen Krise, sondern auch bei der Errichtung einer neuen globalen Ordnung, die für uns alle von lang anhaltendem Nutzen sein wird. Noch einmal heiße ich Sie, Frau Joanmariae Louise Fubbs und die geschätzten Kolleginnen und Kollegen des südafrikanischen Parlaments, herzlich willkommen.

## 8. Die institutionellen Aspekte der Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes - Errichtung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes: der Stand der Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten (Aussprache)

**Der Präsident.** – Der nächste Punkt ist die gemeinsame Aussprache zum Bericht von Elmar Brok zu den institutionellen Aspekten der Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (2009/2133(INI) – (A7-0041/2009)) und zu den Erklärungen des Rates und der Kommission zur Errichtung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes.

**Elmar Brok, Berichterstatter.** – Herr Präsident, Frau Ratspräsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir nähern uns dem Zeitpunkt der endgültigen Ratifizierung des Vertrags von Lissabon und stellen derzeit Überlegungen an, wie dieser Vertrag implementiert werden

soll. Wir wissen alle, dass Verfassungswirklichkeit hergestellt werden muss, die ebenso wichtig ist wie das geschriebene Wort einer Verfassung oder eines Primärrechts wie des Vertrags.

Deswegen möchte ich noch einmal an die Absicht erinnern, denn das, was wir jetzt über den Auswärtigen Dienst, den Hohen Beauftragten und Vizepräsidenten der Kommission diskutieren, ist ja ein Ergebnis des Verfassungskonvents, das von der Regierungskonferenz für den Vertrag von Lissabon übernommen wurde.

Die Absicht war, mehr Effizienz für die Europäische Union zu erreichen, indem wir uns der Situation nähern, dass Europa mit einer Stimme in dieser Welt spricht. Dafür brauchen wir diesen neuen Typ des Hohen Beauftragten und Vizepräsidenten, der auch einen vernünftigen Dienst haben muss, damit er dieser Aufgabe gerecht wird.

Das zweite Prinzip des Verfassungskonvents war Transparenz, und das Dritte war Demokratie. Das waren die drei Ausgangspunkte, und es war der parlamentarischen Mehrheit des Verfassungskonvents, zu der insbesondere auch die nationalen Parlamentarier gehören, eindeutig klar, dass die Europäische Union überall dort besser ist, wo sie nach der Gemeinschaftsmethode arbeitet, und überall dort relativ schlecht ist, wo sie nach der intergouvernementalen Methode arbeitet.

Entsprechend dem Geiste dieser Vorbereitung darf die Umsetzung der Texte nicht dahingehen, dass dies zu einer Verstärkung des Intergouvernementalen führt, so dass die Gemeinschaftsmethode, die demokratisch kontrollierbar, erfolgreicher und transparenter ist, zurückgedrängt wird.

Deshalb kann ich manchmal nicht verstehen, dass man von Seiten der Mitgliedstaaten in erster Linie an Organigrammen interessiert ist, aber nicht daran, wie diese Prinzipien verwirklicht werden. Wir sind der Auffassung, dass wir keine neue Bürokratie in der Mitte zwischen Rat und Kommission haben wollen, die mit 6 000 bis 8 000 Leuten auf Dauer ein Eigenleben führt und zu einem Königreich wird, das nicht kontrollierbar ist.

Gehen wir davon aus, dass dieser Dienst der Kommission als Administration zugeordnet wird, erkennen wir an, dass dieser einen *Sui Generis*-Charakter haben muss. Es kann nicht eine normale Kommissionsdienststelle sein, weil wir im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik eine geteilte Zuständigkeit zwischen der Gemeinschafts- und der Ratszuständigkeit haben. Deswegen muss dafür Sorge getragen werden, dass der Rat die Absicherung hat, dass in vernünftiger Weise die Rechte des Rates zum Ausdruck kommen und loyal gearbeitet wird.

Es muss deutlich sein, dass die nationalen Experten in der Kommission in anderer Weise, als dies bisher der Fall war, behandelt werden, nämlich gleichberechtigt. Es muss klar sein, dass die Scrutingsrechte des Parlaments und die Haushaltsrechte des Parlaments in keiner Weise geschmälert, sondern eher gestärkt werden.

Dabei möchte ich an diesem Punkt der Debatte die Kommission daran erinnern, dass wir nicht nur das Konsultationsrecht haben, sondern dass wir Parlamentarier erzwungen haben, dass es das *consent* der Kommission gibt. Und wir werden bei den Hearings die Kommission und den Hohen Beauftragten nicht herauslassen. Wir müssen sehen, dass bei Veränderungen, die mit *staff regulations* und *financial regulations* zu tun haben, das Europäische Parlament das Mitentscheidungsrecht hat, wie im Übrigen auch beim Haushaltsverfahren. Ich möchte deswegen die beiden Institutionen einladen, in ihren Erklärungen jetzt zu erklären, in welcher Weise die Prinzipien Effizienz, Transparenz und Demokratie miteinander verbunden werden können. Aus den bisherigen Dokumenten der COREPER, die ich einsehen konnte, ist mir dies nicht deutlich geworden.

(Beifall)

**Cecilia Malmström**, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Brok, Damen und Herren Abgeordnete, ich weiß, dass die Entwicklung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes für Sie hier in diesem Parlament eine Frage von beträchtlicher Bedeutung ist. Mit großem Interesse und starker Beteiligung habe ich den durch Herrn Brok eingereichten und am Montag im Ausschuss für konstitutionelle Fragen angenommenen Bericht gelesen. Selbstverständlich stimmt die Ratspräsidentschaft mit dem, was Herr Brok in seinem Bericht über den Auswärtigen Dienst darlegt, vollumfänglich überein. Dies ist in der Tat der Schlüssel für unsere gemeinsame Arbeit, um die europäische Außenpolitik zu einem aktiven und geschlossenen Instrument für eine bessere weltweite Sichtbarkeit der europäischen Politik zu machen.

Zweck ist die Überbrückung der Kluft, die zwischen der Arbeit der Kommission und des Rates bestanden hat, sodass die Unionspolitiken nunmehr in die gleiche Richtung gehen. Dies ist notwendig, um so effektiv wie möglich zu sein. Daher ist es erforderlich, dass wir dem Auswärtigen Dienst den bestmöglichen Start geben. Im Vertrag von Lissabon ist dies eine der größten und wichtigsten Herausforderungen. Es gibt viele Puzzleteile, die zusammenpassen müssen, und im Rat sind daher umfassende Vorbereitungen im Gange.

Die Zielsetzung für den Europäischen Rat besteht darin, sich über einen Bericht zu verständigen. Ein Bericht, den der oder die Hohe Vertreter(in) nach seiner oder ihrer Ernennung imstande sein wird, als Ausgangspunkt zu nutzen, wenn er oder sie einen Vorschlag für den Auswärtigen Dienst einreicht. Natürlich wird das Europäische Parlament während dieser Arbeit durch den Hohen Vertreter zur Vorlage des Vorschlags konsultiert werden. Bis zu dieser Zeit wird der Ratsvorsitz einen regelmäßigen Dialog mit dem Europäischen Parlament sicherstellen. Diesen Dialog hatten wir bis zu diesem Punkt und wir werden damit weiterhin fortfahren. Für das Europäische Parlament, den Rat und die Kommission ist es wichtig, einen regelmäßigen Kontakt zu diesen Fragen zu haben, und zwar nicht nur zwischen den Beamten, sondern auch auf politischer Ebene.

Unmittelbar nach dem irischen Referendum - über dessen positiven Ausgang wir sehr zufrieden sind - haben die Mitgliedstaaten und die Kommission damit begonnen, sehr intensiv an der Vorbereitung des Europäischen Auswärtigen Dienstes zu arbeiten. Diese Arbeit schreitet voran, und ich bin absolut sicher, dass wir in der Lage sein werden, in der kommenden Woche vor dem Europäischen Rat eine Reihe brauchbarer Ideen im Hinblick auf den künftigen Hohen Vertreter zu präsentieren. Da die Vorlage des abschließenden Vorschlags Aufgabe des Hohen Vertreters ist, wird er oder sie natürlich so schnell wie möglich nach seiner oder ihrer Ernennung in die Arbeit einbezogen werden. Dies ist sehr wichtig, um ihm oder ihr zu ermöglichen, einen Beitrag zum Vorschlag zu leisten.

Der Ratsvorsitz wird eine Vereinbarung zu den fünf Elemente umfassenden Grundsätzen vorlegen - und zwar der Aktivitätsradius des Auswärtigen Dienstes, seine rechtliche Stellung, sein Personal, die Finanzierung und die EU-Delegationen. Wir haben dies noch nicht abgeschlossen und es finden immer noch Diskussionen statt. Aber ich werde Ihnen eine Idee davon geben, wie weit wir bislang fortgeschritten sind. Hierzu scheint

es eine hohes Maß an Übereinstimmung zwischen dem Rat und der Kommission und wie ich hoffe eventuell auch mit dem Europäischen Parlament zu geben.

Im Hinblick auf den Aktionsradius des Europäischen Auswärtigen Dienstes ist klar, dass wir geografische und thematische „Ressortfunktionen“ mit kollektiver Verantwortung für die Aufgaben installieren sollten, die aktuell durch die Kommission und das Generalsekretariat des Rates behandelt werden. Die Kommission wird weiterhin die Hauptverantwortung für Fragen im Zusammenhang mit Handel, Hilfen und Erweiterung haben, obgleich noch festgelegt werden muss, wo genau die Trennlinie zwischen der Kommission und dem Auswärtigen Dienst im Hinblick auf Hilfen verlaufen soll.

Die Mitgliedstaaten und die Kommission stimmen dem ferner zu, dass der rechtliche Status des Auswärtigen Dienstes die einzigartige Rolle, die er innerhalb des EU-Systems hat, reflektieren und unterstützen sollte. Über welche rechtliche Lösung auch immer entschieden werden wird, sie muss die Grundsätze einer guten Verwaltungspraxis und die Aussicht auf Rechenschaftspflicht erfüllen.

Die Mitarbeiter werden von der Kommission, dem Generalsekretariat des Rates und den Mitgliedstaaten rekrutiert werden. Dies ist im Vertrag von Lissabon klar niedergelegt. Alle diese Mitarbeiterkategorien sind dazu berechtigt, ihr Amt zu den gleichen Bedingungen anzutreten. Die EU-Delegationen werden, sobald der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, unter die Zuständigkeit des Hohen Vertreters gestellt werden.

Eine wichtige Frage beim Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes ist der Kontakt mit dem Europäischen Parlament. Sobald der Hohe Vertreter ernannt ist, wird er oder sie das Europäische Parlament regelmäßig zu den grundlegenden Wegen und wichtigen Richtungsentscheidungen sowohl innerhalb der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als auch der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik konsultieren. Ich bin sicher, dass der enge Austausch mit dem Europäischen Parlament auf der Ebene der Funktionsträger gleichfalls gefördert werden wird. Der Europäische Auswärtige Dienst sollte daher eine Einrichtung haben, die für den Kontakt mit dem Parlament zuständig ist.

Dies ist ungefähr der Stand, bis zu dem wir in den Diskussionen gekommen sind. Da wir unsere Gespräche noch nicht beendet haben, kann ich nicht weiter ins Detail gehen. Aber wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um das Parlament über den zwischenzeitlichen Fortschritt informiert zu halten. Natürlich ist der Hohe Vertreter bislang nicht ernannt worden, demnach sind diese Ideen soweit nur Ideen. Das ist alles. Letztlich wird es der Hohe Vertreter sein, der den Vorschlag in Übereinstimmung mit den Vertragsbestimmungen vorlegt.

Damit möchte ich Ihnen für die Gelegenheit danken, mich hier äußern zu dürfen und freue mich auf eine konstruktive Debatte. Während dieser werde ich den Ansichten des Parlaments natürlich sehr genau folgen und jegliche Fragen, die Sie eventuell haben, bestmöglich beantworten.

**Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident, wir sind wie ich hoffe auf der letzten Verfahrensetappe der Inkraftsetzung des Vertrages von Lissabon. Nach dem entscheidenden Ergebnis des irischen Referendums hoffen wir alle, dass die tschechische Ratifizierung endlich in Kürze folgen kann. Wenn wir dies am 20. Jahrestag der Wiedervereinigung Europas erreichen, wird dies ein großer Tag für Europa und seine Bürger sein. - Nicht zuletzt, weil wir imstande sein werden, unsere gesamte Aufmerksamkeit auf die vor uns liegenden, drängenden Herausforderungen und politischen Belange zu richten.

Da wir die Schlussetappe erreichen, gestatten Sie mir, dem Parlament und insbesondere dem Ausschuss für konstitutionelle Fragen mit Elmar Brok als Berichterstatter dafür zu gratulieren, dass er seine Ansicht zum wichtigsten Element des Lissabon-Vertrages, dem Europäischen Auswärtigen Dienst, vermittelt hat. Die Schaffung des EAD bietet der Europäischen Union und allen ihren Teilinstitutionen die Chance, das zu erreichen, worauf wir lange gehofft hatten: Mit einer gemeinsamen Stimme in der Welt zu sprechen und den Einfluss der EU in der Welt zu stärken.

Der Bericht von Herrn Brok erkennt dieses große Potenzial. Zusammen mit dieser wichtigen Debatte und vielen anderen Konsultationen mit Parlamentsvertretern wird er in den kommenden Monaten einen entscheidenden Beitrag zu unserer Arbeit mit dem schwedischen Ratsvorsitz, aber auch mit den Mitgliedstaaten und dem Generalsekretariat des Rates leisten. Ich freue mich zu bestätigen, dass die Kommission den Gesamtansatz des Parlaments stark unterstützt. Ich stimme den soeben Ihrerseits erwähnten Grundsätzen von Transparenz, Demokratie und Kohärenz zu. Eine Zusammenarbeit aller Institutionen ist offensichtlich entscheidend, um den neu ernannten Hohen Vertreter/Vizepräsidenten in seiner oder ihrer Aufgabe zu unterstützen, die Entscheidung zur Bildung der EAD vorzubereiten. Eine Entscheidung die, wie Sie wissen, die Zustimmung der Kommission und die Konsultation des Parlaments erfordert.

Lassen Sie mich zuerst den Status des EAD erwähnen. Er wird in der Tat *sui generis* sein, da es kein Modell gibt, dem man folgen könnte. Wir bauen etwas Neues auf. Er wird weder zwischenstaatlich sein noch auf der reinen Gemeinschaftsmethode basieren. Wir müssen jedoch sicherstellen, dass das neue System einen wirklich europäischen Ansatz hat, das - wie nochmals erwähnt wurde - durch die Stärke der Gemeinschaftspolitik inspiriert wird und darin wurzelt. Die Schüsselfrage für uns alle ist, was der EAD imstande sein sollte zu vermitteln. Dies sollte unsere Zielsetzung sein. Indem wir die verschiedenen Akteure im Bereich der Außenbeziehungen zusammenbringen, können wir sicherstellen, dass unser Außenverhältnis klar und kohärent ist und durch eine einheitliche Menge politischer Ziele gesteuert wird. Er muss als das Kernstück der EU-Außenpolitik, als der Ort, an dem Politik entwickelt und koordiniert wird, angesehen werden. Als solcher muss er sowohl von innen heraus als auch von außerhalb der Europäischen Union betrachtet werden. Der EAD wird auch nur dann in seiner Arbeit wirksam sein, wenn er gut mit anderen Institutionen zusammenarbeitet und vollumfänglich das interinstitutionelle Gleichgewicht respektiert.

Daher halte ich es für sehr wesentlich, den EAD in einer Weise aufzubauen, die ihm eine enge Zusammenarbeit mit der Kommission und dem Rat gestattet und das Erfordernis einer umfassenden Verantwortung gegenüber dem Europäischen Parlament achtet. Für das Parlament wird die Zusammenführung von Verantwortlichkeiten außenpolitischer Handlungen in einen einzigen Dienst wie ich denke eine grundlegende Veränderung bei der Fähigkeit des Parlaments bedeuten, seine Überwachungsfunktion für die Unionspolitik zu erfüllen. Analog zum Dienst selbst wird die Art, in der das Parlament sich mit dem Dienst und dem Hohen Vertreter/Vizepräsidenten identifiziert, gleichfalls in gewisser Hinsicht *sui generis* sein müssen.

Die Bildung des EAD wird eine Vielzahl von Entscheidungen erfordern. Möglicherweise unter Einschluss von Änderungen im Hinblick auf die Finanzregulierung und die Mitarbeiterregelungen, von denen beide einen Kommissionsvorschlag und die Annahme über die Mitentscheidung verlangen.

Der Hohe Vertreter/Vizepräsident braucht die Autorität für die Leitung des Dienstes, aber der Dienst muss auch ganz klar der EU insgesamt dienen - sowohl dem Präsidenten der Europäischen Kommission und dem Präsidenten des Europäischen Rates als auch den anderen Kommissaren mit Funktionen in den Außenbeziehungen. Er muss in der Lage sein, dem Europäischen Parlament und seinen offiziellen, ins Ausland reisenden Delegationen sowohl in Brüssel als auch in Drittländern seine Unterstützung anzubieten.

Eine seiner wichtigsten Neuerungen ist die enge Einbeziehung der Mitgliedstaaten in den neuen Dienst. Die COREPER-Botschafter prüfen die bestmögliche Sicherstellung, dass die qualitativ hochwertige Mitgliedstaatendiplomatie frühzeitig in den Dienst eingebracht werden kann. Wir in der Kommission prüfen derzeit, wie das bis zur Änderung der Mitarbeiterregelungen getan werden könnte. Ferner sollte die Ernennung zum Dienst über Auswahlverfahren erfolgen, die auf Verdiensten beruhen, und zwar unter angemessener Berücksichtigung der notwendigen geografischen und geschlechterspezifischen Ausgewogenheit. Dies entspricht besonders den in diesem Bericht zum Ausdruck gebrachten Wünschen.

Wir glauben auch, dass alle Angehörigen des EAD die gleichen Rechte haben sollten, ob Beamte der EU-Institutionen oder Beamte von Mitgliedstaaten auf der Basis von Zeitverträgen. Sie werden in jedem Sinne gleich sein.

Was den Geltungsbereich des Dienstes anbelangt, so muss er einen umfassenden Überblick über die Beziehungen der Union mit dem Rest der Welt haben. Demnach braucht er sowohl geografische Ressorts als auch horizontale Dienste, um Fragen wie die GASP Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die GSVP Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Menschenrechte und die Beziehungen mit den UN-Gremien zu behandeln. Das Ziel ist die Vermeidung von Duplizierungen und die Sicherstellung dessen, dass all jene effektiv zusammenarbeiten, die für die Vermittlung der EU-Außenpolitik verantwortlich sind. Natürlich wird er auch weiterhin externe Aspekte wichtiger interner Politikbereiche der Union vorantreiben. Eine zentrale Frage in der gegenwärtigen Debatte ist ferner, wie die Programmgestaltung externer Hilfen zu bewältigen sein wird.

Ich kann dem Parlament versichern, dass die EU-Entwicklungspolitik einschließlich der Armutsbeseitigung ein zentraler Teil der Außentätigkeit der Kommission sein wird. Der Hohe Vertreter/Vizepräsident und der Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe werden hierzu sehr eng zusammenarbeiten. Ferner wird die Tatsache helfen, dass der neue Hohe Vertreter auch ein Vizepräsident der Kommission und verantwortlich für die Koordinierung der gesamten außenpolitischen Handlungen der EU sein wird. Gleichfalls wird der Dienst für die Verwaltung der Delegationen zuständig sein, obwohl die Menschen in den Delegationen wie aktuell von verschiedenen Diensten kommen werden - nicht nur vom EAD, sondern auch von den Kommissionsdiensten und eventuell weiteren Institutionen und Körperschaften der Europäischen Union.

Mit Inkrafttreten des Vertrages werden die Kommissionsdelegationen zu EU-Delegationen werden. Dies wird ihnen neue Verantwortlichkeiten übertragen, aber nicht zu einer Verringerung ihrer Rolle bei der Vertretung der ganzen Bandbreite von Kommissionsaktivitäten führen. Mit dem Tag des Inkrafttretens des Vertrages sollten die EU-Delegationen für die Vertretung, Koordinierung und Verhandlung verantwortlich sein. An den meisten Stellen wird dieses Verfahren relativ reibungslos verlaufen. An einigen Stellen mit besonders großem Arbeitsaufkommen jedoch wird eine Organisationsform der Lastenteilung nicht nur mit der rotierenden Ratspräsidentschaft, sondern auch mit weiteren Mitgliedstaaten erforderlich sein.

Die Bildung eines vollkommen neuen Auswärtigen Dienstes ist ein wichtiges Unterfangen. Wie Ihr Bericht sagt, wird er sich mit der Zeit entwickeln. Wir werden gemeinsam lernen. Unser vorrangiges Ziel muss sein, dass während der Zeit zwischen dem Inkrafttreten des Vertrages und der Entstehung des EAD die wirksame Vermittlung der EU-Außenpolitik gewahrt bleibt. Wir und das Generalsekretariat des Rates werden mit dem Hohen Vertreter/Vizepräsidenten zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass es keine Lücke gibt. Aber wir müssen weiter schauen. Wir werden Beamte und Diplomaten der verschiedenen Institutionen und aller Mitgliedstaaten zusammenbringen. Eine gemeinsame Außenpolitik ist, wie wir wissen, nicht nur die Summe von 27 Nationalpolitiken. Wir brauchen Menschen innerhalb des EAD, die europäisch denken, ohne dabei ihre charakteristischen nationalen Bindungen zu verlieren. Daher müssen wir eine diplomatische EU-Kultur entwickeln und einen EU-*esprit de corps*. Hierfür sind Schulungen erforderlich.

Der Bericht wirft die vielversprechende Idee der Schaffung einer europäischen diplomatischen Akademie auf. In der Zwischenzeit können wir gut die diplomatischen Akademien der Mitgliedstaaten nutzen. Vor kurzem habe ich am 10. Jahrestag des europäischen diplomatischen Programms teilgenommen, welches den Weg vorweggenommen und aufgezeigt hat. Es ist bemerkenswert, dass die Kommission seit 1970 bereits Schulungsseminare für mehr als 5 700 Diplomaten durchgeführt hat. Eine der Aufgaben des EAD wird die Begründung einer Schulungsstrategie sein, um zu gewährleisten, dass alle Mitglieder unabhängig von ihrem beruflichen Hintergrund für ihre Aufgabenerfüllung gerüstet sein werden. Insbesondere werden die Delegationsleiter nicht nur in der Lage sein müssen, ihre politische Rolle auszuüben. Sondern sie müssen auch alle Kommissionsaktivitäten erledigen, die einen derart substantiellen Teil eines Delegationsmandats ausmachen.

Der Bericht von Herrn Brok wirft auch die Frage auf, ob konsularische Dienste durch den EAD abgedeckt werden könnten. Die Kommission ist dieser Idee sogar dann gegenüber aufgeschlossen, wenn ihre Entwicklung einige Zeit in Anspruch nehmen sollte. Dies sind Zukunftsfragen. Für die Gegenwart stellt für uns die Gewährleistung dessen eine Herausforderung dar, dass die EAD gut und im Interesse aller arbeitet: Des europäischen Bürgers, der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union. Die Kommission unterstützt die Bildung des EAD und wünscht seinen Erfolg. Sie wird auf jede mögliche Weise zur Sicherstellung dessen, dass ihm dies gelingt, beitragen. Dieser Bericht zeigt auf, dass das Parlament das gleiche tun wird.

Ich entschuldige mich dafür, etwas zu lange gesprochen zu haben - aber ich denke, dies ist eine sehr wichtige Angelegenheit. Bitte verzeihen Sie mir, Herr Präsident.

**Der Präsident.** – Frau Kommissarin, natürlich verzeihe ich Ihnen, da ich Ihnen vollumfänglich zustimme. Es ist ein sehr wichtiges Thema.

**Alojz Peterle, im Namen der PPE-Fraktion.** – (SL) Frau Ratspräsidentin, Herr Kommissar, ehemalige Kollegen des Europäischen Konvents, meine Damen und Herren, ich möchte dem Berichterstatte Herrn Elmar Brok dafür danken, die Position des Europäischen Parlaments zu Fragen in Verbindung mit der Bildung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes klar definiert zu haben.

Die Schaffung eines solchen Dienstes ist eine logische und notwendige Konsequenz der Entscheidung, zwei außenpolitische Funktionen in einer zu verbinden, und sie ist entscheidend für die Entwicklung der außenpolitischen Identität der Europäischen Union. Integrierte Diplomatie wird Vereinfachung, eine einheitlichere und effizientere Handlungsweise und auch eine größere Sichtbarkeit und Erkennbarkeit bedeuten.

Die Frage, wie dieser Gemeinschaftsdienst zu installieren sein wird, ist nicht nur eine rein technische. Sie wird auch die Umsetzung der politischen Absicht beeinflussen, die die Europäische Union zu erzielen wünscht, indem sie die Aufgaben des Hohen Vertreters und Vizepräsidenten der Europäischen Union durch eine Person zu bekleiden sucht. Die Entwicklung des neuen Dienstes sollte dem gleichen Geiste, der diese beiden außenpolitischen Funktionen zusammengeführt hat, entspringen, und er wird in der Vereinheitlichung der außenpolitischen Anstrengungen des Rates und der Kommission resultieren.

Es ist wichtig, dass dieser Dienst mit entsprechendem Bezug zu den Aufgaben und der Zusammenarbeit zwischen der Kommission, dem Rat und dem Parlament geschaffen wird und auf wechselseitigem Vertrauen und dem Willen zur Zusammenarbeit beruht.

Obgleich ich glaube, dass der Dienst allein im Interesse der Europäischen Union so schnell wie möglich seine Arbeit aufnehmen sollte, unterstütze ich sehr die Empfehlung seiner allmählichen Einführung, damit ihm ermöglicht wird, die angemessenste und effizienteste Form anzunehmen. Es scheint für mich vernünftig zu sein, dass der Dienst sowohl im Hinblick auf die Organisation als auch den Haushalt einen Teil der Verwaltungsstruktur der Kommission bilden sollte.

Für mich ist es absolut grundlegend, dass der künftige Dienst auch Mitarbeiter von nationalen diplomatischen Diensten einschließen sollte. Dies würde zweifellos in einem besseren und zugänglicheren Service für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union resultieren, insbesondere für jene Länder mit nur einer kleinen Anzahl diplomatischer Vertretungen.

**Roberto Gualtieri**, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, Herr Minister, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, mit dieser Debatte und diesem morgen durch uns anzunehmenden Bericht beabsichtigt dieses Parlament, einen Wunsch zu demonstrieren. Seinen Wunsch, den Europäischen Auswärtigen Dienst sogar auf dieser vorbereitenden Stufe begründen zu helfen, indem ein konstruktiver Dialog mit dem Rat und der Kommission geführt wird. Wir glauben, dass die direkte Aufforderung zu diesem interinstitutionellen Dialog vor allem nützlich und sinnvoll ist, vorausgesetzt, dass das durch den Vertrag niedergelegte Verfahren für das Parlament vorsieht, dass es seine Ansicht zu dem durch den Hohen Vertreter zu präsentierenden Vorschlag äußert, und weil die Vorrechte des Parlaments im Hinblick auf den Haushalt entscheidend dafür sind, dass es seine Einwilligung erteilt und kooperiert. Dies ist zweifellos und wie durch Herrn Brok erörtert die Einwilligung der Kommission, die dem Europäischen Parlament ein weiteres Betätigungsfeld einräumt.

Wir glauben jedoch auch, dass die direkte Aufforderung zu diesem Dialog unsere Pflicht ist, da der Europäische Auswärtige Dienst eine der wichtigsten durch den Vertrag von Lissabon eingeführten Neuerungen ist. Seine Eigenschaften sind dafür gedacht, einen beträchtlichen Einfluss auf die Art und Weise zu haben, wie die europäische Führung umorganisiert wird und demzufolge auf die Art und Weise, wie in der Praxis über das gesamte Gleichgewicht der Unionsinstitutionen entschieden wird.

Die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament stimmt der im Brok-Bericht angenommenen Position, die eine aktive Rolle beim Entwurf gespielt hat, zu. Es ist eine Position, die auf die Entwicklung der Rolle abzielt, die der Dienst als eine Brücke zwischen der Gemeinschaftsdimension der außenpolitischen Handlungen der Union und der zwischenstaatlichen Dimension der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ausüben kann, wie in Titel V des Vertrages von Lissabon bestimmt.

Natürlich sind wir uns des einzigartigen Charakters des Dienstes bewusst, der auch den der Funktion des Hohen Vertreters und Vizepräsidenten der Kommission reflektiert, ebenso wie wir uns der Tatsache bewusst sind, dass der Dienst nicht alle durch die Kommission genutzten Leistungen integrieren muss, wenn er die zahlreichen Aspekte seiner außenpolitischen Handlungen umsetzt - was nicht nur auf die GASP hinausläuft und mit der Entwicklungszusammenarbeit beginnt.

Dennoch denken wir ist es entscheidend für den Dienst, in der Lage zu sein, die Außen- und Sicherheitspolitik der Union effektiver und ihre außenpolitischen Handlungen insgesamt einheitlicher zu gestalten. Auch halten wir es für wesentlich, dass der Dienst unter der demokratischen Kontrolle des Parlaments steht. Dabei glauben wir, dass seine Einbeziehung in die Verwaltungsstruktur der Kommission die Möglichkeit ist, die am meisten mit diesen Zielen übereinstimmt, und die wir im Grunde genommen wirklich haben möchten. Aus diesem Grund haben wir für den Brok-Bericht gestimmt.

**Andrew Duff**, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – Herr Präsident, die Kommission sagt völlig richtig, dass der Dienst alle erforderlichen Instrumente und sein Vermögen für die Durchführung einer weltweit aktiven Außenpolitik kombinieren sollte. Es ist entscheidend, dass alle Partner in diesem großartigen Projekt unter Einschluss der bevölkerungsreichsten und mächtigsten Staaten beginnen, einander und dem Dienst zu vertrauen.

Es ist entscheidend für das Außenministerium im Vereinigten Königreich, seine Spitzenkräfte und nicht seine Makulatur zu entsenden. Ich stimme völlig zu, dass zum Zwecke der parlamentarischen Prüfung und Finanzkontrolle der Dienst aus Verwaltungs- und Haushaltsgründen an die Kommission angegliedert sein sollte. Ich muss dem Rat gegenüber äußern, dass es nicht akzeptabel ist, den Dienst in der gleichen Kategorie



wie den Wirtschafts- und Sozialausschuss oder den Ombudsmann als Teil der Haushaltsordnung einzuordnen. Ich denke, dass dieser Brok-Bericht eine praktische Vorbereitungsstufe des Verfahrens für die Einrichtung des Auswärtigen Dienstes gewesen ist. Aber ich glaube auch, dass wir jetzt innehalten sollten, bevor wir weitermachen und wichtige Fragen vor der Ernennung des Hohen Vertreters/Vizepräsident festlegen.

Für das Parlament ist wesentlich, dass wir einen politischen Gesprächspartner haben, um die Einrichtung und das künftige Programm des Auswärtigen Dienstes zu verhandeln. Daher bitte, Ihr Staaten - schickt uns Eure Leute für alle diese Posten.

**Indrek Tarand**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (ET) Herr Präsident, meine Damen und Herren, es ist eine großartige und angenehme Erfahrung gewesen, mit etlichen bewundernswerten Menschen zu arbeiten. Ich möchte Herrn Brok und auch den vielen anderen, die ihre Beiträge geleistet haben, gratulieren. Jetzt jedoch möchte ich Herrn Barroso zitieren, der an diesem Vormittag wie folgt festgestellt hat: „Auch Institutionen überdauern nicht; wir brauchen einen enormen politischen Willen.“ Eigentlich ist eine Institutionsbildung ohne politischen Willen nicht möglich. Um eine Situation zu verhindern, in der wir lediglich eine Institution mehr begründen, muss unser politischer Wille immer der allerwichtigste Punkt bei der Schaffung einer neuen Einrichtung sein. Die Zielsetzung ist eine wahrhaft europäische und in der Realität eine *sui generis*-Organisation, die den Gemeinschaftsinteressen aller europäischen Bürgerinnen und Bürger dient. Wenn wir die so typischen Duplizierungen oder mögliche Ressourcenverschwendungen vermeiden wollen, müssen wir garantieren, dass die Zuteilung der Haushaltsmittel und die Verwendung dieser Mittel unter der Aufsicht des Europäischen Parlaments stattfinden.

Der Bericht definiert allgemein die an den Europäischen Gerichtshof berichteten Grundsätze. Diese würden uns helfen, den Hohen Vertreter zu ernennen und gleichermaßen einen Plan aufzusetzen. Nach diesem Plan werden wir in einer besseren Position sein, und wir werden auch die Gelegenheit erhalten, unseren eigenen politischen Willen in die Tat umzusetzen. Da sich jeder der Ziele der Grünen Partei bewusst ist - wie das Konzept der Friedensbildung, die uneingeschränkte Anwendung der Grundrechtecharta und natürlich die Gleichstellungsfrage - werde ich heute nicht damit beginnen, diese Punkte durchzugehen, obgleich ich verspreche, diese Themen erneut zu gegebener Zeit anzusprechen. Gleichwohl wäre der Rat meiner Ansicht nach sehr weise, die Ernennung eines weiblichen Hohen Vertreters in Betracht zu ziehen, da, wie wir alle wissen, der Präsident der Kommission keine Frau ist. Tatsächlich ist nie eine Frau ernannt worden, um an der Spitze Europas zu stehen. Wenn wir demnach eine neue europäische Institution schaffen, dann wäre die Prüfung dieses Aspekts vielleicht eine gute Idee.

Bei der Beschäftigung mit diesem Bericht habe ich die Aufmerksamkeit auf bestimmte negative Haltungen gelenkt, die aus einigen Bereichen herrühren. Es wurde angedeutet, dass das Europäische Parlament hier keinerlei Rolle zu spielen hat und dass es einfach versucht, sich selbst mehr Gewicht mit diesem Bericht zu verleihen. Meine Antwort auf diese Haltung ist, dass das Parlament Gewicht hat und wir dies berücksichtigen müssen. Unser Bericht zum Europäischen Auswärtigen Dienst bietet eine sehr gute Gelegenheit, derartige Fakten ans Licht zu bringen. Daher appelliere ich an alle, die Annahme des Berichts zu unterstützen und dabei den Umstand zu berücksichtigen, dass er nicht alle Verbesserungen und Wünsche einschließt. Das Wichtigste ist, den Bericht jetzt anzunehmen.

**Ashley Fox**, *im Namen der ECR-Fraktion.* – Herr Präsident, ich möchte einmal mehr meine Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringen, dass dieses Parlament einen Bericht prüft, der der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon vorgreift. Ich frage mich, ob wir heute diese Aussprache hätten, wenn das deutsche Verfassungsgericht den Vertrag immer noch prüfen würde. Ich vermute nicht, und ich frage, warum die Tschechische Republik anders behandelt wird. Wie der englische Schriftsteller George Orwell beobachtet haben könnte, sind alle Mitgliedstaaten gleich, nur einige sind gleicher als andere.

Ich möchte mich gegen die Errichtung einer europäischen diplomatischen Akademie aussprechen. Zu einer Zeit, wo alle Mitgliedstaaten mit Haushaltszwängen konfrontiert sind, sollte die EU Zurückhaltung zeigen. Wir sollten als Hüter des öffentlichen Geldbeutels handeln. Unser Ziel sollte sein, öffentliche Mittel umsichtig auszugeben und bemüht zu sein, Gelder wenn möglich an die durch uns vertretenen Mitgliedstaaten und Steuerzahler zurückzugeben.-

Dieser Vorschlag ist nicht durchdacht. Er ist ein weiteres Beispiel dafür, dass einige Mitglieder dieses Plenarsaals allzu begierig nach großen Gesten mit dem Geld anderer Menschen sind. Eine europäische diplomatische Akademie ist Geldverschwendung und würde zu einer weiteren Belastung für den Steuerzahler werden.

Ich möchte die Kollegen daran erinnern, dass jedwede gemeinsame außenpolitische Position durch die im Rat vertretenen Mitgliedstaaten entschieden würde, nicht durch die Kommission und sicherlich nicht durch

dieses Parlament. Jegliche durch den EAD benötigten zusätzlichen Mitarbeiter sollten von den Mitgliedstaaten sekundiert werden; sie benötigen ferner keine extra Schulungen. Die Politik, die diese gegenüber der Welt vertreten, wird die des Ministerrats und keine unabhängige europäische Politik sein.

Eine diplomatische Akademie würde nur dann erforderlich werden, wenn die EU den Mitgliedstaaten die Kontrolle der außenpolitischen Angelegenheiten entziehen würde. Ich hoffe, dass dieser Tag niemals kommen wird und ich werde mein Möglichstes tun, um das zu verhindern.

*(Der Redner erklärte sich bereit, eine Frage nach Artikel 149 Absatz 8 anzunehmen)*

**Andrew Duff (ALDE).** – Herr Präsident, könnte ich den Redner fragen, ob er die Ernennung von Herrn Chris Patten als Hohen Vertreter unterstützen würde, wenn er enttäuscht werden würde und der Vertrag tatsächlich in Kraft treten sollte?

**Ashley Fox (ECR).** – Herr Präsident, ich bin sehr dankbar, nach meiner Meinung gefragt zu werden, aber ich denke nicht, dass dies meine Entscheidung sein wird.

**Helmut Scholz, im Namen der GUE/NGL-Fraktion.** – Herr Präsident! Frau Kommissarin! Danke für die Möglichkeit, hier zu sprechen. Unsere Fraktion der GUE/NGL hat wiederholt hier im Plenum ihre grundlegende Kritik an der Ausrichtung und Verfasstheit der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union deutlich gemacht und das Festhalten an dieser Linie auch im Vertrag von Lissabon abgelehnt. Mit der Gemeinsamen Aussprache hier wird bereits zu Beginn dieser Wahlperiode einer ihrer wichtigsten Berichte behandelt. Leider, wenn ich auch die Beweggründe unseres Kollegen Brok aus Sicht parlamentarischer Aktivität gern nachvollziehe, in einer zeitlichen Dichte, die es schwierig macht, sachgemäß und verantwortlich die Dimensionen und komplexen Fragen, die sich aus dieser neuen Struktur in inhaltlicher Hinsicht ergeben, abgewogen zu haben, zumal wir etwas auf den Weg bringen sollen.

Es ist jetzt bereits auch in der Aussprache deutlich geworden, was alles leider im Dunstkreis und damit im politischen Machtpoker zwischen den nationalen Macht- und Regierungsinteressen und den EU-Strukturen verbleibt. Das lehnt die GUE/NGL-Fraktion ab. Es bleibt deshalb zu hoffen und zu wünschen, dass das Europäische Parlament nach den Verhandlungen entsprechend den bereits heute morgen hier im Plenum an die schwedische Ratspräsidentschaft geäußerten Erwartungen nach Zurückhaltung bei der Formulierung des Verhandlungsmandats nochmals die Möglichkeit hat, sich mit dem EAD zu befassen. Wir sollten uns als Parlament auch im Interesse einer möglichst breiten Informiertheit der Bürgerinnen und Bürger über die verschiedensten Aspekte des EAD gerade angesichts der Zweifel und Kritiken am Lissaboner Vertrag und der Forderung nach mehr Transparenz und demokratischer Mitsprache in dieser Beziehung ernst nehmen.

Die Diskussionen über die Einrichtung des EAD finden bereits seit Monaten hinter verschlossenen Türen statt. Meine Fraktion wiederholt: Die Nichteinbeziehung des Europäischen Parlaments, bisher betroffener zivilgesellschaftlicher Organisationen oder sogar der nationalen Parlamente wirft ernsthafte Fragen auf. Dies nicht zuletzt, weil eine lebhafte Debatte, offene und transparente Diskussionen über die institutionellen Strukturen von großer Bedeutung für seine Legitimität auch in Zukunft und die öffentliche Rechenschaftspflicht gewesen wäre. Ich begrüße daher den Ansatz von Herrn Brok, über seinen Bericht dem EP zumindest eine parlamentarische Mitsprache versuchen zu verschaffen. Und in diese Richtung ging auch ein Teil unserer Forderungen.

Wir lehnen – und das muss ich hier unmißverständlich noch kategorisch sagen – all jene Bestrebungen ab, welche auf eine Einbeziehung der politisch-militärischen Strukturen in den EAD hinauslaufen, egal ob zum jetzigen oder zu einem späteren Zeitpunkt, wie dies u. a. von Frankreich erst kürzlich im Rat vorgeschlagen wurde. Die mögliche Vermengung militärischer Planungsaufgaben mit geheimdienstlichen Strukturen und allgemeinen diplomatischen und politischen Aufgabenstellungen ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel.

**Morten Messerschmidt, im Namen der EFD-Fraktion.** – (DA) Herr Präsident, gestern wurde ich darum gebeten, drei Gründe dafür anzugeben, weshalb man gegen diesen Bericht stimmen sollte. Das ist ziemlich einfach: Demokratie, Demokratie und nochmals Demokratie.

Zunächst ist es absurd, dass ein Parlament einen Bericht anzunehmen wünscht, der auf einem Vertrag mit einem immer noch ungewissen Schicksal beruht. Niemand kennt die Zukunft des Vertrages von Lissabon, und jeder mit auch nur dem kleinsten Funken Respekt für demokratische Strukturen - dem kleinsten Funken Respekt für Mitgliedstaaten wie die Tschechische Republik - würde dieses Projekt zurückhalten, bis es Klarheit über die Zukunft des Vertrages gibt.

Zweitens stellt dieser Bericht (und der gesamte derzeit im Aufbau befindliche Auswärtige Dienst) eine komplette Unterminierung und Nichtanerkennung sowie fehlende Würdigung des souveränen Rechts der Mitgliedstaaten dar, ihre eigene Außenpolitik durchzuführen. Dies ist auch der Grund dafür, warum dieser Bericht versucht, die Kommission für alles verantwortlich zu machen. Die Kommission ist natürlich speziell in ihrer Funktion als „Staatsdiener“ sehr augenscheinlich nicht allgemein gewählt worden. Mit anderen Worten, wenn die Menschen eine andere Außenpolitik möchten, gibt es keine Chance auf Erden, die Durchführung der Politik zu verändern. Denn es ist nur der Rat, das heißt die Regierungen - und nicht die Kommission - den die Menschen verändern können.

Das heißt drittens, dass es eine demokratische Farce ist, dass dieses Parlament mehr Macht, einige absolut entscheidende Kernbereiche des souveränen Staates, an die über kein allgemeines Mandat verfügende Kommission abgeben möchte. Dieses Parlament basiert einzig auf *kratos* - rein auf Macht. Es beruht nie und nimmer auf *demos*. Unser Fokus sollte stattdessen auf *demos* liegen - wir sollten auf die Menschen und nicht auf die Macht konzentriert sein. Wir müssen daher mehr Demokratie haben. Aus diesem Grund muss dieser Bericht abgelehnt werden.

**Andrew Henry William Brons (NI).** - Herr Präsident, dieser Bericht versucht, uns hinsichtlich des Dienstes zu beruhigen - meiner Ansicht nach macht er jedoch genau das Gegenteil. Einerseits fordert er, dass der Dienst die Mitgliedstaatsdiplomatie ergänzt und nicht in Frage stellt. Jedoch steht der Rest des Berichts mit dieser Zusicherung meiner Ansicht nach glattweg im Widerspruch.

Absatz 4 besagt, dass der Dienst - das heißt dessen Vollmachten - nicht im Voraus begrenzt oder vorherbestimmt werden können. Absatz 8(d) regt an, dass die Delegationen als Teil des Dienstes konsularische Dienste von den Mitgliedstaaten übernehmen könnten. Es ist klar, dass dieser Dienst - nicht auf kurze, sondern auf lange Sicht - darauf ausgerichtet ist die diplomatische Vertretung der Mitgliedstaaten zu übernehmen und zu ersetzen, vielleicht sogar letztendlich die Vetos des Vereinigten Königreichs und Frankreichs im UN-Sicherheitsrat.

Wenn Sie hören, dass eine EU-Körperschaft eine Zusicherung abgibt, dass sie nicht auf diese oder jene Weise verfahren wird, dann haben Sie einen ziemlich guten Anhaltspunkt dafür, was sie vorhat. Verzeihen Sie, Herr Shakespeare - der Bericht, wie mich dünkt, protestiert zu viel. Wer oder was wird tatsächlich irgendeine Kontrolle über diese Körperschaft ausüben? Ich denke, nicht der Rat. Dieser muss einstimmig handeln. Wenn er nicht entscheiden kann, wird der Dienst schlicht mit seiner eigenen Tagesordnung fortfahren. Was ist mit dem Parlament? Nein, das ist auf Beratungen beschränkt. Diese Körperschaft wird Außenpolitik über die Köpfe der Mitgliedstaaten hinweg ohne eine wirksame Kontrolle durch die Mitgliedstaaten oder das Europäische Parlament durchführen. Die Nationalregierungen werden auf den Status eines Gemeinderats reduziert werden.

**Carlo Casini (PPE).** - (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, zunächst denke ich ist es meine Pflicht, dem Berichtersteller, der eine vorzügliche Arbeit geleistet hat, zu danken. Als Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen muss ich auch allen Ausschussmitgliedern und beiden Ausschüssen - dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und dem Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit - die die Stellungnahme geliefert haben, für ihre sehr schnelle Arbeit danken.

Wir haben tatsächlich versucht, ein Dokument - von dem ich hoffe, dass es angenommen wird - vorzubereiten, das bei der Ratssitzung am 29. und 30. Oktober präsentiert werden kann. Wir sind uns alle darüber im Klaren, dass dieser Bericht kein endgültiger Bericht ist. Er zielt eher darauf ab, einige wenige Handlungsabläufe, eine Art verfolgbaren Weg gegenüber dem Rat und demzufolge dem zu ernennenden Hohen Vertreter aufzuzeigen.

Es wird die Aufgabe des Hohen Vertreters sein, seinen eigenen Organisationsplan zu entwickeln, der wiederum durch uns zu prüfen ist. Daher sind es nur Leitlinien, die unserem Parlament derzeit vorgelegt werden. Wir wissen auch, dass der Erfolg dieser Aktion im Hinblick auf den Auswärtigen Dienst mit der Rolle des Hohen Vertreters zusammenhängt, imstande sein zu müssen, jedermann zu organisieren und zu managen. Durch in wollen wir eine konsequente und einheitliche Außenpolitik erreichen. Wir sind uns alle dessen bewusst, dass es Probleme gibt. Viel ist bereits gesagt worden, aber Probleme sind dazu da, gelöst zu werden. Wichtig ist, dass der Kompass, die Informationen und der Geltungsbereich klar sind.

Der Brok-Bericht bietet in dieser Hinsicht einige interessante Vorschläge - ich muss mich kurz fassen, da meine Redezeit zu Ende ist - aber sie schließen in jedem Fall die Integration des Dienstes in die Verwaltungsstrukturen der Kommission ein. Ferner die Entscheidung, das Gemeinschaftsmodell weiterzuentwickeln und den Vorschlag - der mehr oder weniger im Vertrag von Lissabon niedergelegt ist -

dass das Personal von den Sekretariaten der Kommission, dem Rat und den Delegationen der Kommission selbst zu beziehen ist.

Es gibt zwei Innovationen, von denen ich meine, dass sie erwähnenswert sind: Die Unionsbotschaften unter Leitung von Beamten des Europäischen Auswärtigen Dienstes, die auch die Präsenz der Kommissionsdelegationen in Drittländern und die Verbindungsbüros des Rates einschließen würde - mit der möglichen Abordnung von Experten aus den Generaldirektionen; und die Grundlagen, die für die Errichtung einer europäischen diplomatischen Akademie geschaffen wurden, die eine interessante Idee darstellt.

Meine Redezeit ist abgelaufen. Ich hoffe nur, dass dieser Bericht wirklich angenommen wird, und zwar mit einer großen Mehrheit.

**Zita Gurmai (S&D).** – Herr Präsident, wie wir alle wissen, ist der Europäische Auswärtige Dienst eine der wichtigsten Neuerungen, die durch den Vertrag von Lissabon vorgeschlagen wurden. Demnach müssen wir bei seinem Aufbau sehr vorsichtig und verantwortungsbewusst sein.

Wir sind alle einverstanden, dass er seine Arbeit mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon aufnehmen sollte. Die Kommission und der Rat arbeiten bereits an den Leitlinien, die auf der Sitzung des Europäischen Rates Ende dieses Monats präsentiert werden sollen. Daher ist es entscheidend, dass das Europäische Parlament diesen Prozess beeinflusst.

Die heutige Debatte und der daraus resultierende Beschluss sind von größter Bedeutung. Denn wir müssen jetzt eine sehr klare Botschaft an den Rat und die Europäische Kommission als Nachweis für den politischen Konsens im Hinblick auf die Einrichtung des Dienstes senden.-

Ich bin sehr stolz auf die Arbeit meiner Kollegen, die das Ergebnis der parteiübergreifenden Beratungen in diesem Parlament ist. Wir bestehen darauf, dass das Gemeinschaftsmodell bei den Außenbeziehungen der Union gewahrt bleibt. Die Mitglieder möchten, dass der Dienst der Europäischen Kommission angegliedert und Teil des gesamten Gemeinschaftshaushalts ist. Der EAD sollte administrativ Teil der Kommission und des Haushalts bilden. Formal sollte er einen Teil der Kommission als eine *sui generis* Körperschaft darstellen, die der Kommissionsstruktur angegliedert ist.

Der Haushaltsausschuss ist extrem wichtig. Er ist ein Hebel, über den das Europäische Parlament seine Macht ausüben kann. Auf diesem Weg sollte und wird das Parlament die Haushaltskontrolle und die demokratische Prüfung über ihn ausüben. Es gibt viele zu behandelnde Fragen, zum Beispiel die klare Aufgabenteilung innerhalb des EAD und den verantwortlichen Abteilungen der Europäischen Kommission. Wobei zu berücksichtigen ist, dass wir die Struktur der künftigen Kommission und die Beziehung zwischen dem Hohen Vertreter und den verschiedenen Unionsvertretern im Ausland noch nicht kennen. Aber dieser Beschluss wird die erste Position des Europäischen Parlaments sein, von der aus weitere Schritte folgen.

Wir dürfen auch den menschlichen Faktor nicht vergessen. Der Hohe Vertreter sollte eine Person mit Verdiensten, Erfahrungen und vorzüglichen Leistungen sein, die durch die Kommission, den Rat und die nationalen diplomatischen Dienste unterstützt wird. Ich bin überzeugt davon, dass der institutionelle Aufbau des EAD eine geschlechtsspezifische Struktur umfassen muss, wodurch die seitens der Union gemachten Bekenntnisse im Hinblick auf die Geschlechtergleichstellung ordnungsgemäß reflektiert werden.

Nicht zuletzt wäre ich als eine Person, die sich in den letzten 15 Jahren für die gleiche politische Repräsentanz von Frauen eingesetzt hat, erfreut, wenn diese Person eine Frau wäre.

**Annemie Neyts-Uyttebroeck (ALDE).** – (NL) Herr Präsident, einige meiner Abgeordnetenkollegen haben ihre Reden dazu genutzt, uns Lektionen in Demokratie zu erteilen. Darf ich deshalb betonen, dass wir sowohl im Ausschuss für konstitutionelle Fragen als auch im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, dessen Stellungnahme ich entworfen habe, sicherstellen, dass die Debatte und die Abstimmung zu unseren diesbezüglichen Texten nicht vor Bekanntgabe des Ergebnisses des irischen Referendums abgehalten wurde. Wir haben das aus Achtung vor dem durch das irische Volk abzugebenden Urteil gemacht. Sie haben in der Tat glücklicherweise „Ja“ gesagt, aber sie hätten auch „Nein“ sagen können. Wir wollten dem und auch der Zusammenkunft des Europäischen Rates in der kommenden Woche Rechnung tragen. Demnach mussten wir unsere Diskussionen und Texte innerhalb eines extrem kurzen Zeitraums vollenden. Natürlich haben genau die gleichen Kollegen und Mitglieder, die versuchen, Lektionen in Demokratie zu erteilen, auch darüber geklagt. Ich schweife ab.

Heute erleben wir einen besonders wichtigen Zeitpunkt. Unsere Texte, die unsere Ansicht darüber ausdrücken, wie der künftige Europäische Auswärtige Dienst aussehen sollte, läuten eine neue Ära für die Europäische Union ein. Jene von uns, die die allmähliche Entwicklung der Union jahrelang verfolgt haben und sich an die ersten bescheidenen Schritte bei der Außenpolitik, ganz zu schweigen von der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, erinnern, der Verträge - zuerst Maastricht, dann Amsterdam - entsinnen, mögen wie ich damals gedacht haben, dass wir diesen Tag niemals erleben würden. Und dass wir es niemals bewerkstelligen würden, die Grundlagen für eine gemeinsame europäische Diplomatie zu legen.

Jene von uns, die aufmerksam beobachtet haben, wie die Ideen dazu den Willen heranbildeten, werden sich auch daran erinnern, dass nur wenige Monate zuvor einige unserer nationalen diplomatischen Dienste absolut unwillig waren, eine Art sofortigen „Urknall“ zu akzeptieren, bei dem alle gegenwärtigen Delegationen vom allerersten Tag an unter die Autorität des künftigen Hohen Vertreters zu stellen waren. Darüber bin ich absolut erfreut.

Meine eigene politische und Regierungsverantwortung während meiner vorangegangenen politischen Inkarnationen haben mich gelehrt, dass nichts davon einfach sein wird. Dennoch erleben wir jetzt einen wichtigen Zeitpunkt, und ich hoffe, dass dieser Bericht durch eine große Mehrheit angenommen werden wird.

**Franziska Katharina Brantner (Verts/ALE).** - Herr Präsident! Unsere Fraktion unterstützt grundsätzlich die Struktur, die Elmar Brok in seinem Bericht vorschlägt, vor allem die Beibehaltung des Kontrollrechts des Europäischen Parlaments und die Beibehaltung von Gemeinschaftsaufgaben als Gemeinschaftsaufgaben. Aber damit unser gemeinsamer Auswärtiger Dienst ein großer Wurf wird und nicht nur ein Anhängsel der Kommission oder des Rates, müssen wir jetzt schon über Inhalte und Funktionen diskutieren.

Die EU braucht eine neue, eine integrierte Außenpolitik, mit der sie den komplexen Problemen in unserer Welt adäquat begegnen kann. Die EU muss mit dem Auswärtigen Dienst in der Lage sein, umfassende und integrierte Politikstrategien und Kampagnen umzusetzen. Wir bräuchten diesen Dienst jetzt, zum Beispiel wenn es in Kopenhagen um den Klimawandel geht. Klassische Diplomatie muss überwunden werden, sonst ist der Mehrwert dieses Dienstes sehr gering.

Ich möchte deswegen für vier Inhalte werben, die aus unserer Sicht dem Dienst zu einer neuen Außenpolitik verhelfen. Erstens: Wir wollen, dass es im neuen Dienst eine Direktion für *peace building* und *crisis management* gibt. Wir haben die entsprechenden Finanzinstrumente und Missionen, doch gibt es bislang nur kleine und zerstückelte Organisationseinheiten. Zweitens: Wir wollen, dass das Personal entsprechend umfassend ausgebildet und trainiert wird und eben nicht ausschließlich eine reine Diplomatschule besucht und dass diejenigen, die Uniform tragen, nicht nur am *Defense College* ausgebildet wurden. Nein, alle müssen zumindest einen Teil der Ausbildung gemeinsamen absolvieren, und deshalb fordern wir eine *European External Action Academy*. Drittens: Wir wollen nicht, dass es im Ratssekretariat eine Doppelstruktur für den Ratspräsidenten gibt. Daher soll auch der Auswärtige Europäische Dienst sozusagen mitbedient werden. Bei der Besetzung der Topjobs – das hat mein Kollege Tarand schon gesagt – sind wir davon überzeugt, dass es Zeit ist, dass eine Frau zum Zug kommt.

**Charles Tannock (ECR).** – Herr Präsident, da die Union nach einer breiteren Rolle in internationalen Angelegenheiten strebt, sollte sie wohl die Werkzeuge haben, unsere gemeinsamen Werte in der Welt zu vermitteln - vorausgesetzt natürlich, dass es in allen 27 Mitgliedstaaten Einigkeit gibt.

Aber wie wird sich diese Rolle entwickeln? Wo werden ihre Grenzen sein? Wir in der ECR-Fraktion als einer antiföderalen Körperschaft glauben, dass die Außenpolitik letztendlich die Domäne unserer einzelnen Mitgliedstaaten bleiben muss. Daher macht es uns Sorgen, dass der Vertrag von Lissabon, wenn er in Kraft tritt, eine Reihe von Entwicklungen in Gang zu setzen scheint, die mit der Untergrabung dieses Vorrechts enden könnten.

Der vorgeschlagene Europäische Auswärtige Dienst muss die bilateralen diplomatischen Handlungen der Mitgliedstaaten ergänzen und darf nicht mit diesen konkurrieren oder sie untergraben. Außerdem muss er seine Autorität vor allem vom Rat und nicht von der Kommission beziehen. Das Parlament muss seine Rechte anwenden, den EAD gewissenhaft zu prüfen und dessen Haushalt zu gestalten. Da im Brok-Bericht viel von EU-Botschaften die Rede ist, möchte ich die Kommission noch einmal bitten, ihre mir vor einem Jahr gegebenen Zusicherungen zu wiederholen, dass die EAD-Missionen oder -Delegationen nicht Botschaften genannt werden. Diese Missionen Botschaften zu nennen, würde die Furcht verstärken, dass die EU nach allen Insignien eines souveränen Staates strebt.

**VORSITZ: Stavros LAMBRINIDIS***Vizepräsident*

**Willy Meyer (GUE/NGL).** – (ES) Herr Präsident, meine Fraktion – die konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken – die Nordisch Grün-Linken – wird gegen diesen Bericht stimmen, im Wesentlichen weil wir den Vertrag von Lissabon nicht unterstützen.

Für uns repräsentiert der Vertrag von Lissabon nicht den Geist des europäischen Projekts, das von den Bürgern und für die Bürger vorgesehen war. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Er liefert ein Konfliktmodell, ein Modell, das die öffentliche Intervention in die Wirtschaft verhindert.

Es besteht der Wunsch, mit zwei verschiedenen Geschwindigkeiten voranzugehen: Wir beeilen uns, um sicherzustellen, dass Europa im Ausland mit einer einzigen Stimme spricht, aber die Europäische Union hat nicht die Macht, die Wirtschaft mit ihren eigenen Instrumenten wieder zum Leben zu erwecken, da sie über keine Finanzmittelpolitik oder aktive industrielle Politiken verfügt. Und sie verfügt auch nicht über die Fähigkeiten, in den Geldpreis einzugreifen oder die Europäische Zentralbank zu kontrollieren. Daher teilen wir diese Philosophie nicht.

Wenn der Vertrag von Lissabon mit der Genehmigung der Kommission angenommen wird, werden nach den parlamentarischen Beratungen gemäß einer Entscheidung des Rates und basierend auf einem Vorschlag des künftigen Vizepräsidenten 5000 Beamte in den Europäischen Auswärtigen Dienst eingestellt.

Wir sind mit dieser Struktur nicht einverstanden, da ihr auch die Macht verliehen wird, alle Arten von militärischen Konflikten zu lösen. Wir glauben, dass hier ein Mangel an Kontrolle herrscht. Unserer Ansicht nach sollte diese Kontrolle die höchsten demokratischen Anforderungen erfüllen, wie dies in jedem Mitgliedstaat der Fall ist.

Daher sind wir der Ansicht, dass diese Philosophie nicht dem Geist eines Europas folgt, das unsere Gruppe aufbauen will, einem Europa nämlich, das in der Lage ist, in Angelegenheiten, die uns fundamental betreffen, wie der aktuellen Rezession und den Arbeitslosenquoten, die derzeit den höchsten Stand seit den 1930ern erreicht haben, intervenieren kann.

Daher, meine Damen und Herren, werden wir gegen diesen Bericht stimmen.

**David Campbell Bannerman (EFD).** – Herr Präsident, dieser Brok-Bericht ist der positive Nachweis für das Entstehen eines einzelnen Superstaates mit der Bezeichnung Europäische Union. Die vertrackte Verfassung von Lissabon zwingt uns allen bereits einen nicht gewählten Präsidenten und Außenminister auf. Nun fügt dieser Bericht einen neuen europäischen diplomatischen Dienst – den so genannten Europäischen Auswärtigen Dienst – hinzu, Botschaften vertreten jedoch nationale Interessen.

Welche nationalen Interessen werden diese neuen EU-Diplomaten und -Botschaften also vertreten? Es werden nicht die unserer Nationalstaaten, unseres Handels oder unserer Unternehmen sein. Es werden die der Europäischen Kommission sein. Alle anderen nationalen Botschaften werden überflüssig werden. Die britischen Botschaften überall auf der Welt verkaufen bereits Anwesen.

Dieser Masterplan für einen EU-Superstaat basiert auf den Grundlagen von Täuschung, Unehrllichkeit und Verleugnung, die Föderalisten schaffen jedoch keine neuen Vereinigten Staaten von Amerika. Sie schaffen ein neues Jugoslawien. Indem äußerst verschiedene Nationen, Kulturen und Wirtschaften unter eine starre, undemokratische Bürokratie im Sowjetstil gezwungen werden, gelangen Sie wirklich in äußerst gefährliche Gewässer.

Ich habe für die britische Regierung am Friedensprozess für Nordirland mitgearbeitet. Ich habe gesehen, was geschieht, wenn die Demokratie versagt. Es ist nicht schön. Und jetzt sehe ich, wie die Demokratie hier in Europa versagt. Sie beteuern, den Frieden zu lieben, aber durch den Lissabon-Vertrag und durch diese Machtübernahme unserer Botschaften führen Sie Europa wieder auf den sicheren Weg in Richtung Krieg.

**Martin Ehrenhauser (NI).** – Herr Präsident! Der Rat agiert intransparent. De facto werden die Entscheidungen in den unzähligen, meist undurchsichtigen Arbeitsgruppen und im COREPER getroffen. Gerade einmal 1 % der Tagesordnungspunkte im Außenministerrat wurde 2008 öffentlich debattiert.

Genau in diesem Umfeld hat sich jetzt seit Ende der 90er Jahre die ESVP entwickelt, und dies fernab von jeder Mitsprache und jeder demokratischen Kontrolle. Genau in diesem Umfeld soll sich nun auch der Europäische

Auswärtige Dienst entwickeln. Da sage ich ganz klar Nein. Das darf nicht sein, das soll nicht sein! Wir brauchen echte demokratische parlamentarische Kontrolle, und wir brauchen auch echte Transparenz.

Ich bin auch etwas darüber verwundert, dass genau Sie, Herr Brok, jetzt auf einmal für parlamentarische Kontrolle eintreten. Denn ist es nicht so, dass genau im Bereich der ESVP diese parlamentarische Kontrolle mit dem Vertrag von Lissabon verwehrt wird? Doch genau für diesen Vertrag sind Sie doch! Und wenn man von Haushaltskontrolle spricht, dann kann man natürlich auch jetzt an der Entlastung des Rates ganz deutlich sehen, wie ihre Fraktion agiert. Denn ist es nicht so, dass in den kommenden Wochen Ihre Fraktion im Haushaltskontrollausschuss der Entlastung des Rates zustimmen wird, obwohl der Rat nichtadäquate Antworten gegeben hat?

So ist leider festzuhalten, dass Ihr Entwurf sehr wohl gute Ansätze hat, jedoch ist er scheinheilig, er ist nicht glaubwürdig, und er ist im Endeffekt ein Eingeständnis der Versäumnisse in Bezug auf den Vertrag von Lissabon.

**Rafał Kazimierz Trzaskowski (PPE).** – Vielen Dank, Herr Präsident, Kommissarin, Minister, ich muss mit den Fußnoten beginnen. So sehr ich auch das rhetorische Flair unserer Freunde von der UKIP bewundere, finde ich - als jemand der aus Mitteleuropa stammt - es doch sehr interessant, dass Sie so schnell bereit sind, uns an Ihren Erlebnissen unter dem Regime der Titoisten in Jugoslawien oder unter dem Sowjetischen Regime teilhaben zu lassen. Wirklich interessant.

Lassen Sie mich zunächst einmal Elmar Brok für die Zusammenstellung eines Berichts gratulieren, der die Mehrheit so hervorragend repräsentiert und - lassen Sie mich das wiederholen - auch die Mehrheit dieses Hauses.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon und dem neuen Dienst verbessern wir unsere Fähigkeit, mit einer Stimme zu sprechen. Wir erklären uns einverstanden, dass sich der neue Dienst so nahe wie möglich an der Kommission orientieren sollte, da nur die Methode der Gemeinschaft die Kohärenz unserer Handlungen gewährleistet und vor allem, dass unsere Meinungen alle in demselben Maß berücksichtigt werden.

Damit der neue Dienst glaubwürdig sein kann, muss er mit möglichst viel demokratischer Legitimität ausgestattet werden. Daher sind alle Bemühungen, sich um die Befähigung dieses Hauses zu einer genauen Prüfung zu kümmern, zu begrüßen.

Aber wir müssen vor allem alles in unserer Macht Stehende tun, um sicherzustellen, dass der neue Dienst von bester Qualität ist, und dass ihm alle vertrauen. Wir müssen unser Möglichstes tun, dass die Kommission, der Rat und die 27 Mitgliedstaaten ihre besten Leute zur Arbeit im Europäischen Auswärtigen Dienst entsenden. Daher müssen sie denselben Status haben. Die Arbeit im Dienst muss als integraler Bestandteil ihrer beruflichen Laufbahn zu Hause behandelt werden. Die Menschen, die für den Dienst arbeiten, müssen aufgrund ihrer Leistungen ausgewählt werden, jedoch auch gemäß einem geografischen Gleichgewicht, um so den unbegründeten Ängsten entgegen zu wirken, dass der Dienst von irgendwem vereinnahmt werden könne.

Der Vertrag von Lissabon ist wichtig und unterscheidet sich von allen anderen Verträgen, da so viel von seiner Implementierung abhängt. Ich hoffe, dass die Einsichten dieses Hauses dem Rat und der Kommission helfen, diesen Vertrag auf eine Weise zu implementieren, die unsere Fähigkeit, mit einer Stimme zu sprechen, steigert.

**Proinsias De Rossa (S&D).** – Herr Präsident, ich begrüße den Bericht von Brok und möchte auf einen schnellen Fortschritt bei der Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes als einem demokratisch verantwortlichen Dienst drängen. Ich habe die große Hoffnung, dass dieser Dienst zu einer stärkeren Kohärenz zwischen unseren politischen Zielen und Entscheidungen führen kann, insbesondere da diese globale Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung, auf Menschenrechte und auf die Ausmerzung von Armut haben.

Bisher sind wir bei unseren Bemühungen sicherzustellen, dass unsere Politiken kohärent sind, gescheitert. Häufig steht unsere Wirtschaftspolitik in direktem Konflikt zu unserer Entwicklungshilfepolitik. Ich möchte zudem vor jeglichen Gedanken über eine Subsumierung der Entwicklungspolitik als Teil unserer Außenpolitik warnen. Wir brauchen einen autonomen Entwicklungsdienst, der einem autonomen Kommissar für Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe untersteht. Um Kohärenz sicherzustellen, brauchen wir Benchmarking, Screening und eine Bewertung der Auswirkungen von vorgeschlagenen Entscheidungen, wenn diese Auswirkungen auf entwicklungspolitische Ziele haben.

**Louis Michel (ALDE).** – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich gratuliere Herrn Brok und möchte ihm für diesen hervorragenden Bericht – ich möchte sogar so weit gehen, ihn als einen bemerkenswerten Bericht zu bezeichnen – danken, den er uns vorgelegt hat.

Die Schaffung dieses neuen Auswärtigen Dienstes ist eine Gelegenheit, die nicht verpasst werden sollte. Das Parlament muss das Sagen haben, nicht nur in Bezug auf den Etat, sondern auch in Bezug auf die Gesamtstruktur des Dienstes. Wie gesagt, dieser Dienst muss einzigartige interne Betriebsregeln haben. Ohne solche Betriebsregeln, die im Einklang mit dem Geist des Vertrages sind, schaffen wir es nicht. Anders zu handeln würde das Misstrauen bestimmter Mitgliedstaaten schüren. Ich denke dabei besonders an die kleinsten und neuesten Mitgliedstaaten.

Wir müssen uns auch auf den Kern des Mandats des Auswärtigen Dienstes konzentrieren, die Strategie und die politischen Prioritäten festlegen und Konsistenz innerhalb der Aktionen des Auswärtigen Dienstes erzeugen. Es ist wichtig, mit dem Auswärtigen Dienst und den Delegationen der Kommission nicht in die Falle der Duplizierung zu geraten, sondern stattdessen einen speziellen Dienst zu entwickeln und dabei einen Mehrwert für gemeinsame Aktionen des Auswärtigen Dienstes zu generieren. Der Auswärtige Dienst muss mit der Kommission vollkommen synchron laufen. Er darf nicht vom Kurs abkommen, um zu einer regierungsinternen Aktion zu werden oder eine solche zu inspirieren. Ich möchte auch hinzufügen, dass das Profil des hohen Vertreters/Vizepräsidenten eindeutig für den Mehrwert des Dienstes von großer Bedeutung ist.

Und schließlich, Herr Präsident, während wir beide uns einig sind, dass der Entwicklungsbereich sein eigenes Ziel hat, handelt es sich jedoch gleichzeitig um ein externes politisches Instrument. Dies zu leugnen wäre naiv. Eine Lösung könnte sein, dass - in Übereinstimmung mit dem hohen Vertreter - für die Programmierung weiterhin der Kommissar für Entwicklung zuständig ist.

Der letzte Punkt ist, dass sich diese Debatte nicht von der Etatdebatte für den Europäischen Entwicklungsfonds trennen lässt.

**Bastiaan Belder (EFD).** – (NL) Herr Präsident, jetzt, wo das irische Referendum hinter uns liegt, wagt es das Europäische Parlament endlich wieder zu zeigen, wofür es steht, und es tut dies mit großer Motivation und viel Begeisterung. Dieser Bericht zeichnet ein utopisches Panorama eines Auswärtigen Dienstes, der die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die noch nicht funktionsfähig ist, implementieren soll.

Ein bemerkenswertes Merkmal dieses Berichts ist sein heroischer Versuch, die Kommission dazu zu drängen, ihr volles institutionelles Gewicht in die Waagschale zu werfen. Was ist der Grund für diese Haltung? Ich denke, dass viele meiner Abgeordnetenkollegen den Auswärtigen Dienst als trojanisches Pferd nutzen wollen, um über die Kommission Kontrolle über die GASP zu erlangen.

Es ist eine Schande, dass das Europäische Parlament und die anderen Institutionen noch immer keine Ahnung haben, wie genau dieser Dienst funktionieren soll. Der in Absatz 4 diskutierte graduelle Prozess ist schlicht und einfach ein risikoreiches institutionelles Wagnis, und es werden sicher - Sie mögen das Wortspiel entschuldigen - institutionelle Tränen fließen.

**György Schöpflin (PPE).** – Herr Präsident, auch ich möchte meine Stimme denen anschließen, die den Bericht von Herrn Brok unterstützen und ebenfalls meiner Faszination für die Paranoia Ausdruck verleihen, die von dieser Seite des Hauses gekommen ist.

Der Auswärtige Dienst ist zweifelsohne ein potenziell wichtiges Element bei der Förderung der Kohärenz bei den Beziehungen der EU mit dem Rest der Welt. Diese Beziehungen sind oft weitreichend, komplex und haben maßgebliche Auswirkungen auf die Welt außerhalb von Europa. Es ist daher wichtig, dass diese Aktivitäten vollkommen koordiniert ablaufen, um sicherzustellen, dass die EU-Politik die vorgesehenen Auswirkungen hat. In der Tat wird, wenn der Auswärtige Dienst erst einmal eingerichtet ist und läuft, dies den Standpunkt der EU beeinflussen, beispielsweise in Bezug auf die allgemeine Außen- und Sicherheitspolitik und - wie bereits bemerkt - die Förderung der Demokratie-Agenda, der Menschenrechte, der Kanalisierung von Hilfe und dem Umgang mit den facettenreichen Entwicklungsangelegenheiten.

Die Frage der Kohärenz ist in diesem Kontext von zentraler Bedeutung. Wenn unterschiedliche Teile der Europäischen Union politische Angelegenheiten unterschiedlich stark gewichten, werden deren Auswirkung abgeschwächt und es kommt mit großer Wahrscheinlichkeit zu unbeabsichtigten Folgen. Konsequenz ist in diesem Zusammenhang der Dreh- und Angelpunkt. Der Auswärtige Dienst wird unter diesen Umständen eine beträchtliche Verantwortung bei der Zusammenarbeit mit allen anderen Institutionen der Europäischen



Union haben, die eine externe Dimension haben. Die Wirksamkeit des Dienstes wird ganz offensichtlich und notwendigerweise die Arbeit des Hohen Vertreters strukturieren, aber seine Arbeit wird mittelfristig durch alle Institutionen der Europäischen Union nachhallen. Dies ist ein beidseitiger Prozess.-

Aus dieser Perspektive gesehen ist es unabdingbar, dass der Dienst ganz offensichtlich dem Hohen Vertreter unterstellt ist, jedoch auf breiterer Basis auch dem Parlament selbst. Der Dienst repräsentiert schließlich die Europäische Union in all ihren Aspekten, daher die Betonung von Verantwortlichkeit, Transparenz und Kohärenz.

**Wolfgang Kreissl-Dörfler (S&D).** - Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein Europa, eine Stimme! Ein weiteres wichtiges Etappenziel hin zu einer gemeinsamen Außenpolitik der Mitgliedstaaten ist erreicht. Entscheidend wird sein, dass eine starke, unabhängige und kompetente Persönlichkeit für den Posten des Hohen Vertreters gefunden wird und dass der oder die Beauftragte den notwendigen Spielraum und die Freiheit erhält, den Dienst gemäß den Erfordernissen aufbauen und gestalten zu können, selbstverständlich analog den Grundlagen der Europäischen Union, die auch die Einhaltung der fundamentalen Menschenrechte beinhalten. Das ist *sui generis*.

Unabdingbar ist, dass dies in transparenter Weise geschieht, dass das Parlament entsprechend daran beteiligt wird und dass das Haushaltsrecht sowie die Haushaltskontrolle bei der Haushaltsbehörde liegen müssen. Es ist aber auch unabdingbar, dass die nationalen Regierungen endlich einmal ihre Interessen hintanstellen und sich geschlossen zu diesem Amt und den Aufgaben des Dienstes bekennen und nicht beständig, wie wir es ja leider kennen, je nach Belieben dazwischenfunken.

Es muss aber auch klar sein, und das ist uns sehr wichtig, dass die Entwicklungspolitik nach wie vor ihre Eigenständigkeit behält, denn das darf nicht beliebig vermischt werden. Begreifen wir das neue Amt und das Ressort, für das wir lange gekämpft haben, als eine Chance für die Zukunft, und zerreden und zerfleddern es nicht gleich wieder von Anfang an. Ein Europa, eine Stimme! Das ist der Auftrag, daran gilt es sich zu orientieren, nicht mehr und nicht weniger.

**Alexander Graf Lambsdorff (ALDE).** - Herr Präsident! Was wollen wir mit dem Europäischen Diplomatischen Dienst erreichen? Wir wollen, dass die politischen Prioritäten der Europäischen Union für das 21. Jahrhundert umgesetzt werden. Viele Länder, viele Menschen außerhalb Europas erwarten eine starke Rolle der Europäischen Union, den Frieden zu sichern, Konflikte zu verhindern und dort, wo das nicht funktioniert hat, den Frieden wiederherzustellen und wiederaufzubauen. Deswegen macht es auch Sinn, ein *Peacebuilding Department* vorzusehen.

Nun ist es aber so, dass in den Verhandlungen die Vertreter der Mitgliedstaaten im Rat zum Teil mit beiden Füßen auf der Bremse stehen – und sogar die Vertreter von Mitgliedstaaten, die man als gemeinhin proeuropäisch ansieht, bestenfalls mit einem Fuß auf dem Gas und einem Fuß auf der Bremse stehen. Das erzeugt zwar viel Hitze, aber wenig Bewegung. Wir würden uns daher wünschen, dass die Verhandlungen in Richtung eines wirklich starken Europäischen Auswärtigen Dienstes mit Kontrolle durch das Europäische Parlament gelingen. Die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass Europa mit einer Stimme spricht. Die Menschen außerhalb erwarten es. Der EAD wird das nicht alleine leisten können. Aber er ist ein Schritt in die richtige Richtung. Sorgen wir dafür, dass das funktioniert.

**Lorenzo Fontana (EFD).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bin der Ansicht, dass das Parlament angesichts der Wichtigkeit des diskutierten Themas mehr Zeit haben sollte, seine Stellung gegenüber dem Rat zu erläutern. Statt dessen dauert das Ausschussverfahren nur wenige Tage, und wir führen nun zwei Tage nach der Annahme der Verordnung eine parlamentarische Debatte im Ausschuss für Verfassungsangelegenheiten.

Die Verordnung zur Einrichtung des europäischen diplomatischen Dienstes ist ein Sprung nach vorn, wenn man es mit dem vergleicht, was die Verträge bieten. Darüber hinaus lässt sich der Europäische Auswärtige Dienst, wie er vom Bericht beschrieben wird, wohl nur schwer in die Außenministerien der Mitgliedstaaten integrieren. Was geschieht mit diesen Ministerien? Werden sie aufgelöst? Das ist wohl eher unwahrscheinlich.

Wie lassen sich ferner die Machtbefugnisse dieser Botschaften – beispielsweise im Hinblick auf Visa – in die Arbeit integrieren, die von den nationalen Botschaften bereits erledigt wird? Von wem werden die so genannten Botschafter der Europäischen Union ernannt? Von der Kommission, was wahrscheinlich ist, oder werden die Mitgliedstaaten in der Lage sein, ihre eigenen Botschafter zu ernennen? Das Konzept, die künftigen Vertreter als „Botschafter“ zu bezeichnen, ist zudem provokativ, wenn man bedenkt, dass die Europäische

Verfassung, die einen europäischen Außenminister vorgesehen hatte, nicht angenommen wurde. Wir können nicht so tun, als ob die Europäische Verfassung nicht von den Franzosen und Niederländern abgelehnt wurde.

**Andrzej Grzyb (PPE).** – (PL) Herr Präsident, unser Projekt der Europäischen Union ist natürlich einzigartig, das haben wir schon häufig betont. Durch das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, das, wie ich hoffe, auf effektive Weise geschieht, werden auch neue Institutionen geschaffen. Ein Ergebnis dieser Aktionen ist die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes, der primär dazu vorgesehen ist, sicherzustellen, dass sich die externen Beziehungen sowohl kohärent als auch effektiv gestalten.

Wie Kommissarin Ferrero-Waldner sagte, wird es sich um eine *sui generis* Einheit handeln, gleichzeitig lohnt es sich jedoch, sich an die Aussage von Herrn Brok zu erinnern, dass die fundamentalen Prinzipien, die bei der Schaffung dieses Dienstes angewendet werden sollten, neben Effektivität Transparenz und ein demokratisches Mandat sind. Die Effektivität sollte per Konsensus über die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes, sowohl unter den Institutionen - und hier freue ich mich über die Entscheidungen von Rat und Kommission - als auch durch die Einbeziehung von Angelegenheiten in Bezug auf die Entwicklungshilfe, humanitäre Hilfe, Expansion und internationalen Handel gewährleistet werden. Die EU braucht zudem eine starke Stimme in Angelegenheiten, die beispielsweise die Energiepolitik und die Solidarität anbelangen.

Bezüglich der Transparenz erwarte ich, dass bei der Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes ein Gleichgewicht erreicht wird. Dabei denke ich nicht nur an ein Gleichgewicht zwischen den Institutionen, sondern auch an ein geografisches Gleichgewicht bei Ernennungen für den Europäischen Auswärtigen Dienst. Dieser Punkt ist so wichtig, dass ich ihn gar nicht genug betonen kann. Die aktuelle Vertretung erfüllt diese Anforderung nicht, wenn wir beispielsweise die Generaldirektion RELEX oder die Delegationen der Kommission außerhalb der EU berücksichtigen. Der Dienst sollte gemäß demokratischen Normen geschaffen werden, und ich erwarte vom Parlament, dass es dabei eine signifikante Rolle spielt, sowohl beim Erschaffungsprozess als auch später, zusammen mit dem Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, bei den Einstellungsgesprächen mit den Kandidaten, die die Delegationen leiten sollen.

Was Mitarbeiterschulungen anbelangt, wurde vorgeschlagen, eine europäische Hochschule für Diplomaten ins Leben zu rufen. Dies ist ein wichtiges Unterfangen, gleichzeitig möchte ich jedoch die Gelegenheit ergreifen zu betonen, dass es bereits nationale Zentren und unzählige europäische Hochschulen gibt, die Erfahrung in der Mitarbeiterschulung haben. Wir sollten uns deren Erfahrung zunutze machen. Ich denke dabei an Brügge, Natolin, Florenz und Maastricht.

**KRistian Dan Preda (PPE).** – (FR) Herr Präsident, auch ich möchte die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes als einen Schritt in die richtige Richtung begrüßen, der für den Fortschritt steht, Europa auf internationaler Ebene konsistenter und effektiver zu machen.

Ich denke ferner, dass die Einrichtung eines solchen Dienstes dem europäischen Projekt eine signifikante politische Dimension verleiht und Europa ein politischeres Profil gibt.

Ich möchte zudem die Notwendigkeit für Konsistenz bei den vom Dienst durchgeführten Maßnahmen in Bezug auf Administrations- und Etatzuständigkeiten betonen, und diesbezüglich sind natürlich die Beziehungen zur Kommission einerseits und zum Parlament andererseits ausschlaggebend.

Was das Parlament anbelangt, bin ich ferner der Ansicht, dass dieser Dienst direkt und sehr eng mit dem Parlament zusammenarbeiten muss, um die Abgeordneten konstant über seine Aktivitäten sowie über die Ernennungen auf die wichtigsten Posten zu informieren. Darüber hinaus wird der Hohe Vertreter natürlich eine bekannte Persönlichkeit sein, ich denke jedoch, dass die anderen Mitglieder des Dienstes ebenfalls Menschen sein sollten, die äußerst vertrauenseinflößend sind.

Ich möchte ferner nachdrücklich auf das Rekrutierungsproblem hinweisen. Wie bereits einige meiner Abgeordnetenkollegen ausgeführt haben, halte ich die geografische Repräsentation für wichtig, und es muss ein Gleichgewicht für kleinere Länder und für neue Mitgliedstaaten geschaffen werden.

Schließlich möchte ich noch kurz auf die Bedeutung dieser gemeinsamen europäischen Kultur eingehen, die natürlich in verschiedenen Schulen und unterschiedlichen Institutionen geschaffen wird, aber ich bin der Meinung, dass in dieser Angelegenheit eine konsistente Initiative zur Schaffung einer einheitlichen Struktur auf europäischer Ebene eine gute Idee wäre.

**Mário David (PPE).** – (PT) Herr Präsident, es ist unabdingbar, dass das primäre Ziel bei der Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes die Konsolidierung der Bemühungen der europäischen Institutionen

ist, wobei ein effektiver Dienst geschaffen wird, der zu einer Artikulierung, Formulierung und Implementierung einer europäischen Antwort auf die gegenwärtigen internationalen Herausforderungen in der Lage ist.

Er sollte zudem mehr sein als nur die Summe seiner Teile; er sollte einen Mehrwert zu den vorhandenen Bemühungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union darstellen. Vor diesem Hintergrund halte ich es für ausschlaggebend, dass das, was die EU zu etwas Besonderem macht - mit anderen Worten, die Gemeinschaftsmethode - im Mittelpunkt dieser neuen Realität stehen sollte. Daher unterstütze ich den Bericht von Herrn Brok nach Kräften, der zu einer engen Zusammenarbeit zwischen der Kommission und dem künftigen Dienst rät und diese schützt.

Diesbezüglich möchte ich auf zwei Dinge hinweisen. Zunächst muss es zwischen dem Präsidenten der Kommission und dem Hohen Vertreter, der gleichzeitig Vizepräsident der Kommission sein wird, eine enge Zusammenarbeit geben, um sicherzustellen, dass der Dienst effektiv ist und reibungslos arbeitet. Zweitens besteht die Notwendigkeit für ein Bündnis zwischen dem Parlament und der Kommission zur Bekämpfung der zu erwartenden Verlagerung von Entscheidungsgewalt auf die Regierungsebene, welche die wirksame Betreibung des Dienstes kompromittieren kann.

Das Parlament muss demzufolge auf der Hut sein und sicherstellen, dass der Europäische Auswärtige Dienst ein Kompetenzzentrum ist, das die beste Expertise auf dem Gebiet der Außenpolitik darstellt.

*(Der Präsident gibt das Wort an Herrn Dartmouth, damit dieser Herrn Preda eine „Blue Card“-Frage stellen kann)*

**William (The Earl of) Dartmouth (EFD).** – Herr Preda, in Ihrer Rede haben Sie den Satz „eine gemeinsame europäische Kultur“ verwendet. Betrachten Sie die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union als vollständig kompatibel mit der gemeinsamen europäischen Kultur, auf die Sie verwiesen?

**Cristian Dan Preda (PPE).** – (RO) Ich sprach in meiner Rede über eine gemeinsame Kultur aus diplomatischer Sicht, als Teil einer politischen Kultur. Was mich anbelangt, so glaube ich, dass die Türkei in diesem Sinn ebenfalls Teil dieser europäischen politischen Kultur ist, die eine vollständig respektable diplomatische Tradition umfasst. Vielen Dank für Ihre Frage. Diesen Punkt hätte ich gleich als Erstes ansprechen sollen.

**Ingeborg Gräßle (PPE).** – Herr Präsident! Als Haushaltskontrolleurin sehe ich mit Sorge, wie die Kommission und der Rat das Europäische Parlament in der Frage des Auswärtigen Dienstes ausbooten. Wir haben keine Texte, und wir sind die Einzigen, die keine Texte haben, die nicht beteiligt werden und die hinterher das zu akzeptieren haben, was ausgehandelt wurde. Das ist eine Zumutung!

Was ich in dieser Debatte und nach der Erklärung der beiden Vertreter sehe, ist, dass wir einen Abbau von Gemeinschaftsinstrumenten haben. Wir werden auch sehen, dass es einen *Optout* aus den Instrumenten geben wird, in denen Parlamentsrechte angesiedelt sind, zum Beispiel der Haushaltsordnung. Wir müssen als Europäisches Parlament sehr aufpassen. Die Frage „Wer bestimmt was?“ hat sich mir im Lauf der Debatte nicht erschlossen. Ich halte das für eine offene Frage und glaube, dass, wenn unsere Budget- und Kontrollrechte und auch die Mitsprache in der Sache nicht respektiert werden, wir dann eine sehr schwierige Zusammenarbeit mit dem Rat und der Kommission in den nächsten Jahren haben werden.

**Richard Howitt (S&D).** – Herr Präsident, ich möchte einen starken Auswärtigen Dienst mit geografischen Schreibtischen weltweit, die Verantwortung für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und eine Vereinigung der Rats- und Kommissionsfunktionen bei Planung, Konfliktprävention und Krisenmanagement unterstützen.

Aber ich möchte Frau Malmström zustimmen, dass hierbei nicht durch die Übernahme der Verantwortung für die Handelsentwicklung und die Erweiterung eine Voreingenommenheit in der Kommission entstehen darf, daher habe ich mit meinem Kollegen, Herrn Gualtieri, eine Ergänzung zu Paragraph 6(c) ausgearbeitet, die die Zusammenführung der Programmerstellung und Implementierung der EU-Entwicklungspolitik unterstützt.

Die Kritiker sollten verstehen, dass es Probleme im bestehenden System gibt. Ein hoher Vertreter, der sich uns im Parlament nicht direkt verantwortlich zeichnet, eine Duplizierung von Funktionen in Rat und Kommission, eine Trennung zwischen dem EU-Sonderbeauftragtem und dem Delegationsleiter der Kommission, gelegentlich ignorierte Menschenrechte aus wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen usw.

Diese wichtige Reform des Vertrages von Lissabon muss einfach so umgesetzt werden, dass sie funktioniert, und sie wird es auch.

Und abschließend zu Frau Ferrero-Waldner, ich weiß, dass sie ihre Erregung nach der Intervention der britischen Unabhängigkeitspartei im Zaum halten kann, und dass sie versteht, dass die britischen Botschaften nicht zum Verkauf stehen.

**Ivo Vajgl (ALDE).** – (SL) Herr Präsident, wir geben heute der Europäischen Union grünes Licht für eine nachdrückliche Verfolgung einer wichtigen Errungenschaft bei ihren Bemühungen zur Schaffung einer größeren und bedeutenderen Rolle für sich in der globalen Außenpolitik. Ich möchte Herrn Brok zu einem detaillierten und äußerst stichhaltigen Bericht gratulieren. Ich halte es für wichtig, dass der neue Dienst die vorhandenen Dienste der Europäischen Union, die sie weiterhin anbieten wird, ergänzt. Es ist ferner wichtig, dass die Vertretungen der Europäischen Union weltweit weder verdoppelt noch verdreifacht werden. Es scheint mir als bestünde eine reale Gefahr, dass dies geschieht.

Schließlich sollte ich noch hinzufügen, dass wir uns besonders auf die Rolle der konsularischen Dienste für diese neuen Vertretungen konzentrieren sollten. Kleine Länder verfügen nicht über viel Geld und haben nicht in ganz Europa und weltweit Vertretungen, daher setzen sie so große Hoffnungen in diesen Dienst. Wir in Slowenien haben gute Erfahrungen mit der Zusammenarbeit mit österreichischen Diplomaten gemacht. Kommissarin, wir möchten, dass diese Kooperation andauert und als eine Art Muster fungiert.

**Heidi Hautala (Verts/ALE).** – (FI) Herr Präsident, Kommissarin Ferrero-Waldner, ich möchte Ihnen die Tatsache in Erinnerung rufen, dass die Europäische Union bestrebt ist, alles, was mit Menschenrechten zu tun hat, zu komplizieren, dies gilt ganz offensichtlich auch für die Rechte der Frauen, wie hier bereits erwähnt. Ich selber glaube, dass der gemeinsame Europäische Auswärtige Dienst unsere Chancen, Menschenrechte in unserer gesamten Arbeit zu berücksichtigen, definitiv verbessern wird, obgleich dies nicht von allein geschehen wird.

Ich möchte von Ihnen gern beschrieben hören, wie Sie beabsichtigen sicherzustellen, dass Menschenrechte und das Streben nach Gleichheit in diesem künftigen Auswärtigen Dienst etabliert werden sollen. Ich werde Ihnen ein Beispiel geben: Nicht alle EU-Delegationen halten derzeit die strengen Menschenrechtsrichtlinien ein, auf die wir uns zusammen geeinigt haben. Nun haben wir die Chance - beispielsweise durch Schulungsprogramme - das Profil dieser wichtigen Angelegenheiten zu verbessern. Herr Brok erwähnt in seinem Bericht auch Schulungen. Ich würde daher gern Ihre Ansichten zu diesen Angelegenheiten hören.

**Zoltán Balczó (NI).** – (HU) Herr Präsident, die Frage, die hier gerade gestellt wird, und über die wir eigentlich reden, ist, ob es auf dem vom Vertrag von Lissabon vorgegebenen Weg eine Initiative für einen Superstaat geben wird oder aber 27 Länder mit einer engen institutionellen Zusammenarbeit. Verfassungsgerichte diskutieren diese Angelegenheit derzeit ebenfalls und wollen einen Beschluss treffen. In Straßburg wurde vor der ersten Sitzung die EU-Fahne gehisst und die EU-Hymne gespielt, es gab auch eine Militärparade. Ein Staat hat eine Hymne und eine Fahne, eine Kooperation hingegen nicht. Wir haben hier vernommen, dass wir einen Botschafter entsenden sollen, der uns überall auf der Welt vertritt. Wir haben auch gehört, dass Europa mit einer Stimme sprechen soll. Damit sind wir nicht einverstanden. Wir stellen uns einen anderen Weg für die Zukunft Europas vor. Deshalb sind wir nicht paranoid, wie diejenigen, die Toleranz predigen, sagen. Wir wollen weiterhin ein Europa, es ist nur ein anderes Europa als das, was die meisten Menschen wollen.

**Íñigo Méndez de Vigo (PPE).** – Herr Präsident, da der Redner so nett war, sich bereit zu erklären, eine Frage zu beantworten, möchte ich gern eine stellen. Real Madrid, ein spanischer Fußballverein, hat eine Fahne und eine Hymne. Halten Sie ihn für einen Staat?

*(Lachen und Beifall)*

**Zoltán Balczó (NI).** – (HU) Eine Fahne, die zu anderen Staaten gehört, wird üblicherweise nicht - wie hier geschehen - bei einer Militärparade gehisst, während die Hymne gespielt wird. Wenn Sie der Ansicht sind, Europa verhalte sich wie ein Fußballverein, haben Sie Ihre ganz eigene Ansicht der Dinge. Europa sollte kein Verein aus Fanatikern sein, die sich um eine Fahne scharen, obgleich Sie möglicherweise ein glühender Fan sein mögen, sondern stattdessen ein Team, das verschiedene Sichtweisen repräsentiert.

**Danuta Maria Hübner (PPE).** – Herr Präsident, die Diskussion über den Europäischen Auswärtigen Dienst findet zu einer Zeit statt, zu der das Bedürfnis nach einer langfristigen EU-Strategie, wie in dieser sich drastisch ändernden Welt mit den anderen Teilen der Welt zusammengearbeitet werden soll, zu einer dringenden Angelegenheit wird. Wir brauchen wagemutige Strategien, Visionen und Aktionen, da sich die aufstrebenden globalen Mächte schneller modernisieren als dies in Europa je der Fall war, und immer durchsetzungsfähiger werden.

Unser geopolitisches strategisches Denken in außenpolitischen Angelegenheiten darf sich nicht auf Klimawandel und Energiesicherheit beschränken. Eine von drei Institutionen, die in der Praxis in der Außenpolitik eine aktive Rolle einnimmt - Präsident des Rates, Präsident der Kommission und Hoher Vertreter - muss die ihr zugewiesenen geopolitischen strategischen Kompetenzen haben, und nicht nur eine kurzfristige Behebung von neu auftretenden Problemen, was zu einer Außenpolitik mit dem geringsten gemeinsamen Nenner führt. Meiner Ansicht nach ist der natürliche Kandidat für diese strategischen Kompetenzen der Hohe Vertreter, der auf die Kompetenzen und die Fachkenntnis des Europäischen Auswärtigen Dienstes zurückgreift.

**Andrey Kovatchev (PPE).** – (BG) Die Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes und ein erfolgreicher Beginn seiner Tätigkeit kennzeichnet einen wesentlichen politischen Erfolg in der Europäischen Union auf ihrem Weg zur Erreichung des Ziels, eine veritable europäische gemeinsame Außenpolitik und Sicherheitspolitik zu erreichen. Dies würde es Europa ermöglichen, wirklich mit einer Stimme zu sprechen. Es wird möglich sein, eine Antwort auf die berühmte anekdotische Frage von Henry Kissinger zu geben: „Wen rufe ich an, wenn ich Europa anrufen will?“, denn Europas Rufnummer wird die Rufnummer des Hohen Vertreters der Union für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik sein. Gegenwärtig müssen wir, um den Standpunkt Europas festzustellen, 27 verschiedene Rufnummern kennen, eine für jeden Mitgliedstaat.

Es versteht sich von selbst, dass der Hohe Vertreter seinen Vorschlag zur Einrichtung dieses Dienstes in diesem Parlament einreichen muss, damit dieser Dienst seine Tätigkeit aufnehmen kann. Ich hoffe ferner, dass diese Person den Bericht von Herrn Brok berücksichtigt und eine gleiche und faire Vertretung aller Mitgliedstaaten, insbesondere der neuen Mitgliedstaaten, liefert.

**Krisztina Morvai (NI).** – Herr Präsident, es ist wirklich interessant zu hören, dass einige Mitglieder von der Herausforderung dieser berühmten einen Stimme und der Herausforderung des gesamten Status Quo äußerst irritiert sind. Ich rufe die Bürgerinnen und Bürger Europas auf, die uns in diese Positionen gewählt haben, und lade sie dazu ein, diesem Gespräch über die Transparenz des Internets zu folgen und ihre Meinungen zu allem, worüber wir hier gesprochen haben, kundzutun.

Ich möchte jedoch eine weitere Angelegenheit ansprechen, an die ich mich während der Diskussion erinnert habe, als Frau Ferrero-Waldner die israelische Regierung während des furchtbaren Blutvergießens des Gaza-Krieges besucht hatte. Ich werde nie vergessen, Kommissarin, wie Sie die Mitglieder der israelischen Regierung in dieser furchtbaren Zeit umarmt und geküsst haben.

Wie kann ich sicher sein, dass, wenn dieser Beschluss angenommen wird, niemand Kriegsverbrecher in meinem Namen umarmt und küsst?

**Elena Băsescu (PPE).** – (RO) Ich möchte zunächst einmal Elmar Brok für die Ausfertigung dieses Berichts danken. Wie bereits der vorherige Redner gesagt hat, es ist drei Jahrzehnte her, seit der US-Außenminister Henry Kissinger die Frage gestellt hat: „Wen rufe ich an, wenn ich Europa anrufen will?“ Die Schaffung der Stelle des Hohen Vertreters und eines Auswärtigen Dienstes ermöglicht es der Europäischen Union, diese Frage zu beantworten.

Ich meine, dass die europäische Diplomatie mit diesen Funktionen eine aktivere und entschlossfähigere Rolle bei der Verteidigung der grundlegenden Interessen der EU spielen kann, auch was die Energiesicherheit anbelangt.

Ich begrüße die Tatsache, dass der Hohe Vertreter und die Leiter der diplomatischen Missionen in einen permanenten Dialog mit dem europäischen Parlament treten sollen.

In Bezug auf die Einstellung der Mitarbeiter als Teil des Auswärtigen Dienstes denke ich, dass abgesehen von der Tatsache, dass die relevanten Mitarbeiter über hervorragende Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen müssen, natürlich auch der Tatsache Rechnung getragen werden muss, dass die Mitgliedstaaten ordnungsgemäß und proportional vertreten werden.

**Piotr Borys (PPE).** – (PL) Herr Präsident, auch ich möchte mich herzlich für diesen hervorragenden Faktenbericht bedanken. Dank der Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes ist die Europäische Union nun in der Lage, als Erschafferin einer internationalen Politik eine aktive Präsenz in der internationalen Arena einzunehmen. Dies ist äußerst wichtig. Natürlich stimmen wir alle zu, dass die Frage der Qualität der Dienste im Wesentlichen der Zuständigkeit der Kommission und der Mitgliedstaaten obliegt, und dass in

dieser Angelegenheit eine Kooperation zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission erforderlich ist.

Ich möchte jedoch die Kommissarin fragen, ob sie auf der Basis ihres Kontakts mit dem Europäischen Parlament eine praktische Möglichkeit für die Anwendung unserer Arbeit in Form einer aktiven Kooperation sieht, beispielsweise in interparlamentarischen Delegationen. Ich denke, es gibt viele Foren, wo der Hohe Vertreter und der Europäische Auswärtige Dienst aktiv mit dem Parlament zusammenarbeiten könnten, auch über Delegationen. Werden diesbezüglich entsprechende Vorbereitungen getroffen?

**Riikka Manner (ALDE).** – (FI) Herr Präsident, Kommissarin, zunächst einmal möchte auch ich dem Berichtersteller für einen hervorragenden Bericht danken. Ich möchte jedoch betonen, dass wir auch den kleinen Mitgliedstaaten und den speziellen Eigenschaften eines jeden Landes auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik aufrichtige Aufmerksamkeit schenken müssen, damit es mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst klappt. Nur damit und mit dieser Debatte können wir den EAD zu einer existenzfähigen Einheit machen.

Es ist wichtig, dass dieser Bericht auch auf die Bedeutung von Transparenz und Demokratie verweist. Darüber hinaus bin ich der Ansicht, dass wir die Wichtigkeit dieser Angelegenheit speziell im Hinblick auf die Probleme mit einer unzureichenden Sicherheit hinsichtlich des EAD betonen sollten. Die Europäische Union wurde auf der Grundlage von Frieden und Stabilität geschaffen, und wir können diese insbesondere global fördern, durch humanitäre Hilfe, Entwicklungshilfe, Krisenmanagement und internationalen Handel.

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – Herr Präsident, ich fand es interessant, dass einige der Abgeordneten, die hier so herzlich über Demokratie geredet haben, nicht akzeptieren können, dass der Vertrag von Lissabon demokratisch von 26 Parlamenten und einem Volksentscheid angenommen wurde.

(Beifall)

Es steht noch die Unterschrift eines Mannes aus, dem stimme ich zu, aber ich bin mir ziemlich sicher, dass der Vertrag in Kürze in Kraft treten wird, und dass der Auswärtige Dienst dann erschaffen werden muss. Und das ist gut so. Er wird in den Mitgliedstaaten, in nationalen Parlamenten und, verehrte Abgeordnete - wenn Sie sich beispielsweise die Eurostat-Umfragen ansehen - auch von den Bürgern in der Europäischen Union unterstützt. Denn sie denken - wie wir es tun, wie ich es tue, wie die meisten Menschen hier es tun - dass es für die Europäische Union wichtig ist, kohärenter und stärker zu agieren, wenn wir unsere Werte und unsere Arbeit für Frieden und Demokratie auf der ganzen Welt vorantreiben wollen.

Wir sollten natürlich Bürokratie und Duplikation vermeiden, aber, wie Frau Ferrero-Waldner bereits ausgeführt hat, wir gründen hier ein neues Gremium. Es ist *sui generis*, somit müssen wir eine Methode finden, es zu entwickeln. Was der Coreper in Zusammenarbeit mit dem Rat, der Kommission und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments - Herrn Brok und anderen - bespricht - und ich hatte persönlich ebenfalls mehrere Gespräche mit Herrn Buzek, um dieses Parlament auf dem Laufenden zu halten - sind die allgemeine Rahmenkonstruktion und die Aufgaben des Auswärtigen Dienstes. Dies muss nun politisch diskutiert werden, und es wird die Aufgabe des Hohen Vertreters sein, die Details auszuarbeiten. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit und in engem Dialog mit dem Europäischen Parlament. Dessen bin ich mir sehr sicher.

Natürlich gibt es noch einige Dinge zu klären. Wichtig ist, dass der Hohe Vertreter die Instrumente hat, um seine bzw. ihre Aufgaben auf effizienteste Weise auszuführen. Dies bedeutet, dass er oder sie für den Verwaltungsetat des EAD, aber auch für die Ernennungsbehörden zuständig sein muss. Natürlich muss jede rechtliche Lösung, die wir wählen - und da gibt es noch immer Diskussionsbedarf - alle bestehenden Etatvorschriften einhalten und somit eine ordnungsgemäße Rechenschaftspflicht gewährleisten.

Der Rat ist möglicherweise nicht mit allen Einzelheiten im Bericht von Herrn Brok einverstanden, aber ich halte ihn für einen äußerst wertvollen Diskussionsbeitrag. Ich hoffe, er erfährt eine breite Unterstützung in diesem Parlament. Ich möchte Herrn Brok für die Arbeit danken, die er geleistet hat, sowie für die Debatte hier im Parlament.

**Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident, ich möchte erneut darauf hinweisen, dass wir nicht entscheiden, ob es den Auswärtigen Dienst geben soll oder nicht: Er ist bereits im Vertrag von Lissabon verankert. Wie meine Kollegin gerade ausführte - und auch ich bin zuversichtlich, dass der Vertrag von Lissabon in Kürze in Kraft treten wird.

Ich werde nun einige Dinge kommentieren, die in der Diskussion angesprochen wurden, und ich halte es für lohnenswert, sie aufzugreifen. Zunächst einmal sind wir, die Kommission, bestrebt, den EAD zu einem

Erfolg zu machen. Es muss ein gemeinsames Unternehmen sein, an dem sich alle EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten von Anfang an voll beteiligen. Aus meiner eigenen Erfahrung als Kommissarin für Außenbeziehungen denke ich, dass zukünftig eine Vielzahl von Dingen auf verschiedene Arten ausgeführt werden. Ich kann den Bedarf für einen Hohen Vertreter/Vizepräsidenten sehen, um eine bestimmte verwaltungs- und etatspezifische Autonomie zu erhalten.

Gleichzeitig ist klar, dass der EAD äußerst enge Verbindungen zu einer Vielzahl von Kommissionsdiensten halten muss, daher ist es sehr wichtig, dass wir zusammenarbeiten. Ich unterstütze die Ziele des Parlaments, transparente und rechenschaftspflichtige Etatarrangements für den EAD sicherzustellen. Das ist ebenfalls klar, daher denke ich, wir freuen uns auf das Erarbeiten der richtigen Formel dafür.

Zweitens erfolgt vertragsgemäß die politische Haftungspflicht für das Europäische Parlament im Wesentlichen durch den Präsidenten der Kommission und den Hohen Vertreter/Vizepräsidenten und andere Mitglieder der Kommission. Wir begrüßen das klare Signal im Bericht von Herrn Brok, dass der Hohe Vertreter/Vizepräsident die ernennende Autorität für den EAD und die leitenden Delegationsmitglieder sein soll.

In dem neuen System sind die Delegationsleiter und die anderen leitenden EAD-Mitglieder EU-Beamte gemäß den Mitarbeitervorschriften, die genau definierten Ernennungsverfahren und einer Unabhängigkeitspflicht unterliegen. Wir hätten Fragen zu den Auswirkungen einer auf diese Weise erfolgenden Auswahl einer Gruppe für EP-Anhörungen. Selbst wenn es nur eine Frage von Anhörungen für eine politischere Stellung wäre, würden dieselben Erwägungen gelten. Ich denke, dies entspricht sicherlich nicht der Praxis in den Mitgliedstaaten.

Auch hier verstehen wir jedoch, dass das Parlament ein Interesse an einem profunden Austausch, sei es formell oder informell, mit den wichtigsten leitenden Beamten des EAD und den Delegationen hat. Ich denke, dies könnte nach der Ernennung einer Person erfolgen; dann sollten sie vor das Parlament gehen und die Angelegenheiten mit dem Parlament besprechen.

Ich habe auch mit großem Interesse und großer Freude bemerkt, dass die Frage nach den Menschenrechten und nach den Rechten der Frauen gestellt wurde. Ich kann nur sagen, dass alle EU-Institutionen an einer Gleichstellung arbeiten. Dies gilt auch für den EAD, die Ernennungen müssen jedoch der Leistung entsprechend vorgenommen werden, somit müssen Leistung und Gleichstellung gleichermaßen berücksichtigt werden.

Ich möchte noch schnell einen Kommentar zur israelischen Regierung und zu meiner Reise in den Nahen Osten abgeben. Nach dem Gaza-Konflikt war es äußerst wichtig, einen Waffenstillstand zu erreichen. Ich habe versucht, meinen Beitrag zum ersten Waffenstillstand zu leisten, und ich denke, es war im Wesentlichen meine Intervention, die eine Öffnung von humanitären Korridoren möglich machte und eine Festlegung von Zeiten für die Lieferung von Hilfsgütern in dieser äußerst schwierigen und entscheidenden Phase.

Und zu den Delegationen, wie ich bereits sagte: Sie sind bereits offen. Die Delegationen des Europäischen Parlaments, die sie erwähnten, sind für die Kommissare oder für die Ratsmitglieder bereits geöffnet, dies ist jedoch auch abhängig vom Zeitplan. Die Situation wird sich auch zukünftig nicht ändern.

**Elmar Brok, Berichterstatter.** – Herr Präsident! Frau Ratspräsidentin! Frau Kommissarin! Kolleginnen und Kollegen! Die Attacken, die hier gegen eine Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik betrieben werden, sind Attacken der Vergangenheit. 70 % der Bürger Europas in allen Meinungsumfragen sagen, sie wollen eine stärkere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, weil sie wissen, nur so können wir Frieden in Europa bewahren und die Interessen Europas in der Welt wahrnehmen. Ihre Aussagen, die Sie machen, sind die der Vergangenheit, die uns in Europa in Kriege hineingeführt haben, und dem wollen wir ein Ende bereiten.

Wir wollen weiterhin feststellen, dass wir mit dieser Außenpolitik die Handlungsfähigkeit verstärken wollen, und ich möchte noch einmal ausdrücklich sagen: Außenpolitik ist nicht die Aufgabe von Parlamenten. Die operationelle Außenpolitik muss betrieben werden von Exekutiven. Das ist auch in allen Nationalstaaten so. Aber es bedeutet, dass Parlamente – und in diesem Fall das Europäische Parlament – ein volles Kontrollrecht haben, dass klargestellt wird, in welcher Weise dies für den Haushaltsbereich gilt, in welchen Fragen ein Informationsrecht besteht und eine echte *accountability* hergestellt wird.

Da möchte ich den Rat und die Kommission einladen, in den Papieren nicht so sehr über die Organigramme zu schreiben, wer welchen Posten aus den nationalen Delegationen bekommt, sondern die Rechte des Parlaments mal in diese COREPER-Papiere reinzuschreiben und nicht einfach zu sagen, die Rechte des Parlaments müssen gewahrt werden *full stop*. Ich glaube, da sollte man sich ein bisschen bewegen. Im Übrigen

bin ich auch der Auffassung, dass der Hohe Beauftragte/Vizepräsident, der benannt werden muss, an der Entwicklung der Vorschläge beteiligt sein muss und dass dem nicht ein fertiges Papier hingelegt wird. Auch das sollte man berücksichtigen. Frau Ratspräsidentin, es würde auch zur vertrauensbildenden Maßnahme gehören, wenn Sie in Zukunft den Hohen Beauftragten auch nennen würden: Hoher Beauftragter/Vizepräsident der Kommission. Dann sprechen wir über dasselbe Anliegen, und das wäre auch hilfreich um festzustellen, dass wir über dasselbe sprechen.

(Beifall)

**Der Präsident.** – Die Aussprache wird geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, dem 22. Oktober 2009, statt.

### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)**

**Gabriele Albertini (PPE), schriftlich.** – (IT) Der Text, auf dessen Abstimmung morgen wir uns vorbereiten, ist eine hervorragende Grundlage für die Verhandlungen, die vor uns liegen.

Ich danke Herrn Brok und Frau Neyts-Uyttebroeck für die hervorragende Arbeit, die sie trotz der kurzen Zeit, die ihnen zur Verfügung stand, geleistet haben. Auf der Grundlage dieser Arbeit ist der Ausschuss, bei dem ich die Ehre hatte, den Vorsitz zu übernehmen, in der Lage, einen konstruktiven, aber konsequenten Dialog mit dem künftigen Hohen Vertreter zu führen, und den Gemeinschaftscharakter des neuen Auswärtigen Dienstes zu verteidigen. Die Botschaft, die wir der Kommission und dem Rat senden wollen, lautet im Wesentlichen: Wir wollen einen Dienst, der über umfassende Befugnisse verfügt und unser Streben danach, die Europäische Union zu einem globalen politischen Akteur zu machen, erfüllt - und wir wollen, dass dies auf der Grundlage des gegenseitigen Einverständnisses erfolgt, d. h. durch Beteiligung und Unterstützung aller drei Institutionen - des Parlaments, der Kommission und des Rates.

Daher fordere ich die Kommission eindringlich auf, mutig in die Verhandlungen zu gehen und das Gemeinschaftsmodell zu verteidigen, und ich lade den Rat erneut ein, dieses Parlament und insbesondere der Ausschuss, bei dem ich den Vorsitz habe, von Anfang an in die Verhandlungen einzubinden, um so diese ausschlaggebende Phase bei der Schaffung einer echten europäischen Außenpolitik abzuschließen.

**Cristian Silviu Buşoi (ALDE), schriftlich.** – (RO) Die Erschaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes ist ein absolutes Muss zur Verbesserung der Effektivität der auswärtigen Handlungen der EU. Der Zweck diesbezüglich ist die Förderung einer viel konsistenteren Außenpolitik und die Anhebung des EU-Profiles auf internationaler Ebene. Die Erreichung dieser Ziele ist jedoch von der Art abhängig, wie wir diesen Dienst strukturieren.

Der Bericht enthält eine Reihe besonders wichtiger Vorschläge. Wir brauchen eine Organisation, die möglichst straff sein muss und bei der jegliche Duplizierungen vermieden werden. Daher unterstütze ich die Zusammenführung der Kommissionsdelegationen in Ländern der dritten Welt, der Verbindungsbüros des Rates und der Büros der EU-Sonderbeauftragten sowie die Schaffung von „EU-Botschaften“. Was die Effektivität anbelangt, halte ich es auch für einen interessanten Vorschlag, dass diese Delegationen bestimmte konsulare Funktionen übernehmen, wie beispielsweise die Bearbeitung von Schengen-Visa.

Ich möchte nachdrücklich auf den Bedarf einer Standardschulung für Mitarbeiter hinweisen, sodass wir wirklich einen professionellen Dienst vorweisen können, der die Anforderungen der EU erfüllt. Die Einrichtung einer europäischen diplomatischen Hochschule scheint mir die ideale Lösung für die Schulung der diplomatischen Mitarbeiter auf der Grundlage gemeinsamer Normen zu sein, um so die Konsistenz für den EAD zu gewährleisten. In der Tat könnte eine europäische diplomatische Karriere zukünftig ebenso attraktiv werden wie eine diplomatische Karriere für einen Mitgliedstaat.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich.** – (PT) Dies ist ein weiteres dieser bedauerlichen Dokumente des Europäischen Parlaments, das die gesamte Art und Weise, wie die Europäische Union arbeitet - im negativen Sinn des Wortes - zu beeinflussen versucht, indem die Rechtspersönlichkeit, die ihr vom Vertrag von Lissabon verliehen wurde, ausgenutzt wird, obgleich dieser noch nicht einmal in Kraft getreten ist, da wir noch immer auf Ratifizierung des Vertrages durch die Tschechische Republik warten.

Dieser Bericht ist symptomatisch für die militaristische Natur der Europäischen Union. Dieser Bericht soll sicherzustellen, dass die Außenpolitik dem Interesse der militärischen Expansion durch die Großmächte innerhalb der Europäischen Union dient, indem er auf die Aspekte zurückgreift, die diese in den Vertrag von



Lissabon aufgenommen haben, um ihre Entscheidungsfindungskräfte zu stärken, obgleich es Mitgliedstaaten gibt, die andere Ansichten vertreten.

Ein Beispiel ist die folgende Aussage im Bericht:

„Die militärischen und zivilen Krisenmanagementeinheiten müssen dem Hohen Vertreter unterstellt werden, während die Befehls- und Organisationsstruktur möglicherweise von der für zivile Mitarbeiter abweichen muss; der Austausch bezüglich der Geheimdienstanalyse der Akteure innerhalb des EAD ist von ausschlaggebender Bedeutung, um den Hohen Vertreter somit bei der Erfüllung seines/ihres Mandats zur Durchführung einer kohärenten, konsistenten und wirksamen Außenpolitik der Union zu unterstützen.“

**Anneli Jäätteenmäki (ALDE)**, *schriftlich*. – (FI) Herr Präsident, meine Damen und Herren, im letzten Frühjahr hat das Europäische Parlament den Bericht von Herrn Dehaene über die Auswirkungen des Vertrages von Lissabon auf das institutionelle Gleichgewicht der EU angenommen. Darin forderte das Parlament, dass bei künftigen Nominierungen für Spitzenstellen innerhalb der EU auch der Gleichstellungsaspekt zu berücksichtigen sei. Nun, nur wenige Monate später, nimmt das Europäische Parlament eine noch strengere Position zugunsten der Gleichstellungsimplementierung ein. Die Position des Parlaments zur Gleichstellung ist somit klar. Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Margot Wallström, war in Angelegenheiten der Gleichstellung proaktiv. Auch José Manuel Barroso, der wiedergewählte Präsident der Kommission, hat versprochen, dem Gleichstellungsgedanken bei der Bildung der neuen Kommission positiv gegenüberzustehen. Die Mitgliedstaaten sind hier jedoch in einer ausschlaggebenden Position. Ich bin überzeugt, dass wir geeignete Kommissionskandidaten in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union finden werden, sowohl Männer als auch Frauen. Vielen Dank.

**Andreas Mölzer (NI)**, *schriftlich*. – Was wurde nicht alles mit dem Vertrag von Lissabon versprochen: Reaktionsfähiger sollte die EU werden und demokratischer, das Europäische Parlament hätte mehr Mitspracherechte und die Bürger ihre EU-Volksbegehren. Tatsächlich aber wurden Mitgliedstaaten mit dem drohenden Kommissar-Entzug unter Druck gesetzt. Nun könnte die EU guten Willen zeigen und endlich das Volk zum Türkei-Beitritt befragen. Aber Referenden scheinen nur dazu da zu sein, ignoriert zu werden. Rätselhaft ist auch, inwieweit die EU reaktionsfähiger sein soll, wenn im Vertragswerk die Zuständigkeiten der neu geschaffenen Jobs nur angerissen werden. Hier sind Konflikte ebenso vorprogrammiert wie beim neu zu schaffenden Auswärtigem Dienst – mit ungeklärtem Zugriffsrecht. Wir haben bereits einen immer teurer werdenden außerordentlichen Haushalt mit einem immer dichter werdenden Netz diverser EU-Agenturen, der unweigerlich Doppelarbeit und Kompetenzüberschneidungen mit sich bringen muss. Es gilt also, die Balance zu wahren, damit durch das neue System einerseits keine Doppelgleisigkeiten entstehen, sondern Synergieeffekte genutzt werden können, andererseits die parlamentarische Kontrolle nicht umgangen werden kann und die Mitgliedsstaaten nicht ausgebremst werden sowie nationale Kompetenzen unbeschnitten bleiben. Bei all dem muss der neue Apparat auch die nötigen Kompetenzen haben, um seine Aufgaben erledigen und effizient mit Europas strategischen Partnern zusammenarbeiten zu können.

**Czesław Adam Siekierski (PPE)**, *schriftlich*. – (PL) Meine Damen und Herren, die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes ist ein außergewöhnliches Projekt und verdient unsere Unterstützung ganz besonders. Es soll den Hohen Vertreter der EU unterstützen, wir müssen jedoch gleichzeitig daran denken, dass wir ein ausreichendes Qualifizierungsniveau gewährleisten, sowohl was seinen institutionellen als auch was seinen nationalen Vertretungscharakter anbelangt. Die Rekrutierung von Mitarbeitern für den Dienst sollte besonders sorgsam vorgenommen werden, um die Prinzipien von Transparenz und Gleichheit einzuhalten. Es sollte auch beachtet werden, dass der Europäische Auswärtige Dienst die Möglichkeit erweitern wird, diplomatische Unterstützung zu erhalten, da jeder EU-Bürger diese beantragen können wird. Es handelt sich hier um eine *de facto*-Erweiterung der gegenwärtigen Möglichkeit, sich beim Auslandsdienst eines anderen Mitgliedstaates um Unterstützung zu bewerben, wenn der Heimat-Mitgliedstaat keine diplomatische oder konsulare Niederlassung in einem bestimmten Land hat. Der Europäische Auswärtige Dienst sollte zudem durch die Synergie seiner drei Grundkomponenten - Dienste, die ihre Wurzeln in der gegenwärtigen Europäischen Kommission, dem Rat und den Mitgliedstaaten haben - einen Mehrwert darstellen. Meiner Ansicht nach sollte der EAD Kandidaten aus allen drei Quellen rekrutieren. Dies gewährleistet seine Professionalität, Effektivität und seinen einzigartigen Charakter. Effektivität wird auch durch die große Anzahl der Vertretungen der Europäischen Union erreicht, die sich aus der Umwandlung der heutigen Vertretungen der Kommission ergeben. Unter Bezugnahme auf die Rede von Herrn Grzyb muss ich sagen, dass ich ihm zustimme, dass die Erschaffung einer europäischen Hochschule für Diplomaten durch die Nutzung nationaler und regionaler Zentren, die bereits überall in Europa vorhanden sind, für professionelle Schulungen von künftigen Diplomaten umgangen werden sollten.

## **9. Vorbereitung des Transatlantischen Wirtschaftsrats und des Gipfels EU/USA (2. und 3. November 2009) - Transatlantische justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit (Aussprache)**

**Der Präsident.** – Der nächste Punkt ist die gemeinsame Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur:

1. Vorbereitung des Transatlantischen Wirtschaftsrates und des EU/USA-Gipfels (2. und 3. November 2009) sowie
2. Die transatlantische Zusammenarbeit zwischen Gerichten und Polizei.

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Herr Präsident, verehrte Abgeordnete, wie Sie wissen sind unsere Beziehungen zu den USA und die transatlantische Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU äußerst wichtig. Sie ist ein Eckpfeiler für die Außenpolitik der EU, gegründet auf die Werte von Freiheit, Demokratie und Respekt für die Menschenrechte und internationales Recht - etwas, was uns verbindet. Die neue Administration in den Vereinigten Staaten hat ein großes Interesse an der Vertiefung und Ausweitung der Verbindungen zu uns in Europa gezeigt. Wir werden den ersten Transatlantischen Wirtschaftsrat mit Präsident Obamas Administration am 26.-27. Oktober haben. Kurz danach, am 3. November, findet ein Gipfel zwischen der EU und den USA statt. Dies sind zwei wichtige Gelegenheiten, unsere Beziehungen zu festigen. Die heutige Debatte ist daher sehr wichtig.

Ich möchte eine Reihe von Bereichen hervorheben, in denen wir zusammenarbeiten, und bezüglich derer wir hoffen, auf dem Gipfel Resultate und engere Beziehungen zu erreichen.

Was das Klimaproblem anbelangt, begrüßen wir die verstärkten Bemühungen auf Seiten der USA. Wir müssen mit der amerikanischen Administration zusammenarbeiten, um in Kopenhagen einen umfassenden, global bindenden Vertrag zu erreichen. Wir fordern die USA auf, Ziele festzulegen, die mit denen der EU vergleichbar sind. Die Vereinigten Staaten und die EU müssen zusammen bereit sein, Klimamaßnahmen zu unterstützen, wie beispielsweise eine Emissionsverringerung, eine Anpassung, eine Finanzierung und andere Unterstützungsmaßnahmen für Entwicklungsländer.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist natürlich die Finanz- und Wirtschaftskrise. Zur Einhaltung der Verträge, die wir auf dem G20-Gipfel erreicht haben, und zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Finanzmärkte ist eine sehr enge Zusammenarbeit erforderlich. Zusammen werden wir an einem Abschluss der Doha-Runde mit einem positiven Ergebnis 2010 arbeiten, weil dies hinsichtlich der Bestrebungen zur Förderung einer Genesung und im Kampf gegen den Protektionismus äußerst wichtig ist.

Natürlich werden wir eine Reihe von regionalen Angelegenheiten diskutieren, wie beispielsweise Afghanistan, Pakistan, Iran, den Nahen Osten, Russland und die westlichen Balkanstaaten. Wir haben eine reguläre und immer enger werdende Kooperation in Bezug auf das Krisenmanagement, das sich beispielsweise in der Teilnahme der USA an einer zivilen GASP-Aufgabe, der Eulex-Mission im Kosovo, äußert.

Wir arbeiten auch in Energieangelegenheiten zusammen, eine Zusammenarbeit, die nun noch weiter gefestigt werden muss, und wir hoffen, dass wir auf Ministerebene einen speziellen Energierat zwischen der EU und den USA etablieren können.

Es gibt auf beiden Seiten Interesse an einer Vertiefung der Zusammenarbeit in nationalen und rechtlichen Angelegenheiten. Ich werde darauf in Kürze zurückkommen, da ich erfahren habe, dass die Aussprachen kombiniert wurden.

Bezüglich der Nichtverbreitung von Kernwaffen und der Abrüstung hat die Zusammenarbeit zwischen der EU und der amerikanischen Administration neuen Auftrieb erhalten und Barack Obama priorisiert diese Angelegenheit. Wir hoffen, dass sich dies in einer neuen gemeinsamen Erklärung zur Nichtverbreitung von Kernwaffen und zur Abrüstung auf dem Gipfel im November niederschlägt.

Beide Seiten des Atlantiks sind an einer Stärkung unserer Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Entwicklung interessiert. Die EU und die USA sind natürlich für einen deutlichen Großteil der Entwicklungshilfe auf der Welt verantwortlich. Der bevorstehende Gipfel bietet somit eine hervorragende Gelegenheit, diese und andere relevante Fragen auf höchster Ebene zu diskutieren. Der schwedische Ratsvorsitz ist sehr erfreut, die Gelegenheit zur Vertretung der EU zu haben.

Ich möchte einige Worte über die wirtschaftliche Partnerschaft und den Transatlantischen Wirtschaftsrat, den TWR, verlieren. Dieser liefert uns auf höchstmöglicher Ebene einen Mechanismus zur Beschleunigung aktueller Verhandlungen und zur Etablierung neuer Bereiche einer regulatorischen Zusammenarbeit. Wir müssen ein Arbeitsprogramm für den TWR entwickeln, das nächstes Jahr etabliert werden kann. Dies gibt uns ein Forum für eine Zusammenarbeit, in dem wir Probleme hinsichtlich der Globalisierung und des schnellen technischen Wandels bewältigen können. Es war bisher bereits ein wichtiges Forum, aber es könnte natürlich noch besser werden, nicht zuletzt, wenn es um breitere strategische Angelegenheiten in Bezug auf die transatlantische Wirtschaft und gemeinsame wirtschaftliche Herausforderungen geht. Der Transatlantische Wirtschaftsrat ist angesichts der Finanzkrise heute von noch größerer Bedeutung.

Gestatten Sie mir noch einige Worte zur justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit. Wir arbeiten bereits eine Weile mit den Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet zusammen, dies zeigt sich anhand einer Reihe von Verträgen zur Auslieferung und gegenseitiger Rechtsbeihilfe, die in wenigen Monaten in Kraft treten werden. Wir diskutieren dies häufig mit dem Europäischen Parlament, das, wie ich weiß, ein aktiver und motivierter Partner in diesen Angelegenheiten ist - häufig auch ein kritischer Partner, was gut ist. Diesbezüglich muss ich Sie beispielsweise nur an die Debatte über die Fluggastdatensätze erinnern. Nachdem der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, steigt der Einfluss des Europäischen Parlaments auf und seine Einbindung in diese Angelegenheiten.

Wir arbeiten derzeit an der so genannten Washingtoner Erklärung, die die Situation in Bezug auf rechtliche und nationalpolitische Angelegenheiten sowie die Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA auf diesem Gebiet beschreibt. Diese Erklärung muss signifikant sein, und ihr müssen konkrete Maßnahmen folgen. Wir brauchen keine weiteren schönen Worte, sondern eine konkrete und aktive Zusammenarbeit.

Natürlich müssen wir unsere gemeinsamen Werte etablieren - nämlich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Wir sind natürlich an einer Zusammenarbeit in allen Bereichen interessiert, die eine Gefährdung dieser gemeinsamen Werte darstellen.

Wir wollen eine frühe Konsultation der beiden Parteien, wenn es zu politischen Vorfällen kommt, die die andere Partei betreffen könnten. Wir betonen unsere gemeinsamen Ziele, in internationalen Foren aktiv zu sein, um eine vollständige Implementierung multilateraler Verpflichtungen zu erreichen.

Wir kooperieren, um die Sicherheit von Reisedokumenten zu erhöhen und die Einführung biometrischer Pässe als internationaler Norm zu erreichen. Ein wesentliches Beispiel ist die Vereinbarung über die Daten von Fluglinienpassagieren. Zusammen werden wir sicherstellen, dass die Vereinbarung funktioniert, gleichzeitig muss jedoch der Datenschutz von Einzelpersonen geschützt und die Systeme der einzelnen Länder müssen geachtet werden.

Die Liste der Kooperationsbereiche ist lang. Lassen Sie mich nur einige wenige nennen: Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung von Kindern, Drogenhandel, Wirtschaftskriminalität, IT-Kriminalität, Korruption, auch die Konfiszierung von Hilfsmitteln für und von Gewinnen aus Verbrechen und den Kampf gegen Terrorismus. Dies alles erfordert gemeinsame und bis zu einem bestimmten Grad auch koordinierte Bemühungen.

Wir haben an der Verbesserung der gesetzlichen Zusammenarbeit in Bezug auf die Erkennung, Untersuchung und Verfolgung von grenzüberschreitenden Verbrechen und Terroristen gearbeitet. Wir freuen uns auf die Vereinbarung zwischen der EU und den USA in Bezug auf die Auslieferung und die gegenseitige Rechtsbeihilfe, die Anfang nächsten Jahres in Kraft tritt.

Die Vereinbarung wurde nun in allen 27 Mitgliedstaaten der EU umgesetzt und eine gemeinsame Arbeitsgruppe zwischen der EU und den USA wurde eingerichtet, um sicherzustellen, dass die Vereinbarung implementiert wird. Es sind Seminare geplant, um die beteiligten Parteien näher zusammenzubringen, und um ihnen bei der Überwachung der Implementierung zu helfen.

Abschließend möchte ich drei weitere Punkte erwähnen. Der erste betrifft den Schutz von Menschenrechten und Grundfreiheiten. Dies ist äußerst wichtig. Der Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus erfordert häufig den Austausch von persönlichen Daten, was uns zu einem bestimmten Grad dazu zwingt, bestimmte Konzessionen hinsichtlich der Grundfreiheiten und -rechte zu machen. Dies muss durch den fundamentalen und rigorosen Schutz persönlicher Daten ausgeglichen werden. Die Zusammenarbeit und der Dialog in diesem Bereich werden fortgesetzt und sollten intensiviert werden.

Mein zweiter Punkt bezieht sich auf wichtige Infrastruktur. Wir müssen in Bezug auf Schäden, die bei einer Naturkatastrophe oder einem terroristischen Angriff oder bei Angriffen auf unsere IT-Systeme an wichtiger

Infrastruktur entstehen können, zusammenarbeiten. Dies könnte vernichtende Folgen haben. Es gibt einen großen Aufgabenbereich für eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.

Und drittens arbeiten die EU und die USA auf der Grundlage der Prinzipien von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zusammen. Wir sind bestrebt, diese Prinzipien überall in der Welt durchzusetzen. Wir tun dies bei jeder Zusammenarbeit und wenn wir in internationalen Foren arbeiten, wie beispielsweise den Vereinten Nationen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Verbindungsmitarbeitern und den Delegationen hat sich als fruchtbar erwiesen, wie beispielsweise in den westlichen Balkanstaaten sowie in Afghanistan und Pakistan. Diese Zusammenarbeit muss weiter verbessert werden. Die unterschiedlichen Maßnahmen innerhalb dieser Kooperation können einander ergänzen. Wir müssen zudem unsere technische Hilfe besser koordinieren. Wir setzen unsere Spenderkooperation, die Zusammenarbeit in punkto Hilfe und die operative Zusammenarbeit in Bezug auf Lateinamerika und Westafrika fort, um im Kampf gegen den Drogenhandel zu helfen und um andere Herausforderungen zu bewältigen.

Ich bin sehr erfreut, dass die amerikanische Administration ein so starkes Interesse an einer Zusammenarbeit mit uns zeigt. Es ist in unserem Interesse, dieses Angebot, an der Sicherung unserer Werte und unserer Interessen in einem konstruktiven Dialog zu arbeiten, anzunehmen, eine Zusammenarbeit, die hoffentlich zukünftig zu konkreten Ergebnissen führt.

**Benita Ferrero-Waldner**, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, in meinen Ausführungen werde ich den kommenden EU-US-Gipfel ansprechen, der einen wichtigen Meilenstein unserer transatlantischen Partnerschaft darstellt. Ferner werde ich auf bestimmte EU-US-Aspekte eingehen, insbesondere auf die aktuellen Verhandlungen zum Klimawandel und auch auf bestimmte kritische GLS-Angelegenheiten.

Der Wechsel in der US-Administration im Januar hatte äußerst bedeutsame Auswirkungen auf die EU-US-Beziehungen, und unsere Partnerschaft hatte einen guten Start. Ich würde sagen, wir haben unsere Beziehungen neu vitalisiert und ich bin überzeugt davon, dass der Vertrag von Lissabon, wenn er erst einmal in Kraft getreten ist, ebenfalls zur künftigen Stärkung dieser vitalen Beziehung beiträgt, indem er der Europäische Union eine noch stärkere außenpolitischen Identität gibt. Dies ist auch, was unsere Freunde in Washington erwarten.

Aber eines muss klar sein. Unser Streben nach einer echten Partnerschaft unter Gleichberechtigten mit den Vereinigten Staaten bedeutet auch, dass die Europäer bereit und in der Lage sein müssen, ihre Zusagen zu halten. Ich würde sagen, es ist ein dualer Impuls, intern und extern, der den Gipfel in Washington so wichtig macht.

Der erste formelle Gipfel mit Präsident Obama fand nach unserem informellen Treffen dieses Frühjahr in Prag statt. Nun laufen die Vorbereitungen für den Washingtoner Gipfel auf Hochtouren. Wir arbeiten zusammen mit der US-Seite an der Lieferung konkreter Ergebnisse in Prioritätsbereichen. Die globale Wirtschaft und der Klimawandel werden wahrscheinlich die beiden Hauptkonzentrationsbereiche der Gipfelbesprechungen sein, dazu kommen noch eine Reihe von wichtigen außenpolitischen Herausforderungen.

Bezüglich der Wirtschaft wird der Schwerpunkt in Washington auf den gemeinsamen Bemühungen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Sicherung einer nachhaltigen globalen Wirtschaftsgenesung zur Sicherung von Arbeitsstellen und zur Schaffung von Wachstum liegen. Wir werden mit Regierungsangelegenheiten für die globale Wirtschaft fortfahren, insbesondere der Finanzregulierung und einer zeitnahen Nachbereitung des G20-Gipfels in Pittsburgh. Die Kommission wird auch unser gemeinsames Interesse betonen, protektionistischen Tendenzen entgegenzuwirken, und wir werden die USA auffordern, ihre Bemühungen, die Doha-Runde zu einem erfolgreichen Ende zu bringen, zu erneuern.

Zweitens, zum Klimawandel, werden wir als Europäische Union die USA ermutigen, mit ehrgeizigen Zielen zur Klimakonferenz in Kopenhagen zu reisen, um eine stichhaltige globale Vereinbarung zu erreichen. Ferner werden wir mit den USA daran arbeiten, die Etablierung eines atlantikübergreifenden „Cap-and-Trade“-Systems (Festlegung von Emissionsanteilen) voranzutreiben.

Drittens, hinsichtlich der Außenpolitik werden wir natürlich mit den USA auch besprechen, wie dringende außenpolitische Herausforderungen bewältigt werden können. Hier konzentrieren wir uns auf eine weiterführende und engere Zusammenarbeit im Friedensprozess im Nahen Osten, auf die Herausforderungen, die die nuklearen Bestrebungen des Iran bedeuten, sowie auf Methoden, wie wir die Erneuerung des Paktes in Afghanistan gewährleisten können, der Grundlage für unsere dortigen gemeinsamen Bemühungen. Ich

werde ein separates außenpolitisches Treffen mit Außenministerin Clinton und Außenminister Bildt haben, wo ich auf diese Angelegenheiten detaillierter eingehen werde.

Darüber hinaus erwarte ich, dass der Gipfel auch eine Erklärung zur Nichtweitergabe von Kernwaffen und Abrüstung annehmen wird, wodurch die Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA in vielen der von Präsident Obama in seinen Reden in Prag und New York identifizierten Bereichen weitergeführt wird. Diese Initiative, die an sich schon strategische Bedeutung hat, ist für die erneuerte Verpflichtung der USA für einen effektiven Multilateralismus wegweisend, und die Europäische Union hat die Absicht, diese absolut zu unterstützen und zu konsolidieren.-

Und schließlich wird ein wesentliches Resultat des Gipfels die Schaffung eines neuen EU-US-Energierates sein, der sein erstes Treffen am 4. November haben wird. Auf EU-Seite werden ich und meine Kollegen, die Kommissare Piebalgs und Potočník sowie die Präsidentschaft dem Rat vorstehen, auf US-Seite fällt diese Aufgabe Außenministerin Clinton und Minister Chu zu. Der Rat will globale Energiesicherheit, Energiemärkte und Produktregulierung, bei neuen Technologien und Forschungen. Kurz gesagt: Er bietet einen Mehrwert auf einem politischen Feld; die Bedeutung dieses Schrittes ist offensichtlich.

Es gibt nun auch einen neuen Transatlantischen Wirtschaftsrat (TWR). Dieser ergänzt den Energierat, der ebenfalls revitalisiert wird. Der TWR trifft sich nächsten Dienstag in Washington - also vor dem Energierat - und die Resultate des TWR fließen natürlich ebenfalls in die Gipfelgespräche mit ein.

Ein vielversprechender Bereich unserer transatlantischen Zusammenarbeit ist das, was wir als Upstream-Kooperation bezeichnen. Wir besprechen politische Ansätze bereits frühzeitig, um auf diese Weise abweichende Regulierungen zu einem späteren Zeitpunkt zu vermeiden. Es versteht sich von selbst, dass wir einen solchen Kooperationspartner mehr denn je benötigen. Die benötigte kohärente Reaktion auf die Finanzkrise ist dafür das beste Beispiel. Wir werden auch erkunden, ob wir dieses Forum der Zusammenarbeit für Nanomaterial-gesundheitsversorgungsbezogene Daten intensivieren können.

Gemäß einer US-Initiative beabsichtigen wir auch, eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Innovationen zu initiieren. Beide Seiten erkennen an, dass die Optimierung des innovativen Potenzials unserer Industrien und unserer Belegschaften ausschlaggebend für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum ist und somit ausschlaggebend für ein erfolgreiches Überstehen der kommenden Krise. Und die Kommission wird natürlich unsere europäischen Bedenken hinsichtlich einiger kritischer Punkte wiederholen, wie beispielsweise der Sicherung des Handels sowie potenzielle Störungen durch einen Wettbewerb seitens der Staatsbeihilfe- und Auftragsvergabepolitik in den USA.

Abschließend haben wir, die Kommission, uns auch von Anfang an stark auf die Unterstützung des Europäischen Parlaments für den TWR-Prozess verlassen und dafür sind wir dankbar. Seien Sie also versichert, dass wir die Initiativen der Delegationen des Europäischen Parlaments für Beziehungen mit den USA zur Stärkung der parlamentarischen Involvierung in TWR-Angelegenheiten auf beiden Seiten des Atlantik ebenfalls stark unterstützen werden.

Wir möchten die Rolle des TWR als bilaterales Forum zur Stellung von alltäglichen als auch strategischen Fragen zum transatlantischen Handel und zu transatlantischen Investitionen konsolidieren. Wichtig ist zudem, dass der TWR auch versucht hat, sich in den Dialog der transatlantischen Gesetzgeber und der Stakeholder der Zivilgesellschaft zu involvieren, daher sind wir eindeutig auf das Fachwissen und die politische Schubkraft der Gesetzgeber angewiesen, um das volle Potenzial des transatlantischen Marktes auszuschöpfen.

Mein Kollege hat bereits erwähnt, dass auch der GLS äußerst wichtig sein wird. Es wird ein Troika-Treffen zu GLS-Angelegenheiten am 27. und 28. Oktober in Washington geben, im Rahmen unserer Zusammenarbeit in punkto Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit. Vizepräsident Barrot nimmt die Vertretung der Kommission wahr. Wir liegen in den letzten Zügen bei der Vorbereitung einer Aussage, die darauf abzielt, unsere transatlantische Partnerschaft in diesen Bereichen zu erneuern. Bei dem Treffen in Washington wird es die Gelegenheit geben, die Instrumente der Ratifizierung der Vereinbarungen in Bezug auf die Ausweisung und die gegenseitige Rechtsbeihilfe auszutauschen, sodass sie Anfang 2010 in Kraft treten können. Diese Vereinbarungen festigen unsere Bemühungen bei der Verbrechensbekämpfung in der heutigen globalisierten Welt.

Wie bereits erwähnt müssen wir in einer anderen kritischen Angelegenheit, die den Bürgern sehr am Herzen liegt, ganz gewiss weitere Fortschritte machen. Wir werden die Aufforderung zu visafreien Reisen in die USA für alle EU-Bürger wiederholen. Wir werden unsere Bedenken bezüglich der Möglichkeit einer Gebühr für das elektronische System zur Reiseautorisierung als neuer de-facto-Touristensteuer äußern. Und wir werden

die USA erneut daran erinnern, dass sie die Einschränkungen für Reisende mit HIV/AIDS unter dem US-Programm für visafreies Reisen (US Visa Waiver Programme) aufheben müssen, wie Sie bereits erwähnt haben.

Schließlich wird eine Delegation des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres zum Zeitpunkt des Ministertreffens nach Washington reisen, wir gehen also davon aus, dass sie dieselben Botschaften übermitteln können werden. Vizepräsident Barrot trifft sich ebenfalls mit der Delegation des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, während er in Washington weilt.

**VORSITZ: Diana WALLIS**

*Vizepräsidentin*

**Elmar Brok**, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, Frau Ratspräsidentin! *Gender Mainstreaming* hat sich hier im Haus durchgesetzt, stelle ich gerade fest. Wir müssen sehen, dass die Frage des Transatlantischen Wirtschaftsrates sehr wichtig ist und dass das, was vor einigen Jahren angelaufen ist, mit einem neuen Motor versehen werden muss, da wir uns ja in einer Übergangsperiode befinden – eine neue Administration in den USA, bald eine neue Kommission. Ich hoffe, dass das Treffen am kommenden Dienstag dafür sorgt, dass es weitergeht und den entsprechenden *Spirit* mit sich bringt.

Ein barrierefreier transatlantischer Markt bringt ein Wirtschaftswachstum von 3,5 % für die USA und Europa, und 1,5 % weltweit. Gerade in dieser Wirtschaftskrise ist dies sehr eng mit Arbeitsplätzen verbunden. Aus diesem Grund soll eine solche Chance genutzt und durch öffentliche *Statements* klargemacht werden, dass man diese Initiative ernst nimmt. Dabei sollte man, Frau Kommissarin, aufpassen, dass die Sicherheitspolitik im Energiebereich im neuen Energiesicherheitsrat betrieben wird und die regulatorischen Fragen im TEC behandelt werden und dass das nicht miteinander vermischt wird, damit wir keine Duplikation haben und nicht am Ende des Tages ohne Lösung dastehen.

Hier ist insbesondere die Frage der Gesetzgeber mitangesprochen. Wenn wir die Barrieren beseitigen wollen, geht das nicht ohne das Europäische Parlament und den Kongress. Denn 80 % der Regelungen sind Gesetzgebung. Deswegen kann das nicht allein durch die Administration gemacht werden.

Lassen Sie mich zum Gipfel eine letzte Bemerkung machen: Klimawandel, Afghanistan, Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, Massenvernichtungswaffen, Abrüstung sind wichtige Fragen, bei denen sich gerade mit der neuen Administration neue Chancen bieten. Ich wünsche Ihnen alles Gute, dass dies alles entsprechend einbezogen wird, und hoffe, dass der neue Nobelpreisträger in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union gerade auf diesen Feldern einen großen Erfolg für uns alle erreichen wird.

**Hannes Swoboda**, *im Namen der S&D-Fraktion.* – Frau Präsidentin, Frau Ratspräsidentin, Frau Kommissarin! Es ist schon erwähnt worden, dass wir mit Obama und mit der neuen Mehrheit im Kongress eine große Chance haben, die Zusammenarbeit zu intensivieren, insbesondere auch was den gemeinsamen transatlantischen Markt betrifft. Der soll ja kein gemeinsamer Markt der Deregulierung sein, sondern ein gemeinsamer Markt auf der Grundlage oder den Grundsätzen einer sozialen Marktwirtschaft, mit einer vernünftigen, sachgerechten Regulierung, dort wo sie notwendig ist.

Ich gebe dem Kollegen Brok völlig Recht – natürlich auf Grundlage der Gesetzgebung, ob es jetzt um die Finanzmarktregulierung geht oder um ökologische und energiepolitische Regulierungen. Hier gemeinsam vorzugehen, wäre ein großer Beitrag zur Gestaltung der globalen Verhältnisse.

Ein Bereich, der schon angeschnitten wurde und den wir heute Vormittag schon diskutieren konnten, ist sicherlich die zentrale Frage der Klimapolitik. Viele von uns werden in den nächsten Tagen in Washington sein, wo wir mit unseren Kolleginnen und Kollegen vom Kongress reden werden. Auch wenn die Gesetzgebung noch nicht fertig ist, was die Klimapolitik betrifft, so gibt es zumindest eine Quasi-Ermächtigung der Vertreter der amerikanischen Regierung, auch verbindliche Zusagen zu machen, selbst wenn sie dann im Detail erst nach der amerikanischen Gesetzgebung festgeschnürt werden müssen.

Kopenhagen muss ein Erfolg werden. Es ist nicht das Ende eines Prozesses, aber doch ein wichtiger Schritt in dem Prozess der gemeinsamen Klimapolitik, und wir müssen alle schauen, dass Kopenhagen ein Erfolg wird. Und ein Erfolg wird es nur dann, wenn es verbindliche klimapolitische Ziele gibt.

Zuletzt – und das wurde auch schon erwähnt – können wir bei aller Freundschaft und Liebe und trotz des guten Verhältnisses gewisse Dinge nicht akzeptieren; die protektionistischen Bemühungen, die es immer wieder gibt, z.B. beim Markt für Verteidigungsgüter, die diskriminierende Visapolitik gegenüber einigen

Mitgliedsländern, die schon erwähnten Einreisegebühren, die seitens der USA verlangt werden. Es ist wichtig, auf gleicher Augenhöhe mit den USA zu reden, eine Partnerschaft zu haben, aber auch das zu sagen, was wir nicht akzeptieren können, nämlich eine Politik, die uns, die Europäer, diskriminiert.

**Sarah Ludford, im Namen der ALDE-Fraktion.** – Frau Präsidentin, im Namen der ALDE-Fraktion befürworte ich sehr, dass in dieser Entschließung eine Vertiefung der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und den USA als Eckpfeiler für die europäische Außenpolitik gefordert wird. Des Weiteren legt sie zu Recht erneut dar, welche wichtige Rolle dem barrierefreien transatlantischen Markt zukommt, der bis zum Jahr 2015 aufgebaut werden soll. Wir dürfen uns nicht von unzähligen Unstimmigkeiten über einzelne Themen davon ablenken lassen, dass ein starkes Interesse an gleichen Werten und Zielen, an der Umsetzung und Förderung der Demokratie und der Menschenrechte, an der Lösung von Konflikten und am Schutz vor Sicherheitsbedrohungen etc. besteht.

Bezüglich der Wirtschaft hat die ALDE-Fraktion besonders hervorgehoben, dass es nötig ist, Aufsichtsarbitrage im Finanzsektor zu vermeiden und sich mit Angelegenheiten zu befassen, wie beispielsweise Finanzinstitutionen, die „zu groß sind, um zu scheitern“. Wir haben einen Änderungsantrag für Absatz 39 eingebracht, da, soweit ich es sehe, die G-2-Staaten sich einfach nicht einigen konnten, zusammen an einer Finanz-Transaktionssteuer oder Tobin-Steuer zu arbeiten. Aus diesem Grund ist es absurd, ein solches Übereinkommen zu befürworten, obwohl wir das fälschlicherweise schon in der G-20-Resolution getan haben.

Die ALDE-Fraktion befürwortet des Weiteren die Streichung von Absatz 38, welcher anscheinend darauf abzielt, die Rechte des geistigen Eigentums abzuschaffen. Wie Frau Malmström allerdings bereits erklärt hat, bezieht sich die transatlantische Beziehung hauptsächlich auf Fragen, die die Justiz und die Sicherheit betreffen. Die ALDE-Fraktion unterstützt eine enge Zusammenarbeit in diesem Bereich vollkommen. Allerdings müssen die Grundrechte, einschließlich der Privatsphäre, dabei gewahrt und in einem demokratischen und transparenten Rahmen gefördert werden. In dieser Hinsicht ist es schade, dass Abgeordnete des Europäischen Parlaments nicht zu der gemeinsamen Erklärung befragt wurden, über die nächste Woche abgestimmt werden soll, insbesondere da, gemäß dem Vertrag von Lissabon, fast all diese Fragen dem Mitentscheidungsverfahren unterliegen.

Es ist verwunderlich, dass die Kommission und der Rat ein neues Abkommen über den Zugang zu SWIFT-Daten von europäischen Bürgern vorschlagen, obwohl das Rechtshilfeabkommen spezifische Datenanfragen ermöglicht. Ich hätte gern eine Erklärung dafür.

Zuletzt ist es auch schade, dass der neue Rahmen für die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Auslieferungen trotzdem die komplett ungerechtfertigte Abschiebung von Gary McKinnon aus Großbritannien ermöglicht, einem Computerhacker, der unter dem Asperger-Syndrom leidet, anstatt ihn in Großbritannien vor Gericht zu bringen.

Ganz zum Schluss möchte ich sagen, dass ich voll und ganz mit Frau Kommissarin Ferrero-Waldner einer Meinung bin, was das visumfreie Reisen für alle EU-Bürger angeht. Wir stehen einer „Visa-light-Gebühr“ für das elektronische Reise genehmigungssystem ESTA sehr kritisch gegenüber.

**Pascal Canfin, im Namen der Verts/ALE-Fraktion.** – (FR) Frau Präsidentin, Frau Malmström hat in ihrer Rede gesagt, dass jetzt wirkliche Taten gebraucht werden und nicht nur schöne Worte. Sie müssen wissen, dass die Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz die Ergebnisse dieses Gipfels zwischen den USA und der Europäischen Union aufmerksam verfolgen wird, denn er findet an einem Schlüsselmoment auf unserem Weg nach Kopenhagen und zur Reform des internationalen Finanzsystems statt.

Was diesen letzten Punkt betrifft, hat das „Finanzkasino“ wohl wieder geöffnet. Die Profite der Banken erreichen schon wieder historische Höchststände, US-Banken haben einen Gewinn von 437 Mrd. USD eingefahren und unserer Ansicht nach ist der politische Wille, etwas zu ändern, nicht mehr so stark wie noch vor sechs Monaten. Deswegen stellen wir sehr hohe Erwartungen an diesen Gipfel, der zeigen soll, dass in den USA und in Europa der politische Wille, den Kapitalismus und die Finanzinstitutionen zu regulieren, immer noch vorhanden ist.

Um das zu erreichen, müssen unserer Meinung nach in zwei sehr wichtigen Punkten Fortschritte erzielt werden. Als Erstes muss gegen Steueroasen vorgegangen werden. Dieser Punkt wurde in Ihren bisherigen Reden nicht genannt. Das US-Finanzministerium gibt zu, dass sich die jährlichen Steuereinnahmen durch Steueroasen auf 100 Mrd. USD belaufen. Deswegen wollten wir diesen Punkt hervorheben und Ihnen vor

Augen führen, wie wichtig es ist, dass die USA und Europa bezüglich dieses Themas auf dem Gipfel zusammenarbeiten.

Der zweite Punkt wurde gerade genannt, nämlich die Steuer für Finanztransaktionen. Als Herr Barroso zur Wiederwahl für das Amt des Kommissionspräsidenten kandidierte, hat er ausdrücklich gesagt, dass er eine solche Steuer befürwortet. Vor 14 Tagen hat das Europäische Parlament zum ersten Mal mehrheitlich für eine Besteuerung von Finanztransaktionen gestimmt, solange sie Teil eines internationalen Rahmenwerks sind. Die Fraktion der Grünen appelliert deswegen an Sie, dieses Thema auf die Tagesordnung für den Gipfel zwischen den USA und der EU zu setzen, der für Anfang November anberaumt ist.

Mein letzter Punkt bezieht sich auf das Klima. Wir sind dafür verantwortlich Präsident Obama eine Last abzunehmen. Barack Obama möchte handeln, aber er wird von der Mehrheit seiner Partei geblockt. Das Beste, was die Europäische Union für ihn tun könnte, wäre Ende Oktober 30 Mrd. EUR an Finanzmitteln für den Anpassungsaufwand an den Klimawandel in der südlichen Welt zur Verfügung zu stellen und sich auf eine Reduzierung ihrer eigenen Emissionen um 30 % festzulegen. Wenn das in die Tat umgesetzt wurde, werden wir in den Verhandlungen vorankommen. Das liegt in unserer Verantwortung. Wir müssen uns vor Beginn des Gipfels darum kümmern.

**Tomasz Piotr Poręba**, im Namen der ECR-Fraktion. – (PL) Frau Präsidentin, die Vertiefung der Beziehungen zwischen den USA und der Europäischen Union sollte das Fundament für eine europäische Außenpolitik darstellen. Schließlich waren die USA viele Jahre über unser engster Verbündeter. Momentan liegen viele Herausforderungen vor uns, denen wir uns zusammen stellen müssen, im Schulterschluss mit Washington. Im Bereich der Sicherheit beunruhigt uns die Einstellung des Iran und die sich verschlechternde Situation in Afghanistan. Unweit unserer Grenzen entwickelt sich Russland zu einem zunehmend unberechenbaren und autoritären Nachbarn und der Kreml übt neoimperialistischen Druck auf seine Anliegerstaaten aus.

Um die gemeinsamen Werte von Amerika und Europa zu verteidigen und ihnen treu zu bleiben, müssen wir immer mit einer Stimme sprechen, wenn wir es mit Verletzungen der Menschenrechte und der Bedrohung der Grundrechte unserer Bürger zu tun haben. Wir müssen bei der Verteidigung unserer Sicherheit zusammenarbeiten. Wir dürfen nicht vergessen, dass die NATO die Grundlage unserer transatlantischen Beziehungen bildet. Aus diesem Grunde sollte der Bereich der Sicherheit, der Freiheit und der Demokratie auf diejenigen europäischen Länder ausgeweitet werden, die die euroatlantische Sicherheit erhöhen. Es ist von größter Wichtigkeit, dass die aktive Stärkung der Beziehungen zu den USA für die Europäische Union eine Priorität darstellt.

**Jean-Luc Mélenchon**, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (FR) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, Frau Malmström, in der aktuellen Wirtschaftskrise hat das neu gewählte Parlament das Recht auf aktuelle und möglichst präzise Informationen über die Strukturierung des Plans zur Schaffung des transatlantischen Marktes und über die Deregulierungsziele, die in der Wirtschafts- und Finanzwelt erforderlich sind, im Gegensatz zu dem Traum, der von einigen unserer Abgeordnetenkollegen vorgebracht wurde.

Soll der große deregulierte Markt bis 2010 oder bis 2015 geschaffen werden? Wurde das bestätigt? Ich persönlich denke, dass dies angesichts der miserablen Lage der grundlegenden Elemente der US-Wirtschaft und der Weigerung der USA, ihren Finanzhaushalt zu sanieren, sehr negative Folgen für Europa hätte. Des Weiteren bin ich aus Prinzip dagegen, dass eine solche Partnerschaft, wie viele von Ihnen vorschlagen, ein Eckpfeiler der europäischen Politik sein sollte.

Aufgrund dieser Überlegung frage ich mich auch, welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Talfahrt des Dollars abzumildern und um die Gefahr abzumildern, die diese für Europa und den Rest der Welt mit sich bringt. Warum wurde der Vorschlag für eine gemeinsame Weltwährung, der von China vorgebracht wurde, um die Stabilität der Weltwirtschaft zu gewährleisten, abgelehnt, ohne ernsthaft überprüft zu werden?

Ich möchte Sie vor einem überholten Enthusiasmus für eine transatlantische Kooperation warnen, der im Endeffekt nur ein sehr archaischer Konformismus ist. In der aktuellen Lage, in der sich die Welt momentan befindet, müssen wir mehr denn je unsere Existenz behaupten, die nicht den Wünschen der Vereinigten Staaten von Amerika unterliegt.

**Krisztina Morvai (NI)**. – Frau Präsidentin, als Anwältin für Strafrecht und Menschenrecht, lassen Sie mich einen Vorschlag zum gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus machen. Meiner Meinung nach wäre es wichtig und sehr hilfreich, eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Experten, Wissenschaftlern, Rechtsanwälten usw. zusammenzustellen. In dieser Arbeitsgruppe könnten Schlussfolgerungen aus den oft sehr schmerzvollen



Erfahrungen der Zeit nach dem 11. September gezogen werden, in der die Menschenrechte für den Kampf gegen den Terrorismus außer Kraft gesetzt wurden.

Ich komme aus einem Land, in dem die Regierung die letzten drei Jahre über die Menschenrechte nicht beachtet und Menschen völlig ohne Grund eingesperrt hat. In der heutigen Zeit findet das im Namen des Antiterrorkampfes statt. In unseren Gefängnissen befinden sich momentan 16 Häftlinge, höchstwahrscheinlich politische Häftlinge, die ohne jeglichen Beweis des Terrorismus angeklagt sind. Außerkraftsetzung der Menschenrechte, Habeas Corpus, Verteidigungsrechte, Rechte der Gefangenen: Ich weiß wovon ich spreche. Bei Gesprächen über den Kampf gegen den Terrorismus müssen wir sehr behutsam vorgehen und das Thema sehr professionell und vorsichtig angehen.

**Francisco José Millán Mon (PPE).** – (ES) Frau Präsidentin, die Beziehung zu den Vereinigten Staaten ist, strategisch gesprochen, die wichtigste Beziehung für die Europäische Union.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben in der Welt eine Schlüsselposition inne, und die Europäische Union spielt global eine zunehmend wichtige Rolle. Wir können viel zusammen erreichen und sollten das auch tun. Zuerst sollten wir eine Führungsrolle bei der Schaffung einer neuen globalen Welt übernehmen, in der sich uns neue Herausforderungen stellen und neue Akteure in Erscheinung treten.

Wir müssen unsere Beziehung weiter vertiefen und neue institutionelle Mechanismen schaffen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um solcherlei Maßnahmen zu ergreifen. Die Regierung in Washington befürwortet Multilateralismus und eine durch den Vertrag von Lissabon gestärkte Europäische Union. Gegenwärtig erleben wir, wie eine neue Welt entsteht, die wir zusammen gestalten wollen.

Die Entschließung, über die wir morgen abstimmen werden, fördert insbesondere die Stärkung der institutionellen Mechanismen. Das hatte das Parlament in seiner Entschließung vom 26. März gefordert.

Die Entscheidung, vor zwei Jahren einen Transatlantischen Wirtschaftsrat zu schaffen, war richtig. Trotzdem müssen wir in der heutigen Zeit auch eine reibungslose Zusammenarbeit in Fragen der Politik und der Sicherheit entwickeln. Die Verantwortlichen für Außenbeziehungen und Sicherheit sollten sich regelmäßig zusammenfinden. Aus diesem Grund hat das Europäische Parlament die Schaffung eines Transatlantischen Politischen Rates unterstützt, der in Zukunft auch einen Rat für Energie beinhalten soll, welcher auf dem nächsten Gipfel ins Leben gerufen werden soll.

Des Weiteren möchte das Parlament, dass pro Jahr zwei Gipfel stattfinden. Wenn wir zwei Gipfel mit Russland abhalten, warum dann nicht auch mit den Vereinigten Staaten? Meine Damen und Herren, es wird zunehmend davon gesprochen, dass ein G2 von den USA und China gegründet wird, also eine privilegiertes Verhältnis zwischen diesen beiden globalen Spitzenakteuren. Ich mache mir Sorgen, dass wir Europäer unsere Rolle als Partner schwächen und unsere privilegierte Beziehung zu den Vereinigten Staaten untergraben könnten. Wir müssen den USA erklären, dass die Europäische Union im Bereich der Außenpolitik durch den Vertrag von Lissabon gestärkt werden wird.

Die Europäische Union, oder das Europa von heute, beinhaltet nicht mehr dieselbe Problematik, wie in den Jahrzehnten zuvor. Heutzutage, in dieser komplexen Welt, sollte Europa Teil der Lösung sein, und ich hoffe, dass auch die Vereinigten Staaten dieser Ansicht sind. Damit sich dies verwirklicht, müssen die Europäer, wie die Frau Kommissarin bereits dargelegt hat, sich der Rolle entsprechend verhalten, die wir spielen wollen, und den Anforderungen für die privilegierte Beziehung, die wir zu den USA aufbauen wollen, entsprechen.

Zusammenfassend sollte meiner Meinung nach auf dem kommenden Gipfel die Vertiefung der transatlantischen Beziehungen, auch auf institutioneller Ebene, ein Schlüsselthema sein.

**Ioan Mircea Pașcu (S&D).** – Frau Präsidentin, die transatlantischen Beziehungen, die für die EU und die USA gleichermaßen sehr wichtig sind, wurden in den letzten Jahren auf eine harte Probe gestellt. Jetzt, da die neue Regierung im Weißen Haus ihre Prioritäten neu definiert und Frankreich in die NATO-Militärstruktur zurückgekehrt ist, sind die Perspektiven besser. Ich persönlich denke, dass die Zeit reif ist für eine wesentliche Neubewertung der transatlantischen Beziehung. So sollte ihr die solide Basis gegeben werden, die sie benötigt, um sich den aktuellen, internationalen Herausforderungen zu stellen: der Energiefrage, dem Klimawandel, den neu entstehenden Mächten, der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie dem Terrorismus.

Diesmal sollten wir uns über oberflächliche politische Differenzen hinwegsetzen und unsere tiefen gemeinsamen Interessen stärker gewichten, die wir bisher für selbstverständlich gehalten haben. Die Wahrheit ist, dass wir in der westlichen Welt ohne die gemeinsame Bewertung unserer Prioritäten den Einfluss auf

andere Machtzentren verlieren könnten, welche wiederum nicht zögern werden, die Welt nach ihren Vorstellungen zu gestalten, die wir nicht teilen.

Die Sicherheit in Europa ist beispielsweise ein solches gemeinsames Interesse und steht deswegen im Mittelpunkt unserer transatlantischen Beziehungen. Obwohl momentan ein Krieg auf dem europäischen Kontinent nicht denkbar ist, könnte diese Möglichkeit durch die Ansammlung von negativen Tendenzen wieder realer werden, wenn wir nicht korrekt reagieren. Fortschritt ist nicht irreversibel, das wissen wir alle in Zentraleuropa nur zu gut. Deswegen sollten wir, bevor wir vorschlagen, die aktuelle Sicherheitsstruktur des Kontinents neu zu bewerten, endgültige Antworten auf Fragen bezüglich der weiteren Beteiligung der USA, der Zukunft der NATO und der Rolle, die von der EU erwartet wird, nachdem der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, zu finden.-

Wenn Europa seine Ambitionen verwirklichen und eine ernstzunehmende Rolle in der Weltpolitik spielen möchte, sollte es solche Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten beseitigen und versuchen, sie alle um die gleichen wirtschaftlichen Interessen zu versammeln.

**Reinhard Bütikofer (Verts/ALE).** - Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Frau Kommissarin! Das vierte Zusammentreffen des Transatlantischen Wirtschaftsrates ist eine gute Gelegenheit, im Buch dieses Forums eine neue Seite aufzuschlagen. Der TEC muss ehrgeiziger werden. Beide Seiten des transatlantischen Dialogs sind sich einig, dass die Überwindung der Wirtschaftskrise und der Kampf gegen den Klimawandel überragende Prioritäten sind. Jetzt geht es darum, sich beim TEC auf eine konkrete Agenda zu verständigen, die diese Prioritäten widerspiegelt.

Zusammenarbeit bei Innovationen für die Entwicklung von *low carbon economies*, für Energieeffizienzgesellschaften ist besonders wichtig. Außerdem ist es nötig, noch stärker verschiedene *stakeholder* einzubeziehen, z. B. den *Transatlantic Consumer Dialogue*, einen Zusammenschluss von 80 Verbraucherorganisationen. Sie könnten etwa daran mitwirken, den Verbraucherschutz zum zentralen Thema beim Dialog über die Finanzmarktregulierung zu machen. Das Ziel eines Transatlantischen Gemeinsamen Marktes bis 2015 ist vielleicht zu ehrgeizig, aber gemessen werden muss er daran, dass er das Leben unserer Völker verbessert. Deswegen sind wir Grüne für einen transatlantischen *New Deal*

**James Elles (ECR).** – Frau Präsidentin, ich stimme mit den Rednern überein, die der Meinung sind, dass sich uns durch die neue US-Regierung ganz neue Möglichkeiten auftun.

Ich möchte dazu drei kurze Punkte ansprechen. Erstens scheint es, als ob mittlerweile bereits eine Vielzahl an Themen zwischen der EU und den USA besprochen wird, aber es gibt keinen strategischen Dialog. Und aus Washington höre ich, dass die USA mit China einen viel ausgeprägter strategischen Dialog führt, als mit uns, auf der anderen Seite des Atlantiks. Ist es nicht an der Zeit, dass wir uns für einen strategischen Dialog zwecks einer strategischen Beziehung aussprechen?

Zweitens, bezüglich des Protektionismus im TWR, ist es ziemlich offensichtlich, dass die größte Gefahr der nächsten zwölf Monate darin besteht, dass Märkte geschlossen werden, anstatt das neue geöffnet werden. Und trotzdem verfügen wir noch über den transatlantischen Markt, der uns und den USA, wie Herr Brok gesagt hat, die größte Wachstumsmöglichkeit bietet.

Ist es nicht an der Zeit, dem transatlantischen Markt Priorität in der Handelsentwicklung zu geben, anstatt ihn nur mit der Regulierung in Verbindung zu bringen? Er bietet uns viele neue Möglichkeiten!

Zuletzt muss ich sagen, dass es enttäuschend ist, dass wir keine Studie und keinen Plan zu Verfügung hatten, wie Herr Verheugen uns zugesagt hatte. Das Parlament hatte für eine solche Studie bezahlt. Wenn Sie möchten, dass das Parlament sich an Vorschlägen beteiligt, wie neue Märkte geöffnet werden können, dann veröffentlichen Sie bitte diesen Bericht bis zum 15. November, wie in der Entschließung vorgesehen.

**Daniel Caspary (PPE).** - Frau Präsidentin! Geschätzte Kollegen! Wenn man sich anschaut, dass wir als Europäische Union Partner brauchen, wie das ja alle Vorredner auch angesprochen haben, dann wird das vor allem auch im wirtschaftlichen Bereich deutlich. Der transatlantische Markt hat ein Handelsvolumen von ungefähr 2 Milliarden Euro pro Tag. Da sieht man, dass die WTO wichtig ist, da sieht man, dass der Abschluss von Freihandelsabkommen wichtig ist, aber dass vor allem die Transatlantische Partnerschaft unbedingt mehr in den Fokus rücken sollte.

Ich mache mir da für die andere Seite des Atlantiks teilweise Sorgen, wenn ich mir den neuen Präsidenten anschau. Der wird Zeit finden, den Nobelpreis in Oslo entgegenzunehmen, aber am Rande des G-20-Gipfels war es für etliche europäische Staats- und Regierungschefs schwierig, Termine bei ihm zu bekommen. Er

hatte Zeit, sich in Kopenhagen für die Olympiabewerbung seiner Heimatstadt stark zu machen, aber er hat leider keine Zeit gehabt, ein großes Fest für Europa, nämlich den 20-jährigen Fall von Mauer und Stacheldraht, mit uns gemeinsam zu feiern. Ich würde mich freuen, wenn es uns gelingen würde, ihn auch davon zu überzeugen, dass man nicht erst einige Tage zuvor sich Gedanken macht, ob man den TEC überhaupt stattfinden lässt, sondern dass man voller Überzeugung den TEC für die nächsten Jahre wirklich stärkt.

Wir brauchen Erleichterungen des gegenseitigen Handels. Wir brauchen Verbesserungen im Bereich der gemeinsamen Standardisierung. Wir brauchen den Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen. Wir müssen verhindern, dass protektionistische Maßnahmen auf beiden Seiten weiter geschaffen werden. Wir müssen gewährleisten, dass Produkte für unsere Verbraucher sicher sind. Und wir müssen verhindern, dass Antiterrormaßnahmen all diese Bemühungen, wie es zurzeit ja in der Diskussion ist, verhindern. Und deswegen würde ich mich freuen, wenn wir es schaffen würden, wirklich Zusammenarbeit voranzubringen. Denn viele Themen, die uns in anderen Regionen auf der Welt beschäftigen – wenn ich an Lohn- und Sozialdumping denke, wenn ich an Umweltdumping denke –, all diese Fragestellungen gibt es doch im transatlantischen Verhältnis als Probleme wahrlich nicht.

Ich denke, wir sollten die Chance ergreifen, gemeinsam mit den Amerikanern zum einen unsere gemeinsamen Probleme zu lösen, aber zum anderen auch zu versuchen, als gemeinsam sprechende Akteure dann auch weltweit aufzutreten, wenn es darum geht, im Rahmen der WTO oder anderen internationalen Organisationen wie der ILO u. Ä. voranzukommen. In diesem Sinne hoffe ich auf gute Ergebnisse nächste Woche.

**Véronique De Keyser (S&D).** – (FR) Frau Präsidentin, die Wahl von Präsident Obama wurde zu Recht als ein Sieg für die Demokratie in den USA gefeiert. Der Nobelpreis, mit dem er kürzlich ausgezeichnet wurde, setzt ihn allerdings unter Druck. Herrscht Frieden in Nahost? Das wünschen wir uns, aber der neue US-Präsident wird ihn sicherlich nicht ohne weiteres herbeiführen können. Herrscht Frieden in Afghanistan? Dort hat die USA Handlungsfreiheit, aber wenn Präsident Obamas auf seine Falken hört, riskiert er ein zweites Vietnam. Es spricht für sich, dass das Buch von Gordon Goldstein, in dem er die dramatische Spirale beschreibt, die zu der Katastrophe in Vietnam führte, in Washington aus den Regalen der Buschgeschäfte gerissen wurde und mittlerweile ausverkauft ist.

Der amerikanische Präsident muss sich jetzt zwischen zwei Strategien entscheiden: Die eine konzentriert sich auf Stabilisierung, die Bekämpfung der Armut und die wirtschaftliche Entwicklung von Afghanistan, indem militärische sowie zivile Präsenz im ganzen Land gezeigt wird. Die zweite konzentriert sich auf ein paar städtische Gebiete, von denen aus großangelegte Operationen gegen Al-Qaida eingeleitet werden. Beide Optionen erfordern die zusätzliche Entsendung von Truppen, aber die erste orientiert sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung, während bei der zweiten der Krieg im Vordergrund steht und das Risiko eingegangen wird, dass der Einsatz in einer Katastrophe endet.

Sollte Europa Barack Obama nicht helfen, sich von den alten Dämonen zu befreien, die die USA heimsuchen, und ihm helfen, die erste der beiden Strategien zu wählen, die die afghanische Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt? Das ist zumindest der Wille meiner Fraktion.

**Charles Tannock (ECR).** – Frau Präsidentin, die ECR-Fraktion ist stark proamerikanisch eingestellt und befürwortet engere Wirtschafts-, Handels- und politische Beziehungen mit den USA. Für uns sind die USA unser wichtigster Verbündeter und kein Rivale. Des Weiteren stehen wir in der Schuld der Amerikaner für ihren Beitrag in der NATO, der sich auf unseren gemeinsamen demokratischen Werten begründet, und wir begrüßen die verspäteten Zugeständnisse der Amerikaner im Kampf gegen den Klimawandel.

Trotzdem sollten wir nicht vorgeben, uns in allen Themen einig zu sein. Ich mache mir beispielsweise Sorgen über die widersprüchlichen Nachrichten in Bezug auf Russland, die uns von der US-Regierung erreichen. Washingtons Wille, die amerikanisch-russischen Beziehungen wieder neu zu beginnen, scheint das radikale Eingreifen des Kremls in die Angelegenheiten seiner Nachbarländer, wie Georgien und der Ukraine, zu entschuldigen.

Dass das US-Raketenabwehrschild nun doch nicht wie geplant in Polen und der Tschechischen Republik gebaut werden soll, ist ebenso fragwürdig.

Die kürzlich gemachte Entdeckung einer geheimen Nuklearanlage im Iran könnte diese Beurteilung bestätigen, aber wir alle müssen nun unsere Bemühungen verdoppeln, um die nuklearen Ambitionen des Irans zu dämpfen. Des Weiteren befürworten wir als Verbündeter der USA voll und ganz ihren militärischen Einsatz gegen den Terrorismus des Jihad im Irak und in Afghanistan sowie ihre großen Bemühungen, den Nahen Osten langfristig zu befrieden.

**Diogo Feio (PPE).** – (PT) Frau Präsidentin, ich möchte gleich zu Anfang betonen, wie wichtig die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union sind, besonders in Zeiten der weltweiten Wirtschaftskrise. Es besteht zunehmende Notwendigkeit, dass wir gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise ergreifen, auf dem Energiemarkt und im Kampf gegen den Terrorismus. Allerdings benötigen wir Maßnahmen, die stärker fokussiert sind und nicht zu höherer Besteuerung oder derlei absurden Attacken führt, die kürzlich auf das Finanzsystem abzielten, das für das Funktionieren des Marktes notwendig ist.

In Bezug auf das Thema Finanzen möchte ich hervorheben, dass sich die Vereinigten Staaten und die Europäische Union gleichermaßen bemühen, eine Politik der besseren Rechtsetzung auf den Weg zu bringen, wobei die Beteiligung der Interessenvertreter an der Debatte über den Bericht im Mittelpunkt steht. Die Koordinierung der Maßnahmen zwischen den USA und der EU ist sehr wichtig, wenn wir unsere Wirtschaftsbeziehungen auf eine höhere Ebene bringen wollen, die uns vielleicht bis 2015 zu einem transatlantischen Markt führt.

Wir müssen die proamerikanische Haltung auch hier verteidigen. Die Reduzierung der administrativen Hindernisse zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union ist ebenso wichtig, wie die Schaffung eines Wettbewerbsumfelds und eines Marktes, der gleichzeitig für Privatpersonen und Firmen attraktiver ist. Ich glaube, dass der transatlantische Markt auf einer stabilen Verhandlungsbasis geschaffen werden kann, wodurch die Wirtschaft angekurbelt und die Bedrohung durch neue wirtschaftliche und soziale Krisen, wie die, die wir gerade erleben, unterbunden wird.

Abschließend, Frau Präsidentin, möchte ich noch einmal deutlich machen, dass diese einzigartigen Bedingungen und eine proamerikanischere Einstellung die Lage positiv verändern können.

**Juan Fernando López Aguilar (S&D).** – (ES) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin Ferrero-Waldner hat sich darauf bezogen, wie wichtig die Teilnahme des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres am transatlantischen EU/USA-Gipfel ist, und ich begrüße, dass sie dieser Angelegenheit eine solche Bedeutung beimisst.

Des Weiteren möchte ich als Vorsitzender des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres Ihre Aufmerksamkeit zuallererst auf die Bedeutung lenken, die der Unterzeichnung des Übereinkommens über die Auslieferung und des Übereinkommens über die gegenseitige Rechtshilfe zukommt. Wesentliche Bemühungen wurden bereits unternommen, um nicht nur die Kooperation in politischen, sondern auch in Rechtsfragen zu stärken und dadurch die Beziehungen zwischen Eurojust und den amerikanischen Pendanten zu verstärken.

Zweitens möchte ich den Beitrag unterstreichen, der in den nächsten fünf Jahre geleistet wird, um den transatlantischen Dialog zu stärken und anzuregen. Drittens möchte ich die Arbeit des Europäischen Parlaments hervorheben.

Deswegen bitte ich darum, dass bei der nächsten Sitzung des Europäischen Parlaments im November Informationen über das Ergebnis dieses Gipfels zur Verfügung gestellt werden, insbesondere über das Thema der justiziellen Zusammenarbeit und der Zusammenarbeit in Strafsachen.

Viertens ist es eindeutig, dass das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon zur beeindruckenden Schaffung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts führen wird. Er stellt für die EU einen neuen Aufgabenbereich und einen neuen politischen Bereich dar, in dem auch dieses Parlament Entscheidungen treffen wird.

Das ist auch der Grund, weswegen bei empfindlichen Themen wie dem Datenschutz oder den Grundrechten von Personen, die Abkommen über die Verarbeitung von Fluggastdatensätzen und über SWIFT-Daten immer mit den Entschlüssen dieses Parlaments im Einklang stehen müssen, um den Schutz von persönlichen Daten gewährleisten zu können. Das gilt insbesondere für die Entschlüsselung, die am 17. September angenommen wurde.

Schlussendlich müssen wir uns in Bezug auf Visa an die Bedeutung der Reziprozität erinnern, denn in diesem Bereich gibt es momentan viel zu verbessern. Es ist von Vorteil, mit den Vereinigten Staaten zu kooperieren, was Visa anbetrifft. Allerdings ist dies für uns eine hervorragende Gelegenheit, die Bedeutung der Reziprozität zu stärken, um sicherzustellen, dass wir mit den USA auf einer Ebene bleiben, wenn es um die Unterzeichnung von Übereinkommen geht.

**Harlem Désir (S&D).** – (FR) Frau Präsidentin, Frau Malmström, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, die Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA ist zur Lösung der weltweit größten Krisen von

sehr großer Bedeutung und die neue US-Regierung bietet uns sicher neue Möglichkeiten dazu. Sie hat bereits einige Maßnahmen ergriffen, die zeigen, dass ein Bruch mit der Vergangenheit vorgenommen wurde: im Irak, in Guantánamo, beim Raketenabwehrschild. Es wäre allerdings naiv zu glauben, dass sich somit die Standpunkte der USA und der EU in allen Situationen gleichen, und dass die transatlantische Beziehung von nun an sehr einfach sein wird.

Ob es um die Vorbereitungen für Kopenhagen, um Hilfe für Entwicklungsländer, um Doha oder um Protektionismus, um die Finanzregulierung, den Kampf gegen Steueroasen, die Wiederaufnahme des Friedensprozesses im Nahen Osten oder um eine energische Politik bezüglich der iranischen Atomfrage geht - die USA sind nicht gewillt, konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Das ist unabhängig von der Frage, ob die neue Regierung gute Ambitionen hat oder nicht, und rührt häufig vom Einfluss der Lobbys auf den Kongress her oder einfach von der Interessenverteidigung einer Großmacht, die von der neuen Weltordnung erschüttert wird.

All diese Bereichen werden nur dann vom Fortschritt profitieren, wenn Europa eine eigenständige politische Rolle spielt, als selbstständiger globaler Akteur, in Zusammenarbeit mit Partnern „auf gleicher Augenhöhe“ und, um die Worte der Frau Kommissarin zu benutzen, seine gesamte Verantwortung trägt.

Von diesem Blickwinkel aus muss ich sagen, dass eine gewisse Konfusion in der europäischen Haltung besteht und manchmal sogar eine gewisse Naivität. Das gilt auch für das Europäische Parlament. Die Art und Weise auf die die Idee eines großen transatlantischen Marktes aufgegriffen wird, der verrückte Plan von Sir Leon Brittan, den er zu seiner Zeit als Kommissar ausgearbeitet hat, birgt einige Gefahren.

Mit den Problemen der Handelsbarrieren wird umgegangen, als ob die Probleme rein technischer Art wären. Natürlich ist der Wirtschaftsverkehr und der Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Europa wichtig für den Arbeitsmarkt und für Firmen. Beides sollte weiterentwickelt werden. Allerdings ist vor allem der Handel nicht wirklich in Gefahr. Zweitens rühren Konflikte entweder von der Verteidigung wirtschaftlicher Interessen her, wie zum Beispiel bei Airbus, oder es besteht ein Risiko für unsere Gesundheits- oder Umweltvorschriften, z. B. bei Rindfleisch, das Hormone enthält, oder gechlortem Hühnerfleisch. Deswegen sollten wir nicht die Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen über unser eigenes Binnen-, Umwelt- und Entwicklungs-Modell stellen, als ob Wirtschaftsbeziehungen ein Selbstzweck wären. Wir müssen beide kombinieren und wir sollten nicht unsere politische Unabhängigkeit aufgeben auf der Suche nach einer Zusammenarbeit, die eigentlich ein sehr lobenswertes Ziel ist.

**Peter Skinner (S&D).** – Frau Präsidentin, ich möchte einige Punkte ansprechen. Es ist schwierig abzuschätzen, wie der gesamte Inhalt der Entschließung für den TWR in den TWR eingefügt werden soll. Es handelt sich wie wir wissen bei dem Rat um ein kleines Organ. Ich werde nächsten Dienstag anwesend sein, Frau Kommissarin. Ich freue mich darauf, Sie, zusammen mit Herrn Brok und anderen Abgeordneten des Parlaments zu sehen. Darauf will ich am Ende nochmals eingehen.

Wir haben allerdings Schlüsselthemen, die im TWR angesprochen und gelöst werden können, da Sie, um es mit Ihren Worten zu sagen, Frau Kommissarin, ausreichend „vorgelagert“ sind. Finanzdienstleistungen können zum Beispiel diskutiert werden, da die Verhandlungen darüber schon sehr weit fortgeschritten sind und ein Übereinkommen in Reichweite liegt, nicht nur in den G-20-Staaten, sondern in laufenden Gesprächen im Parlament, mit der Kommission und den Amerikanern.

Insbesondere das Rechnungswesen ist weiterhin einer der Aspekte, die sich in Reichweite der Politiker und Gesetzgeber befinden. Die USA sollten schnellstmöglich, bis 2011, hochqualitative, weltweite Standards im Rechnungswesen einführen. Auch bei Versicherungen hat Solvabilität II dabei geholfen, eine globale Regulierung zu etablieren, auf die die USA reagieren sollten. Ich danke dem Vorsitzenden des US-Kongresses, Herrn Kanjorski, für das, was er bezüglich des Bundesamts für Informationen erreicht hat.

Zuletzt möchte ich noch etwas über den transatlantischen Dialog zwischen den Gesetzgebern sagen, und zwar dass der Kongress und das Parlament ihre Gespräche intensivieren sollten. Wir wollen nicht den Weg der Regierung und der Kommission gehen, da sind sich wohl die meisten in diesem Saal einig. Wir wollen unter denjenigen sein, die etwas verändern. Wir müssen den Impuls für diese Veränderung geben. Der TWR benötigt unsere Unterstützung, aber der Transatlantische Dialog der Gesetzgeber muss im Mittelpunkt dieser Diskussion stehen, nicht nur am Rande und nicht nur als Beratungsorgan, sondern als zentraler Teil der gesamten transatlantischen Beziehungen.

**Janusz Władysław Zemke (S&D).** – (PL) Frau Präsidentin, vielen Dank, dass Sie mir das Wort erteilt haben. Ich halte es für sehr wichtig, dass wir über die transatlantischen Beziehungen sprechen, denn wir befinden

uns zum Teil in einer paradoxen Situation. Die Veränderungen, die in den Vereinigten Staaten stattgefunden haben, wurden in Europa zum Großteil begrüßt. Auf der anderen Seite zeigen die USA allerdings größeres Interesse an anderen wichtigen Ländern und Kontinenten, als zuvor. Insbesondere wurde ein Wiederaufleben der Beziehungen zwischen den USA und China beobachtet, sowie verbesserte Beziehungen zu Russland.

Unser Problem ist meiner Meinung nach, dass wir zu viele Themen in die Diskussion einbringen wollen. Ich denke, wir sollten uns auf zwei Bereiche konzentrieren. Der erste betrifft finanzielle und wirtschaftliche Themen. Der zweite betrifft die Sicherheit. Die USA und Europa könnten in beiden Bereichen viel stärker zusammenarbeiten.

**Michael Theurer (ALDE).** - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eine große Entschließung vorbereitet, die sich um viele Themen kümmert. Allerdings wird ein wesentlicher Punkt – nämlich der Handel – dort nur sehr kurz angesprochen. Dabei halte ich den internationalen Handelsbereich für entscheidend. Denn der Rückgang des Welthandels ist eine Ursache der Wirtschafts- und Finanzkrise, und ich würde mir wünschen, wenn auch jetzt im TEC - im Transatlantischen Wirtschaftsrat –dieser Handel verstärkt in den Mittelpunkt gerückt wird.

Denn es ist ja nicht so, dass in allen Bereichen Einigkeit besteht zwischen den USA und der Europäischen Union. Im Gegenteil! Wir haben einige Handelsabkommen, es besteht die Gefahr des Bilateralismus, dass eben die Doha-Entwicklungsrunde von den USA nicht wieder aufgenommen wird. Wir sollten also auch die kritischen Punkte ansprechen, und meine Hoffnung ist, dass jetzt neue Impulse für die Wiederbelebung des internationalen Handels vom TEC ausgehen.

**Jan Philipp Albrecht (Verts/ALE).** - Frau Präsidentin! Ich möchte gerne noch einmal auf einen Punkt der transatlantischen Zusammenarbeit im Bereich Polizei und Justiz eingehen, nämlich auf den Punkt Swift, der auch schon angesprochen wurde, und zwar die Weitergabe von Swift-Bankdaten an die USA.

Ich glaube, dass bei diesem Punkt noch einmal daran erinnert werden sollte, dass der Rat sich ein Mandat gegeben hat, auf dessen Grundlage er mit den USA über diese Datenweitergabe verhandelt, und dass man ihn noch einmal daran erinnern sollte, sich bei den Verhandlungen mit den USA vielleicht an dieses Mandat zu halten. Ich habe da große Bedenken, dass der Europäische Rat hier unter Druck gerät, die Forderungen der USA zu akzeptieren und damit die hier in Europa bestehenden Datenschutzstandards zu unterlaufen.

Das halte ich für ein falsches Zeichen, gerade weil wir im kommenden Jahr mit dem Vertrag von Lissabon viele Bereiche haben werden, in denen die Datenschutzniveaus angeglichen werden sollten, nämlich in den vielen Agenturen wie Europol, Eurojust usw. Ich glaube, dass es ein gutes Zeichen wäre, wenn Rat und Kommission die Datenschutzstandards achten und gegenüber den USA durchsetzen oder eher auf einem *postponement* bestehen würden.

**Zoltán Balczó (NI).** – (HU) Im Weißbuch der Europäischen Union von 1996 lese ich Folgendes: In den kommenden Jahrzehnten wird ein harter Kampf zwischen Europa, den USA, Japan und den asiatischen Schwellenländern erwartet. Glücklicherweise wird dieser Kampf nicht mit Waffen ausgetragen, sondern größtenteils im wirtschaftlichen Sektor. Europa muss versuchen, sich durchzusetzen. Präsident Giscard d'Estaing, französischer Regierungschef und Vorsitzender des Konvents, dessen Verfassung gescheitert ist, hat gesagt, dass Europa nicht Rivale der USA sein sollte, sondern ein verlässlicher Partner. Das ist eines der Schlüsselthemen für den Erfolg des EU/USA-Gipfels. Unser Ziel muss eine Partnerschaft sein. Wenn wir nur danach streben, dass die USA uns als Partner anerkennen und wir uns nicht an Konflikten beteiligen, die die europäische Bevölkerung betreffen, können wir in wichtigen Angelegenheiten nicht zum Erfolg kommen.

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Frau Präsidentin, ich möchte mich bei allen Abgeordneten für ihre Beiträge zu dieser Debatte bedanken. Es besteht großer Konsens, dass die Vertiefung unserer Zusammenarbeit mit der amerikanischen Regierung und der kommende Gipfel sehr wichtig sind. Ich freue mich sehr, dass die amerikanische Regierung solch großes Interesse daran hat, unsere Beziehungen zu vertiefen und weiterzuentwickeln. Ich denke, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben, und dass wir sehr gut darauf vorbereitet sind, wichtige Maßnahmen zu ergreifen. Wir haben eine Reihe von Problemen mit unserem Partner, den USA, gemeinsam und deshalb ist es angebracht, nach gemeinsamen Lösungen zu suchen.

Ich denke, dass wir im Hinblick auf die Themen Klima, Wirtschaftskrise und Doha-Runde Fortschritte machen können - und möchte nochmals hervorheben, wie wichtig es für uns ist, dabei zu einem Abschluss zu kommen - und dass wir extrem wichtige Prozesse im rechtlichen Bereich auf den Weg bringen können. Die

Zusammenarbeit in der Wirtschaft bietet uns ein besonders wichtiges Forum. Wir sind uns auch der Bedeutung bewusst, die wichtigen regionalen Themen zukommt, z. B. was Afghanistan, Pakistan und den Nahen Osten betrifft.

Ich habe allerdings noch ein paar konkrete Fragen. Was das Thema Visa betrifft, das Frau Ludford angesprochen hat, haben der Rat und die Kommission alles in Bewegung gesetzt, damit visafreies Reisen für alle EU-Mitgliedstaaten gelten wird. Es ist bedauerlich, dass dies jetzt noch nicht möglich ist, aber wir arbeiten sehr hart daran, um es in die Tat umzusetzen.

Bezüglich der sogenannten Tobin-Steuer weiß ich, dass einige Abgeordnete dieses Parlaments sie stark befürworten. Ich möchte dazu Folgendes sagen: Eine Tobin-Steuer kann nur funktionieren, wenn sie weltweit angewandt wird und es globale Kontrollinstrumente gibt. Sonst ist auch sie nur eine weitere protektionistische Maßnahme. Momentan gibt es keinerlei Basis für ein internationales, globales Übereinkommen über eine Tobin-Steuer, und deswegen wird die Ratspräsidentschaft das Thema nicht weiter vorantreiben. Das möchte ich Ihnen ganz deutlich sagen.

Bezüglich der SWIFT-Daten sind wir uns mit den USA einig, dass es wichtig ist, Informationen über Finanztransfers austauschen zu können. Im Kampf gegen grenzübergreifendes Verbrechen und Terrorismus ist das sehr nützlich. Da das belgische Unternehmen SWIFT seinen Sitz nach Europa verlagert, benötigen wir ein neues Übereinkommen, aber Europa und die USA sind gleichermaßen daran interessiert, das Programm aufrechtzuerhalten, um der Finanzierung des Terrorismus vorzubeugen.

Für die Übergangsphase benötigen wir ein Übereinkommen, das einen kurzen Zeitraum über angewandt werden kann, bis der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist. Experten haben sich bereits mit diesem Thema beschäftigt, auch der französische Richter Jean-Louis Bruguyère, der von der EU mit der Untersuchung des Programms des US-Finanzministeriums zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) beauftragt wurde. Herr Bruguyère stellte fest, dass die Anforderungen an die Rechtssicherheit und den Schutz der persönlichen Daten im aktuellen Übereinkommen adäquat sind. In dem langfristigeren Übereinkommen, und sobald der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, wird das Europäische Parlament endlich die Gelegenheit erhalten, aktiv an der Gestaltung teilzunehmen.

Das Treffen, das für nächste Woche anberaumt ist, ist sehr wichtig, aber es ist und bleibt nur ein Treffen. Ich denke, dass wir bei Themen von gemeinsamem Interesse Fortschritte erzielen, Probleme lösen und einige wichtige Prozesse auf den Weg bringen können und diese in einer engen und strategischen Partnerschaft mit der amerikanischen Regierung lösen sollten. Ich freue mich sehr über die große Unterstützung im Europäischen Parlament und über die Bemühungen des Rates und der Kommission. Natürlich werde ich Sie bei der nächsten Plenardebatte in Brüssel über die Ergebnisse informieren.

**Benita Ferrero-Waldner**, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin, zuallererst möchte ich James Elles beipflichten. Ich stimme dem zu, was er über einen besseren strategischen Dialog mit einem großen strategischen Partner gesagt hat. Das ist das Ziel, das wir anstreben.

Wie ich vorher bereits gesagt habe, geht es darum, gemeinsam an einer weltweiten Erholung zu arbeiten. Deswegen werden finanzielle und wirtschaftliche Fragen ganz oben auf unserer Tagesordnung stehen. Wir waren eine der treibenden Kräfte bei der Aktivierung der G-20 Gipfelprozesse, die, wie Sie wissen, auf Initiative von Präsident Barroso und Präsident Sarkozy letzten November auf die Führungsebene gehoben wurden. Allerdings sind wir nicht die einzigen, die gebraucht werden.

Der G-20-Gipfel in Pittsburgh war auch ein Erfolg, denn dort wurde eine Basis für flexible, makroökonomische Koordinierung geschaffen. Schließlich suchen wir auch nach Strategien, um unsere entsprechende Politik und Soforthilfemaßnahmen schrittweise wieder zu kürzen.

Zwischen dem IWF und der Weltbank besteht Konsens, dass dafür verschiedene Ansätze aller Parteien benötigt werden, abhängig von der jeweiligen Wirtschaftslage. In Anbetracht der aktuellen Wirtschaftslage werden die Staats- und Regierungschefs auch über mögliche Wege aus der Krise, Wachstumsförderung und die Schaffung von Arbeitsplätzen sprechen, und die Frage der Regulierung der Finanzmärkte wird von besonderer Wichtigkeit sein.

Unserer Meinung nach ist es notwendig, schnell ein weltweit koordiniertes System der „makroprudenziellen“ Aufsicht auf Grundlage einer engen Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds und dem Financial Stability Board zu schaffen.

Im Bankwesen müssen wir die Zusagen von London und Pittsburgh für besseres und mehr Kapital umsetzen und striktere Aufsichtsbestimmungen konsequent in allen Finanzzentren einführen. Wir müssen unsere Bemühungen für eine effiziente globale Konvergenzpolitik im Krisenmanagement und bezüglich wichtiger Finanzinstitutionen intensivieren.

Des Weiteren sollten wir ein einheitliches Regelwerk weltweiter, effizienter Rechnungslegungsstandards für Finanzinstrumente bis Ende 2010 anstreben und die gesamte Angleichung hoffentlich bis Juni 2011 abgeschlossen haben.

Über den Klimawandel haben wir uns mit Präsident Obama erstmals in Prag ausgetauscht. Ich persönlich war auch anwesend, und wir haben die USA unter Druck gesetzt, mehr im Kampf gegen den Klimawandel zu tun. Wir wissen allerdings auch, dass Präsident Obama sich mit dem sehr wichtigen Thema des Gesundheitswesens im Kongress und im Senat auseinandersetzen muss. Deswegen denke ich, dass wir ihn noch mehr unter Druck setzen sollten, damit er seine Bemühungen verdoppelt, und trotz seiner Angelegenheiten in der Innenpolitik ehrgeizige, bindende Bestimmungen für Kopenhagen gefunden werden können.

Nun zum TWR. Es handelt sich hierbei um einen sehr bedeutenden neuen Mechanismus, bzw. wiederbelebten Mechanismus, der uns ermöglicht, an allen Themen zu arbeiten, die sich auf den freien Markt und Marktbarrieren beziehen. Diese wollen wir beseitigen, und das ist auch das Hauptziel des TWR. Das wurde ganz klar im Rahmenabkommen des TWR am 30. April 2007 festgesetzt. Natürlich weiß ich, dass in letzter Zeit verschiedene Ideen vorgebracht wurden, wie z. B. die Schaffung des einheitlichen transatlantischen Marktes bis 2015 durch die Beseitigung bestehender Hindernisse, die der wirtschaftlichen Integration noch im Weg stehen: der sogenannte Millán-Mon-Bericht. Wir müssen zweifelsohne die richtige Balance zwischen Ehrgeiz und Realismus finden, weswegen wir bezüglich des TWR an Aufgaben von mittelfristiger Priorität arbeiten.-

In Bezug auf die Marktbarrieren wissen wir bereits, dass das Parlament eine Studie fordert, und wir unterstützen diese Forderung. Sie wäre hilfreich für die Leitung der zukünftigen Arbeit des TWR. Die Studie wurde noch nicht zu Ende geführt, befindet sich aber in Arbeit. Es gibt noch eine Reihe technischer Fragen zu klären, bevor sie veröffentlicht werden kann. Kommissarin Ashton wird sich dieser Angelegenheit annehmen und sicherlich die Interessen des Parlaments vermitteln.

Des Weiteren möchte ich noch hinzufügen, da dieses Thema angesprochen wurde, dass die Aufgaben des Rates für Energie sich nicht mit denen des TWR überschneiden werden. Die Aufgaben der beiden Räte werden sich vielmehr ergänzen. Natürlich wird sich der Rat für Energie mit Sicherheitsfragen beschäftigen, während regulatorische Fragen vom TWR geklärt werden. Der Rat für Energie beschäftigt sich hauptsächlich mit neuen Technologien und Energiesicherheit.

Kurz möchte ich noch etwas zu SWIFT und GLS sagen, da auch diese Themen angesprochen wurden. Das SWIFT-Übereinkommen wird benötigt, da darin besondere Sicherheitsklauseln festgelegt werden. Das ist ganz deutlich. Auch das Rechtshilfeabkommen sollte sich in diese Richtung bewegen.

Man sollte wissen, dass das Rechtshilfeabkommen im Zentrum des SWIFT-Abkommens steht, und dass jede Anfrage aus den USA der Genehmigung einer europäischen Justizbehörde innerhalb dieses Rahmens unterliegt. Deswegen müssen wir weiter daran arbeiten.

Bezüglich des elektronischen Reisegenehmigungssystems ESTA, haben wir eine vorläufige Beurteilung herausgegeben, in der festgestellt wird, dass, basierend auf den vorläufigen Bestimmungen (interim final rule), das ESTA nicht mit dem Visumsverfahren von Schengen gleichzusetzen ist, wie in der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion der Europäischen Kommission definiert ist. Trotzdem werden wir eine Schlussbeurteilung vorbereiten sobald die endgültigen Bestimmungen für das ESTA veröffentlicht wurden, und diese Beurteilung wird sich auch mit der Frage der ESTA-Gebühr beschäftigen, falls sie wirklich eingeführt werden sollte. Sie können sich vorstellen, dass wir dagegen sind.

Ein letzter Satz zum Terrorismus. Auf dem Gipfel werden wir mit den USA darüber diskutieren, wie eine engere Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus erreicht werden könnte, insbesondere vor dem Hintergrund der Pläne, Guantánamo zu schließen.

Die Grundrechte der Menschen müssen unter allen Umständen geachtet werden. Die Abschluss der Rechtshilfeabkommen wird uns auch dabei helfen. Wir werden deshalb auch bei der Vorbeugung von Radikalismus kooperieren, das betrifft auch den Missbrauch des Internets.



Wie Sie sehen, gibt es ein breites Themenspektrum. Über die politischen Themen haben wir schon im Vorfeld gesprochen, aber ich schließe mich der Ratsvorsitzenden an: Obwohl es sich um einen sehr wichtigen Gipfel handelt, wird es nur ein Treffen von wenigen Stunden sein. Nicht alles wird auf diesem einen Gipfel gelöst werden, aber es wird ein guter Anfang sein oder ein Neuanfang.

**Die Präsidentin.** – Ich habe sechs Entschließungsanträge erhalten<sup>(1)</sup>, die gemäß Artikel 110 Absatz 2 eingereicht wurden.

Die Aussprache wird geschlossen.

Die Abstimmung wird am Donnerstag, dem 22. Oktober 2009, stattfinden.

### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)**

**Elena Băsescu (PPE), schriftlich.** – (RO) Der EU/US-Gipfel im November wird die transatlantische Zusammenarbeit stärken und den Dialog zwischen diesen beiden Großmächten fördern. Die Beziehung zueinander muss sich auf unseren gemeinsamen Werten und Zielen begründen. Eine sehr enge Zusammenarbeit liegt in unserem beiderseitigen Interesse und beschert uns einen beiderseitigen Nutzen.

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten müssen eine maßgebliche Rolle im Kampf gegen den Klimawandel spielen. Im Kampf gegen die negativen Auswirkungen der Erderwärmung wurden bereits mehrere gemeinsame Zugeständnisse gemacht. In Europa kann mit der Inbetriebnahme des Rhein-Main-Donau-Kanals, der eine direkte Verbindung zwischen den Häfen von Rotterdam und Konstanz herstellt, ein umsetzbarer und geeigneter Beitrag zum Umweltschutz geleistet werden.

Die Nutzung von Binnenschiffahrtswegen birgt eine Vielzahl von wirtschaftlichen Vorteilen und hilft dabei, Lärmbelästigung und die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren. Die Nutzung des Kanals und sein höherer Stellenwert werden den Transport von Waren günstiger, sicherer und bezüglich der Nutzung von Energieressourcen effizienter machen.

Umweltschutzpolitik kann durch Maßnahmen ergänzt werden, die die transkontinentale Mobilität und internationale Verbindungen fördern, während ebenfalls die Sicherheit von Waren und EU-Bürgern gewährleistet wird.

**Tunne Kelam (PPE), schriftlich.** – Da der Vertrag von Lissabon in Kürze in Kraft treten wird, kommt dem schnellen Fortschritt in den transatlantischen Beziehungen zwischen den zwei größten demokratischen und wirtschaftlichen Großmächten eine höhere Bedeutung zu. Die EU und die USA sind weiterhin Schlüsselakteure im internationalen Handel und in der Gewährleistung von Stabilität. Das Europäische Parlament war bisher eine treibende Kraft bei der Förderung der transatlantischen Kooperation. Es hat in seinen Entschließungen die Schaffung eines freien transatlantischen Marktes vorgeschlagen, sowie die Festlegung von neuen Strukturen für engere politische und interparlamentarische Beziehungen. Der Transatlantische Wirtschaftsrat hat bisher gute Arbeit geleistet. Ich hoffe, dass wir in naher Zukunft in der Lage sind, Lösungen zu finden, um die Regulierungsbarrieren zwischen der EU und den USA zu überwinden. In dieser Beziehung werden die Gesetzgeber eine wichtige Rolle spielen. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments sind willens und bereit, die Prozesse des TWR voll zu unterstützen.

Wir sollten den US-Kongress ermutigen, sich an einem regelmäßigen Transatlantischen Dialog der Gesetzgeber zu beteiligen und somit auch aktiv im TWR mitzuwirken. Ich hätte gern von der Kommission und dem Rat gewusst, wie die Entschließungen des Europäischen Parlaments weiterverfolgt wurden und gleichzeitig beide Institutionen ermutigen, konsequent an der Schaffung eines transatlantischen freien Marktes zu arbeiten.

**Alan Kelly (S&D), schriftlich.** – Die Beziehungen zwischen den USA und der Europäischen Union waren immer sehr stark. Nur mit amerikanischer Hilfe konnte das zerstörte Europa in der Nachkriegszeit wieder aufgebaut werden und sich neu entwickeln. Jetzt steckt die Welt in einer weiteren Krise und es ist wichtiger als je zuvor, dass wir diese Verbindung aufrecht erhalten und zusammenarbeiten, um Probleme zu lösen, die die Weltwirtschaft beeinträchtigen. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten müssen im Erholungsprozess eine strategische Rolle spielen. Zusammengenommen repräsentiert unser BIP mehr als die Hälfte des BIP der ganzen Welt und wir haben die stärkste bilaterale Handelspartnerschaft, die fast 40 % des Welthandels ausmacht. Trotzdem müssen weitere Entwicklungsvorhaben umgesetzt werden, wenn wir die Wirtschaftskrise effizient bekämpfen wollen. Der TWR hat sich selbst zum Ziel gesetzt, bis 2015 einen

---

<sup>(1)</sup> Siehe Sitzungsprotokolle

einheitlichen transatlantischen Markt zu schaffen. Das wird durch die Beseitigung von Handelshemmnissen geschehen. Wenn dieses Ziel erreicht ist, kann die Wirtschaft erneut wachsen und der Erholungsprozess kann beginnen. Das Risiko einer weiteren „Kreditklemme“ ist noch nicht vorbei. Um weitere wirtschaftliche Zusammenbrüche und Arbeitslosigkeit zu vermeiden, muss die Europäische Gemeinschaft sicherstellen, dass in beiden Bereichen koordinierte Wirtschaftspolitik umgesetzt wird.

**Franz Obermayr (NI), schriftlich.** – Zweifellos müssen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und der EU gepflegt werden. Hierbei darf es jedoch unter keinen Umständen zu einer wirtschaftlichen Vereinnahmung Europas durch die USA kommen. Ganz im Gegenteil: Es gilt nun, aus der Wirtschaftskrise, welche ihren Ursprung in den unkontrollierten Finanzmärkten der USA hatte, zu lernen! Europa muss seine wirtschaftliche Eigenständigkeit wahren und einen eigenen Weg aus der Krise finden, zumal an der New Yorker-Börse bereits zu dieser Stunde wieder Boni in Milliardenhöhe ausgeschüttet werden. Ich fordere daher eine Stärkung der europäischen Position im Rahmen des Transatlantischen Wirtschaftsrates! Im April 2009 drängte der amerikanische Präsident Obama beim EU/USA-Gipfel in Prag die Europäische Union zu einer baldigen Vollmitgliedschaft der Türkei; die EU trüge so zu einer besseren Verständigung mit der islamischen Welt bei. Dass die USA ihren strategischen Nato-Verbündeten unterstützt (damit dieser den Weg für Rasmussen als Generalsekretär der NATO freimache), darf nicht zu einer Beschleunigung der Verhandlungen über eine Vollmitgliedschaft führen. Die Türkei wird auch durch amerikanischen Rückenwind kein probater Beitrittskandidat, denn die massiven kulturellen, geografischen, wirtschaftlichen und politischen Unterschiede werden nicht geringer. Auch in diesem Sinne sollte die EU einen deutlichen Standpunkt gegenüber den USA vertreten!

**Richard Seeber (PPE), schriftlich.** – Die weitere Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und den USA anlässlich des Treffens des Transatlantischen Wirtschaftsrats ist in Zeiten der Wirtschaftskrise und der Vorbereitungen zur Klimakonferenz in Kopenhagen ein wichtiger Schritt. Im Bereich Umwelt muss das Gespräch vor allem zu neuartigen Lebensmitteln gesucht werden. Möglichkeiten und Sichtweise der Nanotechnologien sind dabei relevant. Ein offenes Wort gesprochen werden sollte in jedem Fall auch im Bereich Gentechnik und Klonen von Tieren. Europa sollte nicht davor zurückscheuen, die Bedenken einiger Mitgliedstaaten dem Handelspartner klar offen zu legen. Im Bereich von chemischen Substanzen und giftigen Stoffen muss auf hohe Schutzstandards und bessere Abstimmung hingearbeitet werden. Dies erleichtert nicht nur den Handel und die wirtschaftlichen Beziehungen, sondern garantiert vor allem den Endverbrauchern in Europa, dass sie vor giftigen Stoffen in der Umwelt und in ihren Produkten geschützt sind. Mit den konstruktiven Gesprächen bleibt gesichert, dass die Beziehungen EU-USA einen besonderen Stellenwert haben.

**Joanna Senyszyn (S&D), schriftlich.** – (PL) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren. Ich freue mich, dass die Entschließung zur Vorbereitung des Treffens des Transatlantischen Wirtschaftsrats und des EU/USA-Gipfels (2. und 3. November 2009) auf Seite 17 die Vereinigten Staaten auffordert, die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union gleichwertig zu behandeln und alle EU-Mitgliedstaaten in das Programm für visumfreies Reisen mit einzubeziehen.

Es ist an der Zeit, dass die Forderungen des Parlaments, die Bemühungen der Kommission und die Anstrengungen der Mitgliedstaaten, die bezüglich des visumfreien Reisens benachteiligt werden, Früchte tragen. Sonst wird es nötig sein, radikale Maßnahmen zu ergreifen und eine Visumpflicht für amerikanische Staatsbürger einzuführen. Es ist an der Zeit, dieses einseitige Privileg der USA zu beenden. Das Europäische Parlament sollte die Diskriminierung von europäischen Bürgern aufgrund ihrer Nationalität durch Amerika nicht tolerieren. Das Parlament spielt in dieser Angelegenheit eine besonders bedeutende Rolle, denn nicht alle Regierungen der Mitgliedstaaten verstehen, dass es notwendig ist, das Prinzip der Visa-Reziprozität anzuwenden. Einer dieser Staaten ist die Republik Polen. Die Stellung, die die Bürger einnehmen, ist grundverschieden. Über 61 % der polnischen Bürger sind für die Einführung eines Einreisevisums für die Bürger der Vereinigten Staaten. In einer Internetumfrage lag die Zahl der Personen, die eine solche Maßnahme befürworten würden, bei ganzen 96 %.

Ich bin fest überzeugt, dass der kommende EU/USA-Gipfel einen Wendepunkt darstellen wird, zumindest was die Visa-Politik angeht, und dass im neuen Jahr, im Jahr 2010, die Bürger aller EU-Mitgliedstaaten normal reisen können. Mit anderen Worten: Ich hoffe, dass wir die gleiche Freiheit genießen können wie alle Amerikaner, die in jedes EU-Land ihrer Wahl reisen können.

## 10. Fragestunde (Anfragen an den Rat)

**Die Präsidentin.** – Nach der Tagesordnung folgt die Fragestunde (B7-0212/2009).

Es werden die folgenden Fragen an den Rat gerichtet.

Frage Nr. 1 von Herrn **Bernd Posselt** (H-0303/09)

Betrifft: Menschenrechte in Kuba

Wie beurteilt der Rat die aktuelle Menschenrechtslage in Kuba, insbesondere was die politischen Häftlinge betrifft, und hat er Informationen über die Haftbedingungen des kubanischen Arztes Dr. Darsi Ferrer und seines Mitgefangenen Alfredo Dominquez, die offenbar unter extrem unmenschlichen Umständen einsitzen?

**Cecilia Malmström**, *amtierende Präsidentin des Rates*. – Ich bin natürlich bereit, vom Thema der Vereinigten Staaten zu Kuba und der Frage von Herrn Posselt, die ein sehr ernstes Thema betrifft, überzugehen. Vielen Dank für Ihre Frage, Herr Posselt.

Der Rat ist weiterhin sehr besorgt über die Lage der Menschenrechte in Kuba, insbesondere was den Mangel an Fortschritten bei politischen und Bürgerrechten betrifft. Die Menschen in Kuba verfügen nicht über Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Es gibt keine freie Presse. Der Zugang zu Informationen, einschließlich zum Internet, ist weiterhin beschränkt. Die Auflagen für die Bewegungsfreiheit nach und innerhalb von Kuba sind unverändert. Momentan befinden sich 208 politische Häftlinge in Kuba. Die Zahl ist von 2034 Häftlingen im Jahr 2007 gesunken, aber die meisten Freilassungen beruhen auf der vollendeten Verbüßung der Haftstrafe. Die Missionen der Mitgliedstaaten in Havanna überwachen die Liste der politischen Häftlinge sehr genau und verfügen über eine spezielle Arbeitsgruppe für Menschenrechte, in der wichtige Themen diskutiert werden.

Die Bedingungen sind, Menschenrechtsaktivisten, Zeugenaussagen von politischen Häftlingen und deren Familien zufolge, weit unter den Mindestvorschriften der UNO für die Behandlung von Strafgefangenen. Einigen Gefangenen geht es, ihren Familien zufolge, gesundheitlich sehr schlecht und Sie haben keinen Zugang zu geeigneter medizinischer Versorgung. Es gab bereits mehrere Berichte von brutaler oder entwürdigender Behandlung. Das beinhaltet, dass Häftlinge geschlagen werden, dass ihnen eine adäquate gesundheitliche Versorgung verweigert wird und dass sie unter psychologischem Druck stehen. Trotzdem gab es noch keine Berichte darüber, dass sich Gefängniswärter oder Polizisten wegen Missbrauch vor Gericht verantworten mussten.

Die kubanische Regierung streitet die Existenz von politischen Häftlingen ab und lehnt leider weiterhin ab, dass internationale unabhängige Menschenrechtsorganisationen die Lage der Menschenrechte im Land beobachten. Die Linie des Rates in Bezug auf Kuba wurde im Gemeinsamen Standpunkt von 1996 festgelegt und seitdem jährlich vom Rat neu bewertet. Im Oktober 2008 haben sich die EU und Kuba auf die Wiederaufnahme eines umfassenden politischen Dialogs geeinigt. Dieser Dialog bezieht, gemäß der EU-Politik, nicht nur die kubanischen Behörden, sondern auch die Zivilbevölkerung und die demokratische Opposition mit ein. Der Rat richtet bei der Neubewertung des Gemeinsamen Standpunkts im Jahr 2009 besondere Aufmerksamkeit auf die Prinzipien der Demokratie, auf die Menschenrechte und auf die Grundfreiheiten.

In den Ergebnissen vom Juni dieses Jahres haben wir klar dargelegt, dass diese Themen weiterhin zu den obersten Prioritäten in der Beziehung zu Kuba gehören. Der Rat hat die kubanische Regierung insbesondere aufgefordert, alle politischen Häftlinge bedingungslos freizulassen, einschließlich derer, die im Jahr 2003 verhaftet wurden, und wir haben unsere Bedenken gegenüber der Lage der Gefangenen und ihres Gesundheitszustandes geäußert.

Des Weiteren hat der Rat die kubanischen Behörden aufgefordert, internationalen Hilfsorganisationen den Zugang zu kubanischen Häftlingen zu erleichtern. Seit Beginn des politischen Dialogs mit Kuba im letzten Jahr hat die EU das Thema der politischen Häftlinge bei jedem Treffen angesprochen. Wie in den Ergebnissen des Rates festgestellt wurde, sollten die Menschenrechte auf solchen hochrangigen Treffen immer angesprochen werden und wenn möglich sollte an diesen Treffen auch die friedliche prodemokratische Opposition teilnehmen.

Der Rat hat entschieden, den Dialog mit Kuba weiterzuführen, da somit offene Themen von gemeinsamem Interesse und gemeinsamer Sorge diskutiert werden können, einschließlich der Situation der Menschenrechte.

Trotzdem sind wir weiterhin sehr besorgt über die Situation in Kuba und werden individuelle Fälle weiterverfolgen, insbesondere die von Häftlingen in sehr schlechtem gesundheitlichem Zustand.

In Bezug auf die besondere Lage eines der Häftlinge, die vom Abgeordneten angesprochen wurde, hat die Europäische Union auf Initiative des schwedischen Ratsvorsitzes in Havanna im August Ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht. Dadurch sollte der Familie des verhafteten Dr. Darsi Ferrer gezeigt werden, dass die Union besorgt darüber ist, dass das nationale Strafprozessrecht von den kubanischen Behörden nicht geachtet wird. Das Gleiche gilt für einen anderen Gefangenen, Herrn Alfredo Domínguez, dessen Fall auch vom Ratsvorsitz beobachtet und im Dialog mit Kuba angesprochen wird. Außerdem besteht Kontakt zu seiner Familie.

**Bernd Posselt (PPE).** - Frau Präsidentin! Ich möchte Ihnen Frau Ratspräsidentin für die extrem gute und detaillierte Antwort sehr danken.

Herr Brechtmann von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte hat mir ausführliche Informationen über die Haftbedingungen gegeben, und ich möchte nur noch fragen, ob der Rat versuchen kann, die Haftbedingungen einzelner Häftlinge nachzuprüfen und wie er die Entwicklung in Kuba, was die Beziehungen zur Europäischen Union betrifft, beurteilt?

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – Wir haben keinen formellen Zugang zu Informationen, aber über internationale Organisationen, NGOs, Kontakte, politische Parteien etc. bekommen wir Informationen über die Lage der politischen Häftlinge, auch wenn sie etwas bruchstückhaft sind. Wir wissen, dass ihr gesundheitlicher Zustand in einigen Fällen sehr ernst ist. Wir versuchen uns mit den Familien und NGOs in Verbindung zu setzen, um die Situation zu erleichtern, aber eines der Probleme ist natürlich, dass wir nur wenig konkrete und bestätigte Informationen haben.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass viele Häftlinge in den Gefängnissen sind, ohne dass ein Gerichtsverfahren eingeleitet wurde oder eine Anklage vorliegt. Das widerspricht dem kubanischen Gesetz. Sie haben das Recht zu wissen, warum sie im Gefängnis sind und was ihnen vorgeworfen wird. Das ist ein grundlegendes Menschenrecht in allen Gesellschaften, aber in Kuba existiert es nicht, wie wir wissen.

Im kubanischen Dialog tauchen natürlich viele Schwierigkeiten auf, aber momentan halten wir es für wichtig, diesen Dialog gemäß unserer Entscheidung zu führen, denn so haben wir die Gelegenheit, mit den Behörden in Kontakt zu treten, unsere Kritik ihnen gegenüber sehr streng und bestimmt vorzubringen, aber auch mit der Zivilbevölkerung zu kommunizieren und mit den friedlichen Dissidenten. Wir versuchen, das zu tun und sind momentan der Meinung, dass dieser Ansatz funktionieren könnte. In naher Zukunft sehe ich nicht, dass sich an dieser Situation etwas Grundlegendes ändern wird.

**Nikolaos Chountis (GUE/NGL).** – (EL) Frau Präsidentin, Frau Ministerin, da ich der Meinung bin, dass wir im Bereich der Menschenrechte, die von Herrn Posselt angesprochen werden, besser mit Staaten kooperieren können, zu denen wir politische und diplomatische Beziehungen führen und mit denen Finanztransaktionen geführt werden, ist es erstaunlich, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten im Hinblick auf die logische und andauernde Aufforderung der Republik Kuba, dass die USA ihr Embargo aufheben, eine passive bis negative Haltung einnehmen.

Meine Frage ist deshalb folgende: Wie sieht der Ratsvorsitz diese Angelegenheit und wie sollten Ihrer Meinung nach die Mitgliedstaaten damit umgehen, da, wie wir alle wissen, Kuba am 28. Oktober einen Antrag an die UN-Generalversammlung auf Aufhebung des US-Embargos gestellt hat?

**Krisztina Morvai (NI).** – Ich bin eine friedliche Dissidentin aus einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, und zwar aus Ungarn. Ich würde Sie gerne um Rat fragen. Wie können wir es schaffen, dass Sie der Lage der Menschenrechte in Ungarn genauso viel Aufmerksamkeit schenken wie der in Kuba?

Seit Herbst 2006 ist die Polizei häufig brutal gegen friedliche Demonstranten vorgegangen und viele politische Häftlinge wurden in Gefängnissen gefoltert.

Ich möchte die kubanischen Politiker bitten, in unserem Namen zu verhandeln und auf der Basis aller...

(Die Präsidentin unterbricht die Rednerin.)

**Die Präsidentin.** – Es tut mir leid, aber Ihre Redezeit beträgt 30 Sekunden und die Frage bezieht sich auf die Menschenrechte in Kuba.

**Cecilia Malmström**, *amtierende Präsidentin des Rates*. – Die gesamte Europäische Union hat bei mehreren Gelegenheiten vorgebracht, dass wir gegen das amerikanische Embargo sind und dass es eine zukünftige Lösung für Kuba nicht einfacher macht.

Des Weiteren hat die Europäische Union zugesagt, dass wir bereit sind, je nach dem Fortschritt in der Menschenrechtslage enger mit Kuba zusammenzuarbeiten, auch was den Handel betrifft.

Momentan ist es uns aufgrund des mangelnden Fortschritts bezüglich der Menschenrechte, der Achtung der Demokratie und der zahlreichen politischen Häftlinge nicht möglich, in dieser Situation Fortschritte zu machen. Es ist Aufgabe der kubanischen Behörden uns zu zeigen, ob sie diesen Kontakt möchten und die Gelegenheit nutzen wollen, konkrete Fortschritte vorzuweisen. Leider wurden bisher nur sehr wenige Fortschritte erzielt.

**Die Präsidentin**. – Ich wäre den Abgeordneten dankbar, wenn sie sich an die Regeln der Fragestunde halten würden, die besagen, dass eine Zusatzfrage binnen 30 Sekunden gestellt werden darf und dass man sich an das Thema der eigentlichen Frage zu halten hat.

Frage Nr. 2 von Frau **Marian Harkin** (H-0305/09)

Betrifft: Missbrauch älterer Personen

Schätzungen zufolge sind mehr als 10 % der älteren Menschen in ihrer häuslichen Umgebung oder in Pflegeinstitutionen körperlichem, psychischem, finanziellem oder seelischem Missbrauch ausgesetzt. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird diese Zahl noch zunehmen. Wie wird die schwedische Ratspräsidentschaft ihrer Zusage nachkommen, die Zusammenarbeit europaweit zu stärken sowie auf Ebene der Gemeinschaft vermehrt tätig zu werden und dadurch die Pflegedienstleistungen für ältere Menschen zu verbessern und Missbrauch zu verhindern?

**Cecilia Malmström**, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Frau Harkin spricht ein Thema an, das heutzutage sehr relevant ist, da unsere Bevölkerung zunehmend älter wird. Die Maßnahmen in diesem Bereich fallen hauptsächlich in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft kann die Arbeit der Mitgliedstaaten hier nur unterstützen und vervollständigen.

Trotzdem möchte der schwedische Ratsvorsitz dieser Angelegenheit etwas Aufmerksamkeit schenken und wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um die Qualität der Altenpflege zu verbessern und um die Misshandlung älterer Menschen zu bekämpfen. Diesbezüglich möchte ich daran erinnern, dass vor einem Monat in Stockholm eine Konferenz über das Thema „Gesundes und würdevolles Altern“ stattgefunden hat. An der Konferenz haben 160 Personen aus 27 Ländern teilgenommen. Die Beteiligung war sehr hoch. Die Kommission war präsent, sowie die Mitgliedstaaten, Beamte der Gesundheits- und Sozialministerien und viele Freiwilligenorganisationen.

Ziel war es, genau die Probleme in den Vordergrund zu stellen, die auch von der Frau Abgeordneten angesprochen wurden: Wie ist mit dem Bedarf an stärkerer Kooperation zwischen dem Gesundheits- und Pflegebereich umzugehen, um den Bedürfnissen unserer älteren Mitbürger Rechnung zu tragen? Ziel der schwedischen Ratspräsidentschaft ist, dass der Rat diesbezüglich am 30. November im Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz Schlussfolgerungen annehmen wird. In den Entwürfen der Schlussfolgerungen streben wir eine vertiefte und engere Kooperation im Bereich „Gesundes und würdevolles Altern“ an, einschließlich des Austauschs von Informationen zwischen den Mitgliedstaaten. Die Kommission wurde außerdem aufgefordert, einen Aktionsplan für die Würde, Gesundheit und Lebensqualität von älteren Leuten zu erstellen.

Ich möchte außerdem darauf hinweisen, dass der Rat im Juni dieses Jahres Schlussfolgerungen angenommen hat, mit dem Titel „Chancengleichheit für Frauen und Männer: aktives und würdiges Altern“, um die Versorgung mit qualitativen Pflegediensten in Verbindung mit häuslicher Pflege für ältere Menschen zu erleichtern, unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse älterer Männer und Frauen.

Besonders in Bezug auf das Thema der Misshandlung älterer Menschen, verbietet die Richtlinie 2000/78/EG des Rates bereits die Diskriminierung von Menschen am Arbeitsplatz aufgrund ihres Alters. Die Kommission hat vorgeschlagen, dass der Schutz, der durch diese Richtlinie gewährleistet wird, auf eine Reihe von anderen Bereichen ausgeweitet wird, wie soziale Sicherheit, Gesundheitsversorgung, Sozialleistungen, Bildung, Zugang zu Waren und Dienstleistungen, Unterbringung u. s. w.

Dieser Vorschlag enthält viele Aspekte, die sich auf die Misshandlung älterer Menschen beziehen. Er beinhaltet die Pflege zu Hause, Betreuungseinrichtungen und Gesundheitsdienstleistungen. Er verbietet Belästigung,

welche eine Form der Diskriminierung darstellt und als unerwünschte Verhaltensweise definiert wird, durch die „die Würde der betreffenden Person verletzt und ein von Einschüchterungen, Anfeindungen, Erniedrigungen, Entwürdigungen oder Beleidigungen gekennzeichnetes Umfeld geschaffen wird.“

Über diesen Vorschlag wird momentan im Rat diskutiert und das Europäische Parlament hat bereits eine Stellungnahme abgegeben. Der Vorschlag muss vom Rat einstimmig verabschiedet werden. Natürlich möchten wir das Ergebnis der Debatte des Rates nichts vorwegnehmen, aber ich möchte trotzdem hinzufügen, dass wir alles in unserer Macht Stehende tun, um entsprechende Rechtsvorschriften einzuführen, die dazu beitragen, jegliche Form von Missbrauch oder Misshandlung älterer Menschen zu beseitigen, was vollkommen mit der Stellungnahme des Europäischen Parlaments übereinstimmt.

Natürlich sind wir der festen Überzeugung, dass niemand unter Belästigungen oder Missbrauch leiden sollte, am wenigsten ältere Menschen, die stark auf Betreuung angewiesen sind.

**Marian Harkin (ALDE).** – Vielen Dank für Ihre wohlüberlegte Antwort, Frau Präsidentin des Rates Malmström. Der Mitteilung der Kommission aus dem Jahr 2008 zufolge wurden in Bezug auf die Ressourcen, die Ausbildung und die Unterstützung des Pflegepersonals die richtigen Bedingungen geschaffen. Ich bin absolut überzeugt, dass das der Fall ist und verstehe, dass dies in die Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten fällt.

Trotzdem gibt es einige Bereiche, in denen die EU unterstützend eingreifen kann. Einer davon ist der gesamte Bereich der grenzüberschreitenden Angelegenheiten. Ich hätte gerne gewusst, was Sie von der Schaffung eines formellen Rahmens halten, der dem Austausch von Informationen in Bezug auf medizinisches Personal, in diesem Fall Pflegepersonal, das grenzübergreifend arbeitet, dient.

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – Ich danke der Abgeordneten für diesen Vorschlag. Ich höre das jetzt zum ersten Mal. Es hört sich nach einer guten Initiative an, aber ich werde den Vorschlag an die zuständigen Minister weitergeben und in den Diskussionsprozess einbringen müssen. Vielleicht können wir zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal darauf zurückkommen.

**Silvia-Adriana Țicău (S&D).** – (RO) Die Bevölkerung der Europäischen Union altert. Ältere Menschen brauchen besondere Bedingungen, was die medizinische Versorgung und die Einrichtung von für sie geeigneten Anlagen in Gebäuden und den öffentlichen Verkehrsmitteln betrifft. Die Sozialpolitik hat in Schweden eine lange Tradition. Welche Vorschläge diskutieren Sie mit anderen Mitgliedstaaten, sodass die Lebensbedingungen für Ältere in der gesamten Europäischen Union verbessert werden können?

**Seán Kelly (PPE).** – Frau Ratspräsidentin, Frau Harkin hat Ihnen eine wichtige Frage gestellt und Sie haben Sie vorzüglich beantwortet, aber um das Spektrum der Frage ein wenig auszuweiten, von Diskriminierungen sind hauptsächlich Menschen über 65 betroffen. Würden Sie auf europaweiter Ebene empfehlen, das Rentenalter heraufzusetzen oder flexibler zu gestalten und würden Sie anstatt dem endgültigen Ausscheiden aus dem Arbeitsleben einen schrittweisen Übergang in den Ruhestand empfehlen, wofür sich mittlerweile die meisten Bürger entscheiden? Das würde enorm dazu beitragen, die Lebensqualität zu verbessern und sicherstellen, dass älteren Menschen mehr Respekt entgegengebracht würde.

**Die Präsidentin.** – Ich würde sagen, das übersteigt das Thema der Frage ein wenig, aber ich lasse die Ministerin darüber entscheiden, ob sie darauf antworten möchte oder nicht.

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – Die Antwort auf die erste Frage des Herrn Abgeordneten lautet „Ja“, besonders da wir diese Themen ansprechen müssen.

Das Trio, die französische, tschechische und schwedische Präsidentschaft, hat sich darauf geeinigt, den Dialog über Themen, die Gesundheit und ältere Menschen betreffen, zu intensivieren. Es gab beispielsweise eine Konferenz über Alzheimer und die Konferenz, über die ich bereits gesprochen habe, die vor einem Monat stattfand, hat sich mit der würdevollen Behandlung älterer Menschen beschäftigt. Es gab also Gelegenheiten, über dieses Thema zu sprechen und die Ergebnisse werden im Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz Ende November diskutiert werden, wo wir natürlich auch den Bericht des Europäischen Parlaments berücksichtigen werden.

Über das Rentenalter entscheidet jeder Mitgliedsstaat selbst, aber in den Diskussionen über die Strategie von Lissabon, zur Abwechslung nicht über den Vertrag, in denen darüber gesprochen wird, wie das Wachstum, die Entwicklung und die Beschäftigungsfähigkeit gefördert werden kann, und wie mit der demographischen Herausforderung, die uns erwartet, umzugehen ist, muss dieses Thema natürlich berücksichtigt werden. Wie

kann die Kompetenz und Erfahrung auch älterer Menschen genutzt werden und welche Wege gibt es, damit sie erwerbstätig bleiben können? Es ist nicht Aufgabe des Rates zu entscheiden, in welchem Alter das genau passieren sollte, sondern eher die Mitgliedstaaten zu ermutigen, ihre Arbeitskräfte bestmöglich einzusetzen.

**Die Präsidentin.** – Frage Nr. 3 von Herrn **Olle Schmidt** (H-0310/09)

Betrifft: Dawit Isaak, schwedischer Journalist, inhaftiert in Eritrea

Laut Berichten in den schwedischen Medien ist der schwedische Staatsangehörige Dawit Isaak, der seit 2001 in Eritrea gefangen gehalten wird, inzwischen in ein neues Gefängnis verlegt worden. Berichten zufolge hat dieses Gefängnis noch kein Gefangener lebend wieder verlassen. Dawit Isaak wird bereits seit beinahe acht Jahren unter schrecklichen Verhältnissen von einem Schurkenregime festgehalten, ohne überhaupt zu erfahren, weshalb man ihn so brutal ins Gefängnis geworfen und von seiner Familie, seinen Freunden und seiner Arbeit getrennt hat. Bisher sind alle Versuche fehlgeschlagen, seine Haftentlassung zu erreichen. Die EU sollte in dieser Angelegenheit aktiver sein, denn Isaak ist auch Unionsbürger. Wenn nichts unternommen wird und weder Schweden noch die EU erreichen, dass der eritreische Präsident den Fall zumindest ernsthaft diskutiert, besteht die Gefahr, dass Isaak in der Haft ums Leben kommt.

Welche Maßnahmen plant der schwedische Ratsvorsitz, um den Fall Dawit Isaak auf höchster Ebene in der EU zu behandeln?

Sollte Eritrea tatsächlich EU-Beihilfen erhalten, obwohl das Land so klar gegen grundlegende Menschenrechte verstößt?

**Cecilia Malmström**, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Vor acht Jahren wurde der schwedisch-eritreische Journalist Dawit Isaak in Eritrea festgenommen und eingesperrt. Er wird gefangen gehalten, ohne dass ein Gerichtsverfahren eingeleitet wurde und ohne dass es eine Anklage gäbe. Weder seine Familie noch die schwedischen Behörden oder internationale Menschenrechtsorganisationen dürfen ihn besuchen.

Leider hat es in den letzten Jahren überhaupt keine Anzeichen einer Verbesserung der Menschenrechtslage in Eritrea gegeben. Die Verantwortung für diese Situation liegt alleine bei der eritreischen Regierung. Die EU ist sehr besorgt darüber, dass Eritrea weiterhin seinen Verpflichtungen bezüglich der Menschenrechte, gemäß nationalem und internationalem Recht, nicht nachkommt.

Besonders besorgt sind wir über das Thema der politischen Häftlinge und über die mangelnde Redefreiheit. Die EU hat mehrmals um die bedingungslose Freilassung aller politischen Häftlinge in Eritrea gebeten, natürlich auch um die von Dawit Isaak. Am 18. September 2009 hat der Ratsvorsitz im Namen der Europäischen Union eine sehr eindeutige Erklärung veröffentlicht, in der wir unsere Forderung nach der bedingungslosen Freilassung aller politischer Häftlinge wiederholen und feststellen, dass Eritrea eindeutig die Verpflichtungen vernachlässigt, die im Internationalen Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte festgelegt sind, und den Eritrea ratifiziert hat.

Leider konnte der Fall von Dawit Isaak nicht gelöst werden, aber er bleibt weiterhin eine der obersten Prioritäten für die EU, den schwedische Ratsvorsitz und die schwedische Regierung. Wir werden unsere Bemühungen nicht einstellen, bevor er nicht aus humanitären Gründen freigelassen wurde und zu seiner Familie zurückkehren kann. Ich kann Ihnen versichern, dass wir seinen Fall und die Situation seiner Mitgefangenen auf höchster Ebene in Asmara vorbringen werden.

Die Menschenrechte sind ein Schlüsselement der Beziehungen zwischen der EU und Eritrea. Wir sind bereit, die eritreische Regierung bei der Verbesserung der Menschenrechtslage zu unterstützen. Die Beihilfe wird aufgrund der Vorschriften des Cotonou-Abkommens bestimmt. Dieses Abkommen befasst sich zugleich mit den Menschenrechten und dem politischen Dialog, der darauf abzielt, Druck auszuüben und Änderungen herbeizuführen. Es ist ein fortlaufender Prozess, der extrem langsam voranschreitet, aber wir hoffen, dass er als Werkzeug dienen kann, um Fortschritte zu machen.

**Olle Schmidt (ALDE).** – (SV) Ich brauche Ihnen keinen weiteren Informationen zu dem schrecklichen Fall von Dawit Isaak geben. Ich weiß auch, dass Frau Malmström sich sehr in dieser Angelegenheit einsetzt.

Soweit ich weiß, ist Dawit Isaak der einzige EU-Bürger, der gefangen gehalten wird, weil er von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hat. Sollte die EU deswegen nicht eine gemeinsame Sondererklärung für Dawit Isaak herausgeben? Sollte die Frage einer Sondererklärung nicht im Rat vorgebracht werden? Vielleicht sollten Frau Malmström oder noch jemand anderes nach Eritrea fahren und versuchen, sich mit Dawit Isaak und mit Präsident Isaias Afewerki zu treffen. Ich hoffe, dass das geschehen wird, denn

ich halte es für absolut unzumutbar, dass ein EU-Bürger Jahr für Jahr ohne Gerichtsverfahren gefangen gehalten wird, er anscheinend schwer erkrankt ist und das Risiko besteht, dass er im Gefängnis verstirbt.

**Cecilia Malmström**, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Herr Schmidt, ich teile Ihre großen Sorgen und Ihre Frustration darüber, dass diese Situation Jahr für Jahr unverändert bleibt und dass es keinerlei Möglichkeit gibt, zu den eritreischen Behörden durchzukommen. Ich bin sicher, dass sowohl Herr Schmidt als auch andere Abgeordnete die Berichte aus Eritrea gelesen und sich die Interviews mit dem eritreischen Präsidenten angehört haben. Es ist nicht leicht, mit ihm umzugehen, und Missbrauch ist in Eritrea weitverbreitet.

Wir versuchen weiterhin, alle Mittel auszuschöpfen, die uns zur Verfügung stehen, aber wir haben keinen Zugang zum Gefängnis. Wir konnten ihn nicht besuchen und wissen nicht, wie es ihm geht. Natürlich werden wir nicht ausschließen, dort hinzufahren, falls wir glauben, dass wir dadurch Fortschritte erzielen könnten. Momentan ist es allerdings unmöglich, irgendeine Zusage darüber zu erhalten, ob wir ihn besuchen dürfen, Gespräche über ihn führen dürfen oder seine Familie besuchen dürfen, die auch in Eritrea lebt. Es ist extrem frustrierend. Wir haben eine klare Erklärung abgegeben. Wie Herr Schmidt erwähnt hat, ist Dawit Isaak soweit ich weiß der einzige politische Häftling europäischer Abstammung, der sich zurzeit im Gefängnis befindet. Wir versuchen auf verschiedenen Wegen, den Druck auf die eritreischen Behörden zu verstärken und ihnen zu erklären, dass Dawit Isaak und seine Mitgefangenen freigelassen werden müssen, nicht zuletzt um die Konventionen einzuhalten, die das Land selbst ratifiziert hat. Aber es stellt sich als sehr schwierig heraus, mit diesem Land einen normalen Dialog zu führen.

**Die Präsidentin**. – Es bestehen keine Zusatzfragen zu dieser Frage, deswegen gehen wir zur nächsten Frage über.

Frage Nr. 4 von Frau **Anna Hedh** (H-0312/09)

Betrifft: Strategie der Europäischen Union gegen Alkoholmissbrauch

Es sind nun beinahe drei Jahre vergangen, seit die Strategie der Europäischen Union gegen Alkoholmissbrauch vom Parlament beschlossen wurde. Die Strategie sollte bis zum Sommer 2009 einer Bewertung unterzogen werden. Diese Bewertung scheint jedoch leider aufgeschoben worden zu sein. Für Schweden ist die Alkoholpolitik stets ein wichtiger und vorrangiger Gegenstand der Zusammenarbeit im Rahmen der EU gewesen.

Wird sich der schwedische Ratsvorsitz dafür einsetzen, dass die Bewertung der Strategie so schnell wie möglich vorgenommen wird? Wenn dies der Fall ist: Wann wird es zu der Bewertung kommen?

**Cecilia Malmström**, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Vielen Dank, Frau Hedh. Ich möchte Frau Hedh ganz zu Anfang daran erinnern, dass der schwedische Ratsvorsitz Alkohol und Gesundheit ganz oben auf die Agenda gesetzt hat, als wichtigen Aspekt bei der Durchführung der europäischen Strategie, welche die Mitgliedstaaten dabei unterstützt, alkoholbedingte Schäden zu reduzieren.

Zu diesem Thema haben wir bereits drei große Veranstaltungen organisiert. Die erste war das informelle Treffen der Gesundheitsminister im Juli in Jönköping, wo dem Verkauf und der Vermarktung von alkoholischen Getränken und deren Einfluss auf den Alkoholkonsum junger Menschen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die zweite war eine Expertenkonferenz zu Alkohol und Gesundheit im Stockholm am 21. und 22. September, die darauf abzielte, in der EU eine nachhaltige, langfristige und umfassende Strategie im Hinblick auf den Alkoholkonsum zu unterstützen. Mehr als 450 Personen haben aus, im Prinzip, allen EU-Mitgliedstaaten teilgenommen und die Teilnehmer haben die Prioritäten Schwedens im Bereich Alkohol und Gesundheit stark befürwortet.

Die dritte Veranstaltung war das globale Expertentreffen über Alkoholkonsum, Gesundheit und soziale Entwicklung, das am 23. September stattgefunden hat. Die Veranstaltung wurde vom schwedischen Ratsvorsitz in Kooperation mit Sida (Schwedische Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit) und dem Norwegischen Ministerium für Gesundheit und Pflege organisiert und wurde von der Weltgesundheitsorganisation gesponsert. Ziel war es, eine globale Strategie für die Weltgesundheitsversammlung auszuarbeiten, die im Mai nächsten Jahres stattfindet. Auf diesem Treffen wurden neuste Forschungsergebnisse vorgestellt in Bezug auf die Verbindung zwischen den schädlichen Auswirkungen von Alkoholkonsum, sozialer Entwicklung und der Verbreitung von Infektionskrankheiten wie HIV/AIDS und Tuberkulose. Es besteht eine wichtige Verbindung, die nicht außer Acht zu lassen ist.



Die Antwort auf die Frage: „Wird der schwedische Ratsvorsitz sich darum bemühen, dass die Strategie unverzüglich beurteilt wird?“ lautet Ja; die Annahme einer Strategie für die EU im Jahr 2006 war ein wichtiger Schritt. Durch diese Annahme hat die Kommission den Alkoholkonsum als einen der Schlüsselfaktoren bei der Bestimmung der Gesundheit innerhalb der EU anerkannt, sowie die Tatsache, dass die EU für die Bekämpfung des risikoreichen und schädigenden Alkoholkonsums verantwortlich ist. Das wurde durch die Unterstützung aller EU-Gesundheitsminister in Schlussfolgerungen, die im November 2006 angenommen wurden, noch weiter verstärkt.

Seit dem 1. Januar 2007 hat die Kommission die Entwicklung im Alkoholkonsum und die alkoholbedingten Schäden sowie die politischen Veränderungen in der EU mit verfolgt. Obwohl in vielen Bereichen Fortschritte verzeichnet wurden, war die Zeit bei Weitem zu knapp, um den gesamten Einfluss der Alkoholpolitik und des Alkoholkonsums auf die Gesundheit festzustellen. Der erste Bericht der Kommission, der bei der Expertenkonferenz vor ein paar Wochen vorgelegt wurde, war ein Lagebericht bezüglich der Alkoholstrategie der EU. Es handelt sich um einen Zwischenbericht vor dem Abschlussbericht, der 2012 vorgelegt werden soll.

Der Ratsvorsitz wird diesen Lagebericht natürlich durchgehen und sich die Ergebnisse der Expertenkonferenz zu Alkohol und Gesundheit ansehen. Wir werden die Fortschritte überprüfen. Wir haben auch eine Reihe von neuen Studien finanziert, um sicherzustellen, dass Alkoholkonsum ein wichtiges Thema auf der EU-Agenda bleibt. In einer der von uns finanzierten Studien wird der Vermarktungseffekt von Alkohol auf junge Leute untersucht, in einer weiteren werden die Auswirkungen von Alkohol auf ältere Menschen in zehn verschiedenen EU-Ländern untersucht und in noch einer weiteren wird die Auswirkung des grenzüberschreitenden Handels auf die nationale Alkoholpolitik untersucht.

In unseren Entwürfen für Schlussfolgerungen zu Alkohol und Gesundheit, über die momentan in der Arbeitsgruppe des Rates diskutiert wird, schlagen wir vor, dass die Kommission aufgefordert werden sollte, anzufangen die nächste Etappe für die Arbeit im Bereich Alkohol und Gesundheit zu analysieren und dafür Prioritäten abzustecken, um hervorzuheben, dass wir uns mit der Zeit nach 2012 beschäftigen müssen, wenn die Bewertung und die aktuelle Alkoholstrategie abgeschlossen ist. Aufgrund dieser Debatte möchte der Ratsvorsitz die Schlussfolgerungen des Rates annehmen, um im Dezember 2009 eine Alkoholstrategie zu unterstützen.

**Anna Hedh (S&D).** – (SV) Frau Malmström, ich weiß, dass der Ratsvorsitz einige konstruktive Konferenzen abgehalten und sich lange mit diesem Thema auseinandergesetzt hat.

Meine Frage bezog sich insbesondere auf die Alkoholstrategie, denn ich habe die gleiche Frage vor rund einem halben Jahr schon einmal gestellt. Damals hat man mir gesagt, dass die Alkoholstrategie vor dem Sommer noch bewertet werden würde. Deswegen habe ich diese Frage gestellt, da das Thema noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Es ist viel passiert seitdem der schwedische Ratsvorsitz im Jahr 2001 eine Alkoholstrategie für die EU vorgeschlagen hat. Die Alkoholstrategie wurde 2006 angenommen und seitdem hat sich viel getan. Einige Mitgliedstaaten haben die Altersbeschränkungen erhöht, andere haben eine höhere Alkoholsteuer eingeführt und wieder andere haben zum Beispiel die Grenzwerte für den Blutalkoholgehalt herabgesetzt. Darüber freue ich mich sehr. Ich hätte es gerne gesehen, wenn der schwedische Ratsvorsitz in Bezug auf Werbung noch ein bisschen weiter gegangen wäre, aber ich freue mich trotzdem, dass eine solche Studie über Werbung, Alkohol und den Alkoholkonsum junger Leute durchgeführt wurde.

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Vielen Dank für Ihre Unterstützung in dieser Angelegenheit. Wir haben in der Tat versucht, dieses Thema hervorzuheben, natürlich innerhalb des Rahmens, in dem die EU arbeitet: wir haben Konferenzen abgehalten, Studien durchgeführt und Zeitpläne festgesetzt, mit dem Ziel Fortschritte sicherzustellen und zukünftige Präsidenschaften einzubinden. Ich bin daher froh, dass wir das entstandene Missverständnis klären konnten. Ziel war es, einen Zwischenbericht vorliegen zu haben, der natürlich genauso wichtig ist und der die Situation prüft und analysiert. Der Abschlussbericht wird allerdings im Jahr 2012 vorliegen. In der Zwischenzeit gibt es eine Menge zu tun und ich kann bestätigen, dass in vielen Mitgliedstaaten enorme Bemühungen unternommen werden. In allen Mitgliedstaaten wurden die Bürgerinnen und Bürger bereits darauf hingewiesen, welche Auswirkungen der Alkoholkonsum auf die Gesundheit hat.

**Justas Vincas Paleckis (S&D).** – (LT) Frau Ministerin, die Anzahl der Straßenverkehrstoten in der EU sinkt, aber trotzdem werden die ehrgeizigen Ziele nächstes Jahr nicht erreicht werden. Der Hauptgrund dafür ist

Alkohol. In einigen Ländern ist die Selbstmordrate beängstigend hoch und auch dafür ist der Alkoholkonsum verantwortlich zu machen.

Denken Sie nicht auch, dass wir europaweit die bereits strikten Maßnahmen bezüglich des Alkoholkonsums verschärfen sollten, nach dem Beispiel Skandinaviens? Besonders für junge Leute sollte der Konsum begrenzt werden. Würde Schweden das in die Wege leiten wollen?

**Catherine Stihler (S&D).** – Ich möchte die Aufmerksamkeit der Ministerin darauf lenken, dass in dem schottischen Wahlkreis, den ich repräsentiere, momentan über einen Mindestpreis für alkoholische Getränke diskutiert wird. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um die Ministerin zu fragen, ob auch im Rat eine Diskussion über Mindestpreise für Alkoholprodukte stattfindet. In Schottland läuft eine angeregte Debatte darüber und ich habe mich gefragt, wie die Ansicht des Rates dazu aussieht und ob im Rat überhaupt über dieses Thema diskutiert wird.

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – Eine der fünf Prioritäten der europäischen Alkoholstrategie besteht genau darin, die Anzahl der Verletzten und tödlich Verunglückten bei alkoholbedingten Verkehrsunfällen zu reduzieren. Das ist, wie der Herr Abgeordnete gesagt hat, ein sehr großes Problem, das nicht nur sehr viel Leid, sondern auch Kosten verursacht.

Die Kommission hat die Einführung von niedrigeren Geschwindigkeitsbegrenzungen für unerfahrene und gewerbliche Fahrer vorgeschlagen, während Länder, die solche Begrenzungen bereits haben, sie nicht herabsetzen sollten. Es existiert eine Empfehlung zu diesem Thema und wir arbeiten mit den Mitgliedstaaten zusammen.

Viele Staaten haben diese Empfehlungen bereits umgesetzt und es hat viele Aufklärungsaktionen darüber gegeben.-

Ich bin mir keiner laufenden Diskussion über Preise bewusst. Es könnte eine geben. Ich werde meinen verantwortlichen Kollegen fragen, den Umweltminister, aber ich denke nicht, dass dieses spezielle Thema diskutiert wird.

Momentan werden viele andere Themen im Zusammenhang mit Alkoholkonsum erörtert, aber dieses wahrscheinlich nicht, denn es fällt natürlich nicht in den Zuständigkeitsbereich der EU.

**Die Präsidentin.** – Frage Nr. 5 von Herrn **Justas Vincas Paleckis** (H-0316/09)

Betrifft: Ökologischer Aspekt der Gaspipelines

In der Europäischen Union (EU) wird den ökologischen Aspekten der neuen Gaspipelines („Nabucco“, „Nord Stream“ und „South Stream“), die in die EU führen werden, große Aufmerksamkeit geschenkt. Wegen ihrer Größe und ihrer möglichen ökologischen Auswirkungen auf den Ostseeraum stellt die Gaspipeline Nord Stream, die auf dem Ostseegrund verlegt wird, ein außergewöhnliches Projekt dar.

Welche Gefahren für die Natur sieht der schwedische Ratsvorsitz im Zusammenhang mit dem Bau der Gaspipelines und welche Maßnahmen gedenkt er zu ergreifen, um diese Gefahren zu beseitigen?

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Nord Stream stellt aufgrund seiner Größe und der eventuellen Folgen ein besonderes Projekt im Ostseeraum dar. Der Rat ist sich der Einwände bewusst, die bezüglich des Umweltaspekts der Nord Stream Gaspipeline bestehen und hat die im Juli letzten Jahres angenommene Entschließung des Europäischen Parlaments über die ökologischen Auswirkungen der geplanten Gaspipeline im Ostseeraum zwischen Russland und Deutschland aufmerksam zur Kenntnis genommen.

Alle EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Gemeinschaft selbst haben das UN-Übereinkommen von Espoo aus dem Jahr 1991 unterzeichnet. Es ist das Übereinkommen zur Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen. Dieses Übereinkommen enthält zahlreiche wichtige und bindende Verpflichtungen, mit dem besonderen Ziel, sicherzustellen, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, die die Konsultation anderer Parteien beinhaltet, die von einem speziellen Projekt betroffen sind.

Die Auswirkungen des Nord Stream Projekts im sensiblen ökologischen Umfeld der Ostsee sind von größter Bedeutung und müssen genau untersucht werden. Natura 2000-Gebiete könnten betroffen sein, sowie verminte Gebiete und solche, in denen chemische Munition verklappt wurde. Die Verbreitung von Ablagerungen könnte die Meeresflora und -fauna beeinträchtigen und das Fischereiwesen beeinflussen. Da

sich die Pipeline in der Nähe wichtiger Schifffahrtswege befindet, könnte auch dies eine Gefahr für die Umwelt und die Sicherheit darstellen.

Alle Staaten rund um die Ostsee arbeiten seit über drei Jahren im Rahmen des UN-Übereinkommens von Espoo zusammen, um herauszufinden, wie diese Verpflichtungen mit der Art und Weise der Ausführung des Projekts zusammenhängen.

Der Rat möchte trotzdem hervorheben, dass das Nord Stream-Projekt ein privates Vorhaben ist. Deshalb müssen die für das Projekt verantwortlichen Parteien den betroffenen Mitgliedstaaten Informationen vorlegen, die beweisen, dass das Projekt die relevanten Rechtsvorschriften einhält.

Deshalb kann der Rat keinen Kommentar zum Nord Stream-Projekt abgeben, der irgendwie als Eingriff in die nationalen rechtsstaatlichen Verfahren ausgelegt werden könnte.

**Justas Vincas Paleckis (S&D).** – (LT) Vielen Dank Frau Ministerin für Ihre wirklich umfassende Antwort. Natürlich ist Schweden maßgeblich von dieser Angelegenheit betroffen, umso mehr da Schweden ein Land ist, das an der Ostsee liegt. Ich möchte bloß noch einen Aspekt hervorheben und zwar, dass man solchen Angelegenheiten nie genügend Aufmerksamkeit schenken kann. Ich würde mich freuen, wenn Sie das bestätigen könnten und mir sagen würden, dass Schweden diese Angelegenheit während seines Ratsvorsitzes kontinuierlich verfolgen sowie geeignete Maßnahmen ergreifen wird.

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Ich kann Ihnen versichern, sehr geehrte Abgeordnete, dass Schweden das tun wird. Wir sind sehr wachsam, wenn es um das sensible ökologische Umfeld der Ostsee geht, das natürlich von jeglicher Art unternommener Projekte bedroht wird und deshalb haben wir gerade für dieses Projekt sehr strenge Umweltauflagen eingeführt und es wird momentan von verschiedenen zuständigen Behörden untersucht und geprüft. Schwedisches Hoheitsgebiet wird nicht davon beeinflusst, aber Schwedens Wirtschaftsraum, und deshalb haben wir sehr sorgfältig darauf hingewiesen, dass unser Standpunkt auf internationalen Konventionen wie der Espoo Konvention basieren wird. Wir dürfen keine politischen oder wirtschaftlichen Bewertungen vornehmen. Der schwedische Staat ist in der Lage, das zu prüfen und das wird mittlerweile auch getan.

**Die Präsidentin.** – Frage Nr. 6 von Frau **Silvia-Adriana Tica** (H-0318/09)

Betrifft: Beseitigung der Barrieren für die Arbeitnehmerfreizügigkeit zwischen Mitgliedstaaten

Der schwedische Ratsvorsitz erkennt an, dass die Mitgliedstaaten angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise unbedingt in der Lage sein sollten, gemeinsam auf die Herausforderungen zu reagieren sowie Lösungen für einen Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise zu finden und vor allem die Arbeitslosigkeit und ihre negativen sozialen Auswirkungen zu verringern. Die bestehenden Barrieren, durch die die Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus Mitgliedstaaten, die der Union nach dem 1. Mai 2004 beigetreten sind, beeinträchtigt wird, stellen eine Einschränkung der Rechte der Bürger dieser Länder dar und können Schwarzarbeit und Sozialdumping begünstigen. Die Aufhebung dieser Barrieren dient gleichermaßen dem Schutze der eingewanderten und der einheimischen Arbeitnehmer. Welche konkreten Maßnahmen plant der Rat angesichts der vom schwedischen Ratsvorsitz eingegangenen Verpflichtung zu einer aktiven europäischen Arbeitsmarktpolitik, um die bestehenden Barrieren abzuschaffen, durch die die Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus den Mitgliedstaaten, die der EU nach dem 1. Mai 2004 beigetreten sind, beeinträchtigt wird?

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Der Rat möchte darauf hinweisen, dass die Freizügigkeit eines der Grundrechte ist, das im Gemeinschaftsrecht festgeschrieben ist und das Recht der EU-Bürger einschließt, in anderen Mitgliedstaaten zu leben und zu arbeiten.

Auf seinem Treffen am 9. März 2009 hat der Rat sich an die Mitgliedstaaten gewandt, die immer noch Übergangsregelungen anwenden, die das Recht auf Freizügigkeit einschränken. Zu dem Zeitpunkt hat der Rat aufgrund der vorliegenden Informationen verkündet, dass diese Mitgliedstaaten prüfen sollten, ob sie die Einschränkungen weiterhin anwenden wollen. Die Mitgliedstaaten wurden auch aufgerufen, die Einschränkungen der dritten Phase aufzuheben, falls keine ernststen Störungen auf ihren Arbeitsmärkten abzusehen waren oder kein Risiko für solcherlei Störungen bestand.

Der Rat hat die Mitgliedstaaten außerdem darauf hingewiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten Vorrechte gegenüber Arbeitskräften aus Nicht-EU-Ländern haben, und dass der Schutz der Bürgerinnen und Bürger aus neuen Mitgliedstaaten, die bereits in einem anderen als ihrem eigenen Mitgliedstaat gewohnt und gearbeitet haben, in der Übergangsphase bestehen bleibt. Die Rechte von Familienmitgliedern wurden auch berücksichtigt, gemäß der Praxis von früheren Beitritten.

Der Rat hat in den Regeln der Freizügigkeit für Arbeitskräfte die starken Elemente der Differenzierung und der Flexibilität hervorgehoben. Die Mitgliedstaaten haben erklärt, dass sie, gemäß der nationalen Gesetzgebung, Bürgern von neuen Mitgliedstaaten mehr Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen wollen, um die Angleichung ihrer nationalen Rechtsvorschriften an das Gemeinschaftsrecht zu beschleunigen.

Die Kommission hat im November 2008 eine Mitteilung über die Auswirkungen der Freizügigkeit von Arbeitskräften vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung vorgelegt. Die Kommission weist darauf hin, dass Arbeitskräfte aus Bulgarien, Rumänien und den EU-10 Mitgliedstaaten dazu beitragen, die höhere Arbeitsnachfrage in den Aufnahmeländern zu decken und somit einen wichtigen Beitrag zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum leisten. Vorliegende Beweise zeigen, dass die Freizügigkeit innerhalb der EU nach Erweiterungen nicht zu ernsthaften Störungen des Arbeitsmarktes geführt hat und wahrscheinlich auch nicht führen wird.

Die Kommission hat des Weiteren festgestellt, dass das Volumen und die Richtung der Mobilitätsströme in Europa eher vom allgemeinen Angebot und der Nachfrage nach Arbeitskräften abhängig ist als von Regeln, die den Zugang zum Arbeitsmarkt beschränken. Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass Beschränkungen der Mitgliedstaaten Arbeitsmarktanpassungen verzögern und sogar das Problem der Schwarzarbeit verstärken können.

Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte ist eine wichtige Priorität in der Europäischen Union. Durch sie werden mehr Arbeitsplätze geschaffen, sodass die Wirtschaft sogar während einer Wirtschaftskrise reguliert werden kann. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer trägt auch zur Reduzierung der sozialen Abgrenzung und der Armut bei.

Hinsichtlich der Übergangsphase für Freizügigkeit, nach der die Frau Abgeordnete gefragt hat, haben die Mitgliedstaaten das Recht, an ihren Beschränkungen bis Ende der dritten Phase des Übergangszeitraums festzuhalten. Allerdings ist der Rat der Ansicht, dass die Wirtschaftskrise mit der Europa momentan zu kämpfen hat, nicht als Grund dafür genommen werden sollte, die Übergangsregeln weiter anzuwenden. Sogar in Zeiten der niedrigen Nachfrage nach Arbeitskräften kann es schwierig für Arbeitgeber sein, alle Stellen mit Arbeitskräften aus dem eigenen Land zu besetzen.

Der Rat überprüft die Frage der Übergangsbestimmungen regelmäßig. Die jüngste Überprüfung fand bei seinem Treffen im Juni 2009 statt, als der Rat die Informationen der Kommission über die Auswirkungen der Freizügigkeit vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung zur Kenntnis genommen hat. Die Kommission hat den Rat darüber informiert, dass vor dem 1. Mai 2009 drei der EU-15-Staaten der Kommission ernste Störungen des Arbeitsmarkts oder die Gefahr solcher Störungen gemeldet haben. In Deutschland und Österreich gelten weiterhin Beschränkungen für den Arbeitsmarkt, da an der Bedingung einer Arbeitserlaubnis festgehalten wird, während Großbritannien ein Ex-Post Registrierungssystem anwendet, das Arbeitnehmern ermöglicht, eine Arbeit aufzunehmen, aber sie dazu verpflichtet, sich binnen 30 Tagen anzumelden.

In den Informationen, die dem Rat vorgelegt wurden, hat die Kommission des Weiteren angegeben, dass sie für die Einhaltung der Beitrittsverträge sorgen würde und sich das Recht vorbehält, Erklärungen von den Mitgliedstaaten zu verlangen, die weiterhin Beschränkungen anwenden.

**Silvia-Adriana Țicău (S&D).** – (RO) Ich hätte gerne gewusst, ob der schwedische Ratsvorsitz Maßnahmen auf seiner Agenda vorsieht, die zum Ziel haben, die Mitgliedstaaten, die weiterhin an diesen Barrieren der Freizügigkeit von Arbeitnehmern festhalten, zu überzeugen, die Barrieren aufzuheben. Meine zweite Frage ist, ob Sie vorhaben, solch einen Vorschlag zur Aufhebung der Barrieren der Freizügigkeit von Arbeitskräften in die Schlussfolgerungen des schwedischen Ratsvorsitzes mit einzuschließen.

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Ich möchte mich bei der Frau Abgeordneten bedanken. Alle Mitglieder des hier präsenten Trios, der französische, tschechische und schwedische Ratsvorsitz, haben in ihren Schlussfolgerungen bestätigt, dass die Erweiterung der EU viele Vorteile gebracht hat. Sie hat zu Wirtschaftswachstum geführt und es gibt keinerlei Hinweise darauf, dass es ernste wirtschaftliche Störungen gab.

Wir verfügen zusammen mit der Kommission über Mechanismen, mit denen die Übergangsregelungen regelmäßig überprüft werden können. Zwischen diesen Überprüfungen können wir die Mitgliedstaaten natürlich auffordern, Maßnahmen zu ergreifen, um diskriminierende Rechtsvorschriften aufzuheben und sicherzustellen, dass qualifizierte Arbeitskräfte in der gesamten EU eingesetzt werden können, aber die rein rechtlichen Aspekte werden zusammen mit der Kommission behandelt. Wie schon erwähnt, haben wir solch eine Überprüfung dieses Jahr bereits durchgeführt.

**Franz Obermayr (NI).** - Frau Präsidentin! Die Fragestellerin konzentriert sich in ihren Ausführungen naturgemäß hauptsächlich auf die Situation der Mitgliedstaaten, aus denen Teile der Bevölkerung auswandern, um woanders Arbeit zu suchen. Ich verstehe das auch.

Österreich hingegen konnte – wie Deutschland – als Land mit massiver Zuwanderung eine Verlängerung der Übergangsfristen bis zur totalen Öffnung des Arbeitsmarktes erwirken. Die Gründe waren klar. Negative Verdrängungs- und Verteilungswirkungen bei den großen Einkommensunterschieden – insbesondere jetzt vor dem Hintergrund der unerfreulichen Entwicklung des Arbeitsmarktes – und eine verstärkte Zuwanderung hätten zu einer erheblichen Überlastung des Arbeitsmarktes geführt und damit zu sozialen Spannungen, die wir alle nicht wollen.

Daher meine Frage: Werden diese Probleme, wie sie sich für Österreich und Deutschland darstellen, auch erkannt, und sieht man auch entsprechende Lösungen vor?

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Alle EU-Mitgliedstaaten sind natürlich schwer von der Wirtschaftskrise und von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Zahlen weichen leicht voneinander ab, aber alle Länder wurden hart getroffen. Ein Land ist dazu berechtigt, die Übergangsregelung einzusetzen, was zum Beispiel Österreich getan hat, und es besteht die Möglichkeit, die Anwendung dieser Regeln gemäß besonderer Verfahren zu verlängern, wenn der Kommission eine Begründung vorgelegt wird. Ich bin nicht genügend über die Situation in Österreich informiert. Ich weiß nicht, ob es dort größere Probleme gibt als anderswo. Wie schon gesagt, haben alle Mitgliedstaaten mit enormen Problemen auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen.

Die Kommission erklärt in ihrem Bericht, dass keinerlei Anzeichen dafür sprechen, dass Freizügigkeit in irgendeinem Mitgliedstaat zu Störungen geführt hat. In meinem Heimatland Schweden, das auch stark von Arbeitslosigkeit betroffen ist, konnten wir gar keine Verbindung zwischen Freizügigkeit und Arbeitslosigkeit feststellen. Personen aus anderen EU-Mitgliedstaaten waren bei uns willkommen und wurden in den Arbeitsmarkt integriert.

**Die Präsidentin.** – Frage Nr. 7 von Herrn **Nikolaos Chountis** (H-0319/09)

Betrifft: Behinderung von Hubschraubern und Flugzeugen der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex) durch die Türkei

Seit Mai 2009 waren sechs Fälle zu verzeichnen, in denen Flugzeuge bzw. Hubschrauber der Agentur Frontex durch türkische Flugzeuge oder durch Radar behindert wurden. Der jüngste Zwischenfall ereignete sich am 8. 9. 2009, als ein Frontex-Hubschrauber mit zwei lettischen Piloten auf dem Weg von der Insel Kos zur Insel Samos war. Über der Insel Farmakonisi wurde der Hubschrauber durch die Radaranlage auf der türkischen Insel Datça gestört, deren Betreiber die Piloten über Funk aufforderten, das Gebiet zu verlassen und ihren Flugplan zu übermitteln.

Ist er Rat über diesen Zwischenfall unterrichtet? Wie bewertet er ihn? Welche Maßnahmen wird er gegenüber der Türkei ergreifen?

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Ja, der Rat ist sich der Störungen bewusst, auf die der Abgeordnete hingewiesen hat. Der Ratsvorsitz ist der Meinung, dass die Türkei als Beitrittsland gemäß den Verträgen die Werte und Ziele der Europäischen Union teilen muss. Deutliches Engagement für gute nachbarschaftliche Beziehungen sowie friedliche Konfliktlösungen sind grundlegende und wichtige Bedingungen für die Mitgliedschaft in der EU. Gemäß dem Verhandlungsrahmen und den relevanten Schlussfolgerungen des Rates hat die EU die Türkei aufgefordert, jegliche Drohungen, mögliche Konfliktherde oder Maßnahmen, die gute Beziehungen beeinträchtigen könnten, zu vermeiden, sondern die Möglichkeit zu nutzen, Streitigkeiten friedlich zu lösen.

Ich möchte dem Herrn Abgeordneten versichern, dass das Thema guter nachbarschaftlicher Beziehungen von der EU systematisch vorgebracht wird. Gerade kürzlich auf der Tagung des Assoziationsrates am 19. Mai und bei dem Treffen der EU-Troika mit den führenden Politikern der Türkei letzten Juli in Stockholm.

Hinsichtlich der speziellen Angelegenheit der von Frontex genutzten Flugzeuge möchte ich darauf hinweisen, dass Frontex mehrere Gemeinschaftsunternehmen und Pilotprojekte koordiniert. Diese tragen maßgeblich zum Schutz der See-, Land- und Luftaußengrenzen der Europäischen Union bei.

Eine der Operationen ist Poseidon 2009, die von Griechenland koordiniert wird. Ziel der Operation ist es, Personen aus der Türkei, Personen, die die Türkei durchquert haben, und Personen aus nordafrikanischen

Staaten, die versuchen, an die griechische Küste zu gelangen, daran zu hindern unerlaubt die Grenze zu überschreiten. Der Herr Abgeordnete ist darüber natürlich informiert. Poseidon beinhaltet auch die Einrichtung technischer Anlagen im europäischen Luftraum an den Grenzen der griechischen Inseln. Die Türkei wurde natürlich über diese Operation informiert.

Hinsichtlich der Kooperation zwischen Frontex und den zuständigen türkischen Behörden werden momentan Verhandlungen über die anzuwendenden Arbeitsmethoden geführt. Das ist sehr erfreulich. Ein Übereinkommen würde den Informationsaustausch beinhalten und den türkischen Behörden Möglichkeiten bieten, an den Gemeinschaftsunternehmen von Frontex teilzunehmen. Diese Art von Zusammenarbeit könnte einen wichtigen Beitrag zur Vorbeugung illegaler Einwanderung und zur Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen leisten.

**Nikolaos Chountis (GUE/NGL).** – (EL) Frau Präsidentin, Frau Ministerin, ich möchte Ihnen noch einmal für Ihre ehrlichen Antworten danken, aber aus Ihrer Argumentation schließe ich, dass Sie sich dieses Vorfalles bewusst sind. Wir arbeiten mit der Türkei zusammen, aber Sie haben mir keine klare Antwort auf meine Frage gegeben. Deshalb möchte ich sie noch einmal in den Mittelpunkt stellen und fragen, ob der türkische Luftraum wirklich, wie behauptet wird, während der Frontex-Einsätze verletzt wurde.

Der Grund weswegen ich das frage, ist, dass wir in diesem Verfahren untersuchen, ob die Türkei die griechischen Hoheitsrechte anfechtet. Des Weiteren möchte ich Sie daran erinnern, dass der Vize-Exekutivdirektor von Frontex, Herr Fernandez, auf einem kürzlichen Besuch in Griechenland gesagt hat, dass keine solchen Verletzungen stattgefunden haben, und dass er in dieser Angelegenheit auf den Bericht der Piloten verwiesen hat. Also, um auf meine Frage zurückzukommen: Wurden beim Frontex-Einsatz die Grenzen verletzt, wie Frontex von der Türkei vorgeworfen wird oder nicht und was tun Sie in dieser Hinsicht?

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Es ist sehr schwierig für den schwedischen Ratsvorsitz festzustellen, wann genau eine Verletzung stattfindet und wann nicht. Wir wurden bei mehreren Gelegenheiten auf die Besorgnis hingewiesen, die viele meiner griechischen Kollegen fühlen. Wir haben darüber diskutiert und Diskussionen mit den türkischen Behörden und unseren türkischen Pendants geführt und auch geführt. Des Weiteren haben wir sie dazu angehalten, die nachbarschaftlichen Beziehungen zu verbessern. Es ist sehr schwierig für einen Ratsvorsitz, genau festzustellen, ob eine Verletzung stattfindet oder nicht. Dies begründet sich natürlich auf internationalen Konventionen und ist ein bilaterales Problem zwischen den beiden Mitgliedstaaten.

**Die Präsidentin.** – Frau Morvai, Sie möchten noch einmal das Wort ergreifen. Wenn es um eine Zusatzfrage zu diesem Thema geht, erhalten Sie für 30 Sekunden das Wort.

**Krisztina Morvai (NI).** – Frau Präsidentin, Sie scheinen meine Gedanken zu lesen, denn ich habe mich nicht gemeldet, aber ich wollte mich dafür entschuldigen, dass ich zusätzliche 20 Sekunden dieser extrem lebhaften und demokratischen Debatte genutzt habe, um eine solch irrelevante Frage über häufige brutale Eingriffe der Polizei und politische Häftlinge in einem europäischen Mitgliedstaat zu stellen. Ich entschuldige mich.

**Die Präsidentin.** – Wenn Sie eine Frage haben, reichen Sie sie bitte auf dem normalen Weg schriftlich ein. Dann kann sie gegebenenfalls beantwortet werden. Viele Abgeordnete möchten, dass ihre Fragen heute Abend beantwortet werden, und aus Rücksicht auf Sie möchten wir diese Fragestunde ordnungsgemäß durchführen.

(Frage Nr. 8 fällt weg, da der Fragesteller abwesend ist.)

Frage Nr. 9 von Frau **Mairead McGuinness** (H-0325/09)

Betrifft: Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005

Welche Ansicht vertritt der Ratsvorsitz hinsichtlich der Überprüfung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport? Ist sich der Vorsitz aller möglichen Folgen einer Überarbeitung bewusst?

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – (SV) Vielen Dank für Ihre Frage. Der Rat teilt natürlich die Besorgnis der Frau Abgeordneten hinsichtlich des Tierschutzes. Dem Ratsvorsitz wurde im September eine ähnliche Frage von Frau Harkin gestellt. Er hat daraufhin geantwortet, dass eines der Ziele des schwedischen Ratsvorsitzes darin besteht, die Debatte über den Tierschutz voranzutreiben. Außerdem ist der Tierschutz eine der Prioritäten des Ratsvorsitzes.

Auf der Sitzung am 7. September dieses Jahres hat die Kommission dem Rat mitgeteilt, dass der Entwurf für eine Überprüfung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport so schnell wie möglich bearbeitet wird. Auf der gleichen Sitzung wurde der Rat über die Ansichten der Delegationen informiert, hinsichtlich der bestehenden Notwendigkeit für neue Instrumente zur Verbesserung der Kontrolle und Inspektion des internationalen Transports von lebenden Tieren, beispielsweise mithilfe von Satellitennavigationssystemen. Ein geeignetes Satellitennavigationssystem könnte die Überwachung durch Behörden der Mitgliedstaaten erleichtern, da es momentan mit den heutigen Instrumenten sehr schwierig ist, festzustellen, ob Vorschriften eingehalten werden oder nicht.

Die Verordnung (EG) Nr. 1/2005 ist ein effizienterer Rechtsakt zum Schutz von Tieren beim Transport, da sie die beteiligten Parteien bestimmt, ihnen Verantwortungsbereiche zuteilt und striktere Maßnahmen einführt, wie Genehmigungen und Inspektionen, sowie strengere Regeln für den Transport.

Einige Aspekte des Transports von Tieren werden nicht von den Vorschriften abgedeckt, nämlich die maximale Anzahl der Transporte und die räumlichen Bedürfnisse der Tiere. Gemäß Artikel 32 der Verordnung müssen diese Aspekte in einem Bericht enthalten sein, der in vier Jahren vorzulegen ist und eventuell mit einem neuen Vorschlag einhergeht.

Der Ratsvorsitz kann bestätigen, den Vorschlag der Kommission auf Überprüfung der Verordnung untersuchen zu wollen, sobald die Kommission ihn eingereicht hat. Das hat sie noch nicht getan, aber sobald der Vorschlag vorliegt, werden wir mit den Untersuchungen beginnen, denn wir teilen das Interesse der Mitgliedstaaten an der Überprüfung der Verordnung.

**Mairead McGuinness (PPE).** – Vielen Dank für Ihre umfassende Antwort.

Ich teile die Sorgen über den Tierschutz, aber ich möchte eine realistische Verordnung, die auch einen legitimen und korrekt kontrollierten Handel mit Tieren ermöglicht. Deswegen denke ich, dass wir keine weiteren Regelungen benötigen. Wir brauchen eine absolut korrekte Umsetzung der bereits bestehenden Vorschriften und ich halte Ihre Anmerkungen über Navigationssysteme etc. in dieser Debatte für sehr hilfreich. Wir sollten uns von der Wissenschaft leiten lassen.

Ich würde Sie bitten, vielleicht den Transport von Pferden in den Mittelpunkt zu stellen. Dort gibt es besondere Probleme und die Vorschriften werden nicht umgesetzt. Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen?

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – Ich bin keine Expertin was den Transport von Pferden angeht, aber ich habe mir Ihren Vorschlag angehört und werde ihn mir zu Herzen nehmen.

Ich gebe Ihnen Recht. Es kommt relativ häufig vor, dass die Umsetzung der Vorschriften nicht gut funktioniert und es besteht nicht immer gleich Bedarf für neue Regelungen. Wenn der Vorschlag der Kommission vorliegt, werden wir ihn untersuchen und bewerten und abschätzen, ob zusätzliche Maßnahmen notwendig sind oder, wie Sie vorschlagen, nur die Umsetzung verbessert werden sollte. Wir kommen darauf zurück sobald der Vorschlag der Kommission vorliegt.

**Seán Kelly (PPE).** – Ich möchte noch etwas zu der Frage meiner Kollegin Frau McGuinness sagen: Irland ist ein Inselstaat und deswegen stark vom Seetransport von Tieren abhängig. Die Beschränkungen, die momentan umgesetzt werden und zur Umsetzung vorgeschlagen werden, halten viele Personen in der Branche für äußerst kostspielig. Würden Sie das bitte berücksichtigen, wenn Sie die Verordnung überprüfen? Andererseits, wenn es keinen Transport lebender Tiere mehr gäbe, würden die Betriebe untereinander ein schönes Kartell bilden, das die Preise noch weiter drücken und immer mehr Menschen aus der Landwirtschaft vertreiben würde.

**Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates.** – Ich verstehe die Schwierigkeiten Irlands, die das Land aufgrund seiner Insellage und der Abhängigkeit vom Transport hat.

Ich denke, dass bei der Gesetzgebung immer besonders wichtig ist, dass wir stark betroffen sind. Wir sind uns des Drucks unserer Bürger bewusst, auf das Wohlbefinden der Tiere zu achten. Das sollte natürlich auf geeignete Art und Weise auch geschehen und es sollte bewertet werden, was bereits getan wurde. Reichen die Vorschriften aus? Werden sie benötigt? Werden zusätzliche Vorschriften benötigt? Muss die Umsetzung verbessert werden? All das müssen wir berücksichtigen, bevor wir weitere Vorschriften einführen.

Ich bin überzeugt, dass in unserem Gespräch mit den Mitgliedstaaten alle Länder die Gelegenheit haben werden, ihre spezifische Situation mit in die Diskussion mit einzubringen.

(Frage Nr. 10 fällt weg, da der Fragesteller abwesend ist.)

Frage Nr. 19 von **Seán Kelly** (H-0357/09)

Betrifft: Ein Ressort für Sport in der Kommission

Betrachtet man sich einerseits die zunehmende Fettsucht bei Kindern in der EU-27 und andererseits die Bedeutung lebenslanger Gesundheit angesichts einer alternden Bevölkerung in der EU, so ist es zu begrüßen, wenn nach dem Vertrag von Lissabon der Sport in die EU-Zuständigkeiten einbezogen wird. Wird der Rat – um dem höheren Stellenwert Ausdruck zu verleihen, der dem Sport im Vertrag beigemessen wird – Initiativen unterstützen, die darauf abzielen, den Sport ausdrücklich in eines der Ressorts der künftigen Kommissionsmitglieder aufzunehmen?

**Cecilia Malmström**, amtierende Präsidentin des Rates. – Sportliche Aktivitäten unterliegen heutzutage dem EU-Recht. Wie der Herr Abgeordnete korrekt hervorgehoben hat, wird der Vertrag von Lissabon, sobald er in Kraft tritt, einen rechtlichen Rahmen bilden, um sportliche Themen in der EU zu fördern. Dabei wird die besondere Natur des Sports berücksichtigt, seine Strukturen, die sich auf freiwilliger Arbeit begründen, und seine soziale und erzieherische Funktion.

Allerdings kann sich der Rat kein Bild von der internen Aufteilung der zukünftigen Kommission machen, für die, gemäß Vertrag, der Präsident der Kommission zuständig ist.

Ich schließe mich Ihnen an: Gesundheit und Sport hängen ganz eng zusammen. Sportliche Aktivitäten fördern auch den sozialen Zusammenhalt, die Demokratie und die persönliche Entwicklung. Natürlich ist Sport auch Unterhaltung, wenn beispielsweise der örtliche Fußballclub spielt oder wenn internationale Wettkämpfe ausgetragen werden.

Meiner Ansicht nach hat eine freie und unabhängige Sportbewegung auch eine Verantwortung in gesellschaftlichen Angelegenheiten, wie in der öffentlichen Gesundheit und im Schutz der demokratischen Werte.

Für den schwedischen Ratsvorsitz ist Sportpolitik vor allem ein nationales Anliegen. Man muss auch bei neuen Vorschlägen und Programmen vorsichtig sein, die politische Maßnahmen auf EU-Ebene erweitern würden und dadurch bereits gut funktionierende Systeme beschädigt werden könnten, wie beispielsweise die, die sich die Zivilgesellschaft über Jahre hinweg aufgebaut hat.

**Seán Kelly (PPE)**. – Erst einmal vielen Dank, dass Sie meine Frage ausgewählt haben, das freut mich sehr. Ich möchte Ihnen auch für die Antwort danken, die sehr umfangreich war. Ich denke Sie haben ganz deutlich den Nutzen von sportlicher Betätigung hervorgehoben, besonders den gesundheitlichen Nutzen, und ich bin zuversichtlich, dass wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, wir uns zusammen dafür einsetzen können, dass Sport in der Europäischen Union eine entsprechende Unterstützung und Förderung erhält.

**Mairead McGuinness (PPE)**. – Danke, dass Sie meine Frage beantwortet haben. Herr Kelly ist sehr zurückhaltend und hat nicht gesagt, dass er der ehemalige Präsident des Gaelic Athletic Association (des gälischen Leichtathletikverbands) ist, der größten Sportbewegung Irlands, weswegen er so großes Interesse am Sport hat. Er ziert sich, das zu sagen, aber ich dachte, dass Sie das wissen sollten.

**Die Präsidentin**. – Vielen Dank für diese Information.

Die Fragestunde ist geschlossen.

– Die Anfragen, die aus Zeitgründen nicht behandelt wurden, werden schriftlich beantwortet (siehe Anlage).

## 11. Parlamentarische Immunität: siehe Protokoll

## 12. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

## 13. Fortschrittsbericht zu SIS II und VIS (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

## 14. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll



## **15. Schluss der Sitzung**

*(Die Sitzung wird um 19.05 Uhr geschlossen)*